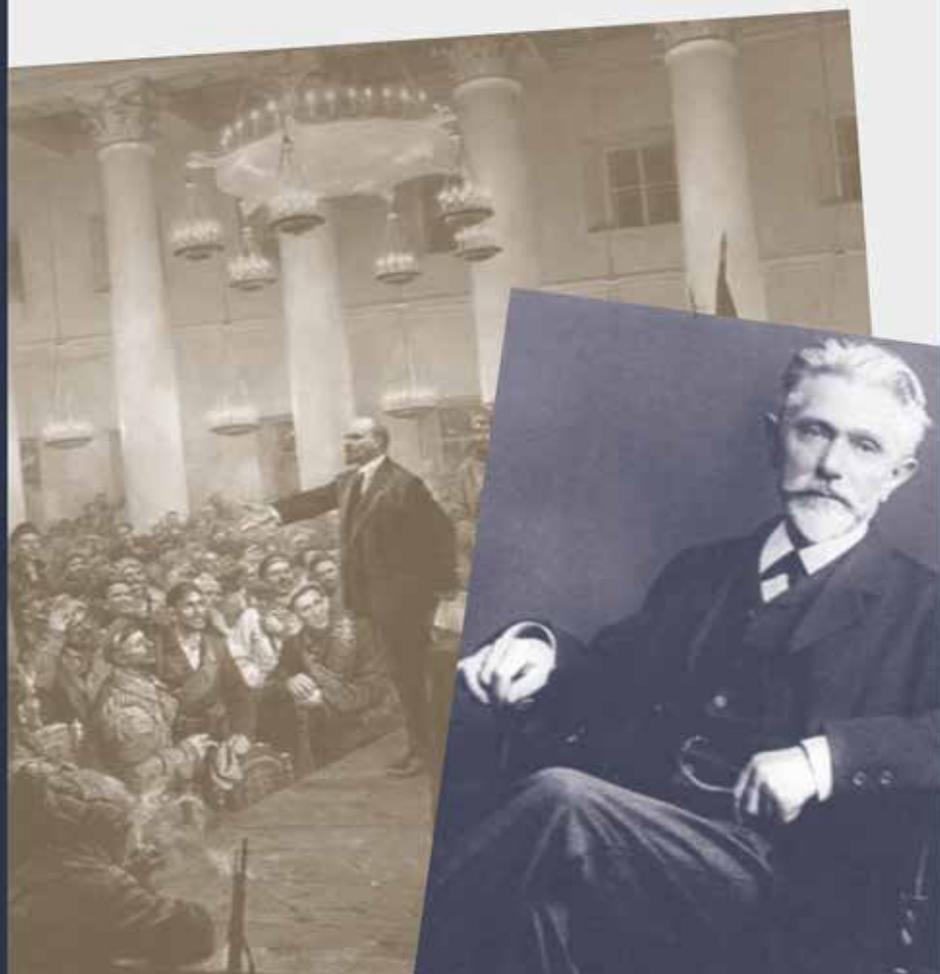


Sozialreformismus und radikale gesellschaftliche Transformation

Historische Debatten in der Sozialdemokratie
in Deutschland und Russland

Herausgegeben
von Rudolf Traub-Merz



Sozialreformismus und radikale gesellschaftliche Transformation

Historische Debatten in der Sozialdemokratie
in Deutschland und Russland

Herausgegeben
von Rudolf Traub-Merz



РОССПĖН

Москва

2015

УДК 94(100)"654"
ББК 66.1(0)

Das Buch wurde mit der Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung
(Filiale in der Russischen Föderation) herausgegeben

Sozialreformismus und radikale gesellschaftliche Transformation – Historische Debatten in der Sozialdemokratie in Deutschland und Russland / Hrsg. von Rudolf Traub-Merz.
MOSKAU: Politische Enzyklopädie, 2015.

ISBN 978-5-8243-1950-7

Der Sammelband fasst zentrale Beiträge einer internationalen Konferenz zum Thema „Reform oder Revolution? Die russische und deutsche Sozialdemokratie und Herausforderungen des 20. Jahrhunderts“ zusammen. Die Konferenz wurde gemeinsam vom Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI), der Russischen Vereinigung für Politikwissenschaft (RAPN) und dem Moskauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2013 durchgeführt. Anlass waren wichtige Gründungsjubiläen: 150 Jahre deutsche Sozialdemokratie (1863) und 130 Jahre russische Sozialdemokratie (1883).

In ihren Beiträgen beleuchten Historiker, Soziologen und Politologen aus Russland und Deutschland die Sonderstellung der deutschen Sozialdemokratie, ihren Einfluss auf die Entwicklung der russischen Sozialdemokratie, die prägenden sozialen Herausforderungen des Industriezeitalters und die Aktualität politischer Antworten der Sozialdemokratie.

Die Publikation erscheint in russischer und in deutscher Sprache.

Der Sammelband richtet sich an Wissenschaftler und an Leser, die sich für die sozialen Kämpfe, in denen sich moderne Gesellschaften formierten, und für die Entstehung und den politischen Einfluss der Sozialdemokratie interessieren.

УДК 94(100)"654"
ББК 66.1(0)

ISBN 978-5-8243-1950-7

© Autorenkollektiv, 2015
© Politische Enzyklopädie,
2015

GLIEDERUNG

Vorwort	5
Reform und Revolution in der deutschen Sozialdemokratie – Anmerkungen zu ihrer Geschichte <i>Rudolf Traub-Merz</i>	7
Besonderheiten der deutschen Sozialdemokratie im Kontext der europäischen Entwicklung <i>Bernd Faulenbach</i>	13
Revolution oder Reformismus, Klassen- oder Volkspartei? – Die deutsche Debatte <i>Josef Mooser</i>	29
Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Deutschland – die Massenstreikdebatte und ihre Folgen <i>Rudolf Traub-Merz</i>	35
Georgi Plechanows Thesen zur russischen sozialen Demokratie und zur Suche nach Entwicklungsstrategien für die russische Gesellschaft <i>Tatjana Filimonova</i>	46
Ursachen und Folgen der Radikalisierung der sozialdemokratischen Theorie und Praxis in Russland Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts <i>Jakov A. Pleis</i>	54
Diskussion über den Typ der politischen Partei im russischen intellektuellen Raum <i>V. V. Schelochajew</i>	63

"Lernen" oder "Schulmeistern"? – Zum komplizierten Verhältnis zwischen deutscher und russischer Sozialdemokratie 1903 bis 1919 <i>Lutz Häfner</i>	69
"Grosse Erwartungen": Die Friedensfrage 1917/18 in den Diskussionen russischer sozialistischer Parteien <i>Lutz Häfner</i>	87
Die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu Russland bzw. der UdSSR während der Weimarer Republik <i>Jürgen Zarusky</i>	110
Der Einfluss der deutschen Sozialdemokratie auf den Aufbau der Sozialdemokratie in Russland Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts <i>Boris Orłow</i>	116
Lehren aus der Geschichte der russischen Sozialdemokratie im 20. und 21. Jahrhundert <i>Boris Gusseletow</i>	123
Die Partei ‚Gerechtes Russland‘ <i>W. P. Sharkow</i>	137
Autorenverzeichnis	151

VORWORT

Am 23. Mai 1863 gründete sich in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV). Damit setzte die wechselvolle Geschichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) ein. Ihre Programme und Aktionen bekämpften den Obrigkeitsstaat, prägten die Auseinandersetzungen in der Parteienlandschaft und gestalteten später den deutschen Sozialstaat und die Demokratie. Die erste, größte und älteste Partei Deutschlands stand auch Pate für die Entstehung sozialdemokratischer Bewegungen anderer Länder und unterhielt in ihrer Verpflichtung zur internationalen Solidarität enge Auslandskontakte.

Nur 20 Jahre später, 1883, setzten Georgi Plechanow und andere in Genf mit der "Gruppe zur Befreiung der Arbeit" das russische Projekt der Sozialdemokratie in Gang. Im europäischen Ausland gebildet, waren für die russischen Sozialdemokraten der Umgang mit deutschen Genossen und die Orientierung an deren politischer Diskussion und Praxis selbstredend. Das Verhältnis der deutschen zur russischen Sozialdemokratie war aber von Beginn an auch besonders. Die deutsche Sozialdemokratie sah im Erfolg des Organisationsaufbaus auch den Nachweis für historisch richtiges Handeln – die russische Sozialdemokratie operierte während der zaristischen Despotie dagegen notgedrungen im liberalen Europa, von ihrer Massenbasis entfernt. Sie befand sich auf der Suche nach Antworten, ob sie dem deutschen Weg folgen könne oder ihre eigene Besonderheit bzw. die wirtschaftlich-industrielle Rückständigkeit der russischen Gesellschaft einen anderen Entwicklungsweg erforderlich mache. Die russische Revolution von 1905 kippte das Verhältnis von "Lehrer und Schüler" kurzfristig. Streikerfahrungen im "rückständigen Land" wurden zum Maßstab für die Ausgestaltung politischer Gegenwehr im "fortschrittlicheren Land". Ansonsten aber beanspruchte die deutsche Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg die internationale Führungsrolle.

Reform oder Revolution, Krieg oder Frieden – in diesen Grundsatzbewertungen waren beide Sozialdemokratien uneins und suchten immer wieder nach Kompromissen zwischen ihren ideologisch verfeindeten

Flügeln. Den Deutschen gelang der “Pragmatismus für den Ausgleich” lange Zeit besser, zwischendurch versuchten sie, vergeblich, den “russischen Streit” gleichfalls zu schlichten. Am Ende spalteten sich dennoch beide, unterschiedlich im Anlass, der Begründung und Form. Und damit vollzog sich auch eine Wende in ihrer gegenseitigen Beziehung. Der Führungsanspruch des Bolschewismus für die internationale Arbeiterbewegung machte sie zu historischen Feinden. In Deutschland trug die Spaltung zur Niederlage gegen den Nationalsozialismus bei.

Aus Anlass der 150-jährigen Geschichte der SPD und der 130-jährigen Geschichte der russischen Sozialdemokratie organisierten das russische Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI) und das Moskauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 28.-29. November 2013 eine internationale Konferenz zu den historischen Herausforderungen der russischen und deutschen Sozialdemokratie. Die Konferenz bot auch den Rahmen für eine gemeinsame RGASPI–FES–Ausstellung zur Geschichte der Sozialdemokratie, in der auch Archivalien der sozialistischen Frühgeschichte wie Lassalles Duell-Pistolen gezeigt wurden.

RGASPI und FES veröffentlichen die Konferenzbeiträge in einem Sammelband in russischer Sprache. Für eine deutschsprachige Leserschaft wird hier eine Auswahl von Beiträgen vorgelegt, ergänzt um einige zusätzlich eingeworbene Beiträge.

Dank sei denen ausgesprochen, die an dieser Publikation mitgewirkt haben: Den Autoren, die das ständige Nachfragen des Herausgebers klaglos akzeptierten und den Übersetzern, ohne die die russischen Texte nicht einer deutschsprachigen Leserschaft vorgestellt werden könnten. Dank auch an Frau Anastasia Hamburg, Frau Anja Kessler und Frau Larissa Krause, die die Texte Korrektur lasen.

*Moskau, Dez. 2014
Der Herausgeber*

REFORM UND REVOLUTION IN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE – ANMERKUNGEN ZU IHRER GESCHICHTE

Rudolf Traub-Merz

Deutsche Geschichte der letzten 150 Jahre, so darf ohne Einschränkung behauptet werden, ist ohne die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nicht erzählbar. Manche bezeichnen die SPD als die Mutter aller Parteien. Sie mag nicht die erste politische Partei überhaupt gewesen sein, sie ist aber weltweit die älteste Partei, die heute noch existiert.

Eine Partei mit einer über 150-jährigen Existenz benötigt zum Überleben zwei Dinge: Kontinuität und Wandlungsfähigkeit. Die programmatische Kontinuität der SPD lässt sich an ihrem immerwährenden Einsatz für Sozialreformismus und Demokratisierung der Gesellschaft festmachen, ihre Wandelbarkeit bewies sie mit ihren Erfolgen (und Niederlagen) an den Wahlurnen. In ihrer Geschichte war die SPD immer mit sich ändernden Problemkonstellationen konfrontiert und oft hat sie neue Antworten gesucht:

- Fast 100 Jahre lang, von der Gründung 1863 bis zum Godesberger Programm 1959, war sie Arbeiterpartei, bevor sie sich zur Volkspartei erklärte.

- Im kaiserlichen Deutschland wirkte sie zuerst als Reformkraft – von Bismarck in die Illegalität gedrängt, wandte sie sich dem revolutionären Marxismus zu.

- Wieder legalisiert, kämpften sozialreformerische und revolutionäre Gesellschaftskritiken um die Hegemonie in der Partei, mühsam in Balance gehalten von den Parteizentristen.

- Ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 gilt manchen als großer Sündenfall – nationaler Patriotismus überlagerte sozialdemokratischen Internationalismus.

- Politische Regierungsmacht erlangte sie erstmals 1918 – zu diesem Zeitpunkt war sie bereits reformistisch und gespalten. Die Spaltung

der Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel ebnete dem Nationalsozialismus den Weg, den Faschismus überlebte die SPD in der Illegalität und im Exil.

- In der Bundesrepublik, ab 1949, kam ihr das revolutionäre Pathos vollends abhanden. Das deutsche Wirtschafts- und Sozialwunder gestaltete sie als Reformkraft in der Opposition, die Regierungsverantwortung für den Aufbau von sozialer Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat lag bei den Christdemokraten.

- 1972 kam ihre Zeit: “Mehr Demokratie wagen” und eine “neue Ostpolitik” (Wandel durch Annäherung) wurden große sozialdemokratische Reformprojekte. Der kleine Koalitionspartner beendete die erste SPD–Nachkriegsregierung 1982 mit seiner Wende zum Neoliberalismus.

- Die deutsche Wiedervereinigung bremste zunächst die erneute Übernahme der Regierungsverantwortung. Dann 1998 der neue Anlauf, in einer rot-grünen Koalition. Zunächst Erfolge in der Friedens- und Energiepolitik, das Nein zum US–Krieg im Irak und der Ausstieg aus der Atomwirtschaft (Energiewende), dann – ohne UN–Mandat – die Beteiligung an der militärischen Intervention der NATO im Kosovo-Krieg. Später ein wirtschaftspolitischer Wendekurs mit einer zweifelhaften Modernisierung des Sozialstaates, “um die deutsche Wirtschaft globalisierungsfest zu mache”. Das Schröder/ Blair-Papier von 1999 rief nach dem “Dritten Weg”, zwischen “altem” Sozialstaat und Neoliberalismus. Der sozialpolitisch problematische Gesellschaftsumbruch mündete in Spannungen, und eine Entfremdung mit Gewerkschaften stellte die Weichen für die Neugründung einer linken Partei und endete in der Wahlniederlage 2005.

- Insgesamt hat die SPD fast ein Drittel der Nachkriegszeit als kleiner oder großer Partner in Regierungskoalitionen verbracht; in einer Gesamtbilanz bleibt strittig, ob sie mehr als Regierungs- oder Oppositionspartei bewirkt hat. In der Regierung wurde sie oft schwach, im Opponieren regenerierte sie sich. Seit 2013 steht sie erneut in einer Koalitionsregierung und kämpft um eine Neuprofilierung in der Sozialpolitik, um die Wiedergewinnung makroökonomischer Steuerungskompetenz, die der Orientierung am Wirtschaftsliberalismus zum Opfer fiel und um eine Europapolitik, die hohe Sozialstandards europaweit umsetzen kann.

Reform oder Revolution? Das war bis 1914 die Grundfrage der SPD. In späteren Phasen konzentrierte sie sich auf den Parlamentarismus, stand meist näher zur Macht; der revolutionäre Geist entglitt ihr und sie hielt sich von Debatten zu radikalen gesellschaftlichen Gegenentwürfen fern. Regierungsverantwortung beförderte die Politik der kleinen Schritte, bedrohte aber immer wieder den Zusammenhalt der Partei. Drei Mal mün-

dete Machtnähe oder ein direkter Regierungsauftrag an die SPD in organisatorische Abspaltungen (KPD, Grüne, die Linke).

Wie radikal sich eine Partei geriert, hängt von ihrer Sicht auf die Gestaltbarkeit der politischen Umstände und von den Realisierungschancen der eigenen Pläne ab. Bei anhaltender politischer Unterdrückung und sozialen Missständen wird schnell der Umsturz gefordert, lockt die Teilhabe an der Macht, ist Beschränkung auf Reformschritte angesagt. Die Lassalleaner, rückblickend eher "halbe" Sozialdemokraten als die wirklichen Begründer der Parteigeschichte, standen den Gewerkschaften noch distanziert gegenüber. Angesichts des Glaubens an die Wirkungsmächtigkeit eines "ehernen Lohngesetzes", wonach Arbeitereinkommen nicht über das Existenzminimum ansteigen können, wurde ihnen keine Bedeutung zugemessen. Der Stimmzettel, die Forderung nach dem allgemeinen (Männer-) Wahlrecht und nicht der Streik waren ihr erstes Agitationsziel.

Der Organisationszusammenschluss mit den marxistisch inspirierten Eisenachern unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht vereinte 1875 zwei programmatisch unvereinbare Richtungen – erklärbar nur durch die zunehmende Repression des kaiserlichen Staates, die organisatorische Einheit und Selbstschutz vor programmatische Klarheit rücken ließ. Im Überlebenskampf in der Zeit des Sozialistengesetzes siegte die radikale Gegenideologie, die Partei wurde marxistisch und umstürzlerisch.

Kaum wieder legal, meldeten sich der Sozialreformismus und die Hoffnung zurück, Machtverhältnisse durch Gewinne bei Parlamentswahlen verändern zu können. Es gehört zu den Meisterleistungen der Parteizentristen um Bebel und Kautsky, dass sie zwischen 1891 und 1914 die Spaltung der Partei und das Wegdriften von den Gewerkschaften verhinderten und eine sozialdemokratische Einheitsbewegung aus Reformern, Revisionisten und revolutionären Linken anführten.

Die disparaten Flügel hatte Karl Kautsky schon 1893, als revolutionäre Rabulistik noch die Reden vieler Sozialdemokraten schmückte, mit einer sybillinischen Formulierung in eine gemeinsame Parteihülle zu binden versucht: Die Sozialdemokratie sei eine "revolutionäre, nicht aber Revolution machende Partei".

Programmwechsel und Politikwenden sind in einer 150 Jahre alten Partei unvermeidlich, die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 markiert jedoch eine besonders tiefe Zäsur, für manche symbolisiert sie den sozialdemokratischen Sündenfall par excellence. Ob die Zustimmung zur Kriegsfinanzierung mit der Hoffnung verbunden war, endlich Zutritt zum inneren Machtgefüge des kaiserlichen Deutschlands zu erhalten; ob sich die Parteiführung verfassungs- und sozialpolitische Zugeständnisse erhoffte; ob sie glaubte, dem schnell anwachsenden Patriotismus in der

Arbeiterschaft kein Paroli mehr bieten zu können; ob sie befürchtete, sich gegen die Gewerkschaften zu stellen, die Tage zuvor schon ihren Burgfrieden mit der Erklärung geschlossen hatten, alle Lohnkämpfe einzustellen; oder ob die Befürchtung obsiegte, mit einer Ablehnung vom kaiserlich-militärischen Staat erneut verboten und in die Illegalität vertrieben zu werden: Die Zustimmung unter der Kompromissformel, dass kein Angriffskrieg, sondern ein vaterländischer Verteidigungskrieg gegen das rückständig-barbarische Zarenreich bevorstünde, bedeutete auch das Ende der Zweiten Internationale, die von der SPD 1889 maßgeblich initiiert und bis Kriegsbeginn von ihr dominiert wurde.¹

Was die ideologischen Kämpfe um Reform oder Revolution nicht vermochten, schaffte alsbald die Kriegs- und Friedensfrage: Die Partei driftete organisatorisch auseinander. Bei Abstimmungen über weitere Kredite sammelten sich die Abweichler – Karl Liebknecht hatte als erster mit Nein gestimmt – und unter den zunehmenden sozialen Spannungen durch die Kriegsbewirtschaftung und Katastrophenmeldungen von der Front, konnten die Zentristen die Partei nicht mehr zusammenhalten. Die Spaltung in eine Mehrheitsfraktion (MSPD) und Minderheitsfraktion (USPD) legte die Sollbruchstellen offen, an denen sich 1918/19 die Spaltung in eine sozialdemokratische und kommunistische Partei vollzog.

Im November 1918 stand dann die Gretchenfrage wieder an: Reform oder Revolution? Nun war es soweit: die Revolution kam nach Berlin. Die kaiserliche Regierung trat zurück und Friedrich Ebert ließ sich als führender Politiker der MSPD zum Reichskanzler berufen. Für den 9. November wurde in der Hauptstadt zu Massendemonstrationen aufgerufen, um die Revolution voranzubringen.

In dieser Situation erfolgte sein Aufruf an die deutschen Bürger mit folgendem Wortlaut: “[...] Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend: Verlasst die Strassen! Sorgt für Ruhe und Ordnung”. Unterschrieben: Der Reichskanzler, EBERT.

Hat er die Revolution verraten und das Bürgertum gerettet? Wollte er Gewaltchaos verhindern und den Übergang zu einer parlamentarischen Monarchie sichern? Oder war er nur ein früher Realist, der von der sozialen Reformierbarkeit des Kapitalismus überzeugt war und diesen Weg suchte? Friedrich Ebert, so könnte man sagen, wollte kein deutscher

¹ Nicht nur die deutschen, auch die französischen Sozialdemokraten stimmten mit ihren Regierungen. Kautsky verallgemeinerte das nationalpatriotische Abstimmungsverhalten der meisten europäischen Sozialisten, indem er feststellte, dass “the International cannot be an effective instrument in time of war; it is essentially a peacetime instrument” (zitiert nach Paul Blackledge: The great schism: socialism and war in 1914. In: International Socialism, 2014, Issue 143, S.97).

Kerenski werden, und die Führung der MSPD fürchtete sich vor einer bolschewistischen Radikalisierung der Massen und der Etablierung des Räte Modells.

Reform oder Revolution? Diese Alternative stellte sich nach 1945 für die SPD nicht mehr. Die Welt befand sich nun in einem kalten Krieg, die Unterdrückungspraxis im Osten desavouierte den real praktizierten Sozialismus in der UdSSR und ihren Satellitenstaaten einschließlich der DDR, wohingegen die Sozialdemokratie im Westen – wenn auch manchmal wie in der Bundesrepublik Deutschland aus der Opposition heraus – beeindruckende sozialreformerische Siege feierte. Allerdings: Das goldene Zeitalter des Keynesianismus im industriellen Westen ging unter Reagans und Thatchers neoliberalen Konterreformen ab 1980 zu Ende.

Und dann doch, 1989! Nach den Niederlagen 1848 und 1918/19 endlich eine eigene, siegreiche Revolution. Neben den USA, England, Frankreich und Russland hat nun auch Deutschland seine Revolution – und sogar eine friedliche.

Es war jedoch eine irgendwie merkwürdige Revolution: gewaltfrei ja, es wurde umgewälzt, auch dies, aber es gab keinen Platz für die Revolutionäre und deren Ideen. Sie konnten und sie durften nichts Neues gestalten, es wurde nichts Neues geboren, sondern im Westen schon Bekanntes übernommen. Eine Revolution für den Anschluss, euphemistisch als Wiedervereinigung bezeichnet.

Was und wer hat gesiegt in dieser “etwas merkwürdigen” Revolution? Deutschland war politischer Gewinner von etwas Größerem. Die Sowjetunion kollabierte und in den Trümmern des einstürzenden “realen Sozialismus” wurden auch die gesellschaftspolitischen Gegenmodelle und Utopien begraben. Der Kapitalismus hat gesiegt – dies wurde nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten zum geflügelten Wort, zu ihm schien es keine Alternative mehr zu geben.

Ein amerikanischer Politologe (Fukuyama) – in plumper dialektischer Logik – sah sogar “das Ende der Geschichte” gekommen. Die großen antagonistischen Widersprüche zwischen Gesellschaftsentwürfen hätten sich aufgelöst und ohne Gegenmodell fehlten die Antriebsfedern für Veränderungen. Soweit muss man nicht gehen – jedoch schien das utopische Denken in sozialistischen Modellen seither obsolet.

Es war Willy Brandt, der dagegen setzte und darauf verwies, dass das Jahr 1989 nicht die Niederlage des Kommunismus gegen den Kapitalismus bedeutet, sondern den Sieg Bernsteins – man könnte hinzufügen Kautskys – über Lenin. Die Abspaltung in den Bolschewismus hatte sich als historischer Irrtum erwiesen, die sozialreformerische Entscheidung als der richtige Weg. Der Sozialreformismus ist nicht tot, er wird weiter gestalten.

In den 1990er Jahren war allerdings von einem Aufleben des Sozialreformismus wenig zu spüren. Im Gegenteil! Die Beschneidung des Sozialstaates war fast überall angesagt, der neoliberale Kapitalismus sans phrase auf dem Weg zum globalen Konzept.

Bis eben 2008 – dann stand der Kapitalismus plötzlich vor dem Abgrund, hingeführt vom Finanzkapital – und nur keynesianische Staatsinterventionen und sozialstaatliche Marktunterstützung konnten ihn am Fall ins eigene Grab hindern.

Seither diskutieren wir neu. Wir diskutieren wieder die Lebensfähigkeit des Kapitalismus, die Notwendigkeit, mit staatlicher Steuerung die anarchischen Märkte zu stabilisieren, die freien Wirtschaftskräfte sozialpolitisch einzuhegen, auch die Pläne, unsere Gesellschaften mit Sozialreformen an einer Radikalisierung zu hindern.

In Reformen umgesetzt werden diese Debatten bisher nicht. Die Eliten haben sich vielerorts von einer maßvollen Einkommensverteilung verabschiedet, fast überall steigt die soziale Ungleichheit krass, mit meritokratischen Formeln über “selbstverschuldete” Armut gerechtfertigt.

Die deutsche Sozialdemokratie steckt mitten in dieser Herausforderung. Seit zwei Jahrzehnten prägen neue Entwicklungen die deutsche Sozialdiskussion: Neue Armut, Zwei-Drittel-Gesellschaft, Prekariat, Hartz IV und Absinken der Mittelschichten sind Begriffe und Bilder einer wiederkehrenden gesellschaftlichen Polarisierung. Und wie zuvor ist die Linke wieder gespalten und bisher zu keiner parteiübergreifenden Koalition fähig. Die SPD muss nun erneut ihre Fähigkeit zu einem neuen Sozialreformismus unter Beweis stellen. Jedoch verläuft deutsche Entwicklung nicht mehr als nationale Geschichte, sondern als europäische Integration. Für die Sozialdemokratie von heute lautet die große Frage nicht mehr “Reform oder Revolution?”, sondern nationale versus europäisch-integrierte Sozialsysteme. Die Überwindung der nationalen Grenzen darf als revolutionäre Zukunftsaufgabe verstanden werden.

BESONDERHEITEN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE IM KONTEXT DER EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNG

Bernd Faulenbach

I. Zu Thema und Fragestellung

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat sich vielfach als eine transnationale europäische Emanzipationsbewegung verstanden und einen politischen Internationalismus proklamiert. Und doch sah die Realität im 19. und 20. Jahrhundert meist anders aus. Die Sozialdemokratie war in allen Ländern eng mit dem jeweiligen nationalen politischen, ökonomischen und kulturellen Kontexten – häufig mit den spezifischen Problemlagen und Konflikten – verwoben. Eine wesentliche Rolle spielten dabei sowohl der jeweilige Entwicklungsstand, als auch die politische Verfassung und die politische Kultur. Es hat keinen “Normalweg” und keine “Gleichzeitigkeit” der Entwicklungen der Länder gegeben, dementsprechend im Grunde auch keine “Sonderwege” – auch wenn davon vielfach von den Zeitgenossen oder retrospektiv ausgegangen wurde. In einem weiteren Sinne waren alle Wege besondere, vielleicht jedoch – wie Heinrich August Winkler gemeint hat – einige ganz besonders (siehe Winkler 2000: 640ff). Auch im Hinblick auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung kann man von einer “Pfadabhängigkeit” sprechen. Es gab dementsprechend keinen sozialdemokratischen Normalweg, sondern verschiedene sozialdemokratische Wege.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung galt in diesem, durch Unterschiedlichkeit gekennzeichneten Europa zeitweilig als führende und bestorganisierte Bewegung. Dies gilt insbesondere für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als die SPD die zahlenmäßig stärkste Partei war und auch die Parteien und Gewerkschaften in anderen Ländern finanziell unterstützte. Doch gab es auch Phasen, in denen die deutschen Sozialdemokraten nur eine unter vielen sozialdemokratischen Parteien stellten.

Unser Interesse richtet sich hier auf Besonderheiten der deutschen Sozialdemokratie, die sie von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Westen und Osten seit dem 19. Jahrhundert unterschieden und mehr oder weniger Ausdruck der besonderen deutschen Entwicklung waren, über die immer wieder – vor allem fokussiert auf die Unterschiedlichkeit von Deutschland und dem Westen – diskutiert worden ist (Faulenbach: 1981; Faulenbach 1994; Groh 1983; Steinmetz 1997).

Bemerkenswerterweise bildet die deutsche Sozialdemokratie, die die Gesellschaft verändern wollte, ein wesentliches Moment der Kontinuität deutscher Geschichte, die ansonsten im 19. und 20. Jahrhundert durch eine ganze Reihe tiefgreifender Brüche geprägt erscheint; erwähnt seien der Erste Weltkrieg, der Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Revolution 1918, die NS-Herrschaft und der Zweite Weltkrieg mit seinen für die Deutschen höchst desaströsen Folgen, die deutsche Teilung und die späte (Wieder-) Vereinigung. Dies alles ist zwar auch an der Sozialdemokratie nicht spurlos vorübergegangen, doch bildet sie gleichwohl in gewisser Weise das Durchhaltende im Wandel der deutschen Geschichte.

Wir skizzieren hier Spezifika der deutschen Arbeiterbewegung, die aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 resultieren, ziehen jedoch auch einige Linien bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir versuchen dabei, die deutsche Entwicklung im europäischen Kontext zu sehen. Allerdings steckt eine vergleichende Forschung der europäischen Arbeiterbewegungen noch in den Anfängen.¹ So kann hier nur eine anfechtbare Skizze geliefert werden.

II. Sozialdemokratie und nationale Frage

Helmuth Plessner hat die Deutschen als “verspätete Nation” bezeichnet (Plessner 1959); verspätet war sie vorrangig gegenüber dem Westen, weniger gegenüber dem Osten. Charakteristisch für die deutsche Entwicklung im 19. Jahrhundert ist das Zusammenfallen von Nationalstaatsbildung, Übergang zum Verfassungsstaat und Herausbildung der sozialen Frage, die im Kontext der Industrialisierung zu sehen ist. Diese Interferenz von Problemen wirkte sich auch auf die deutsche Sozialdemokratie aus.

Die deutsche Sozialdemokratie formierte sich in einer Zeit, in der eben auch die Bildung eines deutschen Nationalstaates auf der Tagesordnung

¹ Siehe den beachtlichen Versuch von Klaus Tenfelde (2001): Komparative Untersuchungen, die zwei Länder umfassen, sind in den letzten Jahrzehnten wiederholt unternommen worden. Siehe z.B. Berger (1997). Vgl. auch Kocka (1983).

stand (vgl. Groh und Brandt 1992). So ist es verständlich, dass die Dopplung der Gründung der Sozialdemokratie in den 60er Jahren nicht zuletzt nationalpolitisch bedingt war. Die Lassalleaner befürworteten eine kleindeutsche Reichsgründung unter preußischer Führung, die Eisenacher waren Anhänger einer großdeutsch-demokratischen Entwicklung; strukturelle und theoretische Unterschiede kamen hinzu, die zusammen zu veritablen Gegensätzen wurden und zu Konflikten führten. Doch kritisierten beide Richtungen die Bismarcksche Reichsgründung und die Annexion Elsaß-Lothringens; zudem solidarisierten sie sich mit der Pariser Commune. Dies trug wesentlich dazu bei, dass beide Richtungen als "vaterlandslose Gesellen" ausgegrenzt wurden, was den Weg zur Vereinigung beider Parteien auf dem Parteitag in Gotha 1875 ebnete.

Die sozialdemokratische Partei war also von Anfang an in Gegensatz zum Kaiserreich geraten. Sie hatte Mühe, ihr demokratisches Nationalbewusstsein und ihren Internationalismus aus patriotischer Verantwortung verständlich zu machen, zumal sie schon bald unter dem Sozialistengesetz verfolgt wurde. Das Nationalbewusstsein in Deutschland aber verengte sich gleichzeitig sozial in einer Weise, dass Demokratie und Nationalbewusstsein in breiteren Schichten lange Zeit als Gegensatz galten (siehe Winkler 2001: 213 ff).

Die nationale Frage war in der Folgezeit nicht erledigt, zumal sich schon mit dem Altdeutschen Verband und der Vaterlandspartei ein neuer Nationalismus herausbildete, den die Sozialdemokratie ebenso bekämpfte wie den konservativen und liberalen Nationalismus. Allerdings trug sie aus nationalpolitischen Gründen im Ersten Weltkrieg zunächst die Burgfriedenspolitik und nach dem Krieg den Konsens der Weimarer Parteien gegen den Versailler Vertrag mit (nur die KPD entzog sich diesem).

Für die westeuropäischen sozialdemokratischen Bewegungen, die sich in bereits etablierten Nationalstaaten entwickelten, stellte sich keine vergleichbare nationale Frage. Allerdings hatten die Parteien im Osten damit sehr wohl auf die eine oder andere Weise schon im 19. Jahrhundert zu tun, insbesondere trifft dies für die Sozialdemokratie des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn zu, die auch eigene austro-marxistische Lösungsansätze zu erarbeiten versuchte (siehe Mommsen 1979: 195ff).

Die deutsche Sozialdemokratie sollte die nationale Frage auch nach dem Zweiten Weltkrieg als Problem erleben – mit der deutschen Teilung. Die SPD war in den 50er Jahren in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu der früher auf die Westintegration setzenden CDU Adenauers – die Wiedervereinigungspartei par excellence und hat dann wie keine andere sozialdemokratische Partei für die Überwindung des Ost-West-

Gegensatzes gekämpft – nicht zuletzt aus nationalen Motiven. 1990 kam sie zu ihrem Ziel, als Willy Brandt erklärte: “Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.” (vgl. Faulenbach 2013: 110ff). Endgültig wurden nun auch die Gegensätze von Demokratie und Nation in Deutschland aufgelöst.

III. Das Verhältnis zum Liberalismus

Besonderer Art war von ihrer Entstehung bis zum Ersten Weltkrieg auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Liberalismus. Der Historiker Gustav Mayer, dem wir eine große Engels-Biographie verdanken, hat von einer besonders frühen Ablösung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vom Liberalismus in Deutschland gesprochen (Mayer 1969).¹

Dies ist gegenüber dem Westen, etwa England, sicherlich zutreffend und hängt auch mit der politischen Schwäche des Bürgertums in Deutschland zusammen, das Mühe hatte, sich gegenüber den bisherigen vormodernen Führungsschichten durchzusetzen. So wurde der deutsche Liberalismus bis zum Ersten Weltkrieg niemals herrschende Partei, als man zunehmend der Überzeugung war, das Zeitalter des Liberalismus sei zu Ende.

Nur in den süddeutschen Parlamenten kam es bereits vor dem Krieg zur Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Linksliberalismus. Und die Friedensresolution 1917 im Reichstag wurde getragen von Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittspartei. Diese Parteien waren es dann auch, die 1919 als Weimarer Koalition die Verfassung der Republik wesentlich erarbeiteten, doch schon bald auf Reichsebene – anders als in Preußen – ihre Mehrheit einbüßten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die FDP als Zusammenschluss des Nationalliberalismus und des Linksliberalismus wieder gegründet worden war, ging der Liberalismus praktisch über viele Jahre ein tendenziell antisozialdemokratisches Bündnis mit der CDU/CSU ein. Erst in den 60er Jahren begann sich dies zu lockern. Als es 1969 endlich zu einer Koalition zwischen SPD und FDP kam, sprach Willy Brandt auf dem Hintergrund dieser Geschichte von einem “historischen Bündnis”, das – obgleich es eben doch nur ein Zweckbündnis auf Zeit war – immerhin bis 1982 anhielt (siehe Faulenbach 2011: 76ff).

¹ Siehe zur Gründungsperiode insbes. Welskopp (2000).

Charakteristisch für die deutsche Sozialdemokratie war, dass sie sich von ihren Anfängen an als Erbin der Revolution von 1848 betrachtete. Zu den Gründern der Partei gehörten nicht nur alte "48er" (Männer, die sich in der Revolution 1848/49 engagiert hatten), sie griff auch bald die "Ideen von 1848" der bürgerlichen Demokratie auf, die 1849 von der Reaktion scheinbar besiegt worden war (vgl. Baumgart 1976; Bouvier 1082). Die deutsche Sozialdemokratie war von ihren Anfängen her beides: Emanzipationsbewegung der Arbeiter (wenn man so will des "Vierten Standes") und Demokratiebewegung (vgl. Faulenbach 2012: 15ff). Sie vertrat schon in ihrer Frühphase neben sozialen, (radikal-) demokratische Forderungen. In der Praxis wurde sie immer mehr zur Anhängerin des parlamentarischen Systems (selbst unter dem Sozialistengesetz war sie im Reichstag vertreten). Man kann fragen, ob die Sozialdemokratie mit ihrer Doppelaufgabe nicht teilweise überfordert war. Und wenig untersucht ist, ob die Sozialdemokratie in den anderen Ländern eine vergleichbare Doppelaufgabe wahrgenommen hat.

Die Doppelaufgabe wurde von der SPD auch nach 1918 wahrgenommen. Das Heidelberger Programm von 1924 sah zwar die parlamentarische Demokratie nur als besten "Kampfboden" zur Durchsetzung des Sozialismus (siehe Dowe und Klotzbach 1990), doch waren die Sozialdemokraten in der Weimarer Zeit die entschiedensten Verteidiger der parlamentarischen Republik – bis hin zur heroischen Verweigerung der Zustimmung der Sozialdemokratie zu Hitlers Ermächtigungsgesetz im März 1933, die sie von allen anderen Parteien unterschied.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Erfahrung der NS-Zeit war Demokratie für die SPD Selbstzweck, keineswegs nur Mittel für die Realisierung des Sozialismus. Aus der Sicht der deutschen Sozialdemokratie war nun völlig klar, dass Demokratie ohne Sozialismus gefährdet, doch Sozialismus ohne Demokratie völlig unmöglich war. Im Godesberger Programm von 1959 wurde diese Position bekräftigt.

IV. Handwerker, Facharbeiter, Intellektuelle u.a. – zum sozialen Profil der deutschen Sozialdemokratie

Die Industrialisierung hatte in Deutschland in ihrer ganzen Breite eben erst begonnen, als sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts herausbildete. Bei etwas genauerer Betrachtung fällt die historische Rolle der Handwerker, der Handwerksmeister und Gesellen bei der Gründung der Arbeiterbewegung im mittleren Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland auf (siehe Welskopp 2000: 60ff; Faulenbach 1993). Sie erkannten zuneh-

mend, dass die alten Zunftordnungen der Vergangenheit angehörten und eine neue politisch-gesellschaftliche Ordnung anzustreben war, gleichwohl wesentliche traditionelle Solidarformen in die neue Zeit zu transformieren waren. Neben Handwerkern spielten die Arbeiter neuer Industrien, vor allem Facharbeiter, eine erhebliche Rolle, während sich die ungelerten Massenarbeiter erst in Arbeitskämpfen, etwa durch die großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet – 1889, 1905 und 1912 – der Sozialdemokratie annäherten, wobei die Gewerkschaften die Brücke zur SPD bauten. Die Aktivmitglieder der Parteien waren bis zum Ersten Weltkrieg vielfach Maurer, Zimmerer, Tischler und andere Berufsgruppen des Bau- und Holzgewerbes (Grebing 2007: 28). Nicht zuletzt fallen unter den Sozialdemokraten in politischer Funktion die Buchdrucker auf.

Die Handwerker, die noch auf Wanderschaft gingen, waren es auch, die – neben den Intellektuellen – westeuropäisches Denken nach Deutschland brachten. Transnationale Mobilität förderte transnationale politische Kommunikation.

Dass unter den Gründern auch frühere “48er” und randständige bürgerliche Existenzen eine Rolle spielten, muss hier erwähnt werden. Bald traten Volksschullehrer, auch Rechtsanwälte und andere “Intellektuelle” der Partei bei. Die Sozialdemokratie betrachtete sich als Partei des arbeitenden Volkes und glaubte, damit die große Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten – sie war insofern “Volkspartei” (Welskopp 2000: 82ff, 742ff).

Die Rezeption des Marx’schen Klassenbegriffs in der Zeit des Sozialistengesetzes trug dazu bei, dass die Sozialdemokratie sich als Partei der Arbeiter definierte – doch war der Begriff der Arbeiter immer verhältnismäßig weit gefasst. Die SPD war stets eine – über die Arbeiter hinausreichende – Partei. Wenn sie sich gleichwohl in der Zeit der Weimarer Republik – trotz des Görlitzer Parteiprogramms, durch das der Weg zur Volkspartei auch programmatisch beschränkt werden sollte – in Programm und Auftreten als Klassenpartei darstellte, so war dies nicht nur Folge marxistischer Theorie, sondern auch der Konkurrenz zur KPD, die das Festhalten am traditionellen Marxismus förderte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war für Kurt Schumacher und andere Sozialdemokraten klar, dass sich die Partei stärker zu den Mittelschichten öffnen musste, was zunächst nur teilweise gelang. Im “Godesberger Programm” (1959) stellte sich die SPD als das dar, was sie im Grunde schon lange war: als die linke deutsche Volkspartei (siehe Potthoff und Miller 2002: 208ff). Die deutsche Sozialdemokratie ging auf diesem Weg in Europa voran, sieht man von den sozialdemokratischen Parteien in Skandinavien ab, die durchweg vergleichsweise sozial offene Parteien waren. Die SPD versteht sich bis heute als breite linke Volkspartei.

V. Die besondere Rolle der Gewerkschaften

Von erheblicher Bedeutung für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Europa war das Verhältnis von politischer Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, die gleichsam als „naturwüchsiger“ Teil der Arbeiterbewegung galten. Idealtypisch gesehen verlief die Entwicklung sowohl im Westen als auch im Osten Europas anders als in Deutschland. Im Westen – etwa in England und Frankreich – ging die Gewerkschaftsbildung der Parteibildung voraus (im Syndikalismus hatte gewerkschaftliches Handeln freilich eine politische Funktion). Im zaristischen Russland arbeitete die Linke dagegen tendenziell im Untergrund und es kam nicht zur Herausbildung einer handlungsfähigen Gewerkschaftsbewegung, die übrigens auch Lenin nicht wollte (Tenfelde 2001: 18ff).

In Deutschland hatte die politische Arbeiterbewegung erheblichen Anteil an der Gründung von Gewerkschaften (siehe Welskopp 2000: 255ff). Aus der Sicht der Partei gab es einen klaren Vorrang der politischen Arbeiterbewegung; das Wort von den Gewerkschaften als der „Rekrutenschule“ der Partei spiegelt diese Haltung.

Dennoch ist festzustellen, dass die Freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften in Deutschland während der Wilhelminischen Zeit eine ausgesprochene Wachstumsperiode erlebten. 1914 zählte die Partei 1,1 Millionen Mitglieder; die Gewerkschaften aber hatten 2,5 Millionen Mitglieder. Ihnen war es gelungen, trotz ihrer richtungspolitischen Bindung eine zunehmend unabhängige Rolle zu spielen. Im Mannheimer Abkommen im Jahre 1906 konnten die Freien Gewerkschaften die Regelung durchsetzen, dass gegen den Willen der Führung keine politischen Streiks ausgerufen werden sollten (siehe Schönhoven 1980; 1984: 54f).

Die Gewerkschaften vertraten überwiegend schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg einen gemäßigten Kurs. So erklärte Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, auf dem Gewerkschaftskongress 1899: „Gerade wir, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wünschen nicht, dass es zum sogenannten Kladderadatsch kommt und dass wir genötigt sind, auf den Trümmern der Gesellschaft Einrichtungen zu schaffen, gleichviel ob sie besser oder schlechter sind als die jetzigen. Wir wünschen den Zustand der ruhigen Entwicklung“ (Protokoll 1899). Die Gewerkschaften wollten die Lage der Arbeiter durch kontinuierliche gewerkschaftliche Arbeit verbessern. Keine Frage, dass die Gewerkschaften einen wesentlichen Anteil daran hatten, dass die SPD in der politischen Praxis eine reformistische Haltung einnahm. Während des Ersten Weltkrieges erfuhren die Gewerkschaften

im Kriegshilfsdienstgesetz dann gleichsam ihre Anerkennung durch den Staat.

Die Gewerkschaftsführung wirkte in Entscheidungssituationen politisch retardierend auf die Parteiführung ein. Dies gilt auch für die Weimarer Zeit bis 1932/1933, als die Gewerkschaften die richtungspolitischen Unterschiede zu überwinden suchten, was nicht verhinderte, dass sie von den Nazis zerschlagen wurden. Schon vorher hatten die Freien Gewerkschaften versucht, sich von der SPD abzukoppeln.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es dann zur Gründung der Einheitsgewerkschaft, die sich damit dauerhaft gegenüber der SPD selbstständigte. Da die Sozialdemokraten jedoch die größte Strömung innerhalb der Einheitsgewerkschaft bildeten, blieb eine gewisse Nähe zur Partei erhalten. Zeitweilig nahmen die Gewerkschaften nun Positionen ein, die gleichsam links von der Volkspartei SPD lagen, doch stand ihr reformistischer Ansatz immer außer Zweifel.

VI. Entstehung und Entwicklung der Arbeiterkultur in Deutschland

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den verschiedenen europäischen Ländern war dadurch beeinflusst, dass der Industrialisierungsprozess zu unterschiedlicher Zeit und mit unterschiedlichem Tempo verlief. Bedeutsam waren auch politische Gegebenheiten und kulturelle Faktoren. Die deutsche Arbeiterbewegung war in gewisser Weise Ausdruck eines sozialmoralischen Milieus¹, in dem ökonomische, soziale und politische Faktoren ihren Niederschlag fanden. Geprägt wurde dieses Milieu nicht zuletzt durch die Verfolgungsperiode unter dem Sozialistengesetz.

Eine wichtige Rolle für dieses Milieu spielten seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts Organisationen im Umfeld der Partei, die Gewerkschaften, das Genossenschaftswesen (die Konsumgenossenschaften usw.) und die Arbeiterkulturorganisationen. Dazu gehörten Bildungseinrichtungen wie die Parteischule, an der prominente Sozialdemokraten Funktionäre für die Arbeiterbewegung ausbildeten. Zu nennen sind auch die Arbeiterjugendbewegung und die sich zunehmend ausdifferenzierenden Sport- und Freizeitorganisationen – der Arbeiter-Turn- und Sportbund, der Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, der Arbeiter-Schwimmer-Bund, der Freie Deutsche Ruderverband, der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, die Naturfreunde, der Arbeiter-Samariterbund,

¹ Zum Begriff des sozialmoralischen Milieus siehe Lepsius (1993: 37f).

der Arbeiter-Abstinente-Bund sowie der Verein der Freidenker (siehe von Räden 1979; Wunderer 1980; Ruppert 1986).

Das Vereinssystem war nur in den sozialdemokratischen Hochburgen relativ geschlossen. Hier schien das System das Arbeiterleben von der Wiege bis zur Bahre zu begleiten. Schule, Militärdienst und teilweise auch die Arbeit waren allerdings Fremdkörper in dieser Arbeiterkultur.

Es stellt sich die Frage, inwieweit diese "Parallelgesellschaft", die teils eine Sub-, teils einen Gegenkultur ausbildete, politisierend oder entpolitisiert wirkte. Bürgerliche Kultur mit ihren Geselligkeitsformen und auch ihren Inhalten sind trotz des Bemühens um Eigenständigkeit jedenfalls teilweise als Vorbilder unübersehbar. So war die Gegengesellschaft eben doch Teil der ständisch überhöhten Klassengesellschaft und ihrer Kultur.

Nach dem Ersten Weltkrieg hat sich in Deutschland die Arbeiterkultur noch weiter ausdifferenziert, erhielt teilweise auch die Aufgabe, den sozialdemokratischen Zukunftsglauben zu bewahren. Doch geriet sie bereits während der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts unter den Druck der modernen Freizeit- und Unterhaltungsindustrien. Nach dem Zweiten Weltkrieg, der die sozialmoralischen Milieus auflockerte, wurden die Arbeiterkultureinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht wieder aufgebaut, wohl aber die Bildungseinrichtungen der Partei. Das Bemühen um eine ganzheitliche Integration und Separation kam damit an ihr Ende. Die deutsche Sozialdemokratie begann sich als Teil einer offenen pluralistischen Gesellschaft zu sehen, die allerdings durch entschiedene Reformen weiterzuentwickeln war, durch die eine Demokratisierung der Gesellschaft angestrebt wurde.

Zu diesem Fragenkomplex fehlen – sieht man von Deutschland und England ab – noch weitgehend vergleichende Untersuchungen.

VII. Das Verhältnis zur staatlichen Ordnung

Die Frage nach dem Verhältnis der Sozialdemokratie zur jeweiligen politischen Ordnung ist bezogen auf die verschiedenen Epochen deutscher Geschichte unterschiedlich zu beantworten. Für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wird man in einer vergleichenden europäischen Betrachtung der deutschen Sozialdemokratie wiederum eine mittlere Position zuweisen können (vgl. Tenfelde 2001:18ff). Als radikale Oppositionsbewegung entstanden und verfolgt, blieb das Verhältnis zum Kaiserreich nach 1990 ambivalent, doch wuchs die sich stark ausdehnende sozialdemokratische Arbeiterbewegung eben doch auch ins Kaiserreich hinein. Die Partei engagierte sich – sogar während der Verfolgung – auf der parlamentari-

schen Ebene und begann seit den 90er Jahren auch den rechtsstaatlichen Rahmen zu nutzen. Dieter Groh (1973) hat vor Jahren für den deutschen Fall von einer “negativen Integration” gesprochen, wobei die Integration in Süddeutschland gewiss darüber hinausging. In Baden etwa wurde 1910/12 versucht, einen “Block von Bassermann bis Bebel”, von den Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten, zu bilden. Und in Bayern lehnten die Sozialdemokraten vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr per se den Landeshaushalt ab.

In Westeuropa war die politisch-gesellschaftliche Integration der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – bei manchen Unterschieden im Einzelnen – vor dem Ersten Weltkrieg bereits vorangeschritten, in Deutschland dagegen gehemmt und verzögert. Im zaristischen Russland aber gab es keinerlei Integration. In Westeuropa hat es Regierungsbeteiligungen sozialdemokratischer Parteien schon seit der Jahrhundertwende gegeben – dies war zu dieser Zeit für Deutschland noch undenkbar, in Russland gänzlich außerhalb der Vorstellungswelt. Dem entsprachen – ungeachtet aller Eigengewichtigkeit der Theorie-Debatten – die unterschiedlichen Strategien. Während im Westen – in Frankreich wie in England – der Reformismus vorherrschte und die russische Arbeiterbewegung, insbesondere die Bolschewiki, eine revolutionäre Strategie vertraten, war die Sozialdemokratie nur im weitesten Sinne eine revolutionäre Kraft. Karl Kautsky konstatierte, die deutsche Sozialdemokratie sei eine “revolutionäre”, doch “keine revolutionsmachende” Partei.

Kautsky hatte schon 1893 eine Revolution mit Barrikaden und gewaltsamen Auseinandersetzungen für die “modernen” Länder, zu denen er auch das monarchisch-konstitutionell verfasste Kaiserreich rechnete, als nicht mehr zeitgemäß erklärt; die Mehrheit werde sich hier durch Wahlerfolge politische Macht erobern und dann eine Umgestaltung der Gesellschaft vornehmen (Kautsky 1909). Nur im autokratischen Osten erschien Kautsky eine Revolution im engeren Sinne angemessen. Sicherlich kam Russland bei Kautsky etwas klischeehaft in den Blick, was in der deutschen Sozialdemokratie nicht so ungewöhnlich war. Berühmt ist der Satz des alten Bebel, der die Flinte noch schultern wollte, wenn es gegen den Zaren ginge.¹ Dieses Russland-Bild bestimmte die Haltung der deutschen Sozialdemokratie bei Beginn des Ersten Weltkriegs. Nicht ganz zufällig wurde dann Kautsky einer der schärfsten Kritiker des Bolschewismus an der Macht, der in Georgien und andernorts unter aus seiner Sicht an-

¹ So Bebel vor dem Reichstag am 7. März 1904.

fechtbarer Berufung auf die “Diktatur des Proletariats” demokratische Entwicklungen unterband (siehe Gilcher-Holtey 1986: 272f).

Bemerkenswert ist die spezifische Rezeption des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes. Der Marxismus bewies aus der Sicht vieler Sozialdemokraten “wissenschaftlich” die Zukunftsfähigkeit der Bewegung. In der Folgezeit war er – partiell in der Kombination mit Darwins Lehren (“Darwinomarxismus”) – mehr eine evolutionistische Integrationsideologie als eine handlungsleitende Theorie. Zwar lehnten die Parteitage Bernsteins Revisionismus klar ab, doch betraf das die Alltagsarbeit der Partei kaum. Der Marxismus der Theoretiker hatte keine konkrete Politik zur Konsequenz. In der Praxis wurde – ungeachtet der Flügelbildung – schon im Kaiserreich die deutsche Sozialdemokratie mehr und mehr zu einer reformistischen Partei, deren Politik sich trotz ihres hohen Anspruchs mit der der Gewerkschaften traf.

Von ihrem ganzen Habitus her waren schon vor dem Ersten Weltkrieg die deutschen Sozialdemokraten in ihrer großen Mehrheit keine Revolutionäre, obgleich ein Nebeneinander von abstrakten Zukunftsideen und konkreten politischen sowie sozialen Forderungen, das im Erfurter Programm (1891) angelegt war, für die deutsche Sozialdemokratie dieser Zeit charakteristisch war. Etwas überpointiert mag man sagen, dass die Sozialdemokratie im Kaiserreich deshalb so erfolgreich war, “weil sie Zukunftshoffnungen und konkrete Tagespolitik, revolutionäre Rhetorik und reformistisches Handeln, Gegensätzlichkeit zur vorherrschenden Politik und Arrangement mit der realen Gesellschaft verband” (Faulenbach 2012: 31). Andererseits aber war unklar, was im Falle des “großen Kladderadatsches” zu tun sei.

Auf dem Hintergrund der Geschichte der Sozialdemokratie im Kaiserreich, in der sie im Vorhof der Macht blieb, war es nicht überraschend, dass sich die Sozialdemokraten, die sich während des Krieges über die Friedensfrage, d.h. über die Kriegskredite, gespalten hatten, nach der Novemberrevolution in ihrer großen Mehrheit entschieden für die parlamentarische Demokratie aussprachen und im Bündnis mit der linksbürgerlichen DDP und dem katholischen Zentrum die Weimarer Republik schufen. Es war die Demokratie-Diktatur-Frage, die die Sozialdemokraten (nicht nur die MSPD, sondern auch beträchtliche Teile der USPD) von der um die Jahreswende 1918/19 gegründeten KPD unterschieden, die – auch unter dem Eindruck der russischen Entwicklung – eine Diktatur des Proletariats anstrebte und deshalb einen Boykott der Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung propagierte.

Friedrich Ebert, neben Philipp Scheidemann der führende Sozialdemokrat dieser Jahre, bekräftigte bei der Eröffnung der National-

versammlung, dass “nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung [...] sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vorwärts bringen [lassen], ohne das Reich und seine Wirtschaft zugrunde zu richten”.¹ Es war die Überzeugung Eberts und anderer führender Sozialdemokraten, dass nur eine demokratisch-parlamentarische Politik die Probleme der Zeit lösen könne. Allerdings hatte die Sozialdemokratie Probleme mit ihrer neuen Rolle, nicht nur wegen der bald wachsenden Intransigenz der bürgerlichen Parteien gegenüber sozialdemokratischen Anliegen, sondern auch wegen der Konkurrenz der durch den Übertritt eines Teils der USPD gestärkten KPD. Der Historiker Klaus Schönhoven hat die SPD der Weimarer Republik treffend als “halbe Regierungs- und halbe Oppositionspartei” charakterisiert (Schönhoven 1989).

Ein besonderes Thema ist das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie nach dem Ersten Weltkrieg zu den Westmächten auf der einen Seite und zur Sowjetunion und dem Bolschewismus auf der anderen Seite. Dabei spielten auch emigrierte Menschewiki in der deutschen Sozialdemokratie eine Rolle (siehe Zarusky 1992). Die Entwicklung in Russland wurde außerordentlich kritisch als Beispiel für die verheerenden Folgen linksradikaler Politik betrachtet. Das bolschewistische Russland verstärkte die sozialdemokratische Entwicklungslinie zur sozialen Reformpartei. Insgesamt gesehen waren die deutschen Sozialdemokraten in der Weimarer Zeit eher west- als ostorientiert, wozu sicherlich die von Stalin bestimmte Komintern-Politik beitrug.

Die Unterdrückung und Verfolgung der SPD im Dritten Reich war für die deutsche Sozialdemokratie, deren Anhänger teils ins Exil gingen, teils Widerstandarbeit leisteten, teils auf bessere Zeiten hofften, d.h. zu “überwintern” suchten, ein tiefgreifender Einschnitt. Dennoch hat sie nach dem Zweiten Weltkrieg die Linie der Entwicklung der Weimarer Zeit wieder aufgegriffen und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit geschaffen. Es sollte allerdings bis 1966 dauern, dass sie wieder an der Regierung auf gesamtstaatlicher Ebene beteiligt wurde und bis 1969, dass sie erstmals wieder den Kanzler stellte. Sie vertrat nun das Konzept einer partizipativen Demokratie auf der Basis des Grundgesetzes. “Mehr Demokratie wagen” war das Motiv der ersten Regierungserklärung Willy Brandts im Oktober 1969.

Dies ist freilich eine Entwicklung, die hier nicht mehr näher beleuchtet werden kann. Festzuhalten aber ist, dass durch die deutsche Teilung

¹ Friedrich Eberts Rede bei der Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919. Wieder abgedruckt u.a. in: Mühlhausen (1999: 221).

und die Zweistaatlichkeit der Gegensatz von Sozialdemokratie und Kommunisten (die die SED dominierten) gleichsam territorialisiert wurde. Der Ost-West-Gegensatz schwächte im Übrigen tendenziell die Position der Sozialdemokratie im Westen; durch die Propaganda Adenauers, der CDU, der FDP und anderer wurde die westdeutsche Sozialdemokratie in die Nähe der Kommunisten gerückt, was objektiv ganz unsinnig war: der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ließ sich nicht aufheben, solange die Kommunisten in der DDR regierten. Allerdings distanzieren sich die Sozialdemokraten seit den 70er Jahren von bestimmten Formen des undifferenzierten Antikommunismus und arbeiteten an der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes.

VIII. Resümierende Schlussbemerkungen

Trotz der tiefen Brüche der deutschen Geschichte lässt sich für die Sozialdemokratie eine beachtliche Kontinuität von der Entstehung bis heute feststellen. Entstanden mit dem Ziel, die im Kontext der Industrialisierung entstehenden sozialen Fragen zu lösen und den Obrigkeitsstaat durch eine demokratische Republik zu überwinden, entwickelte sich die deutsche Sozialdemokratie noch im Kaiserreich zur großen Reformpartei, die sich auf die arbeitende Bevölkerung stützte.

Von der westlichen politischen Theorie beeinflusst, wurde die Sozialdemokratie bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert zu einer breiten Bewegung, deren "Entwicklungspfad" zwischen den reformistischen Wegen der Arbeiterbewegungen im Westen und dem durch gezieltes Handeln bewirkten Umsturz unter Führung der Bolschewiki verlief. Charakteristisch für sie war die Amalgamierung von demokratischen und sozialen Zielen, die zunehmend als sich gegenseitig bedingend begriffen wurden.

Von zentraler Bedeutung für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wurde, dass sie sich schon im Kaiserreich zu einer Massenpartei mit funktionierender Organisation, verknüpft mit großen Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterkultur- und Freizeitorganisationen, entwickelte.

Ungeachtet mancher situativer Fehleinschätzungen und Unzulänglichkeiten war die deutsche Sozialdemokratie die eindrucksvollste, doch zeitweilig nur ideell erkennbare Alternative zu dem, was man den in der deutschen Katastrophe mündenden "deutschen Sonderweg" genannt hat. So war sie – auch als Antithese zur vorherrschenden Entwicklung – eben stets Teil der deutschen Geschichte. Und doch hatte sie viel gemeinsam

mit der Sozialdemokratie im übrigen Europa, deren Unterschiede und Widersprüchlichkeiten sie allerdings keineswegs aufzuheben vermochte.

Literatur

Baumgart Franzjörg (1976): Die verdrängte Revolution, Düsseldorf 1976.

Berger Stefan (1997): Ungleiche Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich. 1900–1931, Bonn.

Bouvier Beatrix (1982): Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen Sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er Jahren bis 1905, Bonn.

Dowe Dieter und *Klotzbach Kurt* (1990): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl. Berlin-Bonn.

Faulenbach Bernd (1981): "Deutscher Sonderweg". Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewusstseins, in: APUZ, Bd. 33, S. 3–21.

Faulenbach Bernd (1993): Handwerkertraditionen und Holzarbeitergewerkschaften. Zur Frage soziokultureller Kontinuitäten. In: Helga Grebing/Hans-Otto Hemmer/Gottfried Christmann (Hg.): Das Holzarbeiter-Buch. Die Geschichte der Holzarbeiter und ihrer Gewerkschaften, Köln, S. 45–51.

Faulenbach Bernd (1994): "Deutsche Sonderwege". Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis, in: Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung Bd. 41, S. 14–30.

Faulenbach Bernd (2011): Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn.

Faulenbach Bernd (2012): Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München.

Faulenbach Bernd (2013): Willy Brandt, München.

Gilcher-Holtey Ingrid (1986): Das Mandat der Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie, Berlin.

Grebing Helga (2007): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin.

Groh Dieter (1983): Le Sonderweg de l'histoire allemande entre 1848 et 1940: Mythe ou réalité? in: Annales 38, S. 1166–1182.

Groh Dieter (1973): Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M., Berlin.

Groh Dieter und *Brandt Peter* (1992): "Vaterlandslose Gesellen". Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München.

Kautsky Karl (1909): Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, 2. Aufl. Berlin, S. 44–52 (Artikel aus der Neuen Zeit vom Dezember 1893).

Kocka Jürgen (Hg.) (1983): Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich, Göttingen.

Lepsius M. Rainer (1993): Demokratie in Deutschland, Göttingen.

Mayer Gustav (1969): Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863–1870, in: ders.: Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Hg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a.M. S. 108–178.

Mommsen Hans (1979): Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen.

Mühlhausen Walter (Hg.) (1999): Friedrich Ebert. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit, Heidelberg 1999.

Plessner Helmuth (1959): Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart.

Pothhoff Heinrich und *Miller Susanne* (2002): Kleine Geschichte der SPD 1848–2002, 8. Aufl. Bonn.

Protokoll (1899) der Verhandlungen des Dritten Kongresses der Gewerkschaften 1899 vom 8.-13. Mai 1899, Hamburg.

Ruppert Wolfgang (1986): Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum "Wirtschaftswunder", München.

Schönhoven Klaus (1980): Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Stuttgart.

Schönhoven Klaus (1984): Die Freien Gewerkschaften zwischen Reichsgründung und Weltkrieg: Organisationsentwicklung, Strukturprobleme und Programmatik, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn, S. 39–56.

Schönhoven Klaus (1989): Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München.

Steinmetz George (1997): German exceptionalism and the origins of Nazism: the career of a concept, in: Ian Kershaw/Moshe Levin (Ed.): Stalinism and Nazism: Dictatorships in Comparison, Cambridge, S. 252–284.

Tenfelde Klaus (2001): Europäische Arbeiterbewegungen im 20. Jahrhundert, in: Dieter Dowe (Hg.): Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn, S. 9–39.

Von Räden Peter (Hg.) (1979): Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Frankfurt/M..

Welskopp Thomas (2000): Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn.

Winkler Heinrich August (2000): Der lange Weg nach Westen. Bd. II: Deutsche Geschichte vom "Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München.

Winkler Heinrich August (2001): Der lange Weg nach Westen. Erster Band: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, 2. Aufl. München.

Wunderer Hartmann (1980): Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt/M., New York.

Zaruský Jürgen (1992): Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München.

REVOLUTION ODER REFORMISMUS, KLASSEN – ODER VOLKSPARTEI? – DIE DEUTSCHE DEBATTE¹

Josef Mooser

“Revolution” und “Reform” waren im 19. Jahrhundert Begriffe, mit denen sich die sozialistische bzw. sozialdemokratische Arbeiterbewegung selbst beschrieben und als fundamental oppositionelle Kraft von ihrer Umwelt abgegrenzt hat. Besonders in ihrer marxistischen Selbstdeutung sah sie sich als Produkt der politischen, demokratischen und ökonomischen Revolution, der kapitalistischen Industrialisierung sowie als aktiver Faktor einer kommenden politischen wie ökonomischen Revolution zur Überwindung des Kapitalismus. Der Begriff “Reform” hingegen war im 19. Jahrhundert konservativ besetzt, er stand für eine paternalistische Politik von oben gegen die “Selbsthilfe” der Arbeiterbewegung und sollte einer Revolution vorbeugen. Revolution oder Reform? Das schien daher manchen eine falsche oder überflüssige Frage. Sie wurde aber immer drängender mit dem Aufstieg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zur Massenbewegung.

Die Richtungskämpfe setzten 1890/91 mit der innerparteilichen Opposition der “Jungen” auf der einen Seite und dem Kurs des bayerischen Parteiführers Georg von Vollmar auf der anderen Seite ein. Beide repräsentierten fast schon klassisch die Gegensätze zwischen Revolution und Reform. Die “Jungen” schielten auf außerparlamentarische Aktionen, werteten den Wahlerfolg ab und kritisierten, dass die Bewegung “schon jetzt zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken” sei und im Reichstag nichts anderes tue, als “einen Ausgleich zwischen Proletariern und Bourgeois herbeizuführen”. Vollmar brandmarkten sie als “Verräter” an der Arbeiterklasse. Dieser hingegen wies auf die parlamentarische Tätigkeit der “großen Partei”, warb angesichts des “neuen Kurses” für eine Politik des Eintretens für die “Tagesbedürfnisse” (im

¹ Kurzform des Beitrags Revolution oder Reform? Revisionismusstreit und Massenstreikdebatte 1890 bis 1914. In: Kruke und Woyke (2012).

Arbeiterschutz und Koalitionsrecht) und stellte diese in die Perspektive der *“Ausdehnung der politischen Macht”*. Diese Modifikation der üblichen Formel *“Eroberung der Macht”* bezeichnet einprägsam das Verständnis von Reform als ein *“allmähliches Fortschreiten”*. Vollmar wehrte sich aber energisch dagegen, damit eine *“Aussöhnung”* mit der bürgerlichen Gesellschaft anzustreben.

In einer seiner großen Reden hat August Bebel auf dem Parteitag 1891 beide Positionen zurückgewiesen und mit seiner Autorität ein Argumentationsmuster bekräftigt, das auch in den Auseinandersetzungen der folgenden Jahre immer wiederkehrt. Die *“Jungen”* kanzelte er ab als anarchistische Wirrköpfe, die in unverantwortlicher Weise einer gewaltsamen Revolution das Wort redeten. In weltfremder Weise würden sie die Wähler verkennen, die anfangs nicht als sozialistisch Überzeugte hinter der Partei stünden, sondern *“weil sie sehen, [dass] unsere Partei die einzige ist, welche die Leiden der Arbeiterklasse zur Sprache bringt und für die Besserung ihrer Lage ficht”*. Vollmar hingegen setze illusionäre Hoffnungen in Reformen, weil er die politischen Machtverhältnisse verkenne. Seine Politik nach dem Motto *“Nur immer langsam voran!”* müsse in eine energielose *“Versumpfung”* führen, in der die Arbeiterbewegung ihre *“Begeisterung”* und ihr großes Ziel aus den Augen verliere. In den Zitatenschatz der Sozialdemokratie ging seine *“felsenfeste Überzeugung”* ein, dass dieses *“Endziel”*, anders als in den vergangenen bürgerlichen Revolutionen, durch *“ganz neue Wege und Mittel”* zu erreichen sei. Die bürgerliche Gesellschaft *“arbeitet auf ihren eigenen Untergang los, dass wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben”*. Und mit *“Bewegung”* reagierten die Delegierten auf Bebels Versicherung, dass die meisten von ihnen diesen Tag noch erleben würden. Karl Kautsky hat diese Rede 1893 zugespitzt auf den Satz, der das historische Urteil über den *“revolutionären Attentismus”* illustriert: *“Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei”*.

Das war die marxistische Kernüberzeugung vom unausweichlichen *“Zusammenbruch”* der kapitalistischen Wirtschaft, wie ihn der erste Teil des Erfurter Programms von 1891 umreißt. Dieses von Kautsky und Bernstein verfasste, bis zum Godesberger Programm 1959 in den Grundüberzeugungen wirkungsvolle Parteiprogramm war bekanntlich spannungsvoll bestimmt von der Polarität zwischen dem theoretischen und praktischen Teil. Der von Bernstein formulierte *“praktische”* Teil des Erfurter Programms umfasst ein weites Feld möglicher politischer und sozialpolitischer Reformmaßnahmen. Sie reichen von der umfassenden politischen Demokratisierung einschließlich der direkten Demokratie über uneingeschränkte Grundrechte, von der rechtlichen Gleichstellung

der Frauen über die Trennung von Kirche und Schule, von Justizreformen bis zu Steuerreformen und Maßnahmen zum “Schutz der Arbeiterklasse” wie dem 8–Stundentag.

Diese Forderungen bewegten sich gewiss im ökonomischen Rahmen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zusammengenommen stellten sie gegenüber der Gegenwart im Kaiserreich aber eine politische, soziale und kulturelle Revolution dar und zeugen von der vielschichtigen, fundamentalen Opposition der Sozialdemokratie. Sie waren keineswegs “bescheiden”, wie man im Revisionismusstreit nicht selten Reformen überhaupt in abwertender Weise gegenüber dem “Endziel” qualifizierte. Sie hatten in ihrer Verknüpfung wenig bis nichts gemein mit dem überkommenen, bürgerlichen Verständnis von Reformen im Sinne “sozialer” Maßnahmen für die Arbeiterschaft zum Erhalt der Monarchie. Umso auffälliger ist, dass im Revisionismusstreit wenig Bezug auf die “praktischen” Forderungen des Erfurter Programms genommen wurde, umso leidenschaftlicher aber um das angeblich gefährdete “Endziel” gestritten wurde.

Im Zusammenhang des Wachstums der Partei fiel im Jahr 1895 zum ersten Mal das Stichwort, dass, um Bauern und Landarbeiter zu gewinnen, eine “Revision der Vorstellungsweise in der Partei” nötig sei. Mit diesem Stichwort verbindet sich aber dann vor allem das Wirken von Eduard Bernstein. Im Jahr 1899 fasste er seine “Revisionen” in dem Buch “Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie” zusammen. Er forderte das Selbstverständnis der Sozialdemokratie in umfassender Weise heraus. Er monierte die “Phraseologie” der deutschen Sozialdemokratie, den Widerspruch zwischen ihrer politischen Sprache und Praxis. Gemeint war nicht weniger als die Sprache des marxistischen Geschichtsbildes im Erfurter Programm. Gestützt auf die zeitgenössischen Debatten über den Strukturwandel vom “Agrarstaat zum Industriestaat” entwickelte Bernstein eine zeitgeschichtliche Argumentation, deren Fluchtlinie nicht der “Zusammenbruch”, sondern die Langlebigkeit des Kapitalismus bildete: Die Krisen würden “mildere Formen” annehmen, die Mittelschichten nicht untergehen und der Lebensstandard der Arbeiter sich verbessern, so dass die große soziale Polarisierung der Klassen ausbleibe. Das “Endziel” einer sozialistisch organisierten Gesellschaft rückte für Bernstein in weite Ferne, so dass er 1897 schreiben konnte: “Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d.h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.” (Zit. nach Friedemann 1977: 389). Das wurde im Lauf der Kontroverse rhetorisch und metaphorisch verdichtet zum “Hineinwachsen in den Sozialismus”.

Bernstein forderte dafür ein Selbstverständnis der SPD als “demokratisch-sozialistische Reformpartei” anstelle der “revolutionären Partei”.

Kein Satz Bernsteins hat eine größere Abwehr hervorgerufen als der Satz, das Endziel sei ihm nichts, die Bewegung alles. Rosa Luxemburg hat diesen bei ihrer schnellen Reaktion in der Schrift “Sozialreform oder Revolution?” (1899) in sonst unbekannter dialektischer Schärfe aufgespießt. Bernstein habe “damit angefangen, das Endziel um der Bewegung willen aufzugeben. Da es aber keine sozialdemokratische Bewegung ohne das sozialistische Endziel geben kann, so endet er notwendig damit, dass er auch die Bewegung selbst aufgibt” (Luxemburg 1979: 437). Daher gehe es im Streit um Bernsteins “Revisionen” nicht um “diese oder jene Taktik, sondern um die ganze Existenz der sozialdemokratischen Bewegung”. Diese Kritik schoss über die Intentionen Bernsteins hinaus, erkannte aber den wunden Punkt. Bernstein verletzte nämlich die historisch gewachsene Identität der sozialistischen Arbeiterbewegung, die sich eben mit dem Begriff “Revolution” verband.

In der symbolischen Sphäre sind auch die Bedeutungen von “Revolution” im Revisionismusstreit zu suchen. Sie erschöpften sich nicht im marxistisch stilisierten Geschichtsbild des “revolutionären Attentismus”. Die Sprache der Revolution speiste sich daneben aus der Erinnerung an die demokratischen Revolutionen im 18./19. Jahrhundert, an den Mut der “Männer vor den Königsthronen” und bezog sich im weiteren Sinne auf den Aufbruch der Unterschichten aus langer Unterwürfigkeit und Unmündigkeit. Kautsky hatte wohl Letzteres im Sinn, als er 1902 in der Broschüre “Die soziale Revolution” schrieb: Die “Idee der Revolution ist es, die jene wunderbare Erhebung des Proletariats aus seiner tiefsten Erniedrigung bewirkt hat, welche das großartigste Ergebnis der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts darstellt” (Kautsky 1918: 63).

Anders gesagt: Der Begriff “Revolution” repräsentierte starke Emotionen und Gefühle moralischer Gerechtigkeit, die sich in sozialen Bewegungen immer wieder finden. Bernstein hat dies gehaut, aber konventionell als “Idealismus” verstanden, während gleichzeitig seine Furcht vor der unkontrollierbaren Gewalt in politischen Revolutionen zu groß war, um leichtfertig von “Revolution” zu reden. Das war, wie sein Briefwechsel mit Kautsky zeigt, ein wesentliches Motiv für seine “Revisionen” der marxistischen “Phraseologie”. Kautsky teilte diese Intuition und hat wiederholt die Vorstellung einer bewaffneten Insurrektion nach altem Muster zurückgewiesen, wollte aber mit Rücksicht auf die Stimmung in der Partei nicht auf den Begriff der “Revolution” verzichten.

Eine ähnliche Vielschichtigkeit wie den Begriff der “Revolution” kennzeichnet den Begriff “Reform”, wie er in der Revisionismusdebatte gebraucht wurde. Es war angesichts seiner konservativen Bedeutungs-

geschichte gar nicht selbstverständlich, ihn überhaupt zu gebrauchen. So sprach man von "Kleinarbeit", "Gegenwartsarbeit" oder von den "nächsten Aufgaben". Auffällig ist weiter eine Konfusion unterschiedlicher Dimensionen von Reformen. Gemeint waren jeweils staatliche, gesetzliche Reformen, aber auch die Aktivitäten der Gewerkschaften und Genossenschaften zur "Hebung" der Arbeiterschaft, zivilisatorische Entwicklungen oder Änderungen der politischen Einstellungen in der Partei, wie die Zustimmung zu den Staatshaushalten oder das Verhältnis zum Liberalismus. Nur wenige haben sich – wie z.B. der in der Reichstagsfraktion als Sozialpolitiker tätige Hermann Molkenbuhr – darum bemüht, die nicht selten abgewerteten "kleinen Errungenschaften" in ihren Zusammenhängen und langfristigen Wirkungen zu reflektieren. Mit Wohlwollen kann man bei Bernstein zwar retrospektiv einen kohärenten "konstruktiven Sozialismus" als Theorie von Reformen finden. Der Streit um 1900 mündete jedoch nicht in solche Klärungen; eher hinterließ er in der Linken eine Aura des Verdachts und machte die Begriffe "Reformist" oder "Reformismus" zu Schimpfwörtern für den "Opportunismus" gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft.

Der Revisionsmusstreit nährte sich aus dem Wachstum von Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und Kulturvereinen, aus der Ausdifferenzierung der Praxis der Arbeiterbewegung. Er führte aber gerade deswegen nicht zu einer Einheit unter den "Revisionisten". Sie waren – über Bernstein hinaus – zwar zahlreich genug, um in den "Sozialistischen Monatsheften" ein gemeinsames Forum zu halten, fanden aber nicht zu einer gemeinsamen Politik, wenn man die verschiedenen Themen der Kontroverse auf den Feldern der Innen-, Außen-, Kolonial- und Militärpolitik berücksichtigt.

Der Streit über "Reform" oder "Revolution" in der deutschen Sozialdemokratie um 1900 reichte in alle Felder der politischen Praxis hinein und erschütterte das Selbstverständnis, als Partei die Geschichtsmächtigkeit der Klasse der industriellen Lohnarbeiter zu organisieren. 1905 gab es einen Anlass, dieses Selbstverständnis als Klassenpartei zu revidieren. Eine Aufsehen erregende sozialwissenschaftliche Untersuchung der Wähler der SPD bei der Reichstagswahl 1903 ergab, dass von den drei Millionen Stimmen wohl etwa 750 000 nicht von Männern der gewerblichen Arbeiterschaft stammen konnten. Mit diesem Befund machte der Begriff "Volkspartei" die Runde. Bemerkenswert ist jedoch, wie marginal dieser Begriff noch blieb, auch für Bernstein. Er hätte seine strategische Phantasie auch auf die Parteisoziologie ausdehnen und die SPD zur "Volkspartei" ausrufen können. Dies geschah jedoch nicht. Bernstein blieb insofern ein Marxist, als er von einer Hegemonie der (industriellen)

Arbeiterklasse über die anderen sozialen Schichten unter den Wählern sprach.

Diese und weitere Aspekte des Revisionismusstreits, wie besonders die Massenstreikdebatte, lassen den Schluss zu, dass in der Polarität zwischen Revolution und Reform der Weg in die Spaltung der Arbeiterbewegung im Krieg noch nicht vorgezeichnet war. Diese Kontroversen lassen vielmehr eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung erkennen, die als fundamental oppositionelle Massenbewegung zu vielen historisch neuartigen Lernprozessen herausgefordert war. Es war ein Lernprozess, der auch durch den Internationalismus der Arbeiterbewegung und die Zustände und Entwicklungen in den anderen europäischen Ländern beeinflusst war. Die "Revolution" signalisierte dabei eine Identität gegenüber einer zumeist feindlichen Umwelt, die "Reformen" sollten Handlungsmacht unter widrigen Umständen erproben. Unter dieser Grundkonstellation bezeugen die fast permanenten Auseinandersetzungen die Ausdifferenzierung der Arbeiterbewegung, aber auch – wie der Blick auf andere Länder und frühere Phasen der Geschichte der Arbeiterbewegung verdeutlichen – die nicht selbstverständliche Fähigkeit zur Einheit und Kontinuität der Bewegung.

Literatur

Friedemann Peter (Hrsg.) (1977): Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890–1917. Frankfurt a.M., Bd. 1.

Kautsky Karl (1918; zuerst 1902): Die soziale Revolution. Berlin: 3. Auflage.

Kruke Anja und *Woyke Meik* (Hrsg.) (2012): Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung: 1848–1863–2013. Bonn: Dientz Verlag.

Luxemburg Rosa (1979): Sozialreform oder Revolution? In: Dies., Gesammelte Werke, Berlin, Bd. 1/1.

GEWERKSCHAFTEN UND SOZIALDEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND – DIE MASSENSTREIKDEBATTE UND IHRE FOLGEN

Rudolf Traub-Merz

Vorbemerkungen

Wer heute Themen diskutieren will, die vor hundert Jahren große Aktualität hatten, wird schnell an Historiker-Konferenzen verwiesen. Anders verhält es sich mit der Debatte um Massenstreiks, die neben dem Revisionismusstreit eine der großen organisatorischen und ideologischen Auseinandersetzungen in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie darstellt. Mit den Fragen um Zwecksetzung und Kontrolle politischer Streiks bestimmte sich seinerzeit das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Konflikte, die die beiden Seiten der Arbeiterbewegung darüber austrugen, haben aber nichts an Aktualität verloren und prägen bis heute das politische und organisatorische Verhältnis miteinander.

Als sich die deutschen Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg neu konstituierten und ihre Organisationsform um das Gebot der parteipolitischen Neutralität herum aufbauten, knüpften sie mit dieser Entscheidung an zwei zentrale Erfahrungen an: an die Endphase der Weimarer Republik, als die Spaltung in Richtungsgewerkschaften eine Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus verhinderte, und an den Ausgang der Massenstreikdebatte, als die Gewerkschaften die Unterordnung unter die sozialdemokratische Partei zurückwiesen. Die heutige Verfasstheit deutscher Gewerkschaften nach dem Einheitsgewerkschaftsprinzip und die Zwecksetzungen von Streiks begründen sich auch durch den Verlauf der großen Kontroverse 1905/06.

Beginnen wir mit einer begrifflichen Abgrenzung. Der Begriff des Massenstreiks ist heute weitgehend aus dem Sprachgebrauch verschwunden und durch den Begriff des politischen Streiks (umfassend: Generalstreik) ersetzt. Politischer Streik und wirtschaftlicher Streik lassen sich nicht immer klar abgrenzen. Der politische Streik meint

eine kollektive Arbeitsniederlegung, um von Regierungen politische Zugeständnisse zu erzwingen, der wirtschaftliche Streik eine Arbeitsniederlegung, die gegen die Arbeitgeber gerichtet ist und die eigene materielle Lage, also insbesondere die Lohnsituation, verbessern will. Beide verschmelzen, wenn durch einen Streik arbeitsrechtliche oder sozialpolitische Änderungen durchgesetzt werden sollen, die das soziale Los der Arbeiter direkt oder indirekt positiv beeinflussen.

In Deutschland entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein von Arbeitsrichtern (Richterrecht) geformtes Streikrecht, in dem Arbeitsniederlegungen aus politischen Motiven untersagt sind. In der Europäischen Union wird das politische Streikrecht nur in England und Österreich ähnlich restriktiv gehandhabt. Ein politisches Streikrecht haben deutsche Gewerkschaften in Form eines Widerstandsrechts nur bei einem politisch-rechtlichen Angriff auf ihren Bestand bzw. auf ihre elementaren Organisationsrechte. Entsprechend ist ein politischer Streik nur legal, wenn er dem Bestandserhalt der Organisation bzw. der Verteidigung der Koalitionsfreiheit dient. (vgl. z.B. Däubler 1973; Dribbusch 2010).

Das Fehlen eines politischen Streikrechts überrascht auf den ersten Blick, wurde die westdeutsche Nachkriegsrepublik doch auf den Trümmern der NS-Herrschaft errichtet. Die ungenutzte Chance eines Generalstreiks gegen den Nationalsozialismus gilt zu Recht als ein großes Versagen der deutschen Arbeiterbewegung. Aus diesem Grunde hätte man erwarten können, dass ein verbrieftes politisches Streikrecht der Gewerkschaften zum Schutz der Nachkriegsdemokratie hinzugehört.

Interessanterweise waren es zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Gewerkschaften, die sich zu Zeiten des kaiserlichen Obrigkeitsstaates mehrheitlich gegen das politische Streikrecht aussprachen, es als organisatorische Bedrohung sahen und deshalb einzuschränken versuchten. Mit ihrer Distanz zum politischen Streik drückten sie allerdings kein Einverständnis mit der Kaisermacht aus. Vielmehr entsprach die Skepsis gegenüber dem politischen Streik ihrem damaligen Grundverständnis über eine anzustrebende Rollenverteilung zwischen der sozialdemokratischen Partei (SPD) und den Gewerkschaften. Die Massenstreikdebatte wurde zur großen Organisationsdebatte und trug entscheidend zur Klärung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften bei.

1. Gewerkschaften und das Recht auf Streik

In dem bekannten Grundsatzurteil des deutschen Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahre 1980 wird hinsichtlich des Streikrechts kurz und

prägnant konstatiert: “Tarifverhandlungen ohne das Recht zum Streik wären nicht mehr als kollektives Betteln”. Da in Deutschland auf der Arbeitnehmerseite nur Gewerkschaften das Recht zu Tarifverhandlungen haben, ist damit zugleich festgeschrieben: Gewerkschaften müssen das Recht zum Streik haben. Im Umkehrschluss gilt: Gewerkschaften, die grundsätzlich erklären, dass Streiks keine legitimen Mittel für Tarifverhandlungen sind, sind nicht tariffähig und die von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge rechtlich nicht wirksam.

Das deutsche Arbeitsrecht ist in dieser Interpretation historisch konsequent, weil es im Kern Gewerkschaften als Konfliktakteure definiert und sie als solche anerkennt. Historisch entstanden als Streikkassen, haben sie sich zu Streikapparaten entwickelt, deren Konfliktfähigkeit zur Verbesserung der materiellen Lage eingesetzt werden soll. Auch wenn Gewerkschaften als Sozialpartner bezeichnet werden, ist der Konflikt dem Wesen kapitalistischer Arbeitsbeziehungen inhärent. So wie Arbeitgeber das Recht auf Privateigentum und damit die Verfügungskontrolle über Investitionen haben, so gehören Gewerkschaften und Streik untrennbar zusammen.

2. Gewerkschaften und Parteien – Beziehungsmodelle der Sozialdemokratie

In der Geschichte der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteien der letzten 150 Jahre – beide haben ihren Ausgangspunkt in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts – finden sich Phasen der Unterordnung und der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Desinteresses, kooperativer Zusammenarbeit und des militanten Kampfs gegeneinander. Sieht man von Fällen ab, in denen Gewerkschaften politische Parteien gründen oder führen oder sogar eine Guerilla halten oder unterstützen (wie in den Philippinen), durchlebten die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften fast alle wesentlichen Beziehungsmodelle. In einer schematischen Vereinfachung lässt sich die Geschichte der Sozialdemokratie auch als eine Abfolge verschiedener Beziehungsmuster zu Gewerkschaften schreiben. In einer historischen Reihenfolge lassen sich fünf Beziehungsmodelle¹ abgrenzen:

¹ Nimmt man die DDR hinzu, lassen sich sechs Beziehungsmodelle ausmachen, wurde doch dort die SPD und die KPD zur SED zwangsfusioniert und Gewerkschaften im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) als Monopolstruktur zusammengefasst. Gewerkschaften dienten als Massenorganisation von Staat und Partei. Wer Tarifverhandlungen und das Recht auf Streik zum Wesen von Gewerkschaften zählt, wird diese Strukturen allerdings nicht als Gewerkschaften bezeichnen.

- Phase I: Lassalleanisches Desinteresse an Gewerkschaften
- Phase II: Suprematie der SPD – Richtungsgewerkschaften in revolutionärer Gefolgschaft
- Phase III: Organisatorische Gleichberechtigung – kooperative Richtungsgewerkschaft
- Phase IV: Spaltung in SPD und KPD – revolutionäre Gewerkschaftsopposition gegen die SPD
- Phase V: Organisatorische Trennung und Parteineutralität – Einheitsgewerkschaftsprinzip

3. Die Massenstreikdebatte – der historische Kontext

Organisationsentwicklung

Die deutsche Arbeiterbewegung weist eine Besonderheit auf, insofern sich ihre beiden Formen zwar etwa zur gleichen Zeit (1860er Jahre) herausbildeten, zunächst aber in organisatorischer und politischer Distanz zueinander verharrten. Die Lassalleaner, die mit dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein (ADV) ab 1863 die erste Säule der Sozialdemokratie gründeten, wollten nur “die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands” und das “Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen”.¹ Sie glaubten an das eherne Lohngesetz, wonach der Verdienst der Arbeiter das Existenzminimum dauerhaft nicht überschreiten könne. Lohnkämpfe galten deshalb als bedeutungslos, da sie höchstens vorübergehende Siege einbrächten, die alsbald durch Bevölkerungswachstum wieder zunichte gemacht würden. Entsprechend war Gewerkschaftsarbeit auch kein Hebel für soziale Änderungen bzw. eine Transformation der Gesellschaft.

Eine größere Wertschätzung gewerkschaftlicher Arbeit zeigten erst die marxistisch inspirierten Eisenacher, die sich 1869 zuerst zur konkurrierenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) zusammenschlossen und sich unter dem Druck zunehmender staatlicher Repression 1875 mit den Lassalleaner zusammen zur Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP; 1890 umbenannt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)) formierten. Das Sozialistengesetz schränkte 1878 das Koalitionsrecht ein und trieb sowohl die Partei als auch die Gewerkschaften in den Untergrund. Unter dem Zwang zur Einheit im

¹ Ferdinand Lassalle, Offenes Antwortscheiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongress zu Leipzig vom 1. März 1863. Zit. in: Schneider, Michael (2000: 496, Dok.3).

Widerstand traten die ideologischen Differenzen zwischen den beiden Parteiflügeln wie auch mit den Gewerkschaften in den Hintergrund. Bismarcks Verbotsregime¹ erwies sich letztlich als Bumerang. Nicht nur kehrten Partei und die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften 1890 mit höheren Mitgliederzahlen aus dem Untergrund in die Legalität zurück. Vor allem radikalisierte sich die politische Analyse, der Marxismus stieg zur dominanten Parteidoktrin auf und verbreitete auch in den Gewerkschaften die Einschätzung, dass unter einem polizeistaatlichen Kaisertum wenig zu gewinnen sei.

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes und der Neukonstituierung der Verbände brach die Debatte über das richtige Verhältnis der beiden Säulen der Arbeiterbewegung zueinander erneut aus. Das Erfurter Programm der SPD (1891) und der Kölner Parteitag der Sozialdemokratie (1893) betonten den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus und das Primat des politischen Kampfs gegen die kapitalistische Ausbeutung. Dem Lohnkampf wurde eine nachgeordnete Bedeutung zugewiesen, Gewerkschaften mussten sich demzufolge der Partei unterordnen und erhielten die Zulieferrolle als Rekrutenschule. Dieses Rollenverständnis wurde in der Partei aus einer revolutionären gesellschaftskritischen Begründung abgeleitet, in den Gewerkschaftsführungen aber eher taktisch hingenommen. Denn – „darüber bestand kein Zweifel – sie teilten die herrschende Parteimeinung nicht“ (Schönhoven 2006: 52). Die Grundsatzkontroverse traf die Gewerkschaften allerdings in einer Phase organisatorischer Schwäche. Wirtschaftskrise und verlorene Lohnkämpfe hatten zu starkem Mitgliederschwund geführt und die großen Finanzierungsprobleme ließen viele Gewerkschaftsfunktionäre an der Stärke und Zukunftsfähigkeit ihrer Verbände zweifeln. Mit der ‚Unterordnung‘ unter die Partei sollten die eigenen Verbände konsolidiert werden; denn die SPD verzeichnete in jener Phase bei Wahlen und Mitgliederzahlen starken Zulauf.

Wenige Jahre später verschoben sich die Organisationsgewichte zusehends zugunsten der Gewerkschaften. Zwar konnte die SPD bei Wahlen weiterhin ständige Gewinne verbuchen und wurde 1912 mit 35 % stärkste Parlamentsfraktion; die Gewerkschaften erlebten aber einen atemberaubenden Aufschwung und hatten bis 1906 fast fünf Mal mehr Mitglieder als die SPD. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur, die seit 1895 fast ununterbrochen anhielt, eröffnete Umverteilungsspielräume und der

¹ Verboten wurden nur die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine mit ihrer Ausrichtung zum politischen Liberalismus sowie diejenigen, die sich von der Sozialdemokratie lossagten, konnten legal weiterexistieren.

gewerkschaftliche Lohnkampf wurde zum bedeutsamen Hebel, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus des Kaiserreiches zu verbessern. Diese Verschiebungen in der Organisationsstärke beider Verbände und die Erfolge der Lohnkämpfe waren aus gewerkschaftlicher Warte bald nicht mehr mit der früher akzeptierten Unterordnung unter die Partei verträglich und führten zur Forderung nach einer Neujustierung der Beziehungen.

Rolle von Streiks

Gewerkschaften und Lohnkämpfe gehören untrennbar zusammen. Historisch eingerahmt waren Lohnkämpfe immer von der Frage, ob innerhalb der existierenden kapitalistischen Verhältnisse Lohnverbesserungen überhaupt erreichbar sind, oder ob es nicht der Transformation in ein sozialistisches System bedarf, bevor substantielle Verbesserungen für die Arbeiterschaft erzielbar sind.

Weder Karl Marx noch die Theoretiker der Sozialdemokratie haben eine Theorie des Klassenkampfes und des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus entwickelt, und die Frage, welche Konfliktformen einen revolutionären oder nur reformerischen Charakter haben, wurde auch in der Zweiten Internationalen nicht ernsthaft diskutiert. In der SPD und auch in den Gewerkschaften vertraten viele eine mechanistische Zusammenbruchslogik. August Bebel erklärte den Delegierten 1891 auf dem Erfurter Parteitag, dass der Kapitalismus nicht nur an seinen immanenten Widersprüchen zusammenbrechen würde, er versicherte ihnen auch, dass die meisten von ihnen diesen noch erleben würden.

Während der Lohnstreik von Beginn an im Zentrum gewerkschaftlicher Praxis stand, war die Bedeutung eines politischen Streiks zur Erzwingung politischer Reformen außerhalb der in Deutschland schwachen syndikalistisch-anarchistischen Bewegung umstritten. Dass ein Generalstreik überhaupt möglich sei, hatten vor der Jahrhundertwende viele bestritten. Streiks hatten vor allem betriebliche oder örtliche Ausmaße und schienen an kleinräumige Ansammlungen von Arbeitern gebunden. Gingen sie in die Fläche, waren sie auf einzelne Wirtschaftssektoren oder Produkte beschränkt. Die blutigen, aber letztlich erfolgreichen Streiks 1893 in Belgien, welche die Einführung des Wahlrechts erzwangen, wurden als Ausnahme gewertet. Landesweite Streiks über Wirtschaftssektoren hinweg schienen in Deutschland nicht durchführbar.

Die Debatte verschob sich zur Jahrhundertwende. Großräumige wirtschaftliche Massenstreiks in mehreren westeuropäischen Ländern, der große Ausstand der Bergarbeiter an der Ruhr und die Generalstreiks in Schweden, den Niederlanden und Spanien mobilisierten die Anhänger

politischer Streiks. Plötzlich blickten die deutschen Sozialdemokraten auch nach Russland, auf die politischen Streiks in St. Petersburg und Moskau nach dem sog. Petersburger Blutsonntag (Januar 1905) sowie den Generalstreik im Rahmen der Russischen Revolution vom Oktober 1905, der den Zaren zu weitreichenden politischen Zugeständnissen wie der Einführung des Parlamentarismus zwang. Die Massenstreikdebatte in der SPD konzentrierte sich nun auf zwei Fragen:

Welche Formen des Streiks sind in den Klassenauseinandersetzungen gerechtfertigt: politische oder nur wirtschaftliche Streiks?

Wer hat die Zuständigkeit zur Ausrufung eines Streiks: die Gewerkschaft oder auch die Partei?

Die Massenstreikdebatte

Anders als 1891/93 führten die Gewerkschaften diese erneute Kontroverse aus einer Position der Stärke und eines entwickelten Selbstbewusstseins heraus. Auch die in den letzten Jahren zuvor aufgetauchte, wenn auch begrenzte Reformbereitschaft des Kaiserreichs im sozialen Bereich schien den gewerkschaftlichen Kurs eines Kampfes für kleine, aber ständige Verbesserungen zu bestätigen. Ausgestattet mit der Organisationsmacht von 1,8 Mio. Mitgliedern (1906; nur 0,22 Mio. 13 Jahre zuvor) nahmen die Gewerkschaften von Beginn an eine klare Position ein. Karl Legien, erster Vorsitzender der 1890 gegründeten Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, des ersten großen Zusammenschlusses, hatte den Generalstreik bereits als 'Generalunsinn' abgetan. Der Gewerkschaftskongress in Köln beschloss 1905 dann mit breiter Mehrheit:

“Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für indiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen”.¹

Im Prinzip war damit die Ablehnung festgelegt. Gewerkschaftliche Aufgabe sollte die tägliche Kleinarbeit um Reformen und nicht die Herbeiführung des großen 'Kladderadatsch' (Zusammenstoß) sein. Ein Zulassen eines Generalstreiks – so die implizite Logik – hätte Zweck und Zielsetzung von Streikhandlungen in eine politische und wirtschaftliche Dimension verdoppelt, damit die Streikhoheit halbiert und einen Teil der Streikverantwortung – nämlich für den politischen Grund –

¹ Resolution des Gewerkschaftskongresses in Köln im Mai 1905. Zitiert nach: Schneider, M. (2006) Anhang, Dokument 8, S. 505.

der Partei übertragen. Ein politischer Streik bedeutete unweigerlich die Konfrontation mit der polizeistaatlichen Obrigkeit. Schon verlorene Lohnstreiks stellten für Gewerkschaften große Probleme dar und einige Verbände waren nach einer Streikniederlage zusammengebrochen. Ein politischer Streik steigerte das Organisationsrisiko, musste bei einer Niederlage rechtliche Folgen haben und konnte die Existenzgrundlage gefährden. Die Ablehnung eines politischen Streikmotivs war primär dem Bedürfnis nach Organisationssicherheit geschuldet und wurde vor allem von den auf über 2000 Hauptamtliche angewachsenen Gewerkschaftsfunktionären vertreten.

Indem sich die Gewerkschaftsführungen gegen einen Generalstreik aussprachen, stellten sie primär das Recht der Partei in Frage, über Gewerkschaftshandeln zu bestimmen. Zwar war die Suprematie der Partei, so wie sie 1893 festgelegt war, bereits in der sogenannten "Neutralitätsdiskussion" eingeschränkt worden. Mit ihrer Kölner Kongressdeklaration forderten sie nun aber das alleinige Entscheidungsrecht in allen Streikfragen und damit die organisatorische Autonomie.

In der SPD waren mehrere Positionen vertreten, die auf dem Parteitag in Jena (17.-23. Sept. 1905) um die Mehrheit rangen. Eines der herausragenden Themen: Sollte das Dreiklassenwahlrecht in Preußen mit einem Streik beseitigt werden? Die Gruppe um Rosa Luxemburg sah im politischen Massenstreik ein offensives Kampfmittel, aber auch Bernstein, Hauptvertreter der Revisionisten, hielt, für manche überraschend, Streiks zur Durchsetzung des Wahlrechts für gerechtfertigt. Andere positionierten sich wie die Gewerkschaften und lehnten politische Streiks ab. Der Parteitag folgte einem von Bebel eingebrachten Antrag und legte sich darauf fest, den politischen Verteidigungsstreik als Mittel zur Abwehr etwaiger Anschläge auf bereits gewährte Rechte wie das Wahl- und Koalitionsrecht für legitim und rechtens zu erklären. Mit dieser Kompromisslinie (politischer Streik als Abwehrinstrument) stand die Partei dennoch im Konflikt zur Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses.

Die unterschiedliche Auffassung drohte zu einem tiefen Riss zu führen. Deswegen drängte Bebel schon im Vorfeld des Mannheimer Parteitages von 1906 in geheimen Gesprächen auf eine beiderseitig akzeptable Lösung. Nach heftigen Auseinandersetzungen stellte der Mannheimer Parteitag dann den Kompromiss her.

"Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig ... Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück ... Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen

die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen”.¹

Ein Massenstreik, so die neue Einschätzung, hätte ohne aktive Unterstützung der Gewerkschaften keine Aussicht auf Erfolg. Selbst wenn die Partei ihn initiieren würde, bliebe das letzte Wort bei der Gewerkschaftsführung. Damit verabschiedete sich die SPD zwar nicht von einem politischen Massenstreik, gab aber die Kontrolle über seine Anwendung an die Gewerkschaften ab.

Mit diesem Beschluss errangen die Gewerkschaften einen großen Sieg. Indem der Parteitag feststellte, dass die Gewerkschaften in ihrer *“Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurückstehen”*, gab er auch letztlich jeden Anspruch der Partei auf Suprematie auf. Gewerkschaften waren der Partei gleichgestellt.²

Massenstreikdebatte und die Folgen

Mit dem Formelkompromiss waren in der SPD nicht alle einverstanden; in mehreren Versuchen wurde diese Einigung später hinterfragt und auf die Tagesordnung von Parteitagen gesetzt, ohne dass sich zunächst ein neues Verständnis durchsetzen konnte.

Dass die Gewerkschaften grundsätzlich bereit waren, bei politischer Gefährdung ein politisches Widerstandsrecht mit einem politischen Streik einzufordern, zeigten sie 1920, als sie dem Aufruf der regierenden SPD unter Friedrich Ebert folgten und mit einem Generalstreik den Kapp-Putsch beendeten.

Eine neue Situation entstand zum Ende der Weimarer Republik. Die Abspaltung der kommunistischen Partei (KPD) von der SPD 1918/19 führte zu einer neuen Phase linker Gewerkschaftsarbeit, die sich zunächst noch innerhalb der existierenden Verbände bewegte. Mit der ‚ultralinken Wende‘ der Komintern 1928/29 ging die Rote Gewerkschaftsopposition (RGO) dann zur organisatorischen Verselbständigung über und gründete von der KPD geführte kommunistische Gewerkschaften, die mit Sozialfaschismusvorwürfen die SPD und ihr nahestehende Gewerkschaften bekämpften und zur *“Einheitsfront von unten”* und *“zur*

¹ Resolution des SPD-Parteitages 1906 in Mannheim. Zitiert nach Schneider (2006), Anhang, Dokument 8 c, S. 507.

² Mit der Mannheimer Resolution verzichtete die SPD auf eine außerparlamentarische Offensivwaffe, um dem Regime Zugeständnisse abzurufen, so dass ihr eigentlich nur noch das Parlament als Vehikel blieb. Das taktische Mittel der Drohgebärde eines Massenstreiks war nur noch eingeschränkt einsetzbar.

Offensive zur Errichtung der Diktatur des Proletariats” aufriefen (Deppe und Roßmann 1984).

Deutsche Gewerkschaften waren zwar von Beginn an in Richtungsgewerkschaften gespalten, doch spielten die 1868 gegründeten liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die 1894 entstandenen christlichen Gewerkschaften gegenüber den sozialdemokratisch orientierten Verbänden nur eine nachgeordnete Rolle. Mit der linken Gewerkschaftsarbeit der RGO wurden nun in organisierten Betrieben alternative Betriebsrätelisten aufgestellt und zu Streiks ohne Genehmigung von Gewerkschaftsführungen aufgerufen. Zwar blieb die RGO mit rd. 300 000 Mitglieder weit hinter der Stärke der im ‘Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund’ (ADGB) zusammengeschlossenen freien Verbände zurück (1929: 4,9 Mio.). Die Konkurrenzstellung verhinderte aber lange Zeit eine gemeinsame Phalanx gegen den aufziehenden Faschismus. Das linke Angebot einer Einheitsfront kam erst, als es zu spät war. Die Feindstellungen der Parteien hatten sich in Feindstellungen der Gewerkschaften verlängert. Die in der Massenstreikdebatte 1906 begrabene Suprematie der SPD gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften lebte in der Weimarer Republik in der Suprematie der KPD über kommunistische Gewerkschaftsstrukturen wieder auf. Parteigefolgschaft und einheitliches Gewerkschaftshandeln passten nicht zueinander. Die Zerschlagung aller Gewerkschaften im Nationalsozialismus führte dann auch zu der Einsicht, dass die deutsche Nachkriegsdemokratie keine Richtungsgewerkschaften, sondern Einheitsgewerkschaften benötigt. Organisatorische Eigenständigkeit und Parteineutralität wurden die neuen Prinzipien gewerkschaftlicher Verfasstheit.

Die nach dem Zusammenbruch 1945 neu entstandenen Gewerkschaften waren durchaus bereit, politische Streiks zu führen, so 1948 den sogenannten Hungerstreik und schließlich den Zeitungsstreik 1952 zur Abwehr des Betriebsverfassungsgesetzes. Nach der Niederlage der Gewerkschaften im Betriebsverfassungskonflikt formulierte das Arbeitsgericht in seiner Urteilsbegründung Bedingungen, die den politischen Streik als Offensivwaffe untersagten und nur zur Abwehr von Angriffen auf die Organisationsrechte von Gewerkschaften für zulässig erklärte. (Sauerborn, Werner 2012) Mit gewissen Einschränkungen kann man sagen: die deutschen Arbeitsrichter nahmen die Position der Gewerkschaften in der Massenstreikdebatte zur Leitfigur, um ein restriktives Streikrecht der Bundesrepublik Deutschland zu formulieren. Diese Interpretation wurde in den letzten Jahren immer wieder in Gewerkschaftskreisen hinterfragt und Kampagnen gestartet, den politischen Streik auch in Deutschland wieder zum Gewerkschaftsrecht zu

erklären.¹ Bis heute gehört der politische Streik der Gewerkschaften aber nicht zum Grundkonsens der deutschen Sozialverfassung.

Literatur

Blackledge Paul (2014): The great schism: socialism and war in 1914. In: International Socialism, Issue 143.

Däubler Wolfgang (1973): Das Grundrecht auf Streik – eine Skizze. In: Zeitschrift für Arbeitsrecht (ZfA).

Deppe Frank und *Roßmann Wittich* (1984): Kommunistische Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Republik. In: Matthias, Erich und Schönhoven, Klaus (Hrsg.).

Dribbusch Heiner (2010): 60 Jahre Arbeitskampf in der Bundesrepublik. Ein Überblick. In: Bispinck Reinhard und Schulten Thorsten (Hrsg.): Zukunft der Tarifautonomie, Hamburg: VSA.

Matthias Erich und *Schönhoven Klaus* (Hrsg.) (1984): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.

Pothof Heinrich und *Miller Susanne* (2006): The Social Democratic Party of Germany 1848–2005. Bonn: Dietz Verlag.

Sauerborn Werner (2012): Das politische Streikrecht. Wie wir es verloren haben und warum wir es gerade jetzt brauchen. In: Archiv Labournet.de Germany, 18.12.2012: www.labournet.de (besucht am 7.8.2014).

Schneider Michael (2000): Kleine Geschichte der Gewerkschaften: ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn: Dietz Verlag, 2. Auflage.

Schönhoven Klaus (1984): Die Freien Gewerkschaften zwischen Reichsgründung und Weltkrieg: Organisationsentwicklung, Strukturprobleme und Programmatik. In: Matthias, Erich und Schönhoven, Klaus (Hrsg)

¹ Vgl. hierzu den Wiesbadner Appell: www.politischer-streik.de (besucht am 7.8.2014).

GEORGI PLECHANOWS THESEN ZUR RUSSISCHEN SOZIALEN DEMOKRATIE UND ZUR SUCHE NACH ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN FÜR DIE RUSSISCHE GESELLSCHAFT

Tatjana Filimonowa

Die Kraft und die Aufopferung unserer Revolutionsideologen können für einen Kampf gegen Zaren als Einzelpersonen ausreichen, für einen Sieg über den Zarismus als politisches System ist es aber zu wenig.

Georgi Plechanow

Georgi Plechanow, ein herausragender russischer Philosoph und Vertreter des Marxismus, Mitbegründer der Gruppe "Befreiung der Arbeit" und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, wurde am 11.12.1856 im Dorf Gudalowka, Tambow-Gouvernement, geboren. Nach Abschluss des Woronesher Militärgymnasiums im Jahre 1873 besuchte er die Konstantin-Artillerieschule in Sankt-Petersburg, beantragte aber bald seine Exmatrikulation aus Gesundheitsgründen. Ein Jahr später nahm Plechanow das Studium am St. Petersburger Berginstitut auf, wo er für seine Studienleistungen mit dem Katharinen-Stipendium ausgezeichnet wurde. In dieser Zeit begann sein revolutionäres Engagement. Plechanow wirkte in Arbeiterzirkeln im Untergrund mit, verfasste Proklamationen und war an der Organisation von Streiks sowie an der Programmerstellung und der Tätigkeit der Volkstümler-Organisation "Land und Freiheit" beteiligt. Am 6.12.1876 fand in St. Petersburg die erste russische politische Demonstration statt, auf der Plechanow die Umgestaltung der politischen Ordnung forderte. Nachdem Plechanow 1876 in die Illegalität gedrängt worden war, musste er das Berginstitut verlassen. Nach Abbruch des Studiums setzte Plechanow seine Bildung systematisch fort, so dass er später zu den führenden Intellektuellen seiner Zeit gehörte.

Der Beginn des revolutionären Engagements Plechanows fällt in eine Zeit, in der in Russland, wie schon in den Jahren 1859–1861, allmählich wieder eine revolutionäre Situation entstand, die das Land an die Schwelle einer demokratischen Revolution brachte.

Die Gründung der Untergrundorganisationen “Gesamtrussische sozialrevolutionäre Organisation” (1875), “Land und Freiheit” (1876–1879), “Volkswille” (1879–1882) und “Schwarze Umverteilung” (1879–1881) stellte wichtige Weichen für die Entwicklung der russischen revolutionären Bewegung und die Vereinigung verschiedener Schichten der russischen Werktätigen im Kampf gegen die Autokratie. Die Partei “Volkswille”, die die meisten Mitglieder zählte und ihre Anhänger sowohl unter Zivilisten als auch unter Soldaten fand, nahm als erste politische Vereinigung in Russland die Forderungen nach der Gründung einer parlamentarischen Republik, der völligen Presse- und Versammlungsfreiheit, der freien Meinungsäußerung, dem allgemeinen Wahlrecht, der Gleichstellung aller Völkergruppen und der Übergabe der Produktionsmittel (Boden und Industrieunternehmen) an Bauern und Arbeiter in ihr Programm auf.

Die Erfahrungen des Befreiungskampfes von 1859–1863, die Praxis des “Ins-Volk-Gehens” und die Ergebnisse der Propaganda- und Aufklärungsarbeit der Volkstümpler unter Arbeitern und Soldaten zeigten deutlich, dass es dem Volk an Bewusstsein für die eigene Lage, an Eigeninitiative und Organisation mangelte, um seine Lebenssituation zu verändern. In dieser Lage blieben den Revolutionsbefürwortern keine Hoffnungen auf einen baldigen Volks- beziehungsweise Bauernaufstand, mit dem das theoretische Programm umgesetzt werden konnte. Daher räumte die Partei, wie auch ihre Vorgänger, die revolutionären Demokraten der 1860er Jahre, die Möglichkeit ein, der Gesellschaft einen “Anstoß” zum Umsturz zu geben. Als Mittel sollten neben der Propagandaarbeit Terroranschläge gegen den Zaren und die verhasstesten Regierungsbeamten verwendet werden. Den Höhepunkt der Konfrontation zwischen der Autokratie und den Verfechtern einer Revolution bildete der Anschlag auf Alexander II am 1.03.1881, der mit dem Tod des Zaren endete und die Zerschlagung der Organisationen, Repressalien und einen neuen Abschwung in der Befreiungsbewegung zur Folge hatte.

Die erste Person, die in theoretischen Diskussionen wie in der praktischen Tätigkeit zu belegen versuchte, dass die von den Volkstümlern angewandten Kampfmethoden aussichtslos seien und die ganze Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Entwicklung grundlegend revidiert werden müsse, war Georgi Plechanow, der an der Spitze der

Organisation "Schwarze Umverteilung" stand. Schon zu Beginn der 1880er Jahre versuchte er, seine Position theoretisch zu untermauern.¹

Wegen polizeilicher Verfolgung im Januar 1880 ins Exil in die Schweiz gezwungen, begann Plechanow, die Erfahrungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung und die modernen Sozialismustheorien, unter anderem die Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels, zu studieren. Schon die ersten Schlussfolgerungen aus seinen Überlegungen und theoretischen Recherchen zwangen Plechanow, die von den Volkstümlern vertretenen Ideen endgültig zu revidieren.²

¹ Bereits in seinem Werk "Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft und Aufgaben des Sozialismus in Russland" von 1878 begründet Plechanow seine Position mit mehreren Aussagen der Marx'schen Geschichtstheorie. Er interpretiert diese Thesen so, dass sie mit dem Programm von "Land und Freiheit" übereinstimmen. Das Werk kritisiert die Anhänger des Terrorismus-Theoretikers Tkatschow und ihr Konzept der "gewaltsamen Machtübernahme". Tkatschows Ideen gehörten für Plechanow der theologischen Phase in der Entwicklung der Soziologie an, wobei er die positive, von Marx und Engels vertretene Phase auf eine höhere Ebene stelle. Zu der letzteren Phase gehörten für Plechanow damals auch die Thesen von Rodbertus und Dühring.

² Nach seiner Ausreise in die Schweiz im Januar 1880 besuchte Plechanow Vorlesungen an der Genfer Universität und begann, Fremdsprachen zu lernen. 1881 verbrachte er ein Jahr in Paris, wo er an der Sorbonne studierte, in der Bibliothek arbeitete und an Arbeiterversammlungen teilnahm. In Paris lernte Plechanow Jules Guesde und andere französische und deutsche Sozialisten kennen.

Die Entwicklung von Plechanows Überzeugungssystem kann auf der Basis seines Notizheftes von 1880–1881 rekonstruiert werden. Dieses Heft enthält Notizen und kommentierte Auszüge aus Werken zur Geschichtsphilosophie, Soziologie, Anthropologie, politischen Ökonomie und zum utopischen Sozialismus. Unter den Autoren sind de Bonald, Buchez, Prudhommeaux, Fichte, Hegel, Ueberweg, Engels, Owen und Marx verzeichnet. Des Weiteren sind zahlreiche Werke zur russischen Geschichte, unter anderem Schriften von Kostomarov, Postnikow, Sokolski, Tschernyschewski, Janson u.a. vermerkt. Es gibt auch Mitschriften aus Vorlesungen von Carl Vogt und über die Organisation "Volkswille" (Ф.1093. Оп..2. Ед. хр. 802, 803, 804, 797, 800; Литературное наследие Г. В. Плеханова [Das literarische Erbe von G. W. Plechanow], M., 1934. Bd. 1. S. 202–220.). Die Art der Notizen veranschaulicht den Wandel von Plechanows Gedankengut.

Ende 1881 beschließt Plechanow auch, das "Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels zu übersetzen. Über seine Rezeption dieses Werk schrieb Plechanow später: "Das Lesen des "Kommunistischen Manifestes" markiert eine ganze Epoche in meinem Leben. Ich war vom "Manifest" inspiriert und beschloss sogleich, es ins Russische zu übersetzen... Die Marx'sche Theorie führte uns wie der Ariadnefaden aus dem Labyrinth der Widersprüche, in dem unser Verstand unter Bakunins Einfluss gefangen war. Im Lichte dieser Theorie wurde es vollkommen klar, warum die revolutionäre Propaganda bei Arbeitern auf weitaus mehr Verständnis stieß als bei Bauern" (Лит. наследие Г. В. Плеханова. [Das literarische Erbe von G. W. Plechanow.] Bd. 8. Teil 1. S. 22).

Pjotr Lawrow, der Marx und Engels gut kannte, bat sie nach einer Anfrage von Plechanow darum, das Vorwort zu der russischen Ausgabe des "Manifests" zu schreiben. Diese Bitte wurde erfüllt. Im eigenen Vorwort unter dem Titel "Einige Worte des Übersetzers" schrieb Plechanow, dass es erforderlich sei, die russische Arbeiterklasse zu organisieren und die Lehren von Marx und Engels zu popularisieren. Nach einer Aussage von Plechanow wurde er durch die Arbeit an der Übersetzung bereits 1882 zum Marxisten.

Nichtdestotrotz führten Vertreter der “Schwarzen Umverteilung” und des “Volkswillen” weiterhin Verhandlungen über die Gründung einer vereinigten revolutionären Organisation. Im Winter 1882–1883 wurde beschlossen, eine gemeinsame Zeitschrift herauszugeben. Plechanow erhielt den Auftrag, die Schrift “Über die herauszugebende Zeitschrift” zu entwerfen.

Im Entwurf formulierte Plechanow die Aufgaben einer neuen revolutionären Organisation mit dem vorrangigen Ziel, die Autokratie zu bekämpfen und in Russland eine Partei der Arbeiterklasse mit einem auf den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus aufbauenden Programm ins Leben zu rufen. Die zu gründende Zeitschrift sollte, so die Schrift, als Presseorgan einer aktiven revolutionären Partei in Russland fungieren. Sie sollte sowohl die ideologische Basis als auch die Methoden für eine Umwandlung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung in Russland liefern.

Die Herausgeber gingen davon aus, dass die historische Entwicklung der zivilisierten Gesellschaften zwangsläufig zu bestimmten Ergebnissen führen sollte.

Eine Konsequenz sollte der “Sieg des Sozialismus” sein, d.h. eine gesellschaftliche Ordnung, in der alle Produzenten als organische Gesamtheit über Produktionsmittel und –ergebnisse verfügen und den Produktionsablauf leiten.

Ein zweites Ergebnis sollte der Durchbruch von Ideen der Volkstümmlerbewegung sein, d.h. eine Organisation der Verwaltung, bei der das Volk durch einen direkten Gesetzgebungsprozess über alle gesellschaftlichen Angelegenheiten bestimmt und einschlägige Behörden die Entscheidungen des Volkes im Volksauftrag umsetzen.

Nach der These der Herausgeber sollte der Aufbau einer solchen Ordnung der Arbeiterklasse obliegen, die sich in einer Arbeiterpartei organisiert. Allerdings sei die Existenz einer solchen Partei unter den bestehenden politischen Bedingungen in Russland undenkbar. Daher müsse die zeitgenössische russische sozialistische Organisation schon aus dem Sachzwang heraus im Untergrund existieren. Diese Untergrundorganisation müsse einerseits die Massen der Beschäftigten zur Gründung der Arbeiterpartei vorbereiten und andererseits die gesellschaftlichen und politischen Hürden auf diesem Weg beseitigen.

Eine Hürde sei vor allem die absolute Monarchie als überlebte politische Ordnung, die dem modernen Entwicklungsstand der russischen Gesellschaft nicht mehr entspricht. Die Herausgeber waren der Meinung, dass die Beseitigung der absoluten Monarchie im Interesse aller Parteien gleichermaßen liegt, waren aber im Unterschied zu den Befürwortern einer friedlichen Entwicklung überzeugt, dass dies nur durch einen höchst-

tentschlossenen Revolutionskampf gegen die Regierung erreicht werden kann.¹

Die Versuche, eine vereinigte Organisation zu gründen, waren aber gescheitert. Am 25.09.1883 verkündeten Georgi Plechanow, Pawel Axelrod, Wera Sassulitsch, Leo Deutsch und Wassili Ignatow die Gründung der sozialdemokratischen Gruppe „Befreiung der Arbeit“ und veröffentlichten die von Plechanow verfasste und von Deutsch kommentierte Erklärung „Zur Publikation einer Schriftenreihe des modernen Sozialismus“.²

Die „Schriftenreihe des modernen Sozialismus“ wurde von Plechanows Broschüre „Sozialismus und politischer Kampf“ eingeleitet. In diesem Werk stellte Plechanow Überlegungen zum historischen Schicksal Russlands an und analysierte dabei die wirtschaftliche Situation, die Gesellschafts- und Klassenstruktur sowie die Lage der Bauerngemeinde, die von den Volkstümlern als Basis für den Aufbau des Sozialismus galt.

Durch eine Analyse von konkreten Fallbeispielen aus der Tätigkeit internationaler proletarischer Parteien³ sowie von Versuchen einer praktischen Kooperation zwischen der Partei „Volkswille“ und der russischen Arbeiterklasse, die den Kampf um ihre Rechte aufnahm, zeigte Plechanow, dass die Ideen der Volkstümmler, die von der absoluten Einzigartigkeit der russischen Geschichte und einer besonderen Mentalität des russischen Volkes ausgingen, falsch, das Parteiprogramm haltlos und die politischen Wünsche der Partei illusorisch waren.⁴

¹ Первая марксистская организация «Группа „Освобождение труда“». [Die erste marxistische Organisation „Gruppe ‚Befreiung der Arbeit‘“.] М., 1983. S.303.

² Eine Aufgabe, die die Gruppe für die „Schriftenreihe des modernen Sozialismus“ formulierte, war die Veröffentlichung und Propagierung der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels. In den zehn Jahren von 1884 bis 1894 erschienen über zehn Werke. In der Regel wurde jedes von einem kurzen Text eingeleitet, in dem die Bedeutung dieser Schrift für Russland dargelegt wurde.

³ Die Broschüre enthält Beispiele des revolutionären Kampfes um die wirtschaftliche und soziale Befreiung, der von Proletariern in Italien, Deutschland, Holland, Großbritannien und den USA geführt wurde. Des Weiteren werden Parteiprogramme beschrieben und aus philosophischer und politischer Perspektive analysiert (vgl. ebd.: S.53–69, 78–81 ff.).

⁴ Plechanow schrieb, dass „ein typisches Beispiel von Fiktionen, die auf die Schnelle geschaffen wurden, um das praktische Programm des „Volkswillens“ mit den Theorien der Volkstümmler zu vereinbaren, die bekannte Prophezeiung war, die besagte, dass in der künftigen verfassungsgebenden Versammlung in Russland 90 % der Abgeordneten eine soziale Revolution befürworten würden, wenn wir nur das allgemeine Wahlrecht durchsetzen“ (Г. В. Плеханов. Избр. филос. произведения. [G. W. Plechanow. Ausgewählte philosophische Werke.] Bd. 1. S. 68). Er fügte hinzu, dass die Theorie von der Einzigartigkeit des russischen Volkes somit so überspitzt wurde, dass sie fast schon durch den gesunden Menschenverstand widerlegt werden könne.

Im selben Werk bot Plechanow die erste systematische Analyse der geschichtsphilosophischen Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Bei der Beantwortung der Frage, wie ausgereift der Marxismus als Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung sei, schrieb Plechanow, „dass die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht abgeschlossen ist und genauso wenig bei den Schriften von Engels und Marx stehen bleiben kann, wie die Evolutionstheorie mit der Publikation der Hauptwerke des englischen Biologen für vollkommen abgeschlossen erklärt werden konnte“.¹

In seinem Werk „Sozialismus und politischer Kampf“ erkennt Plechanow einen direkten Zusammenhang zwischen dem politischen Kampf der Proletarier und der Möglichkeit, eine klassenlose Gesellschaft aufzubauen. Er stellt fest, dass diese strategische Aufgabe in unmittelbarer Zukunft nicht verwirklicht werden kann, und ruft die Arbeiter dazu auf, sich zu organisieren und ihre Kräfte zu vereinen, um die politischen Rechte zu erkämpfen, die einerseits in der Gegenwart bestimmte Wirtschaftsreformen ermöglichen und andererseits den endgültigen Sieg in der Zukunft näher bringen könnten.

Von Anfang an sah es die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ als ihre erstrangige Aufgabe, enge Kontakte mit den russischen revolutionären Zirkeln zu knüpfen, um mit diesen gemeinsam an den Rahmenbedingungen für die Gründung einer marxistischen Partei in Russland zu arbeiten. In ihrem Schreiben zur Veröffentlichung der „Schriftenreihe des modernen Sozialismus“ argumentierte die Gruppe „Befreiung der Arbeit“, dass der Erfolg des Projekts von der „Solidarität und Unterstützung seitens der in Russland tätigen Revolutionäre“ abhängig sein wird. Die Gruppe bot revolutionären Kräften gegenseitige Unterstützung und einen Austausch an, um gemeinsam ein umfassenderes Arbeitsprogramm zu erstellen.²

Seit 1888 gab die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ eine Reihe von Literatur- und Politikschriften mit dem Titel „Sozialdemokrat“ heraus, die in den Jahren 1890–1892 als Literatur- und Politikrevue weitergeführt wurde. Im Vorwort der Redaktion hob Plechanow hervor, „dass wir in unseren Veröffentlichungen dem Programm der russischen Sozialdemokraten stets treu bleiben, das, ohne die gegenwärtige Lage der russischen Gesellschaft und Politik auszuklammern, zugleich die Ziele verfolgt, die den Arbeitern aller zivilisierter Länder gemeinsam sind“.³ 1889 vertrat Plechanow die Delegation der russischen Sozialisten auf

¹ Ebd. S. 68–69.

² Ленин В. И. Полн.собр.соч. [W. I. Lenin. Gesammelte Werke]. Bd. 5. S. 305.

³ Плеханов Г. В. Соч. [G. W. Plechanow. Werke]. Bd. 3. S. 11.

dem 1. Gründungskongress der 2. Internationale in Paris. 1900 wurde er in das Internationale Sozialistische Büro der 2. Internationale gewählt und behielt diesen Posten bis 1912.

1894 erschien Plechanows Buch "Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung", das ein Konzept der Entwicklung des Menschen vorstellte und die erste geschichtsphilosophische Analyse dieser Problematik aus marxistischer Perspektive darstellte. Mehrere in diesem Buch eingeführte Thesen wurden später in den Werken "Über Materialistische Geschichtsauffassung", "Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte", "Briefe ohne Adressen" und in anderen Schriften weiterentwickelt.

Die Vorbereitung und Durchführung des 2. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands 1903, die Verabschiedung des Parteiprogramms, die Gründung der Presseorgane der Partei, der Zeitung "Iskra" und der Zeitschrift "Sarja", die Erhöhung des Ansehens dieser Publikationen und deren erfolgreiche Verbreitung in Russland hätten für die russische Befreiungsbewegung und für die Gesellschaft, Politik und Kultur des Landes eine bedeutende Rolle spielen können, da die russische Revolution von 1905–1907 über Abgeordnete der Staatsduma den Weg für eine legale politische Tätigkeit der Partei auf der Gesetzgebungsebene ebnete.

Für die Verwirklichung der von der Partei formulierten Ziele hätte die parlamentarische Arbeit eine herausragende Bedeutung haben können. Dieses historische Potential wurde jedoch nicht in vollem Maße ausgeschöpft.

Für Plechanow war das Parlament das wirksamste Mittel für die kulturelle und politische Erziehung der Massen. Das war der Weg, den die Proletarier nach der bildhaften Aussage von Karl Marx jahrzehntelang zu gehen hatten, "nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um [sich] selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen".¹

Mit der Gründung der Staatsduma entstand aber ein zusätzliches Kampfgebiet für die Fraktionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Auf den Seiten der Parteizeitungen und -zeitschriften, auf Konferenzen und Tagungen der Partei, bei Treffen und Sitzungen von Parteigruppen wurde über die Zweckmäßigkeit eines Boykotts, die Organisation des Wahlkampfes, die Ausarbeitung einer gemeinsamen Taktik, über Abkommen mit nichtproletarischen Parteien, die Bewertung der Auflösung der Duma und Gesetzesentwürfe der Dumafraktion disku-

¹ Karl Marx/Friedrich Engels. Werke. Berlin. Band 8, 3. Auflage 1972, Berlin/DDR. S. 413.

tiert. Diese Polemik unterspülte die Sozialdemokratie und verhinderte damit den Aufbau einer starken sozialdemokratischen Partei.

Die parlamentarische Taktik der politischen Parteien und deren Möglichkeiten zur Beeinflussung des gesellschaftlichen Lebens wurden von Plechanow in seinen Artikeln von 1906–1907 thematisiert.

Nicht nur die Sozialisten waren von einer politischen Kurzsichtigkeit betroffen, sondern auch andere Parteien, die sich nicht weniger als die Sozialdemokratische Arbeiterpartei um Einfluss bemühten. Inkonsequent war beispielsweise das Verhalten der Konstitutionell-Demokratischen Partei, die sich in der Ersten Staatsduma an die Spitze der Oppositionsbewegung stellte und ein eigenes Programm zur Demokratisierung des Landes vorlegte.

Im Herbst 1906 machte Plechanow einen Vorschlag, der seiner Meinung nach eine Reihe von Oppositionsparteien in der Duma vereinigen und die reaktionären Parteien isolieren könnte. Die Rolle des konsolidierenden Elements sollte die Forderung nach einer mit allen Machtbefugnissen ausgestatteten Duma spielen.¹ Der Vorschlag erhielt seitens der Konstitutionellen Demokraten aber keine Unterstützung, da sie ihn für zu radikal erachteten. Der Parteivorsitzende Pawel Miljukow begründete die Ablehnung der Zusammenarbeit folgendermaßen: “Eine Duma mit allen Machtbefugnissen ist eine zwar abgemilderte, jedoch ganz klare Ausprägung der Tendenzen, welche die Partei der Kadetten stets ablehnte”.²

Leider zeigte die nachfolgende russische Geschichte oftmals, dass die Bürger des Staates unfähig waren, gemeinsam für das Allgemeinwohl einzutreten. Beispiele für diese Unfähigkeit sind die tragischen Ereignisse, die sich zu Beginn und am Ende des 20. Jahrhunderts abspielten.

Die russische Zivilgesellschaft war in jener Zeit erst in Entstehung begriffen, wobei der Entstehungsprozess aufgrund von Besonderheiten der historischen Entwicklung des Landes kompliziert verlief. Diese Besonderheiten äußerten sich später unter anderem in der Radikalität der gesellschaftlichen Umbrüche.

¹ Плеханов Г. В. Сочинения. [G. W. Plechanow. Werke.] Bd. 15. S. 333.

² Вестник партии народной свободы. [Bulletin der Partei der Volksfreiheit.] 1906, Nr. 4, 24.11(7.12.).

URSACHEN UND FOLGEN DER RADIKALISIERUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN THEORIE UND PRAXIS IN RUSSLAND ENDE DES 19. / ANFANG DES 20. JAHRHUNDERTS

Jakov A. Pleis

Analysiert man die unterschiedlichen Geschicke und Entwicklungswege der sozialdemokratischen Theorie und Praxis in Europa und Russland, ist man unweigerlich mit der Frage konfrontiert, warum sie so unterschiedlich waren.

In Europa und insbesondere in Deutschland entwickelte sich die Sozialdemokratie zwar nicht geradlinig, insgesamt verlief ihr Weg aber friedlich und evolutionär und sie erzielte dabei beeindruckende Erfolge, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg.

In Russland dagegen lenkte die Sozialdemokratie Anfang des 20. Jahrhunderts, eingeleitet bereits auf dem 2. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) 1903, von einem Weg der evolutionären Entwicklung auf einen revolutionären Pfad um, der sie im Endeffekt in eine ideologisch-politische und auch wirtschaftliche Sackgasse führte. Während einer langen Zeit, nämlich von Oktober 1917 bis in die 1980er Jahre, schien das Schicksal der Sozialdemokratie in ihrer russisch-bolschewistischen Version durchaus erfolgreich zu sein. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete er jedoch als historischer Irrtum.

Wie kann man die sehr unterschiedlichen Entwicklungsverläufe der sozialdemokratischen Politik in Russland und Europa erklären? Warum kam es zu diesem Auseinanderlaufen? Hätte es auch anders kommen können? Schließlich: Hat die moderne russische Sozialdemokratie nach dem gescheiterten bolschewistischen Experiment heute wieder eine Zukunftsperspektive?

Meiner Überzeugung nach sollte man vor allem den objektiven Entwicklungsgrad der europäischen und russischen Gesellschaften, sowie die einschlägige Politik der Regierungen gegenüber den oppositionellen, sozialdemokratischen Forderungen in den jeweiligen Zeitspannen analysieren, um Antworten auf diese Fragen geben zu können. Zur Erklärung

müssen die *objektiven und subjektiven Faktoren* in Betracht gezogen werden. Bereits die Anfänge der Sozialdemokratie in Europa und in Russland sind diesbezüglich zu betrachten. Ein solcher Rückblick kann nicht nur für die heutigen Sozialdemokraten, sondern auch für die Kommunisten wie auch für Wissenschaftler und Praktiker von Nutzen sein.

Sozialdemokratie und Sozialreformismus

Die sozialdemokratische Theorie und Praxis, die Mitte des 19. Jahrhunderts, also praktisch gleich nach der Entstehung des Marxismus, in Europa ihren Anfang nahmen, gingen bekanntlich davon aus, dass die Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen ausgebeuteten Arbeitnehmern nicht auf dem Wege einer sozialen Revolution, wie dies Karl Marx und Friedrich Engels und deren Gleichgesinnte zu beweisen suchten, sondern durch die Teilnahme an Wahlen und die Eroberung von Abgeordnetenmandaten in Parlamenten soziale und politische Änderungen durchsetzen konnten. Die Sozialdemokraten vertraten die Ansicht, dass die Arbeitnehmer imstande seien, das schwere und ungerechte Leben im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts durch Reformen und Gesetzesänderungen zu verbessern. Zwar gab es immer auch Richtungskämpfe und Gruppen der Sozialdemokratie waren marxistischer Revolutionsrhetorik immer wieder zugetan. Der Revisionismustreit der 1890er Jahre der deutschen Sozialdemokratie, die von vielen europäischen Sozialdemokraten als Führungspartei anerkannt wurde, öffnete aber endgültig den Weg in eine sozialreformerische Praxis. Hierfür stand insbesondere Eduard Bernstein. Er behauptete, ohne die Hauptideen und –schlussfolgerungen Karl Marx‘ über die Entwicklungslogik des Kapitalismus und seine spätere Ablösung durch den Sozialismus zu negieren, dass man viele materielle Interessen der Arbeitnehmer nach und nach im Rahmen des bestehenden sozialökonomischen Systems mit Hilfe von Reformen verwirklichen könne.

Hier drängt sich die Frage auf: Wer hatte in dieser geschichtsträchtigen Auseinandersetzung letztlich recht: Marx oder Bernstein?

Meiner Meinung nach hatten die Schlussfolgerungen von Eduard Bernstein und seinen Anhängern mehr Substanz, was die historische Praxis auch bestätigt hat. Es ist Geschichte, dass die globale Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert wichtige positive Ergebnisse wie vor allem die Entfaltung von Wohlfahrtsstaaten erzielt hat, besonders in den Ländern Europas, zum Beispiel in Deutschland, wo die sozialdemokratischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg recht lange an der Macht waren und die Möglichkeit hatten, ihre Ideen und Programme umzusetzen.

Entwicklungsstand und Reformbereitschaft

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts erreichte der Kapitalismus in den führenden Ländern Europas einen recht hohen Entwicklungsstand, was ihn in die Lage versetzte, große ökonomische Probleme zu bewältigen. Sein ausbeuterisches Wesen hinderte ihn jedoch daran, auch bedeutende soziale Aufgaben zu meistern. Ende des 19. Jahrhunderts befand sich Europa in einer Blütezeit des Wirtschaftswachstums. Die Fähigkeit des Kapitalismus, aus den hohen Gewinnen auch Sozialprogramme zu finanzieren, war entsprechend gestiegen. Bismarck bot der deutschen Arbeiterklasse ein Geschäft an, ließ die ersten Sozialversicherungen aufbauen und hoffte auf das Ende ihrer Unterstützung für die Sozialdemokratie. Im 20. Jahrhundert veränderte sich die Situation substantiell. Mit der UdSSR trat eine externe Herausforderung auf den Plan, der Kapitalismus musste diesem alternativen Entwicklungsweg mit Ideologie und Sozialprogrammen begegnen – der Sozialstaat wurde aufgebaut. Um seine Macht und Dominanz zu behalten, musste der Kapitalismus den breiten Volksmassen und besonders den organisierten Volksmassen deutliche Zugeständnisse machen.

Eine zweite, innere Entwicklungslogik führte auf dem Gebiet der Bildung und Kultur ebenfalls zu tief einschneidenden Änderungen. Der technologische Fortschritt in der kapitalistischen Produktion führte zur Nachfrage von Arbeitnehmern mit höherem Bildungs- und Ausbildungsgrad und Investitionen in das Schul- aus Ausbildungswesen wurden zur Begleiterscheinung seiner Entwicklung.

Somit entstand Mitte des 19. Jahrhunderts und später in Westeuropa ein im Vergleich mit Russland viel günstigeres Klima für die Verbreitung des sozialdemokratischen Ideengutes und die Entstehung von Arbeitnehmerorganisationen. Einerseits begünstigte der Kapitalismus mit der Zusammenfassung von Arbeitsplätzen in großen Fabriken die Strukturierung eines organisierten und solidarischen Kampfes der Arbeitnehmer gegen die Ausbeutung. Andererseits entwickelten sich die Arbeitnehmer beruflich und kulturell weiter und spürten deshalb immer deutlicher die Notwendigkeit, Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Kooperativen beizutreten und mit deren Hilfe die lebenswichtigen Interessen durchzusetzen.

Auch steigerte sich die politische Kultur der Arbeitnehmer, ihrer Führer und Organisationen, was eigentlich – trotz aller Restriktionen und Verbote – auch vom bürgerlichen Recht begünstigt wurde, besonders in den Ländern, in denen die bürgerlich-demokratischen Revolutionen gesiegt hatten und Organisationsfreiheit herrschte. Mit anderen Worten: Der Kapitalismus war im Interesse der eigenen Entwicklung gezwun-

gen, verschiedene Freiheiten der Arbeitnehmer, vor allem aber die politischen und ökonomischen, zu stärken und sich um deren Bildungsstand und Berufsqualifikation zu kümmern. Dies trug zweifellos zur Erhöhung ihres Organisations- und Solidaritätsgrades bei und verstärkte ihre Bereitschaft, um ihre Ziele zu kämpfen. Zur gleichen Zeit sammelte auch die Bourgeoisie Erfahrungen beim Schutz ihrer Interessen und beim Finden solcher Kompromisse, die ihre Dominanz in allen Bereichen des öffentlichen und staatlichen Lebens zu erhalten halfen.

Herausbildung einer Mittelklasse

Die europäische Bourgeoisie musste im 20. Jahrhundert und besonders in den Jahrzehnten nach der russischen Oktoberrevolution 1917 viel größere Zugeständnisse machen als noch im 19. Jahrhundert. Die Folge war ein schnelles Wachstum der Mittelklasse in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Bemerkenswerterweise bewirkte dies ein Erstarren der sozialdemokratischen Bewegung, da große Teile der Mittelklasse ihren sozialen Aufstieg sozialdemokratischer Politik verdankten – die damit immer populärer und einflussreicher wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelangten in vielen Ländern die sozialdemokratischen Parteien immer häufiger an die Macht, ihre Regierungsperioden wurden immer länger. Daraus lässt sich der Schluss ziehen: Je stärker die Mittelklasse mit all ihren Teilgruppen, desto fester die Positionen der Sozialdemokratie.

Die zweite Schlussfolgerung besteht darin, dass sich die Mittelklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern im Zuge eines langen Kampfes, vor allem des Kampfes der Arbeiterklasse, sowie als Ergebnis der Zugeständnisse von Seiten der regierenden Klassen, insbesondere der Bourgeoisie, herausgebildet hat. Zugrunde liegt die Einsicht der Herrschenden, die schnell begriffen haben, dass es besser ist, etwas abzugeben, als alles zu verlieren. Um so mehr als die Entwicklung der Produktivkräfte und Technologien, die Verbesserung der Arbeitsorganisation und die zunehmende Globalisierung es diesen Klassen möglich machten, nicht nur ihre ökonomischen, sondern auch ihre politischen Positionen zu erhalten.

Russlands abweichender Entwicklungsweg

Die Lage in Russland war in fast allen Bereichen anders. Der berufliche und kulturelle Zustand der Arbeiterklasse war ein anderer, auch die Bourgeoisie verhielt sich anders: Sie hatte bis zum Ersten Weltkrieg die

Periode der anfänglichen Kapitalakkumulation noch nicht hinter sich gebracht und wollte keine sozialen Zugeständnisse machen.

Die sozialistischen Ideen verbreiteten sich in Russland hauptsächlich nicht unter den Arbeitern, wie es in Europa der Fall war, sondern unter den Intellektuellen. Die Flut des Sozialismus, die nach der Februarrevolution 1917 überraschend Russland überrollte, war nicht auf eine beharrliche und mühevoll Arbeit sozialdemokratischer Parteien, sondern auf eine Verknüpfung mehrerer Faktoren zurückzuführen: die Entmachtung der kompromittierten Monarchie; die Politik der Provisorischen Regierung (Feb.-Okt. 1917), die nicht willens war, dem zermürbenden imperialistischen Krieg ein Ende zu setzen; die ungelöste Bauernfrage und die ausbleibende Landreform usw. In dieser Situation waren die Aktivitäten aller linken Parteien der unterschiedlichsten Schattierungen besonders erfolgreich. Sie wurden immer stärker und populärer, weil ihre Losungen und Programme bei den Massen Anklang fanden und ihre Unterschiede meist nicht verstanden wurden. Es herrschte eine Euphorie, die immer neue Bevölkerungsschichten erfasste, die die Hoffnung hatten, ja sich sogar der Gewissheit hingaben, dass die linken Parteien ihr Leben schnell verbessern könnten. Deshalb haben auch die Linken bei der Wahl der Konstituierenden Versammlung (12–14 Nov. 1917) die Mehrheit gewonnen.¹ Die populistischen Ideen, Programme und Versprechungen spielten in der Situation der Staatskrise und der Unschlüssigkeit der Provisorischen Regierung bei der Bewältigung der Probleme, die für die absolute Mehrheit der Bevölkerung existentiell waren, eine überaus große Rolle. Die russischen Sozialdemokraten, besonders die Sozialrevolutionäre (SR), die vor allem für Agrarreformen eintraten, zeigten sich als geschickte Populisten und nutzten die kritische Situation 1917 vollends aus. Die unzureichende politische Kultur der Bevölkerung und der allgemeine Analphabetismus kamen den linken Parteien gelegen. Ihre Agitatoren waren sehr aktiv, und die Menschen glaubten ihnen aufs Wort. Bei niedrigem Stand politischer und allgemeiner Kultur nimmt es auch nicht wunder.

Der fortgeschrittene Entwicklungsstand des Kapitalismus und das dadurch bedingte hohe allgemeine Niveau von Kultur, Bildung und Organisation waren die wichtigsten Grundlagen für die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegungen in Europa – sie fehlten jedoch in Russland und konnten eine ähnliche politische Bewegungen nicht nähren.

¹ Die Konstituierende Versammlung trat am 5.1.1918 zusammen um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Am nächsten Tag löste das bolschewistische Regime sie auf. Sie blieb bis zur Auflösung der Sowjetunion die einzige frei gewählte Legislative in der russischen Geschichte (Anmerkung des HRSG).

Politik – Der subjektive Faktor

Mit diesem objektiven Grund sind auch direkt die *subjektiven Gründe* verbunden. Das Streben der Partei-, Gewerkschafts- und sonstigen Führer, sich den neuen und aussichtsreichen ideellen und politischen sozialdemokratischen Bewegungen anzuschließen, war in Europa schon Mitte des 19. Jahrhunderts offensichtlich.

Dies alles spielte sich auf ihrem heimatlichen europäischen Boden ab, ganz im Unterschied zu Russland, wo die sozialdemokratische Theorie und Praxis von außen eingeführt, aus Europa in den Osten verpflanzt wurde. Die unmittelbare Verwurzelung im Heimatboden spielt in der Theorie als auch in der Praxis eine äußerst wichtige Rolle. Beim Kopieren wird das Wesen der Sache oft verzerrt. Lange Zeit haben die Russen die sozialdemokratische Ideologie kopiert und sich auch darüber Gedanken gemacht, wie man sie an die russische Wirklichkeit anpassen könnte. Damit befasste sich anfangs im Ausland die Gruppe "Befreiung der Arbeit", die im Exil in Genf 1883 gegründet wurde und vor allem ihr Führer Georgi V. Plechanow, der erst zur Februarrevolution von dort nach Russland zurückkehrte.

Von dem heimatlichen Boden losgelöst und nicht im Stande, sich auf eine solide Russland-Forschungsgrundlage zu stützen, folgten die ersten russischen Theoretiker der Sozialdemokratie fast wörtlich der europäischen Logik. Mit einer anderen Praxis konfrontiert, begann sich diese Theorie langsam zu transformieren, ohne jedoch insgesamt die europäische Denkmatrix zu verlassen. Gerade daraus erwuchs später das große Problem des Radikalismus der russischen Sozialdemokratie, der auf dem 2. Parteitag der **Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR)** 1903 in die Spaltung in Menschewiki und Bolschewiki führte und schließlich in den Bolschewismus mündete. Die SDAPR wurde dann von der kommunistischen Partei Russlands – RKP (B) ab 1918, der Kommunistischen Allunions-Partei – WKP (B) ab 1925 und schließlich der Kommunistischen Partei der Sowjetunion – KPdSU ab 1952 abgelöst. Deren revolutionäre Programme waren auf eine grundlegende Umgestaltung von Staat und Gesellschaft ausgerichtet.

Nach dem Ende der Neuen Ökonomische Politik (NÖP) im Dezember 1927 brachte die Umsetzung des Programms der neuen politischen Ökonomie des Sozialismus, besonders in den 30er Jahren, herausragende Ergebnisse, die jedoch ausschließlich auf die Verbindung reicher natürlicher und menschlicher Ressourcen (billige bzw. ganz kostenlose Arbeitskräfte), mit der Mobilisierungspolitik und der aktiven politisch-ideologischen Arbeit der Partei in der Bevölkerung zurückzuführen waren. Später jedoch, in den 60er und 70er Jahren, führte dieses Programm

in eine ökonomische und politische Sackgasse und in eine Phase des wirtschaftlichen Stillstandes.

Die Politik der regierenden KPdSU, die immer weniger auf die wachsenden Grundbedürfnisse und Interessen der sowjetischen Gesellschaft ausgerichtet war, löste immer mehr Fragen und später auch Widerstände aus. Der Radikalismus, der sich schon in den ersten Nachkriegsjahren (gegen Mitte der 50er Jahre) erschöpfte, wurde zu einem Hindernis auf dem Wege des Fortschritts.

Ohne dieses Thema weiter zu vertiefen, bleibt festzustellen, dass weder die Partei noch die Staatselite, die den ideologischen Dogmen verfallen waren, genug Bereitschaft aufgebracht haben, diese Dogmen abzuschüteln und zu einem neuen Paradigma überzugehen. Ein neues Paradigma konnte sich aus der Gesellschaft heraus auch gar nicht entwickeln, denn jegliche, auch kleinste Versuche es zu entwickeln, wurden im Keim erstickt. Somit kann man behaupten, dass der Radikalismus der russischen Sozialdemokratie in einem Fiasko endete und das ganze Land in eine Sackgasse geführt hat. Hätte Russland nicht seine enormen natürlichen und menschlichen Ressourcen besessen, wäre diese Sackgassensituation schon eher eingetreten. Und zwar nicht nur für die KPdSU und die UdSSR, sondern auch für das ganze sozialistische System und die kommunistische Ideologie. Die Ressourcen des Landes erlaubten der politischen Führung, eine Wirtschaft extensiv zu entwickeln, während im 20. Jahrhundert immer mehr Länder auf den intensiven Entwicklungsweg umlenkten.

Folgerungen

Aus dem Gesagten ist der Schluss zu ziehen, dass die Rolle der Eliten, vor allem der politischen und administrativen Eliten, äußerst wichtig ist, wenn es darum geht, den Zustand der eigenen Gesellschaft und der Welt, ihre Interessen und Bedürfnisse, den Entwicklungsvektor und vieles andere adäquat zu erfassen. Ihre Rolle ist auch sehr groß bei der Entscheidungsfindung, wenn in der Ideologie und Politik notwendige Wandlungen herbeizuführen sind. Der Dogmatismus und das Zögern beim Treffen von Entscheidungen, besonders solch wichtiger Entscheidungen, die in unserem Land spruchreif waren, ziehen die schlimmsten Folgen nach sich. Nicht weniger schlimm sind die Folgen einer Loslösung der führenden Persönlichkeiten von Volk und Parteien.

Die falsche Einschätzung der Situation und die verspäteten Entscheidungen führen zunächst zu Spannungen und dann, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, zu Krisen und Zusammenbrüchen.

Versuche, den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand mit einem Sprung zu überwinden, für den man immer eine Überanstrengung und zusätzliche Ressourcen braucht, die der regierenden Elite immer ein großes Kopfzerbrechen bereiten, zeitigen selten positive Ergebnisse. Deshalb ist es in jeder Hinsicht äußerst wichtig, den Zustand der Gesellschaft und der Welt rechtzeitig theoretisch zu erfassen und auf dieser Grundlage die Handlungskonzepte zu korrigieren. Leider neigen die Regierenden oft dazu, eine solche Analyse zu vernachlässigen, von der Annahme ausgehend, dass die abstrakte Theorie immer wichtiger sei als Praxis.

Ein überaus relevanter Umstand, der die Geschicke der Sozialdemokratie bestimmte, war auch die reale Politik der Behörden gegenüber dieser Bewegung. In Europa war sie viel liberaler als in Russland, wo verschiedene Hindernisse und Restriktionen, vor allem rechtlich-politischer Art, die Oppositionskräfte dazu zwangen, im Inland illegal zu agieren oder ins Ausland, vor allem nach Europa, zu gehen. Dies bedingte direkt sowohl den Inhalt als auch die Handlungsweise der russischen Sozialdemokratie, angefangen mit der Gruppe "Befreiung der Arbeit" (gegründet 1883), über die Kampfbünde zur Befreiung der Arbeiterklasse (den Moskauer, den Sankt Petersburger und andere) Ende des 19. Jahrhunderts bis hin zur Gründung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDRP) Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts.

Wladimir I. Lenin begründete die allgemeine These, dass sich der Kapitalismus in Russland unausweichlich auf dem europäischen Wege weiter entwickeln werde. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass man auch die Erfahrungen der Sozialdemokratie, darunter auch die praktischen, wiederholen solle. Die Realität gestaltete sich aber so, dass die objektiven und subjektiven russischen Bedingungen, von denen oben die Rede war, die Entwicklung einer radikalen Version des Marxismus, sowohl in Theorie als auch in der Praxis, begünstigten. Deshalb war die Spaltung der Partei in die Bolschewiki (Radikale) und die Menschewiki (Reformer) auf dem 2. RSDRP-Parteitag 1903, also vor 110 Jahren, alles andere als zufällig.

Wie waren denn nun die historischen Folgen dieser Spaltung und der Radikalisierung von Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Bewegung?

Verglichen mit der europäischen Sozialdemokratie, waren diese Folgen für uns viel dramatischer. Zieht man in Betracht, in welchem Zustand sich die russische Gesellschaft und der russische Staat – ebenfalls im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern – befanden, muss anerkannt werden, dass der Radikalismus, der später in der autoritären Modernisierung der UdSSR und im Aufbau eines totalitären Staates Ausdruck fand, po-

sitive Ergebnisse zeitigte. Jedoch war der Preis, den das Land für diese Leistungen zahlen musste, in vielerlei Hinsicht übermäßig hoch.

Deshalb ist die Frage, ob der Radikalismus der russischen Sozialdemokraten / Bolschewiki historisch gerechtfertigt sei, als rhetorisch einzustufen. Denn wir wissen nicht und werden nie in Erfahrung bringen können, wie sich die Ereignisse in unserem Land entwickelt hätten, falls seinerzeit die reformorientierten Sozialdemokraten die Oberhand gewonnen hätten.

Heute aber ist der revolutionäre Radikalismus nicht mehr zeitgemäß, weil sich die Gesellschaft in einem qualitativ anderen Zustand befindet als in den beiden vorangegangenen Jahrhunderten.

Zum Abschluss meiner Überlegungen über die Ursachen und Folgen der Radikalisierung der sozialdemokratischen Theorie und Praxis in Russland Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts möchte ich betonen, dass die Wandlungen in der sozialökonomischen und politischen Entwicklung der Welt, die sich gegenwärtig vollziehen und meiner Meinung nach zu einem Formationswechsel und zur Herausbildung einer völlig neuen Gesellschaftsformation hinführen, die Frage nach dem Verhältnis zwischen Reformen und Revolutionen ganz anders aufrollen. Dieses Problem bedarf einer neuen Diskussion.

DISKUSSION ÜBER DEN TYP DER POLITISCHEN PARTEI IM RUSSISCHEN INTELLEKTUELLEN RAUM

V. V. Schelochajew

In der russischen Geschichtswissenschaft wurde in den letzten zwei Jahrzehnten ein umfangreiches Material zur Entstehung und Entwicklung des russischen Mehrparteiensystems angesammelt¹. Die aggregierten Daten, die den Forschern zur Verfügung stehen, erlauben uns, einige Ausgangsthesen zu formulieren, die notwendig sind, um die hier aufgeworfenen Fragen wissenschaftlich fundiert zu beantworten.

Auf Grund der weltweiten Erfahrungen mit Parteiensystemen lässt sich feststellen, dass diese Prozesse direkt oder indirekt mit den historischen Besonderheiten der jeweiligen Länder verbunden sind, in denen sich die Parteiensysteme innerhalb relativ großer Zeiträume herausgebildet haben. In den Ländern mit dem organischen Entwicklungstyp keimten politische Parteien, bildlich gesagt, von unten – sie spiegelten somit die Reife der rechtlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen wider. In dieser Logik der historischen Entwicklung brachten die politischen Parteien in ihrer Ideologie und ihren Programmen die akuten und spruchreifen Bedürfnisse der Gesellschaft und die Ziele ihrer weiteren Transformation zum Ausdruck. Sie formulierten diese Bedürfnisse und Ziele und brachten

¹ Vgl. Непролетарские партии в России. Урок истории. М., 1984 [Nichtproletarische Parteien in Russland. Geschichtsstunde, Moskau, 1984]; Политические партии России (Количественный анализ). М., 1987 [Politische Parteien Russlands (Quantitative Analyse), Moskau 1987]; Политические партии России в начале XX века. Энциклопедия. М., 1996 [Politische Parteien Russlands Anfang des 20. Jahrhunderts. Enzyklopädie, Moskau 1996]; Политические партии России: история и современность. М., 2000 [Politische Parteien Russlands: Geschichte und Gegenwart, Moskau 2000]; Политические партии в российских революциях. М., 2005 [Politische Parteien in russischen Revolutionen, Moskau 2005]. Bis heute wurden im Rahmen des Projekts "Politische Parteien Russlands. Dokumentarischer Nachlass" (Moskau, 1994 bis 2002) 54 Bände von Dokumenten und Materialien zur Geschichte der russischen politischen Parteien veröffentlicht.

sie über die Massenmedien der Öffentlichkeit nahe, die im Großen und Ganzen bereit war, sie wahrzunehmen und umzusetzen.

In der ausgeformten und strukturierten Zivilgesellschaft, die die Haupttrichtung ihrer historischen Entwicklung festgelegt hat, entspricht die Anzahl der politischen Parteien in der Regel annähernd der Anzahl der realen Varianten dieser Transformation. Die politischen Parteien legen der Öffentlichkeit diese alternativen Varianten vor und richten danach auch ihre Ideologie und ihr Programm aus, wobei sie der Gesellschaft auch eigene Visionen und optimale Lösungsvarianten anbieten. Damit verschwindet, versteht sich, die ideologisch-politische Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien nicht von der Tagesordnung, diese Auseinandersetzung spielt sich aber schon im Rahmen des bereits allgemein anerkannten Vektors der gesellschaftlichen Entwicklung unter Beteiligung legaler und zivilisierter Strukturen wie Presse und Parlament ab.

Anders gestaltet sich die Situation in den Ländern, in denen der Übergang zu Rechtsstaat und Zivilgesellschaft noch nicht abgeschlossen ist. Die Herausbildung und das Funktionieren des Mehrparteiensystems haben hier ihre spezifischen nationalen Besonderheiten. Im Unterschied zu den Ländern des ersten Typs entstehen Parteien in den Ländern des zweiten Typs zunächst nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie des Staates, in nationalen Enklaven, die wirtschaftlich, politisch und kulturell weiter fortgeschritten sind (wie Polen, Finnland, Armenien u.a.). Dabei entstehen die Parteistrukturen nicht "von unten", wie in den Ländern des ersten Typs, sondern "von oben", unter dem Einfluss der intellektuellen Eliten, deren ideologischer und programmatischer Entwicklungsstand den vorhandenen Voraussetzungen für gesellschaftliche Wandlungen weit voraus ist. Dabei gilt es, diese Voraussetzungen "unterwegs" zu schaffen, ohne abzuwarten, bis sie auf natürliche Art und Weise heranreifen. Eben hier verbirgt sich die Falle, in die die Intellektuellen, deren Denken die realen Umgestaltungsmöglichkeiten überflügelt, oft geraten.

In Ländern des zweiten Typs entstehen in der Regel zuerst radikale Parteien, später folgen ihnen liberale und konservative Parteien. In Russland entstanden radikale Parteien zuerst in nationalen Regionen wie in Polen, im Ostseeraum und in Armenien. Im Zentrum des Reiches formierten sich radikale politische Parteien etwas später. Es ist bezeichnend, dass auch in diesem Falle ihre Strukturierung von links nach rechts verlief: Zuerst entstanden also linksradikale Parteien, gefolgt von liberalen und konservativen. Die vorseilende Entstehung radikaler Parteien modifizierte die Strukturierung der russischen Parteienlandschaft insgesamt.

Das Fehlen des Rechtsstaates und der Rechtsnormen, die die Herausbildung der Parteienstrukturen regulieren, trägt logischerweise zur Abschottung nicht nur der Denkweise der intellektuellen Eliten, sondern auch der von ihnen geschaffenen Parteistrukturen bei. Die intellektuellen Eliten versuchen, der Gesellschaft, die sich im Übergangszustand befindet, ihre Weltanschauung und ihr Denken aufzuzwingen, die oft widersprüchlich sind und dem Entwicklungsstand der Gesellschaft nicht entsprechen. Es handelt sich im Grunde um verschiedene Weltbilder, vertreten durch die intellektuellen Eliten verschiedener sozialer Orientierungen (Konservative, Liberale, Sozialisten) und verschiedene Segmente der im Entstehen begriffenen Zivilgesellschaft, die ihre weitere Transitrichtung noch nicht bestimmt hat. Die Diskussionen um den Inhalt des Transits, die im Intellektuellenmilieu geführt werden, und die Unklarheit über den Hauptvektor der gesellschaftlichen Entwicklung begünstigen die Entstehung zahlreicher Parteien: 1906 bis 1917 gab es in Russland über 280 Parteien.

Die Strukturierung des Mehrparteiensystems in Transitländern bedingt zugleich auch eine äußerst harte Konfrontation zwischen den Parteien, die einander rigoros bekämpfen. Es sei unterstrichen, dass die große Vielfalt der Parteien in Russland keinesfalls bedeutete, dass sie in russischem Boden verwurzelt waren. Die Gesamtzahl der Mitglieder dieser Parteien machte 1906 lediglich 0,5 Prozent und 1917 nur 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Bildlich gesagt, schwebten die zahlreichen russischen Parteien "in der Luft", denn ihre Verbindung mit den entsprechenden Gruppen der russischen Gesellschaft war sehr schwach. Dies erklärt in bedeutendem Maße ihren ephemeren, situativen Charakter und ihre Abhängigkeit einerseits vom Vorgehen der autoritären Behörden und andererseits von den Stimmungen in der Gesellschaft und von den spontanen Massenbewegungen. Die russischen politischen Parteien agierten auf der einen Seite unter dem Druck der Exekutivgewalt und auf der anderen Seite unter dem Druck der Gesellschaft und der spontanen Bewegungen der Massen.

Die Abschottung der intellektuellen Eliten, die an der Strukturierung des Mehrparteiensystems in Russland teilnahmen, ging automatisch auch auf die Parteistrukturen über, zwischen denen und innerhalb deren ein unversöhnlicher Kampf um die Führung und die Dominanz in der Beeinflussung des öffentlichen und des Massenbewusstseins geführt wurde. Das autoritäre Regime begünstigte eigentlich die Reproduktion der autoritären Ideologie und Politik und der autoritären Methoden zur Lösung spruchreicher Probleme in der Gesellschaft und in den intellektuellen Eliten. Die russische Mentalität war durch und durch autoritär geprägt, es war nur natürlich, dass auch die "von oben", von

Vertretern der intellektuellen Eliten initiierten politischen Parteien in ihrem Wesen autoritär waren. All diese Faktoren bedingten auch ihre Typologie, die ihrerseits von den weltanschaulichen, ideologischen und programmatischen Maximen der Sozialisten, Liberalen und Konservativen abhing. Eigentlich handelte es sich nicht um Parteien, die die Bedürfnisse der gegebenen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegelten, sondern um gewisse Parteien der Zukunft, die man auf Grund verschiedener intellektueller Modelle noch konstruieren sollte.

Es war durchaus gesetzmäßig, dass im russischen intellektuellen Raum erbittert darüber diskutiert wurde, wie ein effektiver und rationeller Typ einer politischen Partei auszusehen hat. Die Konservativen, die ein autoritäres Regime bevorzugten, strebten solch einen Typ der politischen Organisation an, der am besten geeignet wäre, die Kräfte der Gesellschaft zur Unterstützung dieses Regimes zu mobilisieren. In der Vorstellung der Liberalen musste die politische Partei der nach Modernisierung strebenden russischen Gesellschaft entsprechen und sich bei der Umsetzung ihres Programms auf diese Gesellschaft stützen. Was die Sozialisten betrifft, so waren sie bestrebt, eine illegale Partei für einen politischen Umsturz zu schaffen, die, gestützt auf die spontane Bewegung der Massen, das autoritäre Regime gewaltsam stürzen und auf die demokratische und sozialistische Umgestaltungen zielen sollte.

Der rechtliche Raum, den die Behörden 1906 geschaffen haben (die Provisorischen Regeln vom 4. März 1906), gestattete lediglich die Existenz von konservativen und liberalkonservativen Parteien (Oktjabristen, Friedliche Erneuerer). Die meisten russischen politischen Parteien blieben bis März 1917 illegal, was ihre Existenz, versteht sich, sehr erschwerte. Die weltanschaulichen, ideologischen und programmatischen Positionen der konservativen Parteien widersprachen nicht grundsätzlich dem Kurs der Regierung. Die Behörden arbeiteten gerne mit ihnen zusammen und leisteten ihnen moralische und materielle Unterstützung. Von dieser Partnerschaft ausgehend warfen die Konservativen die Frage nach dem Typ ihrer Parteistrukturen bewusst gar nicht auf. Es war kein Zufall, dass ihre Strukturierung und Tätigkeit ziemlich spontan abliefen. Ihren Höhepunkt erlebte die Gründung konservativer Parteien Ende 1905 / Anfang 1906, was in vielem auf die Notwendigkeit zurückzuführen war, dem politischen Regime, dessen Lage während der revolutionären Ereignisse sehr schwer war, dringend Hilfe zu leisten. Die gegründeten konservativen Verbände trugen zur Stabilisierung des Regimes im Zentrum und in einzelnen Regionen bei. Nach der Niederlage der Revolution und der Festigung des Regimes aber machte sich der Trend zur Auflösung der konservativen Parteien und Verbände bemerkbar: Ihre vertikalen und horizontalen Verbindungen wurden gestört, ihr Einfluss

auf die unteren Bevölkerungsschichten, auf die sie sich anfangs stützen wollten, ging zurück.

Im liberalen Intellektuellenmilieu diskutierte man viel über die Frage nach der Parteistruktur. Die rechten Liberalen waren der Ansicht, dass man eine Partei nur für die Periode des Übergangs von der autoritären zur rechtlichen Ordnung brauche. Die linken liberalen Intellektuellen aber betrachteten die politische Partei von Anfang an als ständige Institution, die nicht nur bei der laufenden Umgestaltung des Landes, sondern auch bei ihrer weiteren Entwicklung die führende Rolle übernehmen sollte. Für sie waren die Erfahrungen der entwickelten europäischen Länder mit ihrem ausgeformten System des Rechtsstaates und der Zivilgesellschaft wichtig, wo die Rotation der regierenden politischen Parteien schon Normalität geworden war. Im Rahmen dieser Logik wurde die Konstitutionell-Demokratische Partei aufgebaut, die nach Meinung der liberalen Intelligenzija die Schlüsselrolle bei der Transformation Russlands zu einem Rechtsstaat mit einer lebendigen Zivilgesellschaft spielen sollte. Wir sehen also, dass die linksliberalen Intellektuellen damit rechneten, dass in Russland eine Partei des westeuropäischen Typs entstehen und lange funktionieren würde.

Schwieriger gestaltete sich die Parteiensituation im Sozialistenlager. Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki hofften eine politische Partei von demokratischem Typ zu gründen, die ihrem ideellen Modell der demokratischen Transformation Russlands entsprechen sollte. Obwohl die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre bis März 1917 illegal tätig waren, teilten sie die Idee einer demokratischen Partei, deren Aufbauprinzipien im Großen und Ganzen der Struktur der sozialistischen Parteien der 2. Internationale entsprachen.

Anders waren die Aufbaugrundsätze der Partei der Bolschewiki, die sich von Anfang an einen gewaltsamen politischen Umsturz und eine radikale Umgestaltung der russischen Gesellschaft zum Ziel setzte. Die ganze Architektur ihrer Organisation zeugte von ihrem typisch autoritären Charakter, der im Prinzip mit der Mentalität der Mehrheit der russischen Gesellschaft übereinstimmte.

Die Diskussion über den Typ der politischen Partei, die im russischen Intellektuellenmilieu lief, ließ erkennen, dass sich die Ideologen des Konservatismus, des Liberalismus und des Sozialismus im Großen und Ganzen bewusst waren, wie wichtig die Rolle der politischen Parteien bei der Modernisierung Russlands sein kann. Allein schon die Logik der Transformation zeigte ihnen, dass die russische Gesellschaft unter den neuen Bedingungen entsprechende Parteistrukturen hervorbringen muss, die die Verantwortung für die Reformen übernehmen würden. Die Rolle und die Bedeutung dieser Strukturen hing jedoch maßgeblich von

dem Zustand dieser Gesellschaft ab, die nach wie vor im unvollendeten Übergang begriffen war, was auch den qualitativen Zustand der politischen Parteien vorprogrammierte. Die "von oben" auf Initiative von Intellektuellen gegründeten, von der eigenen sozialen Basis losgelösten und keine große Anhängerschaft besitzenden russischen politischen Parteien spielten vor allen Dingen eine Auslöserrolle, sie sollten die öffentliche Meinung beeinflussen und Massenbewegungen in Schwung bringen, die sie später nicht mehr kontrollieren konnten.

Für Übergangsperioden, die von destruktiven Erscheinungen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens begleitet werden, passen viel besser illegale Parteien des revolutionären Typs, die im Stande sind, mit Hilfe von radikalen Losungen und Aufrufen die Gesellschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen und spontane Massenbewegungen auszulösen. Nicht alle Revolutionsparteien sind jedoch im Stande, dieses Element vor Anarchie und Chaos zu bewahren, die den Staat zu einem Zerfall bringen können. Weder die Liberalen noch die Sozialisten vom Schlag der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre haben dies meistern können. Nur den Bolschewiki ist es gelungen, zuerst eine spontane Massenbewegung auszulösen und sie dann mit Eisen und Blut wieder einzudämmen.

Das mag paradox klingen, aber die Bolschewiki waren die einzige politische Partei, die nach dem Bürgerkrieg ein neues Imperium auf der Grundlage der kommunistischen Ideologie und Politik hat wieder aufbauen können. Die Bolschewiki, die die autoritäre Denkweise, die die Bevölkerungsmassen von oben bis unten beherrschte, gekonnt manipulierten, bauten auch eine diesem Denken entsprechende autoritäre Partei auf, die in harter Konkurrenz mit anderen Parteien den Kampf um die politische Macht im Lande gewonnen hat.

“LERNEN” ODER “SCHULMEISTERN”? – ZUM KOMPLIZIERTEN VERHÄLTNISS ZWISCHEN DEUTSCHER UND RUSSISCHER SOZIALDEMOKRATIE 1903 BIS 1919

Lutz Häfner

Eine Beziehungsgeschichte zu schreiben, ist prinzipiell ein schwieriges Unterfangen. Erst recht gilt dies, wenn, wie im vorliegenden Fall, das Mit-, Gegen- und partiell auch Durcheinander heterogener Organisationen wie die Deutsche und die Russländische Sozialdemokratie in einem Zeitraum von zwei Dezennien behandelt werden soll, in denen sie einem fundamentalen Wandel unterlagen.

Sowohl in der SPD als auch in der RSDRP [Rossijskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija = Russländische Sozialdemokratische Arbeiterpartei] gab es Gruppen- und Zirkelbildungen, mit Erbitterung ausgetragene Fraktionskämpfe und auch Parteispaltungen.

Die Beziehungen von SPD und RSDRP waren asymmetrisch: Die SPD ist die älteste sozialistische Partei der Welt. Sie konnte sich über einer Million Mitglieder rühmen, hatte einen starken Rückhalt in den Gewerkschaften, publizierte mehrere Dutzend Zeitungen mit einer Auflage von 1,5 Mio. Exemplaren, hatte Millionen Wähler, stellte ein Drittel der Abgeordneten im Reichstag und verfügte über ein beträchtliches Vermögen.¹ Der Zeitgenosse Boris Ivanovič Nikolaevskij, ein *men'sevik*, fasste diese Bilanz beeindruckt zusammen: “Die Hegemonie der deutschen Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit war vor allem in Russland unumstrit-

¹ Osip A. Pjatnizki [Pjatnickij], Aufzeichnungen eines Bolschewiks. Erinnerungen aus den Jahren 1896–1917, Berlin 1930, S. 218; Peter Brandt, Detlef Lehnert, “Mehr Demokratie wagen”. Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, Berlin 2012, S. 90f.; Franz Walter, Die SPD. Biographie einer Partei. Überarb. u. erw. Taschenbuchausgabe, Reinbek bei Hamburg 2011, S. 34.

ten”.¹ Die SPD galt den europäischen Sozialisten als erstrebenswertes Paradigma.²

Die russländischen Genossen hingegen waren “nachgeboren”: “Sie verhielten sich zu uns Russen, wie zu Kindern, die gerade erst laufen lernten. Sie wollten uns nicht ernst nehmen.”³ Mit diesen Worten schilderte der *bol'sevik* Martyn Nikolaevič Ljadov seine persönlichen Kontakte mit SPD-Funktionären unterschiedlichster Provenienz – vom Parteiführer August Bebel über Isaac Singer bis hin zu den bayerischen Sozialdemokraten Ignaz Auer, Kurt Eisner und Georg v. Vollmar. Auch der *bol'sevik* Michail Grigor'evič Cchakaja [Barsov] hielt es für richtig, “von unseren berühmten Genossen aus der deutschen Sozialdemokratie zu lernen, zu lernen und nochmals zu lernen und in vielem ihnen nachzueifern”.

Gleichwohl steckte in dieser Bewunderung der Keim der Entfremdung. Auch bei Cchakaja stand der Vorwurf im Raum, die SPD wolle “uns zu rechtweisen und schulmeistern wie geistig Unselbständige [proučit' nas i poučit', kak nedoroslej]”.⁴ Nicht nur *bol'seviki* empfanden deutsche Sozialdemokraten als paternalistisch. Auch Julij Osipovič Martov äußerte dieses Gefühl der Inferiorität: “Und uns überkam ein Gefühl, dass, indem man uns die ausschließliche Ehre des Vollbringens von Heldentaten erweist, man uns in Wirklichkeit herabsetzt, und zwar dadurch, dass man uns die Fähigkeit, einen systematischen Klassenkampf in modernen entwickelten Formen zu führen, abstreitet.”⁵

Führende SPD-Genossen wie z. B. August Bebel bedauerten, dass sich die RSDRP selbst nach Ausbruch der Revolution im Jahre 1905 außerstande zeigte, die innerparteilichen Differenzen trotz des gemeinsamen Nahziels, den Zarismus zu stürzen, zu überwinden. Während die Genossen im Zarenreich der Führung bedurften, verschärfte die Delegierten auf dem fast einen Monat währenden Londoner Parteitag die innerparteiliche

¹ Boris Nikolajewsky [Nikolaevskij], Karl Kautsky in Rußland, in: Ein Leben für den Sozialismus. Erinnerungen an Karl Kautsky, Hannover 1954, S. 92–97, hier S. 92.

² Wera Sassulitsch [Vera Ivanovna Zasulič], Die terroristische Strömung in Rußland, in: Die Neue Zeit 21, 1 (1902/03) 11, S. 324–329, hier S. 327; Boris Nicolaevsky, in: The making of three Russian Revolutionaries. Voices from the Menshevik Past. Edited by Leopold H. Haimson in collaboration with Ziva Galili y Garcia and Richard Wortman, Cambridge, Paris 1987, S. 214–292, hier S. 262.

³ Martyn Nikolaevič Ljadov, Iz žizni partii v 1903–1907 godach. Vospominanija, M. 1956, S. 15; vgl. auch seinen Redebeitrag auf dem III. Parteitag, Tretij s"ezd RSDRP april'-maj 1905 goda. Protokoly, M. 1959, S. 49.

⁴ Tretij s"ezd RSDRP, S. 58.

⁵ L. Martoff [Ju. O. Martov], Die preußische Diskussion und die russische Erfahrung, in: Die Neue Zeit 28, 2 (1909/10) 51, S. 907–919, hier S. 910.

Krise noch.¹ Die ungewöhnlich lange Dauer der Parteitage der RSDRP offenbarte im Unterschied zu den westeuropäischen sozialistischen Parteien die Unfähigkeit der russischen sozialdemokratischen *intelligencija* zur Disziplin, zur sachlichen Debatte und vor allem zum Kompromiss.²

Im Rahmen dieser im Wesentlichen auf die Kontakte zwischen den im westlichen Ausland lebenden Spitzenfunktionären der RSDRP sowie der SPD beschränkten Beziehungsgeschichte werden drei Fragen erörtert: Wie verhielt sich die SPD zur Parteispaltung der RSDRP? Welche Ursachen lagen den Spaltungen in *bol'seviki* und *men'seviki* bzw. in SPD und USPD zugrunde und inwieweit sind die organisatorischen Trennlinien vergleichbar? Abschließend werden die Wechselwirkungen von russischer und deutscher Revolution 1917/18 diskutiert. Dabei fällt auf, dass sich die Konstellationen der Jahre seit 1903 bzw. ab 1917 im Wesentlichen reproduzierten, indem die Mehrheit der SPD- und USPD-Führer die Positionen der *men'seviki* teilte und nur wenige den Kurs der *bol'seviki* nach dem Oktoberumsturz 1917 begrüßten.

Als roter Faden dient die Frage, ob sich nicht aufgrund wachsender, nicht ausschließlich ideologisch motivierter Autonomie- und Verselbständigungstendenzen der *bol'seviki* zunehmend von einer "disentangled history" sprechen ließe? Rührte diese Entfremdung zwischen *bol'seviki* und SPD nicht auch daher, dass Lenin konzeptionell zunehmend mit der marxistischen Orthodoxie à la Karl Kautsky brach? Diese hatte ihn noch in seiner Schrift "Was tun?" ausgezeichnet.³ Doch danach beschritt er eigene Wege und ließ den bis dahin gemeinsamen revolutionären Erfahrungsraum hinter sich, um sich einem prospektiven Erwartungshorizont ungeahnten Ausmaßes zuzuwenden, den er mit bis dato ungedachten politischen Schritten und Maßnahmen zu gestalten dachte.

Der Beitrag zieht seine Relevanz aus dem Umstand, dass zum Ende des Ersten Weltkriegs im Russländischen und Deutschen Reich Revolutionen ausbrachen, deren Verlauf und Folgen kaum unterschiedlicher hätten sein können: Dies war neben den sozioökonomischen und

¹ August Bebel, Ein Buch über die Revolution in Rußland, in: Die Neue Zeit 23, 2 (1904/05) 35, S. 284–286, hier S. 286; Dietrich Geyer, Die russische Parteispaltung im Urteil der deutschen Sozialdemokratie, in: International Review of Social History 3 (1958), S. 195–219 u. 418–444, hier S. 440; Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 bis 1920, Berlin 1967, S. 44.

² Grigorij Valentinovič Plechanov, O črezvyčajnom partijnom s"ezde. (Otkrytoe pis'mo tovariščam), in: Socialdemokrat, No. 1, 17.9.1906, S. 6.

³ Lars T. Lih, Lenin rediscovered: What is to Be Done? in Context, Leiden, Boston 2006, S. 6, 25, 28, 41, 113f.

kulturellen Aspekten auch den Parteien, ihren Organisationsformen und nicht zuletzt den *dramatis personae* geschuldet.

1. Von Lassalleanern und Eisenachern, *men'seviki* und *bol'seviki*: Parteispaltungen und die Versuche, sie zu überwinden

Der Tübinger Emeritus Dietrich Geyer hat die Auffassung vertreten, die SPD habe über keinen "Ostexperten" verfügt. Ein solches Urteil überrascht, wenn Personen wie Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Julian B. Marchlewski oder Karl Radek, die auch der SPD angehörten und über vorzügliche Sprach- und Landeskenntnisse verfügten, aber auch Clara Zetkin oder Wilhelm Buchholz zur Verfügung standen. Die Schlichtungsmission fiel dem Parteivorsitzenden Bebel und Kautsky zu, die beide kein Russisch konnten und mit Arbeit überhäuft waren.¹ Kautsky hielt sich für zu schlecht informiert, um über "Rußland die Rußen [sic] aufklären zu wollen" und äußerte noch im Februar 1905 die Hoffnung, die russischen Fraktionen könnten ihren Streit ohne Hilfe von außen beilegen.² Aber er verfolgte den Zwist mit Interesse und auch wachsender Sorge, weil er die "Bewegung in Russland als das wichtigste Faktum des internationalen Sozialismus" betrachtete.³ In einem Brief vom 22. Mai 1904 charakterisierte der *men'sevik* Pavel Borisovič Aksel'rod Kautsky wie folgt: "[...] Du bist unter den auswärtigen Genossen vielleicht der Einzige, der ein reges Interesse und Verständnis für die russische social-democratische [sic] Bewegung hat."⁴ Dessen Parteifreund Fedor Il'ič Dan vertrat sogar die Auffassung, dass ohne Kautskys Eingreifen nicht mit einer Wiedervereinigung zu rechnen sei.⁵ In der Tat ist Kautskys Rolle für die Beziehungen zwischen deutscher und russischer Sozialdemokratie von herausragender Bedeutung. Nach Friedrich Engels Tod 1895 avancierte er als marxistischer Theoretiker zu einer Autorität nicht nur im

¹ IISG [Internationaal Instituut voor sociale geschiedenis], Karl Kautsky Papers, C. 475: Kautsky an Lydin, 23.7.1904; ebd., D II/315, Aksel'rod an Kautsky, 10.7.1904. Kautsky selbst empfahl als Redner zu russischen Themen Luxemburg und Zetkin, ebd., Aksel'rod Papers, 24-I/38, Kautsky an Aksel'rod, 10.6.1904.

² IISG, Aksel'rod Papers, 24-I/39, Kautsky an Aksel'rod, 4.7.1904 (Zitat); ebd., Karl Kautsky Papers, C 475, Kautsky an Lydin, 23.7.1904 u. C 474, Kautsky an Michael Lusnia, 4.2.1905.

³ IISG, Aksel'rod Papers, 24-I/41, Kautsky an Aksel'rod, 19.12.1904.

⁴ IISG, Karl Kautsky Papers, D II/311, Aksel'rod an Kautsky, 22.5.1904; ebd., ähnlich ebd., D XI/308: Dan an Kautsky, 25.6.1905.

⁵ IISG, Karl Kautsky Papers, D XI/308: Dan an Kautsky, 25.6.1905.

Rahmen der SPD, sondern der gesamten sozialistischen Bewegung. Seine Nähe adelte, sein Urteil, auch wenn es anders als bei Lenin niemals inappellabel war, hatte sehr großes Gewicht. Insofern galt er als prädestinierter "Schiedsrichter".¹ Peter Lösche hat die These vertreten, dass formativ für Kautskys Bolschewismuskritik des Jahres 1918 seine guten Kontakte zu den *men'seviki*, besonders zu Aksel'rod, aus der Zeit vor und während der ersten Russischen Revolution gewesen seien. In der Tat kann die Bedeutung ihrer Korrespondenz nicht hoch genug veranschlagt werden.²

Die Fraktionsstreitigkeiten in der RSDRP mehrten unter den europäischen Sozialisten die Vorbehalte gegenüber den russischen Genossen. Dies galt insbesondere für die Redaktion des *Vorwärts*, die seit Jahren in Polemiken mit Presseorganen der RSDRP verwickelt war und mit Blick auf die Genossen aus dem Zarenreich von einem "Chaos der Zwistigkeiten und Streitigkeiten, die das sozialistische Lager zerrissen", sprach.³

Seit Frühjahr 1904 griff Kautsky in den schwelenden Parteikonflikt mit mehreren Artikeln ein, die in renommierten Organen wie *Die Neue Zeit*, die *Leipziger Volkszeitung* oder die *Iskra* erschienen.⁴ Zwar konzedierte er, dass die ethnische Vielfalt Differenzen förderlich sein könnten, doch hob er auf die unterschiedlichen Vorstellungen des organisatorischen Aufbaus der Partei als Wesenskern des Dissens' ab.⁵ Sowohl Karl Kautsky als auch Fedor Il'ič Dan verglichen die Spaltung der RSDRP mit

¹ IISG, Karl Kautsky Papers, G 3/166: Lydin an Kautsky, 29.4.1904; ebd., D II/314, Aksel'rod an Kautsky, 23.6.1904 (Zitat); Rafael Abramowitsch, Karl Kautsky und der Richtungstreit in der russischen Sozialdemokratie, in: Ein Leben für den Sozialismus. Erinnerungen an Karl Kautsky, Hannover 1954, S. 83–91, hier S. 83. Zu Kautskys Verdruss über seine Rolle vgl. Dietrich Geyer, Kautskys Russisches Dossier. Deutsche Sozialdemokraten als Treuhänder des russischen Parteivermögens 1910–1915, Frankfurt/M., New York 1981, Dok. 38, S. 308f.

² IISG, Karl Kautsky Papers, G 3/168: Potresov an Kautsky, 27.6.1904; Adler, Briefwechsel, S. 465; Dan, Letters, S. 58, 348; Ascher, Axelrod, S. 94f.; Geyer, Parteispaltung, S. 201f.; Lösche, S. 33f.

³ Vorwärts, No. 4, 5.1.1902, S. 3; Karl Kautsky, Die Differenzen unter den russischen Sozialisten, in: Die Neue Zeit 23, 2 (1904/05) 29, S. 68–79, hier S. 68. Kautsky hegte Vorbehalte gegenüber dem Zentralorgan und polemisierte gegen dessen Redaktion, der er eine vermeintliche Vorliebe für die Sozialrevolutionäre, deren politische Taktik terroristischer Attentate und eines Aktionsbündnisses mit den Liberalen im Rahmen des *Sojuz Osvoboždenija* zieh. Kautsky lehnte nicht nur den vom *Vorwärts* gebrauchten Begriff des "Chaos" als unzutreffend ab, sondern lobte auch das Fingerspitzengefühl der *Wiener Arbeiter-Zeitung* in russischen Angelegenheiten, ebd., S. 76–79; Adler, Briefwechsel, S. 462f.; IISG, Karl Kautsky Papers, D XI/307: Dan an Kautsky, 31.3.1905.

⁴ [Karl Kautsky], Kautskij o našich partijnych raznoglasijach, in: Iskra. Central'nyj organ Rossijskoj social-demokratičeskoj rabočeje partii, No. 66, 15.5.1904, S. 2–4; vgl. Adler, Briefwechsel, S. 453.

⁵ Karl Kautsky, Die Differenzen unter den russischen Sozialisten, in: Die Neue Zeit 23, 2 (1904/05) 29, S. 68–79, hier S. 70; IISG, Aksel'rod Papers, 24–I/44, 14.2.1905.

der Vorgeschichte der SPD: den Differenzen zwischen Lassalleanern und Eisenachern.¹

Insgesamt ließ sich Kautsky, der einräumte, kein „praktischer Organisator“ zu sein, bei der Beurteilung des Fraktionskonfliktes von pragmatischen Überlegungen und seinen Erfahrungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes leiten. Er mutmaßte, dass neben der Organisationsfrage noch andere Differenzen zwischen den Fraktionen bestehen müssten,² plädierte unter den Bedingungen der Illegalität gegen eine strikte Zentralisierung und für ein gerüttelt Maß an Autonomie der lokalen Organisationen, wobei er der Kategorie „Vertrauen“ als einigendes Band herausragende Bedeutung beimaß.³ Im Sommer 1905 teilte Kautsky Victor Adler verzweifelt mit: „Die Spaltung der Marxisten ist ein großes Unglück. Je eher wir sie beseitigen, desto besser. Ich arbeite ununterbrochen daran, komme aber nicht vom Fleck.“⁴ Den Hauptgrund des Scheiterns seiner bisherigen Einigungsbemühungen sah Kautsky im Genfer Emigrantenmarxismus mit seiner zwanzigjährigen Tradition. Dort habe sich keine Einheit von Theorie und Praxis entwickeln können. Die Russen seien Doktrinäre geworden. Sie theoretisierten und kritisierten, statt zu organisieren. Kautsky hoffte, dass ihre Übersiedlung nach Russland und die tägliche revolutionäre Praxis den Konflikt lösen helfen könne.⁵

In der Tat befanden sich die intellektuellen Zentren der RSDRP im westeuropäischen Exil. Durch die Russische Revolution von 1905 bis 1907 gewannen die Parteiführer an Reputation, auch wenn sie – vielleicht mit Ausnahme Lev Davidovič Trockijs als Vorsitzender des Petersburger Sowjets – nur in geringem Maße auf die innerrussischen Ereignisse eingewirkt hatten. Die Parteiführer waren Theoretiker und selten Praktiker. Die Waffe der Kritik war ihr Medium: Revolutionäre Arbeit bedeutete für sie zu debattieren, schreiben und auch zu intrigieren, aber nur selten zur direkten Tat zu schreiten. Hierfür waren infrastrukturellen und politischen Rahmenbedingungen in West- und Mitteleuropa ohne Zensur, Haft oder Verbannung geeigneter.

Der mangelnde Wille der russischen Beteiligten verurteilte die Mediation der SPD zum Scheitern, wie die Resolution des III. RSDRP-Parteitages verdeutlichte, die ausdrücklich den Gedanken eines Schieds-

¹ Ebd.; Dan, Letters, S. 58 tat dies bereits im September 1903.

² IISG, Aksel'rod Papers, 24–I/37, Kautsky an Aksel'rod, 4.6.1904.

³ Kautskij o našich partijnych raznoglasijach, S. 2; Abramowitsch, S. 85.

⁴ Adler, Briefwechsel, S. 464.

⁵ Adler, Briefwechsel, S. 464f. IISG, Karl Kautsky Papers, D XI/311, Dan an Kautsky, 14.7.1905: Dan plädierte für eine Übersiedlung nach Wien.

gerichts verwarf.¹ Diese nicht endenden Querelen waren Bebel in einem Maße zuwider, dass sich ihm die russischen Genossen offenbar nachhaltig entfremdeten. Dies galt umso mehr vor dem Hintergrund der revolutionären Ereignisse im Zarenreich 1905, die Bebel auch mit Skepsis beurteilte:² Statt aktiv in das Geschehen einzugreifen, waren die russischen Sozialdemokraten weitgehend durch ihre Fraktionskämpfe absorbiert.³ Außenstehende gewannen den Eindruck, dass das einzige, was die beiden konfligierenden Fraktionen der RSDRP verband, ihre Ablehnung der PSR sei, deren Aktionen sie zu konterkarieren suchten.⁴ Ende Juni 1905 sah Bebel den einzigen Ausweg, die „Streitigkeiten zwischen unseren russischen Genossen“ beizulegen, in einer Entscheidung des Exekutivkomitees der Internationalen: „Das Gesamtbüro könnte notfalls als letzte Instanz angerufen werden.“⁵ Insgesamt zeigten sich die *men'seviki* über das wenig erfolgreiche Krisenmanagement seiner Einigungsmission enttäuscht.⁶

Lenin wiederum verbat sich eine Ingerenz seitens der SPD oder des Internationalen Sozialistischen Büros,⁷ wie er Bebel in einem Brief von Anfang Februar 1905 wissen ließ. Er argumentierte formaljuristisch und verwies darauf, dass lediglich ein Parteitag der RSDRP über solche Fragen befinden könne. Ferner machte er deutlich, dass eine Intervention der SPD zu spät komme. Wäre sie einige Monate früher erfolgt, hätte noch die Chance auf einen Gesamtparteitag bestanden, doch habe Kautsky dies mit seiner „Parteinahme“ verhindert. Nun sei die Spaltung eine vollendete und irreversible Tatsache.⁸

¹ Tretij očerednoj s'ezd rossijskoj socialdemokratičeskoj rabočej partii 1905 goda, M. 1924, S. 350f.; vgl. Brachmann, S. 654. Die *men'seviki* hatten ein Schiedsgericht begrüßt, IISG, Karl Kautsky Papers, D II/318 u. 319, Akseľ'rod an Kautsky, 10. u. 14.5.1905.

² Adler, Briefwechsel, S. 468.

³ Vgl. Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 445f.

⁴ Poetzsch, Russland, S. 815.

⁵ W. I. Lenin, Sämtliche Werke. Einzige vom Lenin-Institut in Moskau autorisierte Ausgabe. Ins Deutsche übertragen nach der zweiten, ergänzten und revidierten russischen Ausgabe, Bd. 8, Wien, Berlin 1931, S. 581.

⁶ IISG, Karl Kautsky Papers, D XI/311, Dan an Kautsky, 14.7.1905; Dan, Letters, S. 137–140.

⁷ IISG, Karl Kautsky Papers, D XI/310, Dan an Kautsky, 4.7.1905.

⁸ V. I. Lenin – A. Bebel'ju. 7 fevralja 1905 g., in: Leninskij Sbornik (1926) 5, S. 172–175, hier S. 172; LW, Bd. 34, Berlin (Ost) 1962, S. 283. Zu dem von den *bol'seviki* in London 1905 anberaumten III. Parteitag im April 1905 lud Lenin Bebel Ende Februar 1905 ein, W. I. Lenin: Briefe, Bd. 2: 1905 – November 1910. Berlin (Ost) 1967, S. 13f.; vgl. Lenin, SW, Bd. 8, S. 12.

Kautsky stand den *men'seviki* nicht nur persönlich, sondern auch ideologisch und organisatorisch näher als den Leninisten.¹ Während Kautsky seine Animositäten gegenüber dem intransigenten Lenin keineswegs verhehlte,² versicherte er Aksel'rod wiederholt seiner Sympathien, ohne allerdings vor Kritik an ihm oder den *men'seviki* zurückzuschrecken; denn "die Treue zur Sache steht mir höher als die Treue zur Person".³ Lenins Verhalten trug ein Übriges dazu bei, die Animositäten zu schüren: Er sprach Georgij Valentinovič Plechanov, den "Vater des russischen Marxismus", ehrabschneidend nicht mehr als "Genossen", sondern nur noch als "Bürger"⁴ an. Zudem bezichtigte er Kautsky der Parteilichkeit und der "Unwahrheiten",⁵ so dass also implizit der schwerwiegende Vorwurf der Lüge im Raum stand. Ungeachtet aller Zweifel Lenins an Kautskys Überparteilichkeit,⁶ ist diesem keine antibolschewistische Einseitigkeit zu attestieren: Mehrfach ließ er den *bol'seviki* größere Summen zukommen.⁷ Die Gründe hierfür sind unklar: Abraham Ascher vertritt die Position, dass Kautsky keine unüberbrückbaren Differenzen im innerrussischen Konflikt gesehen und die Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung der konfligierenden Flügel im Interesse des internationalen Sozialismus nicht aufgegeben habe.⁸ Gemessen an der Schärfe des Antibolschewismus Kautskys seit dem Oktoberumsturz 1917 unterhielt er in der Zeit der ersten Russischen Revolution nachgerade eine Äquidistanz zu den Fraktionen der RSDRP.⁹

¹ Adler, Briefwechsel, S. 452f.; Abramowitsch, S. 86; IISG, Karl Kautsky Papers, D XI/293: Dan an Kautsky, 12.11.1903; vgl. W. I. Lenin, Sämtliche Werke. Einzige vom Lenin-Institut in Moskau autorisierte Ausgabe. Ins Deutsche übertragen nach der 2., ergänzten und revidierten russischen Ausgabe, Bd. 7: Die Revolution von 1905 bis zum Aufstand des Panzerkreuzers "Potemkin", Wien, Berlin 1929, S. 599.

² IISG, Aksel'rod Papers, 24-I/37 u. 24-I/44, Kautsky an Aksel'rod, 4.6.1904 u. 14.2.1905.

³ Adler, Briefwechsel, S. 463; Geyer, Dossier, S. 252; ders., Parteispaltung, S. 439; Lösche, S. 43.

⁴ IISG, Karl Kautsky Papers, G 3/169; LW, Bd. 9, S. 132.

⁵ LW, Bd. 8, S. 534; ders., SW, Bd. 7, S. 599.

⁶ IISG, Karl Kautsky Papers, G 3/169; LW, Bd. 9, S. 135f.

⁷ IISG, Aksel'rod Papers, 24-I/43 und 24-I/44, Kautsky an Aksel'rod, 6.2. u. 14.2.1905; ebd., Karl Kautsky Papers, D XI/309, Dan an Kautsky, 3.7.1905.

⁸ Ascher, Axelrod, S. 105.

⁹ IISG, Karl Kautsky Papers, G 3/166: Lydin an Kautsky, 29.4.1904 u. C 475: Kautsky an Lydin, 23.7.1904.

2. Der Erste Weltkrieg und die Spaltung in MSPD und USPD

Die Spaltung der RSDRP kam abrupt wie ein Blitz aus heiterem Himmel und noch dazu über einen Gegenstand – die Parteistatuten – von minderer Relevanz. Die Geburtswehen der USPD dauerten über zwei Jahre. Dies lässt ermaßen, wie schwierig psychologisch der Abnabelungsprozess von der alten Partei war, der sich in zwei Schritten vollzog: Ende März 1916 die Konstituierung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ als eigenständige Reichstagsfraktion, Anfang Januar 1917 der Parteiausschluss und die Gründung der USPD Ostern 1917. Die Delegierten des Gründungsparteitags waren bereit, die Spaltung, die sie nicht unbedingt gewollt hatten, zu akzeptieren¹ und erklärten, dass die seit Jahren in der SPD existierenden schwerwiegenden Gegensätze die Parteispaltung herbeigeführt hätten.² Der Erste Weltkrieg habe diese Gegensätze lediglich vertieft.³

Die USPD erwies sich nicht nur als ein Konglomerat dissonierender, sondern letztlich inkompatibler Elemente.⁴ Ihre Integration erfolgte negativ, nämlich über die Ablehnung der Kriegskredite, von Annexionen und der Politik des Burgfriedens.⁵ Schon bei der Frage des Krieges endeten die Gemeinsamkeiten: In der USPD gab es Pazifisten, Befürworter eines Verteidigungskrieges und Adepten der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Klassenkrieg. Diffuse politische Zielsetzung, gravierende interne Differenzen, die Schwierigkeit, unter den Bedingungen des Belagerungszustandes und der Zensur, politisch zu wirken, organisatorische Defizite dezentraler Strukturen und ihr regional begrenzter Rückhalt erschwerten es der USPD, die mit über 100.000 Mitgliedern 1917 keineswegs als Splitterpartei zu bezeichnen ist, sich als Alternative zur MSPD zu präsentieren. Gleichwohl gelang es ihr, einen Teil der Arbeiterbewegung, wie die Streiks im Frühjahr 1917 oder im Januar 1918 zeigten, zu mobilisieren.⁶

¹ Laut Protokoll USPD, S. 94; Müller, S. 82–85; Miller, 125–128, 152, 156ff.; dies., Potthoff, S. 77.

² Carl E. Schorske, Die große Spaltung. Die deutsche Sozialdemokratie 1905–1917, Berlin (Ost) 1983 [engl. Ausgabe 1955]; Miller, S. 167.

³ Protokoll USPD, S. 11, 79.

⁴ Protokoll USPD, S. 4f.; Müller, S. 88. Zu den unterschiedlichen Strömungen vgl. Koszyk, Kaiserreich, S. 29f.; Wheeler, S. 25.

⁵ Müller, S. 89.

⁶ Miller, S. 176f., 292–295, 374–379, 385; Robert F. Wheeler, USPD und Internationale: Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/M. 1975, S. III.

Die USPD bekannte sich zu Sozialismus und Demokratie,¹ doch waren bereits die Mittel – Parlamentarismus, Klassenkampf und Revolution – zur Verwirklichung ihrer Ziele umstritten. Auch ihre Sympathien für die *bolševiki* waren nicht eindeutig.² Während Georg Ledebour Anfang 1918 die Auffassung vertrat, dass die USPD-Anhänger “in Deutschland ungefähr dasselbe sind wie die Bolschewiki in Russland”,³ stand dies in Widerspruch zu den Positionen des rechten Parteiflügels. Je mehr die Züge der bolschewistischen Gewaltherrschaft, die eine Negation der Räteherrschaft darstellte, hervortraten, desto deutlicher fiel die Kritik des *menševik* Aleksandr Stein oder Kautskys aus.⁴

3. Der Oktoberumsturz in den Augen von MSPD, USPD und KPD

Nach dem Oktoberumsturz offenbarte Lenin seine Neigung, politische Konflikte gewaltsam, also mit der “Kritik der Waffen” zu lösen.⁵ In seinem unter der Überschrift “Wie soll man den Wettbewerb organisieren?” im Dezember 1917 verfassten Artikel, hob er zu einer hasserfüllten Generalabrechnung mit dem Klassenfeind an. Unter Verwendung biologischer Metaphern rief er zur “Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer, [...] von den Wanzen – den Reichen [...]” auf.⁶ Lenin betrachtete den Klassenkampf in der Form des Bürgerkriegs als Katharsis, als “den einzig rechtmäßigen, einzig gerechten, einzig heiligen Krieg [...] der Unterdrückten [...] für den Sturz dieser Unterdrücker”. Lenin postulierte also die “systematische Gewaltanwendung gegen eine ganze Klasse”.⁷

¹ Protokoll USPD, S. 52, 89.

² Tormin, Rätediktatur, S. 30–34.

³ Zit. nach N. E. Verow, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Auffassung der Bolschewiki, in: Die Neue Zeit 36, 1 (1917/18) 22 u. 23, S. 511–516 u. 542–546, hier S. 512.

⁴ LVZ, No. 293, 17.12.1917, S. 1; ebd., No. 299, 24.12.1917, S. 1; vgl. die Repliken von probolschewistischen Mehring und Amalin, ebd., No. 295, 19.11.1917, S. 1; ebd., No. 298, 22.12.1917, S. 1. Ähnlich wie Stein argumentierten LVZ, No. No. 153, 4.7.1918, S. 1; vgl. dazu auch Mitteilungs-Blatt, No. 16, 21.7.1918, Beilage, S. 4.

⁵ LW, Bd. 26, S. 319; MEW, Bd. 1, S. 385.

⁶ Lenin forderte “zum Kampf auf Leben und Tod gegen die Reichen und ihre Kostgänger, die bürgerlichen Intellektuellen, gegen die Gauner, Müßiggänger und Rowdys”, gegen die “Sklavenhalter”, die “Lakaien des Geldsacks, die Soldknechte der Ausbeuter, die Herren bürgerlichen Intellektuellen”. Er forderte, sie die Klosetts reinigen zu lassen, zu inhaftieren, durch die Ausgabe “gelbe[r] Pässe” [sic] zu stigmatisieren oder wegen ihres “Parasitentums” zu erschießen, LW, Bd. 26, S. 413.

⁷ Lenin lehnte die beispielsweise in M. Gor'kij's Tageszeitung *Novaja Žizn'* geäußerte Kritik an der bolschewistischen Gewaltpropaganda als “Intellektuellengeheil” und “fortlaufende Kriecherei vor dem Geldsack” ab, LW, Bd. 26, S. 399f.

Das Dekret über das Gerichtswesen vom 5. Dezember 1917 institutionalisierte die Gewalt, schuf die Grundlagen der sowjetischen Klassenjustiz und öffnete der blanken Willkür derer, die im Namen der Revolution zu handeln vorgaben, Tür und Tor: „Die Diktatur [des Proletariats, L. H.] ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist“.¹ Lenin erteilte der demokratischen Rechtsstaatlichkeit eine klare Absage. Er bediente sich des Paradoxons der ultimativen Gewalt und propagierte schon Anfang 1918 den Massenterror.² Der Heilsgedanke, die Errichtung einer zukünftigen Gesellschaft, in der es keine antagonistischen Klassen mehr gebe, legitimiere nicht nur physische Gewalt gegen Repräsentanten des *Ancien régime* überhaupt, sondern auch ihr Ausmaß: Je intensiver sie angewandt werde, desto schneller werde das Ziel erreicht. Lenins Gesinnungsethik bestimmte sein dialektisches Revolutionsverständnis.³ Er berief sich auf die höhere Moral: *Salus revolutionis suprema lex*. Der Verantwortungsethik verpflichtete Genossen lehnten aus sittlichen Erwägungen Lenins Gedanken ab, dass der Zweck die Mittel heilige.

Die zentrale Zäsur der Geschichte der russischen Revolution, die MSPD und den rechten Flügel der USPD dezidiert von den *bolševiki* abrücken ließ, war die gewaltsame Auflösung der Konstituierenden Versammlung.⁴ Diese Absage an den Parlamentarismus missachtete nicht nur den Mehrheitswillen der Bevölkerung. Mindestens zwei historisierende Deutungen drängten sich als Vergleich auf: Entweder handelte Lenin nicht anders als der Zar ein gutes Jahrzehnt zuvor, als er gleich zweimal die Staatsduma auflöste, oder die Auflösung war gleichbedeutend mit einem radikal blanquistischen, sich allein durch Gewalt legitimierenden Politikstil. Gewalt als Fundament des Sozialismus sei indiskutabel. Dieser bedürfe der Demokratie.⁵ Die MSPD entleerte ein Füllhorn von *Maledicta* über den *bolševiki*, die von der „Diktatur [...] einer Handvoll von engstir-

¹ LW, Bd. 28, S. 234.

² LW, Bd. 25, S. 451; vgl. James Ryan, ‘Revolution is War’: The Development of the Thought of V. I. Lenin on Violence, 1899–1917, in: SEER 89 (2011) 2, S. 248–273, hier S. 251.

³ Zetkin billigte mit Blick auf die russischen Umstände den Kurs der *bolševiki*, „durch Diktatur zur Demokratie“ zu gelangen, Mitteilungs-Blatt, No. 29, 20.10.1918, Beilage, S. 2.

⁴ Kautsky, Diktatur des Proletariats, S. 61–65; Lösche, S. 121, 132; Erich Matthias, Die Rückwirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung, in: Deutschland und die Russische Revolution. Hrsg. v. Helmut Neubauer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968, S. 69–93, hier S. 86; Tormin, Parteien, S. 64; ders., Rätediktatur, S. 32; Wette, S. 319. Luxemburg zeigte in dieser Frage im Gegensatz zu den Mehrheitssozialdemokraten eine deutliche Ambivalenz. Sie billigte das Argument, dass die Wahllisten veraltet gewesen seien, Luxemburg, Werke, Bd. 4, S. 353.

⁵ Vorwärts, No. 46, 15.2.1918, S. 2.

nigen Fanatikern”, über den “Sozialdilettantismus und der gewissenlosen Vergewaltigung”,¹ bis hin “Desperadopolitik”, asiatischer Perversion der sozialistischen Demokratie und anarchistischem Terrorismus reichte.² Der Oktoberumsturz galt als diktatorischer Staatsstreich.³ Alleinstellungsmerkmal der *bol’seviki* sei ihr “Dekretinismus”.⁴

1918 nahm die Diskussion von Diktatur und Demokratie in sozialdemokratischen und sozialistischen Presseorganen breiten Raum ein. Die Herrschaft einer Partei sei keineswegs mit der Diktatur des Proletariats gleichzusetzen, sondern stelle vielmehr eine Diktatur des einen Teils des Proletariats über den anderen dar. Die Diktatur – gleich ob von einer Handvoll Fanatiker, einer Partei oder zu einer über das Proletariat – ersetzte in den Augen der SPD die Demokratie.⁵ Ohne Demokratie, so Kautsky, sei Sozialismus undenkbar.⁶

In der Tat unterschieden sich die Vorstellungen Lenins hinsichtlich der Diktatur des Proletariats nicht nur deutlich von denen Kautskys, sondern auch von denen Karl Marx’, bei dem sie ohnehin nur kursorische Erwähnung fand. Lenin betonte vor allem zwei Aspekte: Erstens die führende Rolle der eigenen Partei. Zweitens offenbarte sich die Diktatur des Proletariats vor allem als gewaltsame Repression,⁷ die auch vor den Sowjets, die laut Lenin die “höchste Form des Demokratismus” darstellten”, nicht Halt machte.⁸ Durch ihren Autoritarismus diskreditierten die

¹ Alle Zitate aus Max Schippel, Das bolschewistische Zerrbild des Sozialismus, in: Sozialistische Monatshefte 24 (1918) 21, S. 1183–1189, hier S. 1183.

² Wilhelm Bloss, Revolutions-Experimente, in: Die Neue Zeit 36, 1 (1917/18) 24, S. 553–559, hier S. 557; Vorwärts, No. 46, 15.2.1918, S. 1–2, bes. S. 2. Der Vorwurf des Blanquismus reichte auf die Zeit der Revolution von 1905 zurück, vgl. Dan, Letters, S. 208; Nacional’naja revolucija i naši zadači, in: Socialdemokrat. Izdanie Central’nogo Komiteta Rossijskoj socialdemokratičeskoj rabočej partii No. 1, 17.9.1906, S. 1–3, hier S. 2.

³ Schippel, S. 1185.

⁴ Ebd., S. 1186.

⁵ LVZ, No. 293, 17.12.1917, S. 1; Volkswacht (Breslau), No. 17, 21.1.1918, S. 1; Vorwärts, No. 290, 21.10.1918, S. 1f.; Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, in: Kautsky gegen Lenin. Hrsg. v. Peter Lübke, Berlin, Bonn 1981, S. 28–77, hier S. 35f., 42, 49, 61ff., 77.

⁶ Kautsky, Diktatur des Proletariats, S. 31. Ähnlich argumentierten die Arbeiterzeitung (Wien), No. 22, 24.1.1918, S. 1 und Otto Braun im Vorwärts, No. 46, 15.2.1918, S. 2.

⁷ LW, Bd. 25, S. 451; James Ryan, Lenin’s The State and Revolution and Soviet State Violence: A Textual Analysis, in: Revolutionary Russia 20 (2007) 2, S. 151–172, hier S. 152, 155; Robert W. Service, Lenin: Eine Biographie, München 2002, S. 462; Lutz Häfner, Lenin als Theoretiker und politischer Pragmatiker, in: Marx-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung. Hrsg. v. Michael Quante und David P. Schweikard, Stuttgart/Weimar (erscheint im J. B. Metzler Verlag voraussichtlich Herbst 2014).

⁸ LW, Bd. 27, S. 259.

bolševiki nachhaltig das Rätssystem, das im Deutschen Reich dadurch überwiegend als undemokratisch und abschreckend erschien.¹

Indem die SPD die Methoden der *bolševiki* mit den Gewaltmaßnahmen des Zarismus identifizierte, konnte sie ihre tief verwurzelte Antipathie gegen den östlichen Nachbarn revitalisieren. Sie griff auf ihr Arsenal erprobter russophober Stereotypen und Ressentiments aus der Zeit des *Ancien régime* zurück. Die Sozialdemokraten dämonisierten den östlichen Nachbarn, beklagten dessen barbarische Zustände,² sprachen von der russischen, orientalischen bzw. asiatischen Despotie³ und bemühten den Vorwurf der *aziatščina*.⁴ Sie verwiesen auf das geringe kulturelle und

¹ “Haben Sie nicht wahrgenommen, daß es den bolschewistischen Behörden freisteht von Fall zu Fall die Kurie der Arbeitervertreter nach Gutdünken festzusetzen, wodurch es sich zum Beispiel erklärt, daß in Petersburg der angebliche Arbeiterrat noch nicht ganz zu einem Sechstel von Arbeitern gewählt wird, während die übrigen 85% aus Delegierten der Behörden bestehen? Reicht diese Tatsache nicht aus, um den Leuten klarzumachen, daß die Wahl zwischen Demokratie oder Rätssystem, selbst wenn sie zugunsten des Rätessystems entschieden wird, noch lange keinen Anschluß an die Clique begründen kann, die in Rußland Regierung spielt? Denn in dem angeblichen Sowjetrußland gibt es keine Arbeiterräte [sic, LH] sondern ein System, mit dem verglichen das jetzt glücklich beseitigte Wahlsystem des Königreichs Preußen ein Palladium der Volksfreiheit darstellt. Eine unbefangene Lektüre der Leninschen Verfassung müßte doch jedem, der sich den Tatsachen nicht völlig verschließen will, zeigen, daß das, was in Rußland unter dem Deckmantel des Kommunismus getrieben wird, in der Tat genau so viel mit Sozialismus oder mit Kommunismus zu tun hat wie eine Talgkerze mit dem Einmaleins.” Mark Lewin, Was in Russland unter dem Namen Kommunismus getrieben wird, in: Sozialistische Monatshefte 25 (1919) 8, S. 534–544, hier S. 536.

² Vgl. Bebel, Buch, S. 285; Protokoll (Mannheim), S. 144; Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses, S. 472. Das Wort “Barbarei” findet sich auch bei Aksel’rod, IISG, Karl Kautsky Papers, D II/317, Aksel’rod an Kautsky, 2.4.1905.

³ Vorwärts No. 176, 29.7.1904, S. 1; Max Schippel, Russland und wir, in: Sozialistische Monatshefte 23 (1917) 7, S. 339–346, hier S. 339; Adler, Briefwechsel, S. 468 (“Walze des Despotismus”); Protokoll (Mannheim), S. 144; Bebel, Buch, S. 284; Richard Calwer, Russland, in: Sozialistische Monatshefte 9 (11) (1905) 2, S. 111–113.

⁴ Den Zarismus als “asiatisch” zu etikettieren, war in der SPD verbreitet. Sie griff Überlegungen von Marx’ wie russische Urteile auf, vgl. z.B. Paul Axelrod [Pavel Borisovič Aksel’rod], Der historische Sinn der internationalen Ehrungen zum Gedenken Bebels, in: Die russische Revolution und die sozialistische Internationale: Aus dem literarischen Nachlaß von Paul Axelrod. Hrsg. v. I. Tsereteli and W. Woytinsky, Jena 1932, S. 85–97, hier S. 97; A. R., Der Fall Asew und die russische Revolution, in: Die Neue Zeit 27, 1 (1908/09) 22, S. 796–808, hier S. 797; Bebel, Buch, S. 284; L. [Ju. O.] Martoff [Martov], Der Staatsstreich in Rußland, in: Die Neue Zeit 25, 2 (1906/07) 42, S. 516–528, hier S. 527; Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6.-8. 4. 1917 in Gotha. Hrsg. v. Emil Eichhorn, Berlin 1921, S. 58; Joseph Schiebel, Marxism and Aziatchina: Secular Religion, the Nature of Russian Society, and the Organization of the Bolshevik Party, in: Religious and Secular Forces in Late Tsarist Russia. Essays in Honor of Donald W. Treadgold. Edited by Charles E. Timberlake, Seattle, London 1992, S. 145–167. Zu dem Phänomen der Russophobie Faulenbach, S. 34; Walter, S. 46. Vgl. auch als Phänomen in der europäischen Geistesgeschichte Ekkehard Klug, Das “asiatische” Rußland. Über die

gesellschaftliche Entwicklungsniveau des östlichen Nachbarn, um dessen mangelnde Reife und die daraus resultierende Unfähigkeit, ein demokratisches Staatswesen aus der Taufe zu heben, zu erklären.¹

In diesen polyphonen Chor stimmte auch Kautsky mit seiner Charakterisierung des Spartakusbundes ein, dem er Antiparlamentarismus und Aufhebung der Demokratie attestierte. Der linksradikale Bremer Otto Rühle hatte auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende Dezember 1918 die Straße als “die großartigste Bühne” bezeichnet und damit gegen eine Partizipation an den Wahlen zur Nationalversammlung plädiert.² Die Straße, die gewaltsame Aktion, sollte daher richten, was fehlende Organisation und Reife zu leisten nicht imstande waren. Wohin Kautsky auch blickte, konnte er gemessen am marxistischen Niveau nur Degradation der Linken konstatieren, deren Mittel der politischen Auseinandersetzung immer primitiver würden. Kautsky hieb auf den spartakistischen Sack, meinte aber den leninistischen Esel.³

Kautsky gehörte zu den wortgewaltigsten Kritikern, die einen Transfer der Etappen der russischen auf die deutsche Revolution wie etwa die schablonenhafte Übertragung des Rätegedankens monierten. Wenn Kautsky die Auffassung vertrat: “Die jetzige Revolution in Deutschland hat ihre eigenen Gesetze”,⁴ dann war dies weniger als eine Abkehr vom historischen Materialismus und allgemeinen Gesetzmäßigkeiten historischer Entwicklung zu verstehen, sondern vielmehr eine Beschwörung des höheren politischen und soziokulturellen Entwicklungsniveaus im Herzen Europas: Deutschland bedürfe der Räte nicht, weil es auf andere funktionierende Organisationsformen und Institutionen der Massen

Entstehung eines europäischen Vorurteils, in: HZ 245 (1987), S. 265–289; Jürgen Zarusky, Vom Zarismus zum Bolschewismus. Die deutsche Sozialdemokratie und der “asiatische Despotismus”, in: Russen und Rußland aus deutscher Sicht, Bd. 5: Deutschland und die Russische Revolution, 1917–1924. Hrsg. von Gerd Koenen und Lew Kopelew, München 1998, S. 99–133; Gerd Koenen, Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München 2005, S. 9.

¹ Vgl. Stampfer, Erfahrungen, S. 103f.; Eduard David, Sozialdemokratie und Ostpolitik, in: Die Neue Zeit 35, 2 (1917/18) 21, S. 481–489, hier S. 484; Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses, S. 472.

² Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Hrsg. und eingeleitet v. Hermann Weber, Frankfurt/M., Wien 1969, S. 98, vgl. auch S. 105. Auch Luxemburg hatte bereits Ende 1904, wie ihre Ausführungen in der Massenstreikdebatte zeigte, viel für “die direkte Aktion der proletarischen Masse” übrig, Luxemburg, Werke, S. 1/2, S. 454. Unter dem Eindruck der russischen Ereignisse argumentierte sie mit einer Kampfform, die mit den Rahmenbedingungen in Deutschland, der Tradition und Mentalität der deutschen Arbeiter kaum kompatibel war, Karl Kautsky, Zwischen Baden und Luxemburg, in: Die Neue Zeit 28, 2 (1909/10) 45, S. 652–667, hier S. 657f., 663f.; vgl. Lehnert, Brandt, S. 94.

³ Karl Kautsky, Das Weitertreiben der Revolution, Berlin o.J., S. 5f., 12.

⁴ Kautsky, Weitertreiben, S. 7.

wie Parteien, Verbände etc. zurückgreifen könne. Organisation sei das „Prinzip der Arbeiterklasse“ und die „proletarische“ bzw. „geschlossene Organisation ist seine beste Waffe“.¹

Damit spielte Kautsky dem in Reihen der MSPD verfestigten Wissensbeständen in die Karten: dem kulturellen Überlegenheitsdünkel gegenüber den rückständigen, „halbasiatischen“ Russen. Insofern war der Rätegedanke als russisches Exportprodukt a priori in der MSPD stigmatisiert: Er galt – wenn auch fälschlich – als „bolschewistisch“ und stand für alles, nur nicht für Ordnung. In der politischen Auseinandersetzung im Spätherbst 1918 bediente sich die MSPD eines Schreckgespensts,² das als Kern einer breiten publizistischen Kampagne ihre emotionale Wirkung nicht verfehlte. Die Identifikation lautete: Spartakus gleich *bol'seviki* gleich Sowjetmacht. Und diese bedeutete Gewalt, Terror, Bürgerkrieg und Chaos³ – mit zwei Worten „russische Verhältnisse“.⁴ Walter Tormin erkannte in der emotionalen und moralischen Ablehnung des Bolschewismus eine „Art neuer Integrationsideologie“ der SPD.⁵

Die Ziele der MSPD in der Novemberrevolution waren 1. Ruhe und Ordnung, 2. Gewährleistung der Versorgung, 3. Vermeidung einer alliierten Intervention und 4. Stabilisierung der allgemeinen Situation.⁶ Sie unterschieden sich fundamental von denen der *bol'seviki*. Psychologisch befand sich die MSPD gegenüber den politischen Verheißungen der radikaleren Linken im Vorteil, deren Zukunftsutopien vor allem Unsicherheit bedeuteten und damit das Gegenteil von dem, wonach der durchschnittliche Arbeiter sich sehnte. Die Agenda der breiten Masse der Arbeiter umfasste folgende Ziele: Frieden, „normales“ Leben, regelmäßige und angemessen entlohnte Arbeit, anständige Arbeits- und Lebensbedingungen, ein gemütliches Heim, keine Unterdrückung und Willkür.⁷ Hinzu kam, dass viele stark im sozialdemokratischen Milieu verwurzelt waren und den Wunsch hegten, die kriegsbedingte Parteispaltung durch eine Fusion

¹ Karl Kautsky, *Kriegsmarxismus. Eine theoretische Grundlegung der Politik* des 4. August, Wien 1918, S. 85.

² Vgl. Lösche, S. 144; Wolfgang J. Mommsen, *Die deutsche Revolution, 1918–1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung*, in: GG 4 (1978), S. 362–391, hier S. 365f.; Wette, S. 340.

³ Vorwärts, No. 287, 18.10.1918, S. 1; ebd., No. 306, 6.11.1918, S. 1.

⁴ Vorwärts, No. 306, 6.11.1918, S. 1.

⁵ Tormin, *Parteien*, S. 64

⁶ Geyer, *Sowjetrussland*, S. 11.

⁷ Wolfram Wette, *Frieden durch Revolution? Das Scheitern der Friedenskonzeption der radikalen Linken in der deutschen Revolution 1918/19*, in: *Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung*. Hrsg. v. Wolfgang Huber u. Johannes Schwardtfefer, Stuttgart 1976, S. 282–357, hier S. 297.

aller linken Kräfte zu überwinden, um den *Status quo ante* 4. August 1914 zu restituieren.¹

4. Schluss

Tradition und Prestigedenken waren in der SPD sehr ausgeprägt – die russländischen Genossen waren nachgeboren. Der als “heldenmütig” charakterisierte Kampf gegen das *Ancien régime* und der aus der Revolution von 1905 resultierende Erfahrungsschatz hob unzweifelhaft das Prestige der RSDRP-Angehörigen und nötigte den westeuropäischen Sozialisten Respekt ab.² Aus einer asymmetrischen Beziehung wurde zunehmend eine auf Augenhöhe.

Gemein hatten beide Parteien die Erfahrungen illegaler Arbeit. Bei der SPD währte die Phase des Sozialistengesetzes zwölf Jahre, im Falle der RSDRP gab es nur im Anschluss an das Oktobermanifest 1905 für einige Monate eine Periode der “Freiheit”. Was der RSDRP fehlte, waren die 24 Jahre friedlichen und freiheitlichen Arbeitens der SPD zwischen 1890 und 1914.

Was SPD und RSDRP trennte, waren Institutionalisierungs- und Organisationsgrad. Hilfskassen, (Bildungs-)Vereine und Konsumgenossenschaften leisteten einen wichtigen Beitrag, die SPD gesellschaftlich zu verankern.³ Alle genannten Institutionen trugen erheblich zu einer sozialpolitischen Verbesserung der Lage der Arbeiter im Kaiserreich bei. Ein Organisationspatriotismus dominierte in der SPD, Viktor Adler sprach von einem “Parteivaterland”, das den Mitgliedern etwas gewährte, was ihnen das Kaiserreich und dessen Eliten vorenthielten.⁴ Die beträchtlichen Kapital- und Vermögenswerte schürten Verlustängste und ließen SPD und Gewerkschaften einerseits von außerparlamentarischen Aktionsformen Abstand nehmen, mehrten den Anpassungsdruck an die alten Eliten. Sie bewirkten andererseits, dass sich die SPD zunehmend mit dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat arrangierte und in ihn – und zwar keineswegs nur negativ – integrierte. Ungeachtet aller radikalen Rhetorik,

¹ Wette, S. 335.

² Leipziger Volkszeitung, No. 15, 18.1.1905, 1. Beilage, S. 3.

³ Richard Müller, *Eine Geschichte der Novemberrevolution. Vom Kaiserreich zur Republik – Die Novemberrevolution – Der Bürgerkrieg in Deutschland*. Hrsg. v. Jochen Gerster, Ralf Hoffrogge u. Rainer Knirsch, Berlin 2011, S. 53; Peter Brandt, Detlef Lehnert, “Mehr Demokratie wagen”. *Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010*, Berlin 2012, S. 90f.; Faulenbach, S. 22; Walter, S. 20ff.

⁴ Adler, Briefwechsel, S. 608; Lösche, S. 12.

die Kautsky noch 1909 in seiner Studie "Der Weg zur Macht", in der er die Notwendigkeit der Revolution beschwor, an den Tag legte, prägten legalistisches Denken und Handeln, insbesondere der Parlamentarismus das politische Credo der SPD.¹ Der revolutionäre Attentismus mündete in eine Immobilität des Handelns.²

Nach der Februarrevolution stellten *men'seviki* und Sozialrevolutionäre die Verwirklichung etatistischer Ziele, die sog. *gosudarstvennost'*, vor die Realisierung sozialer Forderungen einer Klasse³ und ließen sich damit von Maximen leiten, die auch dem Handeln der SPD spätestens seit dem 4. August 1914 zugrunde lag.

"In der deutschen Sozialdemokratie galt aber seit jeher der Grundsatz, Revolutionen können nicht gemacht werden."⁴ Hinter diesem Credo, das sich auch der marxistische Theoretiker Kautsky zu Eigen machte, stand vor allem der Gedanke der ökonomischen wie politischen Reife der materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen. Diesen Attentismus der SPD eignete sich Lenin nicht an. Er drängte auf die Beschleunigung historischer Entwicklungsprozesse im Dezember 1905 in Moskau wie auch in Petrograd im Oktober 1917. Dieser Blanquismus unterschied ihn fundamental von der SPD, der ein voluntaristischer Gestus fremd war.⁵

Die Petrograder *Krasnaja Gazeta* gab am Vorabend der Feierlichkeiten des 1. Jahrestages des Oktoberumsturzes beredt Auskunft über das extrem gewachsene Selbstwertgefühl der *bol'seviki*. In dem Leitartikel unter der Überschrift "Wir sind bereit!" hieß es: "Die russische sowjetische Botschaft in Berlin wurde zum zentralen Punkt aller revolutionären Manifestationen [...]. Die rote Flagge über dem Botschaftsgebäude wurde zum Banner des roten Berliner Proletariats. Sowjetrussland – der

¹ Vgl. Dieter Groh; Friedhelm Boll, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Resignation und Revolution. Zur Friedensstrategie 1890–1918, in: Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung. Hrsg. v. Wolfgang Huber u. Johannes Schwerdtfeger, Stuttgart 1976, S. 179–281, hier S. 199f.; Faulenbach, S. 34f.; Walter, S. 23, 35f., 43; Pjatnizki, S. 219.

² Vgl. Hoffrogge, S. 192, 196; Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Marxismus-Studien, Bd. 2. Hrsg. v. Iring Fetscher, Tübingen 1957, S. 151–197, hier S. 197.

³ Dan, Letters, S. 609.

⁴ Kautsky, Mein Verrat, S. 857. Zur frühen SPD–Kritik an Lenins Positionen vgl. Roman Streltsov, Die Duma und die Sozialisten, in: Sozialistische Monatshefte 10 (12) (1906) 6, S. 464–468; Alexis Nedow, Die nächsten Aufgaben der russischen Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte 10 (12) (1906) 7, S. 538–542; Roman Streltsov, Die beiden Richtungen in der russischen Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte 10 (12) (1906) 12, S. 1001–1004.

⁵ Vgl. ebd., S. 858.

Inspirator und Führer der Weltrevolution.”¹ Die *Pravda* operierte mit einer historischen Analogie, als sie schrieb, das einstige Reich stehe “vor dem deutschen Oktober”.² Die Botschaft dieses Evolutionsprozesses der *bolševiki* war klar: Aus Schülern von gestern waren die Lehrer der Gegenwart geworden, die den Weg in die Zukunft wiesen. Diese Rollenverteilung zu akzeptieren, waren allerdings die einstigen Schulmeister aus der SPD nicht bereit. Sie sprachen den bolschewistischen *homines novi* Kenntnis und Reife ab und wollten daher von ihnen nicht(s) lernen. Aus der Perspektive der damaligen SPD-Führung hätte sie von einer gescheiterten Transfergeschichte gesprochen, jeden Gedanken aber an eine “entangled history” als indiskutabel zurückgewiesen.

¹ Krasnaja Gazeta, No. 215, 6.11.1918, S. 1.

² Pravda, No. 263, 4.12.1918, S. 1.

“GROSSE ERWARTUNGEN”: DIE FRIEDENSFRAGE 1917/18 IN DEN DISKUSSIONEN RUSSISCHER SOZIALISTISCHER PARTEIEN

Lutz Häfner

“Wenn der Weltkrieg die russische Revolution geboren hat, *dann ist die Revolution berufen, den Weltkrieg zu zerschmettern* [Hervorhebung im Orig., LH]” – so hieß es in einer Proklamation des Organisationskomitees der Russländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei [Rossijskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija, RSDRP] zum 1. Mai 1917. (Rabočaja Gazeta, No. 34, 18.4.1917: 1; Galili u.a. 1994: 194; vgl. Narodnaja Niva, No. 51, 24.6.1917: 3; Zemlja i Volja, No. 43, 16.5.1917: 3.) Der internationalistische Flügel der Partei der Sozialrevolutionäre [Partija Socialistov-Revoljucionerov, PSR] formulierte: “Nicht zum Krieg, sondern zur Revolution müssen wir die Völker aufrufen; denn nur die allgemeine Revolution heißt: Friede der ganzen Welt.” (Ivanov-Razumnik 1917b: 3) Allerdings gab es unter russischen Linkssozialisten auch mahnende Stimmen: “[...] der Krieg kann die russische Revolution töten”. (Tretij s”ezd PSR 1917: 113; Zemlja i Volja, No. 35, 5.5.1917: 2; vgl. Dan 1926: 299; Ermanskij 1927: 156)¹

In der Tat waren Krieg und Revolution 1905 und 1917 wie siamesische Zwillinge. Der fundamentale Unterschied bestand darin, dass der russisch-japanische Krieg ein bilateraler, räumlich beschränkter Konflikt war, der Erste Weltkrieg hingegen multilateral und entgrenzt. Angesichts seines Ausmaßes, seiner Dauer und seiner Folgen für die sozialistische Bewegung, die in zahlreiche konfligierende Gruppierungen und Lager zerfiel, nimmt es nicht wunder, dass die Art und Weise der Beendigung des Krieges, die Gestaltung des Friedens und die Renaissance der Internationale Fragen waren, die für die sozialistischen Parteien zentrale Bedeutung besaßen. Diese Debatten sollen am Beispiel der Fraktionen und Gruppierungen der RSDRP und der PSR in Russland von der

¹ Ähnlich auch IISG, Karl Kautsky Papers D II, 500 Otto Bauer an Kautsky 28.11.1917.

Februarrevolution bis zur Ratifizierung des Separatfriedens von Brest-Litovsk im März 1918 nachvollzogen werden.

These ist, dass die Parteien ihre jeweiligen Handlungsspielräume nicht ausschöpften und das Sagbare für inopportun oder nicht machbar hielten. Phrasen verdeckten entweder fehlendes realpolitisches Gespür oder bemäntelten Entscheidungsschwäche, die gerade bei der RSDRP oder auch der PSR eine Folge der innerparteilichen Kräftekonstellation war. *Cum grano salis* ließen sich zwei Extreme formulieren. Rechte und gemäßigte Sozialisten bekannten sich zu der antiken Formel: *Si vis pacem parage bellum*, während sich die Internationalisten zu der Sentenz bekannten: Willst Du den Frieden, bereite den Sozialismus. (Vgl. Liebknecht 1966: S. 229f.) Gerade für die PSR gilt, dass das Zerwürfnis über die Friedensfrage die Handlungsfähigkeit der Partei im Jahre 1917 nicht nur erschwerte, sondern in entscheidendem Maße auch Grund für die nach dem Oktoberumsturz erfolgende Spaltung war. (Narodnaja Niva, No. 51, 24.6.1917: 3)

Ohne den Krieg auf die eine oder andere Weise zu beenden, war keines der vorrangigen Probleme, die Staat und Gesellschaft in Russland nach der Februarrevolution 1917 in Atem hielten, zu lösen. Ungeachtet der jahrzehntelangen Forderungen der Bauern nach mehr Land überantwortete die Provisorische Regierung die Regelung der Agrarfrage der Konstituierenden Versammlung. Die Regierung fürchtete, dass jede Landaufteilung die Disziplin des überwiegend aus Bauern rekrutierten Heeres nachhaltig erschütterte, so dass es seinen Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen könne. Da seit Kriegsbeginn die Aussaatfläche – auch eine Folge des Arbeits- und Zugkraftmangels – rückläufig war, konnte die landwirtschaftliche Produktion nicht gesteigert werden. Hinzu traten Transportschwierigkeiten, die insgesamt zu einer verschlechterten Versorgung, insbesondere der Großstädte, führten. Zunächst optierte die Provisorische Regierung dafür, die Konstituante erst nach Kriegsende wählen zu lassen, um der Agitation und Propaganda eingängiger und (links)radikaler Lösungen der Friedens- und Agrarfrage kein Einfallstor zu öffnen. Schließlich die soziale Frage: Die galoppierende Inflation hatte während des Kriegs zu einem erheblichen Reallohnverlust der Beschäftigten geführt. Nach der Februarrevolution wurden die Löhne zwar beträchtlich erhöht, heftig umstritten blieb aber die Dauer des Arbeitstags. Die Einführung des Achtsturentags wurde aber auch mit moralischem Druck und dem Hinweis auf den dringend benötigten Nachschub für die Front verwehrt. Diese ungelösten Aspekte führten immer wieder zu Streiks, Aussperrungen, zu ersten Fabrikschließungen und der Organisation der Arbeitsabläufe durch Arbeiterfabrikräte – aus der politischen wurde eine soziale Revolution. Welche Auswirkungen eine

Beendigung des Kriegs und die Demobilisierung der Streitkräfte auf die Beschäftigungsverhältnisse haben würde, war nicht absehbar. Über allem und jedem aber schwebte das Damoklesschwert: Der Krieg war der Vater aller Dinge.

Vordieser Folie werdenzuerst die Auswirkungen der Februarrevolution auf die Friedensfrage skizziert. Zwar zerfiel die sozialistische Bewegung im Wesentlichen in zwei Hauptlager, die “Vaterlandsverteidiger” und die “Internationalisten”, doch bestimmten in Russland der Jahre 1917/18 weitgehend parallel vier Handlungsoptionen die politische Agenda, die im zweiten Teil erörtert werden sollen: erstens die “Vaterlandsverteidigung”, zweitens der “Revolutionäre Krieg”, drittens die verwandte, aber nicht kongruente Losung “Nicht Krieg, sondern Aufstand”, sowie schließlich viertens der Separatfriede, den Lenin 1918 als eine “Atempause” charakterisierte. Dabei fällt auf, dass viele Argumente nur situativ und kontextgebunden verwendet wurden und ihre Protagonisten keineswegs festgefügt in Lagern angehörten, sondern die fraktionellen Zugehörigkeiten volatil waren.

I. Die Februarevolution und ihre Folgen für die Friedensfrage

Am 27. März erklärte die Provisorische Regierung, keine Herrschaft über andere Völker, wohl aber einen dauerhaften Frieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anzustreben. Sie bekannte sich nicht nur zur Verteidigung der eigenen Staatsgrenzen und zur Rücksicht gegenüber den Verbündeten. (Delo Naroda, No. 11, 28.3.1917: 2; vgl. Wade 1994: 28ff.) Außenminister P. N. Miljukov erklärte hingegen am 18. April, den Krieg bis zum Sieg weiterzuführen. (Hellmann 1977: 155)

Miljukovs Position war mit den Zielen des Petrograder Sowjet unvereinbar. Er hatte bereits am 14. März seine Proklamation “An die Völker der gesamten Welt” verfasst, in der er der “Eroberungspolitik der herrschenden Klassen” eine klare Absage erteilte und alle Völker dazu aufrief, die Frage von Krieg und Frieden in die eigenen Hände zu nehmen. (Starcev 1993: 323f.)¹ Von hier war es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Forderung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, die die *menševiki* bereits am 19. März 1917 zur Handlungsmaxime erhoben hatten (Galili u.a. 1994: 157) und der Sowjet am 22. April verabschiedete, am 2. Mai nochmals in seinem Aufruf “An die Sozialisten aller Länder” bekräf-

¹ Für die Vorbehalte zur Regierungserklärung vom 27. vgl. ebd.: 616–623; Skobelev 2013: 195–198; Izvestija, No. 15, 15.3.1917: 1; Suchanov 1991: 268; Wade 1969: 15f.

tigte und durch die Worte “auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker” ergänzte. (Hellmann 1977: 202; Rabočaja Gazeta, No. 45, 2.5.1917: 2)

II. Handlungsoptionen

1. Die Vaterlandsverteidigung [*oborončestvo*]

Was tun? Diese Frage stellte sich auch für die beiden Mehrheitsparteien des Petrograder Sowjets, die SR und insbesondere die *menševiki*; denn der Krieg änderte die Verhältnisse im Land auf eine Art und Weise, die die marxistische Theorie nicht abdeckte: Die Bauern, die den Großteil der zarischen Streitkräfte bildeten, waren ein zentraler politischer Faktor, den es zu berücksichtigen galt. (Galili 2007: 79) Nach der Februarrevolution war es unter einfachen Soldaten weitgehend konsent, den Krieg kraftvoll fortzusetzen. Um soziale Spannungen zu vermeiden, taten Offiziere gut daran, den Mannschaften ihre Bereitschaft zu versichern, die Revolution bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. (Wildman 1980: 291) Der britische Historiker Evan Mawdsley hat die Auffassung vertreten, dass der “revolutionäre Defensismus” im Frühjahr 1917 in der Bevölkerung populär gewesen sei. (Mawdsley 1978: 25) Anfang April beklagten bolschewistische Agitatoren, dass sie mit ihrer radikalen Friedenspropaganda bei den Arbeitern keinen Erfolg hätten. Diese verstünden die bolschewistische Parole “Nieder mit dem Krieg” als eine Bedrohung der Revolution. (Vgl. Mandel 1984: 72) Die Fabrikkomitees großer Betriebe der Hauptstadt, wie z.B. Arsenal, Obuchov oder Trubočnyj, aber auch die Eisenbahner begrüßten sogar die Mitte Juni 1917 begonnene Kerenskij-Offensive. (Rabočaja Gazeta, No. 90, 25.6.1917: 4)

SR und *menševiki* fuhren doppelgleisig: Zum einen wollten sie eine internationale Konferenz der sozialistischen Parteien aller Länder nach Stockholm einberufen. Sowohl die westeuropäischen Sozialisten als auch die Ententemächte standen diesen Plänen kritisch gegenüber und bezichtigten ihrerseits die Sowjetparteien einer Nähe zum linken Zimmerwaldismus. (Galili u.a. 1994: 142–145; Kirby 1982: 710f.) Zum anderen strebten SR und *menševiki* einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen an. Zu diesem Zweck übten sie Druck auf die Provisorische Regierung aus, die Russlands westliche Alliierte auf diesen Kurs genauso einschwören, wie sie sie “zur entsprechenden Revision der Bündnisverträge” bewegen sollte. (Dan 1926: 297) Das ZK der *menševiki* verlieh Mitte April seiner Überzeugung Ausdruck, die Russische Revolution werde dem Weltkrieg den Garaus machen. (Rabočaja Gazeta,

No. 34, 18.4.1917: Ko vsem rabočim i rabotnicam Rossii; IISG, Menshevik Press, Bd. 2) Hieraus ist ersichtlich, dass das ZK die internationale Wirkungsmächtigkeit der Russischen Revolution deutlich überschätzte – ein Fehler, wie Fedor Dan Jahre später einräumte. (Dan 1926: 300, 302f.)¹

Noch weiter reichte die Bündnistreue im rechten Spektrum des neopopulistischen Lagers: Die rechten SR vertrat nicht nur eine strategischen Einheitsfront mit Russlands Westalliierten, sondern sprachen sich auch für eine “aktive Verteidigung”, also Angriffsoperationen, aus. (Štejnberg 1920: 26) Sie stellten sogar das Prinzip “ohne Annexionen und Kontributionen” zur Disposition, um Frankreich den Erwerb von Elsass-Lothringen zuzusichern bzw. Belgien und anderen Staaten finanzielle Kompensationen für die erlittenen Schäden zuzugestehen. (Tretij s’ezd PSR: 142; Višnjak 1954: 257f.)² Die Volkssozialistische Partei [Narodno-Socialističeskaja Partija, NSP] bekannte sich zur Verteidigung des Mutterlandes nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen den “Maximalismus einiger [...] Parteien” im Innern, forderte zum Kampf gegen die “Anarchie”, zur Unterordnung von Partikularinteressen unter die der gesamten Bevölkerung und zur Opferbereitschaft für die Rettung der Heimat auf. (Izvestija Gel’singforsskogo Soveta, No. 163, 30.9.1917: 3) Die NSP verband also in ihrer Argumentation Außen- und Innenpolitik und bediente sich dabei typischer Versatzstücke der anti-revolutionären Semantik des Revolutionsjahres, nämlich der stigmatisierenden Zuschreibungen des Maximalismus und der Anarchie, um so die radikalen Positionen zu diskreditieren.

Die Parole des außerhalb der RSDRP–Organisation verbleibenden äußersten rechten Flügels der Sozialdemokratie um Georgij V. Plechanov, Lev G. Dejč und Vera I. Zasulič, aber auch der rechten *menševiki-oboroncy* um Aleksandr N. Potresov lautete bereits im April 1917 “Das Vaterland ist in Gefahr.” Sie verbanden Russlands Schicksal untrennbar mit dem der westlichen Verbündeten. Zwar erklärten die *menševiki-oboroncy*, dass jedes Land sein Schicksal selbst zu entscheiden habe, wandten sich aber gegen dieses Prinzip, indem sie jegliche Verhandlungen mit den Kaisern des Deutschen und des Habsburger Reiches ausschlossen. (Edinstvo, No. 20, 22.4.1917: 1)³

¹ Einen Grund für Russlands Schwäche sah er in der finanziellen und materiellen Abhängigkeit von den westlichen Alliierten.

² Sie strafte damit den SD–Internationalisten Ju. Steklov Lügen, der meinte, alle Sozialisten würden sich unisono zu dieser Formel bekennen. Novaja Žizn’, No. 7, 26.4.1917: 1.

³ Vgl. dazu Lenins Kritik LW, Bd. 24: 208f.

Solange die Mittelmächte die Verhandlungsgrundlage des Petrograder Sowjets nicht akzeptierten, propagierten die Sowjetparteien eine revolutionäre Vaterlandsverteidigung. (Dan 1926: 296)¹ Ihr Credo brachte Irakli G. Cereteli auf den Punkt: Er sprach von einer Ehrenpflicht, die russische revolutionäre Demokratie vor der Zerschlagung durch imperialistische Kräfte zu verteidigen und damit ihren Bestand zu gewährleisten. (Capenko 1927: 41) Krieganleihen wurden kurzerhand in "Revolutionsanleihen" umgedeutet² und das menschewistische Zentralorgan *Rabočaja Gazeta* erklärte Ende Mai 1917 sogar, dass sich die russische Armee nicht mehr in den Händen von "Imperialisten" befände. (*Rabočaja Gazeta*, No. 67, 28.5.1917: 2)

Solche Aussagen riefen bei der internationalistischen Linken Kopfschütteln hervor. Solange nicht auch Russlands Verbündete auf Annexionen verzichteten, diene der Krieg den Interessen der "Bourgeoisie" und bleibe imperialistisch. (*Zemlja i Volja*, No. 5, 28.3.1917: 3; Leont'ev 2000: 54) Mehr noch: Russisches Blut werde für der russischen sozialistischen Demokratie feindlichen Interessen vergossen. (*Tretij s"ezd PSR*: 113) Einen solchen Konflikt dürften Sozialisten weder rechtfertigen noch in ihm mitwirken, sondern müssten ihn bekämpfen. (Ustinov 1917: 3; Ivanov-Razumnik 1917b: 3) Die linken SR [LSR] gingen noch einen Schritt weiter und stellten ein Junktum von Staatsaufbau und Friedensfrage her: Die Provisorische Regierung werde den Krieg nicht beenden können, weil sie die Bündnisverpflichtungen mit den "imperialistischen" Ententemächten nicht in Frage stelle. Hierzu sei nur die Sowjetmacht imstande. (*Zemlja i Volja*, No. 35, 5.5.1917: 2) Die LSR zitierten das Kommunistische Manifest "Arbeiter haben kein Vaterland", (*Mstislavskij* 1917: 16)³ und lehnten die "revolutionäre Vaterlandsverteidigung" als "Sozialpatriotismus" ab. (Ivanov-Razumnik 1917a: 25, 28) Sie sprachen sich dafür aus, dass Maßnahmen zur Erhöhung der Kampffähigkeit der russischen Streitkräfte auch erst nach der Annahme der russischen Formel "ohne Annexionen und Kontributionen"

¹ Indem die russische Revolution verteidigt wird, verteidigen wir die internationale Arbeiterbewegung, die überall und besonders in Deutschland beharrlich ihr Haupt erhebt und zum Entscheidungskampf für den Frieden aufgestanden ist. Die russische Revolution unbewaffnet zu lassen, wäre ein unverzeihlicher Fehler [probkoj delu] für die Sache der Wiedergeburt der Internationale. Die revolutionäre Demokratie Russlands wird einen solchen Verrat niemals zulassen. Sie wird sich bis zum letzten Blutstropfen verteidigen, weil sie weiß, dass sie damit die Sache der Proletarier aller Länder verteidigt." *Zaem svobody*, in: *Narodnaja Niva*, No. 1, 25.4.1917: 3.

² Zur internationalistischen Kritik daran: *Zemlja i Volja*, No. 51, 26.5.1917: 2; ebd., No. 53, 28.5.1917: 2.

³ Er verwies allerdings auf das Erfurter Programm.

durch die westlichen Verbündeten ergriffen werden dürften – und die verbesserte Kampfkraft sollte ausschließlich zur Verteidigung gegen den internationalen Imperialismus genutzt werden. (Tretij s'ezd PSR: 114; Zemlja i Volja, No. 53, 28.5.1917: 3)

Mitte Juni 1917 trat das russische Heer zu seiner letzten Großoffensive an. Die revolutionären Defensisten rechtfertigten diesen Angriff einerseits als ein strategisches Mittel, das den Zielen der Revolution und insbesondere der Friedenspolitik diene, (Rabočaja Gazeta, No. 85, 20.6.1917: 1; ebd., No. 87, 22.6.1917: 1) andererseits bedienten sie sich eines gesinnungsethischen Paradoxons: Sie gaben vor, durch einen letztmaligen Gewalteininsatz, den Frieden zu realisieren. Der Zweck heiligte die Mittel. (Weber 2005: 604) Zugleich grenzten sie sich von der den Krieg und die russischen Streitkräfte glorifizierenden sozialdemokratischen Rechten um Potresov und Plechanov sowie deren Organen *Den'* und *Edinstvo* ab. (Edinstvo, No. 70, 21.6.1917: 2f.; Rabočaja Gazeta, No. 86, 21.6.1917: 2; ebd., No. 88, 23.6.1917: 2f.; ebd., No. 92, 28.6.1917: 1–2)

Die Offensive bestärkte die radikale Linke in ihrer Überzeugung, dass in einem kapitalistischen System ein "gerechter" Friede nicht möglich sei, weil die "Bourgeoisie" per se annexionistisch sei und ihre Interessen mit denen der sonstigen Klassen bzw. dem "Volk" inkompatibel seien. Die "Bourgeoisie" behindere vielmehr die Friedensbemühungen des Proletariats. (Narodnaja Niva, No. 50, 23.6.1917: 1f.; Tretij s'ezd PSR: 73; vgl. Jur'ev 2011: 54.) *Bol'seviki*, LSR und S[ozial]D[emokraten]-Internationalisten formulierten beispielsweise gemeinsame Resolutionen (Rachmetov 1930: 42f.) und forderten den imperialistischen in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, (Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien, Bulletin Nr. 4, 22. April 1916: 15; Zemlja i Volja, No. 42, 14.5.1917: 3; Suchomlin 1918: 5; LW, Bd. 23: 74; Bd. 24: 151f., 163, 225, 227; Šelochaev 2002: 116) also den Kampf gegen die "Imperialisten" im eigenen Lande zu führen. (Zemlja i Volja, No. 54, 30.5.1917: 1) Nur der Klassenkampf in internationalem Maßstab, (N. I. 1917: 8; Ustinov 1917: 3) die vollständige Befreiung aller ausgebeuteten Nationen durch die Weltrevolution garantiere einen wirklich demokratischen Frieden. Losungen wie "Krieg dem Kriege", "Bürgerkrieg statt Burgfrieden" und "Frieden durch Revolution" gehörten zum Gedankengut der radikalen Internationalisten (Zemlja i Volja, No. 50, 25.5.1917: 1; Socialist-Revolutioner, No. 7, 16.7.1917: 3; Trudovaja Respublika, No. 1–2, 25.6.1917: 1; ebd., No. 6, 30.7.1917: 6; GARF, f. r-6153, op. 1, d. 67: Listovka [levych eserov] "Pod krasnym znamenem" (1917 g.), l. 1; Volja Naroda, No. 14, 14.5.1917: 3; ebd., No. 29, 2.6.1917: 1; Tretij s'ezd PSR: 111, 164; Kamkov 1917: 38; Ustinov 1917: 15f.), aber auch populistische Parolen wie z. B. "Bourgeois in die Schützengräben". (Trutovskij 1917: 1) Anti-Kriegspropaganda und

Kriegsmüdigkeit erreichten ein vorher nicht gekanntes Ausmaß. (Getzler 1983: 104)

Die Tatsache aber, dass die *menševiki* an ihren marxistischen Überzeugungen festhielten, Russland bedürfe einer längeren bürgerlichen Entwicklungsphase, bevor es reif für das sozialistische Stadium sei, kettete die Partei an ihren konstitutionell-demokratischen Koalitionspartner wie an die westlichen Ententemächte. Zwar hieß es in einem namentlich nicht gekennzeichneten Artikel der *Rabočaja Gazeta* bereits Mitte März 1917, Russland würde nicht um Frieden bitten, sondern “allen Anstiftern und Helfershelfern des internationalen Gemetzels [začinščikam i posobnikam meždunarodnoj bojni]” den Krieg erklären. (*Rabočaja Gazeta*, No. 10, 17.3.1917: 1) Auch verabschiedete das ZK der RSDRP beispielsweise für die großen Demonstrationen in Petrograd am 18. Juni, die parallel zum Beginn der Offensive stattfanden, als eine Parole für die Parteibanner “Unerbittlicher Kampf den Imperialisten aller Länder!” (IISG, Menshevik Press, Bd. 2; *Rabočaja Gazeta*, No. 82, 16.6.1917: 1) – doch waren dies bloße Worte, denen keine Taten folgten. Sie dienten dazu, die Massen zu beruhigen. Indem die *menševiki* bis zum Oktoberumsturz realiter ihr Schicksal untrennbar mit bürgerlichen Kräften verbanden, trugen sie nicht nur zur Verlängerung des Krieges bei, sondern begaben sich auch um notwendige Handlungsoptionen. Weil sie a priori Separatfriedensverhandlungen ausgeschlossen hatten, konnten sie keinen Druck auf die westlichen Verbündeten ausüben. Nicht zu Unrecht warfen die Internationalisten den *menševiki* vor, sie hätten sich vom Kampf für den Frieden verabschiedet, und forderten, den Alliierten ein Ultimatum zu stellen: Sollten diese nicht in allgemeine Verhandlungen einwilligen, dürfe sich Russland nicht mehr an seine Verpflichtungen gebunden fühlen und müsse aus dem Krieg ausscheiden. (RGASPI, f. 444, op. 1, d. 5, l. 110b; Ascher 1976: 103)¹

2. Revolutionärer Krieg

Die *bolševiki* – und Lenin stellte hier keine Ausnahme dar – äußerten sich im Verlauf des Jahres 1917 nicht systematisch zum revolutionären Krieg. Immer dann aber, wenn sie verdächtigt wurden, einen Separatfrieden mit den Mittelmächten zu befürworten, wiesen sie ihn zumindest bis zum Oktoberumsturz strikt von sich. (LW, Bd. 25: 21f.; vgl. Dan 1926: 295) Vor allem Lenin redete sogar einem revolutionären Krieg

¹ Eine ähnliche Position vertraten auch die SR-Maximalisten, Šelochaev 2002: 111; Zemlja i Volja, No. 55, 31.5.1917: 2.

das Wort. (LW, Bd. 24: 152; LW, Bd. 25: 14, 26–29, 76) Schon Mitte März 1917 forderte er ihn ein, um seine radikalen Friedensbedingungen zu realisieren.¹ Auch für den Fall, dass im Deutschen Reich keine Revolution ausbräche, erklärte Lenin Mitte April 1917, einen revolutionären Krieg führen zu wollen. (LW, Bd. 24: 162) Im Spätfrühjahr 1917 scheute Lenin verbal selbst vor einem revolutionären Krieg gegen die Kapitalisten Englands, Japans und der USA nicht zurück, sollten sie sich einem gerechten Frieden widersetzen. (LW, Bd. 25: 44.) Da der revolutionäre Krieg aber im Widerspruch zur radikalen Friedenspropaganda der *bolševiki* stand, sahen diese in der Öffentlichkeit weitgehend von der Verwendung seiner extremen Forderung ab. (Service 1992: 304–325)

Am 8. Dezember 1917 warf Lev. D. Trockij im Zentralrussländischen Exekutivkomitee [Vserossijskij Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet, VCIK] die Frage auf, was zu geschehen habe, wenn die Konstituante den Friedenskurs des Rats der Volkskommissare nicht billige. Trockij meinte, dass die *bolševiki* die Regierung verlassen müssten, um gemeinsam mit den LSR zum "heiligen Krieg gegen die Militaristen aller Länder" aufzurufen. (Trockij 1926: 143) Wie populär diese Position unter den *bolševiki* war, zeigt die Tatsache, dass von 400 Mitgliedern ihrer Fraktion im Moskauer Sowjet 387 für einen revolutionären Krieg votierten. (Fel'stinskij 1992: 225) Selbst zehn Tage später noch, also während der Weihnachtspause der Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk, forderte Lenin in einem Resolutionsentwurf des Rates der Volkskommissare, für die Notwendigkeit eines revolutionären Krieges zu agitieren. (LW, Bd. 26, 395)

Realiter rückte Lenin zum Jahreswechsel 1917/18, als er sich der Tatsachen bewusst werden musste, dass weder die Ententestaaten an den Friedensverhandlungen teilnehmen noch die Mittelmächte auf Annexionen und Kontributionen verzichten würden, von seiner Forderung eines revolutionären Krieges ab: Als neue Leitidee propagierte er nun die "Atempause". In den folgenden fast zwei Monaten rang Lenin darum, die bolschewistische Partei auf seinen neuen Kurs einzuschwören. Nachdem die Mittelmächte am 18. Februar die Waffenhandlungen wieder aufnahmen, führte Sowjetrussland keinen "revolutionären Krieg". Zwar

¹ Sie lauteten: Publikation aller Geheimverträge, keine Bindung oder Einschränkung der Politik durch diese Verträge, sofortiges Waffenstillstandsangebot an alle Kriegführenden, Selbstbestimmungsrecht der Völker, kein Vertrauen in bürgerliche Regierungen, Aufruf an die "Arbeiterklasse aller Länder zum Sturz dieser Regierungen, Begleichung der Kriegsschulden ausschließlich durch "*Kapitalisten*". LW, Bd. 23: 373; ähnlich LW, Bd. 26: 45f. Auch die LSR forderten die Veröffentlichung der Geheimverträge, Tretij s'ezd PSR: 115.

hieß es in einem Proklamationsentwurf des Rats der Volkskommissare vom 20. Februar: “Wir haben keinen anderen Ausweg als diesen: eines gnadenlosen revolutionären Kriegs nicht ums Leben, sondern um den Tod, eines Krieges für die Revolution, für die Volksherrschaft, für die eigenständige Regelung der eigenen Angelegenheiten, für den Triumph der Weltrevolution, für den Sozialismus.” (Amiantov 2006: 357) Diesem Aufruf folgten aber keine Waffentaten, sondern die Unterzeichnung eines annexionistischen Separatfriedens. Weder die linken Kommunisten, die einen “Weltbürgerkrieg” [polevaja graždanskaja vojna] (Kommunist, No. 8, 14.3.1918: 2f) propagierten, noch Trockij, der die Verhandlungen in Brest-Litovsk so lange wie möglich in die Länge gezogen hatte und dessen Position “Weder Krieg noch Frieden” in Partei und in der Regierung mehrheitsfähig waren, hielten entschlossen an ihren Überzeugungen fest. Sie unterwarfen sich vielmehr, wohl um eine Parteispaltung zu verhindern, Lenin. So blieb der revolutionäre Krieg bloße Stil- und Gedankenfigur. In der politischen Praxis der sozialistischen Parteien in der Russischen Revolution spielte er keine tragende Rolle.

3. “Nicht Krieg, sondern Aufstand”

Mitte Januar 1918 erschien unter dem Titel “Nicht Krieg, sondern Aufstand” im Zentralorgan der PLSR ein Artikel des ZK-Mitglieds Sergej D. Mstislavskij. (Znamja Truda, No. 116, 12.1.1918: 2f.; Mstislavskij 1918b: 189) Damit griff der Autor auf seinen Artikel “Auf direktem Weg” (Delo Naroda, No. 63, 1.6.1917: 1; vgl. Volja Naroda, No. 30, 3.6.1917: 1; Mstislavskij 1918c: 7–12) zurück, den das PSR-Zentralorgan *Delo Naroda* Anfang Juli 1917 publiziert hatte. Mstislavskij griff einen berühmten Topos der mythologischen Literatur auf, den der Maler Viktor M. Vasnecov 1898 in seinem Gemälde “Die drei Recken” visualisiert hatte: Die Russische Revolution befinde sich am Scheideweg: “Rechts” stünde die Wiederaufnahme der Kriegshandlungen an der Seite der Ententemächte, “links” der Separatfrieden, und der direkte Weg bedeute den Abbruch der Friedensverhandlungen sowie die Fortsetzung des Krieges. Die Fortsetzung der Kriegshandlungen an der Seite der Alliierten sei aus innen- und außenpolitischen Gründen unmöglich. Armee und Bevölkerung wollten nicht mehr kämpfen. Unter diesen Umständen erscheine ein Separatfrieden zwar unumgänglich, müsse aber auch mit Rücksicht auf die Revolution in Westeuropa abgelehnt werden. Einen “heiligen Krieg” könne die Sowjetmacht nicht führen. Bereits Kerenskij habe für sich in Anspruch genommen, ihn zu führen. Außerdem wusste Mstislavskij, der als Mitglied der sowjetischen Verhandlungsdelegation nach Brest-Litovsk gereist war und dabei die russischen Linien passiert

hatte, dass sich die alte Armee im Zustand der Auflösung befand. Ob die werktätigen Massen einer Wiederaufnahme der Kriegshandlungen wohl keine Folge leisten würden, sei fraglich. Solange keine sozialistische Armee existiere, könne Sowjetrußland nicht kämpfen.

Mstislavskijs Überlegungen, die Anfang 1918 zur außenpolitischen Leitlinie seiner Partei avancierten, entsprachen in weiten Teilen Trockijs “Weder Krieg noch Frieden”, modifizierte sie aber in einem wesentlichen Detail: LSR wie SD-Internationalisten beabsichtigten den Aufstand vermittels kleiner Freiwilligeneinheiten und des Partisanenkampfes in Front und Hinterland gleichermaßen zu führen. Die inzwischen erfolgte bäuerliche Landnahme würde dazu führen, dass die Bauern eine Restitution des Status quo ante fürchten und ihr Land verteidigen würden. (Znamja Truda, No. 116, 12.1.1918: 2f.; vgl. ebd., No. 145, 1.3.1918: 1; ebd., No. 147, 3.3.1918: 1; ebd., No. 148, 5.3.1918: 1; Naumova 1918: 2)¹ Tatsächlich waren Diversionsakte bis zum V. Allrussländischen Sowjetkongress im Juli 1918 in grenznahen Gebieten und in der Ukraine an der Tagesordnung.

4. Separatfrieden und Atempause

Nach der Februarrevolution galt ein Separatfrieden nicht nur politisch als völlig unrealistisch, sondern weitgehend auch als “undenkbar”. Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird der Tabubruch ermessbar, den einzelne radikale Sozialisten, darunter zahlreiche prominente LSR, begingen, als sie im Verlauf des Jahres 1917 einen Separatfrieden als *ultima ratio* in Erwägung zogen, nämlich für den Fall, dass sich Russlands westliche Verbündete weigern sollten, ihre Kriegsziele aufzugeben und es dadurch dem Deutschen Reich ermöglichten, sich allgemeinen Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Basis zu verschließen. (Zemlja i Volja, No. 43, 16.5.1917: 3; ebd., No. 55, 31.5.1917: 2; Tretij s’ezd PSR: 159; Wildman 1987: 390)

Dieses vorsichtige Taktieren, dieses Herantasten an sakrosankte Positionen verdeutlicht der Mitte Mai 1917 publizierte Artikel “Wofür kämpft Rußland” des bekannten, den LSR nahestehenden Literaten Razumnik V. Ivanov-Razumnik. Nachdem er die Interessen der imperialistischen Staaten einschließlich Russlands entwickelt hatte, stellte er die Frage: “Was tun? Den Krieg sofort beenden, aus ihm herausgehen, einen Einzelfrieden mit dem Deutschen Reich schließen? Dies schlägt nicht eine der revolutionären sozialistischen Parteien dem Volk vor.” Als

¹ Zur Position der SD-Internationalisten RGASPI, f. 444, op. 1, d. 18, l. 5ob; Učreditel’nyj S’ezd: 10. Zur Bildung von Partisaneneinheiten, Mandel 1985: 388; Rabinowitch 2007: 207.

einzigste Handlungsoption verbleibe, Druck auf die Ententemächte auszuüben, um diese zum Verzicht auf Annexionen und Kontributionen zu bewegen. Sollten Russlands Verbündete dem nicht Folge leisten – und damit bereitete Ivanov die Volte vor –, dann wäre “das Revolutionäre Russland verpflichtet, sofort ‚aus dem Krieg herauszugehen‘, selbst wenn es auf dem Weg eines Separatfriedens mit Deutschland” geschehe, das allerdings seinerseits von Eroberungen Abstand nehmen müsse. (Ivanov-Razumnik 1917b: 3) Ivanov formulierte eindeutig, dass russische Partikularinteressen über seinen eingegangenen internationalen Verpflichtungen stünden; aber auch er forderte keinen Frieden um jeden Preis. (Read 2013: 74)

Im Grunde lehnten alle russischen sozialistischen Gruppierungen einen Separatfrieden ab. (Šelochaev 2002: 121)¹ Selbst im Lager derer, die wie die LSR im Verlauf des Jahres 1917 immer wieder eine eigenständige Außen- und Friedenspolitik eingefordert hatten, fand das auf dem II. Allrussländischen Sowjetkongress Ende Oktober propagierte Friedensdekret eine kühle Aufnahme. Der LSR Mstislavskij hielt es für eine “hohle Phrase”. In realistischer Prognose der Konsequenzen des ebenfalls während des Sowjetkongresses verabschiedeten Bodendekrets fürchtete er um die Verteidigungsfähigkeit der russischen Streitkräfte. Er prognostizierte, dass die Bauern ihre Einheiten verlassen würden, um an der Landaufteilung teilhaben zu können. Vor diesem Hintergrund einer weitgehend aufgelösten Armee würden die von der Sowjetmacht initiierten Waffenstillstandsverhandlungen den Imperialisten beider Blöcke in die Hände spielen. (Mstislavskij 1918a: 5 [Zitat], 6–7, 23)

In seinen Aprilthesen forderte Lenin nicht nur Fraternisierungen, die die internationalistischen Gruppierungen so vehement unterstützten, (Šljapnikov 1992: 402) wie sie die Vaterlandsverteidiger runderaus verwarfen, (LW, Bd. 24: 4; Edinstvo, No. 23, 26.4.1917: 2; Sozialistische Revolution 1981: 56) sondern er erteilte der revolutionären Vaterlandsverteidigung eine klare Absage. Allerdings wäre es ein Fehler, diese Aussage zu verabsolutieren. Lenins Positionen waren kontextge-

¹ Für die Trudovaja Narodno-Socialističeskaja Partija vgl. Sypčenko 2005: 499. *Menševiki* und SR verwarfen einen Separatfrieden mit Rücksicht auf die Entente-Sozialisten und die demokratischen Verhältnisse der westeuropäischen Staaten. Die PSR erteilte ihm auf ihrem III. Parteitag im Mai 1917 eine klare Absage, Columbia University, Bakhmeteff Archive: SR-Party, Box 4: Manuscripts – Anonymous: 3; Tretij s’ezd: 197 Volja Naroda, No. 6, 5.5.1917: 4; ebd., No. 11, 11.5.1917: 2; Volja Naroda, No. 6, 5.5.1917: 4; ebd., No. 11, 11.5.1917: 2; für die RSDRP: Rabočaja Gazeta, No. 52, 10.5.1917: 2f.; Galili u.a. 1994: 348; Dan 1926: 295. Auch die LSR lehnten einen Separatfrieden in der Regel ab, vgl. Štejnberg 1917: 2.

bunden; denn unter bestimmten Bedingungen zeigten sich die radikalen Sozialisten von den SR–Maximalisten (Dodin 1917: 6; Zadači momenta 1917: 3; 1-aja Oblastnaja Konferencija: 2) über die SD–Internationalisten (RGASPI, f. 444, op. 1, d. 18, l. 5ob) bis hin zu *bolševiki* (LW, Bd. 23: 384; LW, Bd. 24: 293; LW, Bd. 25: 14) bereit, die Revolution zu verteidigen. (LW, Bd. 24: 3f.) Als Lenin im Februar 1918 nach der Wiederaufnahme der Kriegshandlungen den Aufruf “Das sozialistische Vaterland in Gefahr” verfasste, rief er auch das Volk zu den Waffen – der qualitative Unterschied bestand jetzt darin, dass nicht mehr die Interessen des “Kapitals”, der “Bourgeoisie” oder der Partei der Konstitutionellen Demokraten auf dem Spiel stünden, sondern des ersten sozialistischen Staates der Welt.¹

Zum Jahreswechsel 1917/18 waren die *bolševiki* weit davon entfernt, in der Friedensfrage monolithisch zu sein. Vielmehr lassen sich zwei extreme Positionen unterscheiden, zwischen denen Trockij mit seiner Maxime “Weder Krieg noch Frieden” zu vermitteln suchte: Während die linken Kommunisten um Nikolaj I. Bucharin einen revolutionären Krieg befürworteten, rückte Lenin nachdrücklich von ihm zugunsten eines Separatfriedens ab. Lenin war davon überzeugt, dass die Herrschaft seiner Partei nur durch einen radikalen Friedenskurs gesichert werden könne. In seinen Überzeugungen bestärkte ihn die Tatsache, dass seit der Februarrevolution vor allem die radikale Friedenspropaganda der *bolševiki* wesentlich zu ihrer Popularität beigetragen hatte. Während alle übrigen Sowjetparteien einen Separatfrieden ablehnten, schreckte Lenin vor ihm nicht zurück. Dies war ein Alleinstellungsmerkmal: Sie war also die einzige “Friedenspartei”, alle übrigen optierten aus unterschiedlichen Gründen für eine bewaffnete Auseinandersetzung. Hinter Lenins Kurswechsel dürfte also ein gerütteltes Maß an innenpolitischem Machtkalkül gestanden haben. (Häfner 1994: 364)

Zunächst war Lenin, dann nach dem 18. Februar das bolschewistische ZK, am 24. Februar das höchste Gremium zwischen Sowjetkongressen, das VCIK, seit dem VII. außerordentlichen Kongress Anfang März 1918 die Partei und schließlich eine Woche später auch der IV. außerordentliche Sowjetkongress bereit, ein Friedensdiktat zu akzeptieren, um die Sowjetmacht innen- und außenpolitisch zu konsolidieren und damit die “Atempause” zu erhalten, die alle *bolševiki* als ephemeres Phänomen betrachteten. Mehr noch: Um die Lage Sowjetrusslands zu konsolidieren, wandte sich Trockij mit der Frage an die USA, ob Sowjetrussland mi-

¹ Eine ähnliche Logik fand sich bereits im Artikel *Ne to*, in: *Trudovaja Respublika*, No. 6, 30.7.1917: 1.

litärische Unterstützung der Ententestaaten für den Fall andauernder Waffenhandlungen mit den Mittelmächten erwarten könne. (Bakhmeteff Archive, Ms. Coll. Thacher, Robins, Raymond [Petrograd], 10 March 1918, S. 1–3)

Die innersowjetrussischen Auseinandersetzungen in der Friedensfrage waren heftig. Um die innerparteiliche Mehrheit zu sichern, scheute Lenin nicht vor Rücktrittsdrohungen und Sverdlov vor der Aufhebung imperativer Mandate der Friedensgegner und etwaigen Parteiausschlussandrohungen zurück. (Service 1997: 237) Die PLSR, die seit Anfang Dezember 1917 mit den *bol'seviki* eine Koalitionsregierung bildeten, war jedoch nicht bereit, das Friedensdiktat der Mittelmächte zu akzeptieren. (Kamkov 1918a: 27) Die LSR lehnten ähnlich wie große Teile der bolschewistischen Partei eine "Atempause" ab. Diese sei nicht nur eine Kapitulation vor dem "deutschen Imperialismus", sondern bedeutete zugleich den Sündenfall der russischen Revolution und einen Verrat am Internationalismus. (Kamkov 1918a: 27–29; Mstislavskij 1918a: 65) Ihr ZK-Mitglied Pavel Šiško erklärte Ende Februar 1918: "Lasst die Deutschen gehen, wohin sie wollen – die Revolution im Westen wird uns retten –; aber unsere Revolution soll rein und unbefleckt bleiben." (Izvestija Gel'singforskogo Soveta, No. 36, 26.2.1918: 2) Die moralische Empörung über die Bedingungen des Friedensdiktats war verbreitet: Von "sozialistischer Schande", einem "gekauften Frieden" (Mstislavskij 1918b: 198) und einer Scheuklappenpolitik der nationalen Beschränktheit war die Rede. (Kamkov 1918b: 218)

Gemäß den überaus harten Vertragsbedingungen des Friedens von Brest-Litovsk verlor Sowjetrussland über 1 Mio. km² seiner Fläche, 26 % seiner Bevölkerung, 37 % der durchschnittlichen Ernteerträge, 73 % seiner Eisenproduktion und 75 % seiner Kohleförderung. Außerdem musste es noch die Aufwendungen der Mittelmächte für die russischen Kriegsgefangenen kompensieren, also realiter eine Kontribution in Milliardenhöhe leisten. (Häfner 1994: 337f.) Die LSR erklärten, dass die Hoffnungen auf eine Atempause allein aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Implikationen des Friedensvertrages eine bloße Schimäre seien. (Leont'ev-Nečaev 1918: 11)

Es wäre unzutreffend zu behaupten, dass die Ablehnung des Friedens von Brest-Litovsk unpopulär gewesen wäre oder dem revolutionären Krieg die Unterstützung der Massen versagt geblieben sei. (Vgl. Mawdsley 1978: 146) Vielmehr dürfte das Gegenteil der Fall gewesen sein. Zahlreiche Abstimmungsresultate im ganzen Land belegen dies. Vor allem die proletarischen Zentren und Gouvernements-, aber auch Bauernsowjets votierten gegen den Frieden. (RGASPI, f. 274, op. 1, d. 5, l. 35; Häfner 1994: 380–389) Aber zwischen der verbalen Ablehnung und der Bereitschaft

mit der Waffe in der Hand tatsächlich für die Überzeugung zu kämpfen, klappte ein unüberwindlicher Spalt. Eine Einheit Kronstädter Matrosen, die dies bei Narva unmittelbar vor der Unterzeichnung des Friedens am 3. März versucht hatte, verließ alsbald der Mut, geriet in Panik und floh. (Vgl. Mawdsley 1978: 145)

Diese Episode bedeutet jedoch nicht, dass der Friedensschluss unumgänglich gewesen sei. Das Deutsche Reich benötigte die Truppen der Ostfront für die “Michel-Offensive” an der Westfront. Zu einem erfolgversprechenden Zweifrontenkrieg war das Deutsche Reich 1918 angesichts der amerikanischen Intervention noch weniger imstande als 1914. Hierin lag die Überlebenschance der Russischen Revolution.

III. Zusammenfassung und Ausblick

Die radikalen Zimmerwaldisten befanden sich 1917 in der komfortablen Situation der politischen Opposition. Sie konnten gleichermaßen Kritik an der Politik der Provisorischen Regierung wie der Mehrheitsfraktionen des Petrograder Sowjets üben ohne selbst Verantwortung tragen zu müssen. In seiner unmittelbar nach der Revolution 1919 erschienenen Schrift “Politik als Beruf” ließ der liberale Max Weber nicht nur aus ideologischen Gründen eine Ablehnung der revolutionärsozialistischen Positionen der radikalen Zimmerwalder Linken erkennen. Vor die Wahl gestellt “noch einige Jahre Krieg und dann Revolution oder jetzt Friede und keine Revolution” hätten diese gesinnungsethisch argumentiert, dass der Zweck die Mittel heilige und die Fortdauer des Kriegs begrüßt. (Weber 2005: 604) Die Leidenschaft eines “bestimmten Typus vor allem russischer Intellektueller”, die Weber mit Rekurs auf Georg Simmel als “sterile Aufgeregtheit” disqualifizierte, war ihm zuwider. (Weber 2005: 598)

Von diesem Typus hoben sich *menševiki* und SR ab. Sie handelten politisch verantwortungsvoll, weil sie nach der Februarrevolution Staatsnotwendigkeiten [gosudarstvennost'] über parteipolitische Interessen stellten, eine Koalition mit den Liberalen eingingen, Regierungsverantwortung übernahmen und Kompromisse suchten. Ungeachtet ihrer “Leidenschaft im Sinn von Sachlichkeit: leidenschaftliche[r] Hingabe an eine ‚Sache’” und ihres Verantwortungsgefühls, entsprachen auch die gemäßigten russischen Sozialisten nicht Webers Idealtypus eines Politikers, weil sie die dritte der von ihm eingeforderten Qualitäten vermissen ließen: Augenmaß.

Leidvoll mussten die *menševiki* erkennen, dass Revolutionen nicht nur Momente der Wahrheit, sondern auch beschleunigter Zeitläufte sind.

Statt pragmatisch zu agieren, beharrten sie auf vermeintlich objektiven, durch die historische Entwicklung vorgegebenen Bedingungen. Statt gegenüber den Ententemächten mit einem Ausscheiden aus dem Krieg zu drohen, um vielleicht auf dem Verhandlungswege politische, finanzielle und wirtschaftliche Zugeständnisse zu erzielen, erkannten sie die vom *Ancien régime* übernommenen Verträge an. Ohne Zugeständnisse erwiesen sich diese diplomatischen Verpflichtungen aber vor allem innenpolitisch als eine unerträgliche Hypothek, weil sich die Kluft zwischen revolutionärem Anspruch, der gleichsam freieste Staat der Welt zu sein, und tagespolitischer Realität als unüberbrückbar erwies. Der Handlungsspielraum der beiden gemäßigten sozialistischen Parteien nahm in dem Maße ab, wie sich die Verhandlungsfronten mit Liberalen und "Bürgertum" einerseits und der eigenen proletarischen Klientel andererseits verhärteten. Erste Fabrikschließungen im Spätfrühjahr 1917 verdeutlichten, dass auch die Kriegswirtschaft keine Arbeitsplatzsicherheit garantierte. Lange Arbeitszeiten, Inflation und Reallohnverlust erhöhten die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer. Aussperrungen und Betriebsschließungen waren die Folge; die Übernahme der Produktion durch Arbeiterfabrikkomitees eine der Antworten. Die politische Revolution erhielt zunehmend eine soziale Dimension.

Die wachsende Polarisierung der russischen Gesellschaft machte sie zunehmend für die radikale Propaganda der Zimmerwalder Linken empfänglich. Die *bolševiki* verdankten ihren wachsenden politischen Einfluss insbesondere ihrer radikalen Antikriegspropaganda. Sie profilierten sich als Alternative zu den die Provisorische Regierung stützenden *menševiki* und SR. Sieht man einmal von den quantitativ unbedeutenden SR-Maximalisten ab, waren die *bolševiki* die organisatorisch einzige eigenständige politische Friedenskraft. Alle übrigen Sozialisten, die die bolschewistische Position in der Friedensfrage teilten, wie die LSR oder die *menševiki*-Internationalisten waren lediglich Fraktionen im Rahmen größerer, den Krieg befürwortender Parteien.

Eben diese innerparteilichen Differenzen führten zu einer fatalen Bewegungsunfähigkeit, an deren Ende das stand, was *menševiki* und SR zu verhindern getrachtet hatten: der gravierende Vertrauensverlust eines rechtsstaatlichen Anspruchs Genüge tuenden demokratisch-parlamentarischen Systems, der Aufstieg des politischen Radikalismus mit einem Willkürregiment und der annexionistische Separatfriede. Erst im westeuropäischen Exil räumte der führende *menševik* Dan ein, dass "die unverzügliche Einstellung des Krieges [im Orig. gesperrt gesetzt, Anm. LH], selbst um den Preis der schwersten Opfer", politischer Imperativ, eine *Conditio sine qua non* der beiden führenden Sowjetparteien gewesen sei. (Dan 1926: 303) Auch wenn es sich um kontrafaktische

Geschichtsschreibung handelt, muss angesichts der Kräftekonstellation davon ausgegangen werden, dass die Bedingungen eines Separatfriedens im Jahre 1917 für das revolutionäre Russland viel milder ausgefallen wären als realiter 1918 in Brest-Litovsk.

Diesen Separatfrieden lehnte die PLSR ab, weil er die russische Revolution nicht retten könne, sondern im Gegenteil sogar ihre Existenz aufs Spiel setze. Das imperialistische Lager der Mittelmächte werde gestärkt. Damit schwinde die letzte Hoffnung auf die Weltrevolution. Das Junktim von äußerer "Erfüllungspolitik" gegenüber den Mittelmächten, angespannter Versorgungslage und Fabrikschließungen durch den Wegfall der agrarischen Überschussgebiete wie der Kohle- und Eisenerzlager der Ukraine verurteilte die von Lenin propagierte "Atempause" zu einer Schimäre. Sie zu beenden, erschien den LSR als Panazee zur Überwindung aller Übel, an dem Sowjetrussland krankte.

Zugleich aber darf nicht übersehen werden, dass der Friede von Brest-Litovsk die Autorität der *bol'seviki* untergrub. (Jur'ev 2011: 215) Die Arbeiter wandten sich mehr und mehr von ihnen ab, wie die Ergebnisse zahlreicher regionaler Sowjetwahlen bis zum Juni 1918 belegten. (RGASPI, f. 274, op. 1, d. 5, l. 33; Delo Narodov, No. 2, 19.1.1918: 2; Delo, No. 1, 23.1.1918: 2; Novaja Žizn', No. 18 (232), 25.1.1918: 3; Bernštam 1981: 55–105; Brovkin 1983; Getzler 1983: 183, 186; Mandel 1984: 390f.; Smith 2011: 16f.)

Letztlich erwies sich der Frieden von Brest-Litovsk als ein ephemeres Phänomen: Der Rat der Volkskommissare kündigte ihn nach dem Ausbruch der Novemberrevolution in Deutschland am 13. November 1918 auf. Aufgrund seiner tiefgreifenden innenpolitischen Implikationen erweist er sich dennoch als eine bedeutende Zäsur der frühen Sowjetgeschichte. (Häfner 2013: 122f.) Die Ratifikation des Friedens durch den IV. Außerordentlichen Sowjetkongress Mitte März 1918 stand zugleich auch für eine verpasste innenpolitische Chance auf der Basis einer außenpolitisch motivierten negativen Integration: eine Kooperation aller sozialistischen Parteien errichten – allerdings zu einem hohen Preis: der Fortsetzung des Kriegs. (Novaja Žizn', No. 28 (242), 19.2.1918: 1; ebd., No. 29 (243), 20.2.1918: 1; Stenografičeskij otčet, 1920: 47; vgl. den Wortlaut der Resolution des Sowjets von Nižnij Tagil, Znamja Truda, No. 144, 28.2.1918: 3; vgl. Getzler 1983: 184f.) Die gemeinsame nationale Verteidigungsanstrengung hätte vielleicht als integrativer Faktor wirken können, wären ihr die jeweiligen Partikularinteressen untergeordnet worden. Zwar darf diese Möglichkeit nicht überbewertet werden, doch ist es vom VCIK über den II. Allsibirischen Sowjetkongress bis hin zu den Sowjets von Orel bis Saratov immer wieder zu gemeinsamen Voten der Sowjetparteien gekommen. (Izvestija Saratovskogo Soveta, No. 34,

26.2.1918: 1; Kovalenko 1967: 152) Lenins dogmatisches Festhalten an der "Atempause" erstickte jedoch diesen seinen politischen Anschauungen zuwiderlaufenden Prozess einer Wiederannäherung der sozialistischen Parteien im Keim. Der SD-Internationalist B. V. Avilov bemerkte hierzu treffend, dass die *bolševiki* einen Separatfrieden mit den Mittelmächten und zugleich die Fortsetzung des Bürgerkriegs im Inneren befürworteten. (Novaja Žizn', No. 29 (243), 20.2.1918: 1)¹

Quellen- und Literatur

Archive

Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien: SD Parteistellen 190: Korrespondenz A-K: Internationale sozialistische Kommission zu Bern, Bulletin Nr. 4, 22. April 1916.

Bakmeteff Archive of Russian & East European Culture, Columbia University, New York: Ms. Coll. Thacher.SR-Party Collection.

GARF [Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii, Staatsarchiv der Russländischen Föderation]:

Fond r-6153: Professional'nyj sojuz literaturnych rabotnikov iz Rossii, živuščich za granicej – g. Pariž, op. 1.

IISG [International Instituut voor Sociale Geschiedenis]: Karl Kautsky Papers. Menshevik Press, Bd. 2: Resolutionen des Zentralkomitees der Menschewiki.

RGASPI [Rossiskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-političeskoj Istorii, Russländisches Staatsarchiv der sozialpolitischen Geschichte]: Fond 274: Central'nyj komitet partii socialistov revoljucionerov (ěserov) za 1891–1923 gg., op. 1. Fond 444: Rossijskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija (internacionalistov), op. 1.

Tageszeitungen, Periodika

Delo. Organ Petrogradskogo Komiteta Partii Socialistov-Revoljucionerov

Delo Naroda. Organ Central'nogo Komiteta Partii Socialistov-Revoljucionerov Edinstvo. Ežednevnaia rabočaja gazeta

Golos Social-Demokrata. Organ Central'nogo Komiteta Ross. Social-Demokrat. Rab. Partii (Internacionalistov)

Izvestija Central'nogo Iсполnitel'nogo Komiteta i Petrogradskogo Soveta Rabočich i Soldatskich Deputatov

Izvestija Gel'singforsskogo Soveta Deputatov Armii, Flota i Rabočich

Izvestija Saratovskogo Soveta Rabočich, Soldatskich i Krest'janskich Deputatov i Rajonnogo Iсполnitel'nogo Komiteta

¹ Ähnlich äußerte sich auch der Saratover *menševik* Dimant (Izvestija Saratovskogo Soveta, No. 45, 10.3.1918: 2)

Kommunist. Eženedel'nyj žurnal ekonomiki, politiki i obščestvennosti. Organ Moskovskogo Oblastnogo Bjuro R. K.P. (bol'shevikov)

Narodnaja Niva. Gel'singforskij otdel Partii Socialistov-Revoljucionerov

Novaja Žizn'. Obščestvenno-literaturnaja social-demokratičeskaja gazeta

Rabočaja Gazeta. Central'nyj Organ Rossijskoj social-demokratičeskoj Rabočej Partii

Socialist-Revoljucioner. Organ Gel'singforsskoj grupy levych socialistov-revoljucionerov-internacionalistov

Trudovaja Respublika. Izdanie Petrogradskoj i Kronštadtskoj iniciativnyh grupp S.-R. Maksimalistov

Volja Naroda. Literaturno-političeskaja ežednevnaia gazeta Partii Socialistov-Revoljucionerov

Volja Truda. Organ Sojuza S.-R.-Maksimalistov. Izdanie Petrogradskoj i Šlissel'burgskoj Organizacij

Zemlja i Volja. Ežednevnaia narodnaja gazeta. Izdanie Petrogradskago Oblastnago Komiteta Partii Socialistov-revoljucionerov

Znamja Truda. Organ Central'nogo Komiteta Partii Levych Socialistov-Revoljucionerov

Quellen

1-aja Oblastnaja Konferencija Sojuza S.-R. Maksimalistov, in: Volja Truda, No. 3, 15.10.1917, S. 1–2.

Jurij Nikolaevič Amiantov (Hg.) (2006), Protokoly zasedanij Soveta Narodnyh Komissarov RSFSR. Nojabr' 1917 – mart 1918 gg. Moskva: ROSSPĖN.

Michail Semenovič Bernštam (Hg.) (1981), Nezavisimoe rabočee dvizhenie v 1918 godu: Dokumenty i materialy, Pariž: YMCA.

M. N. Capenko (Hg.) (1927), Vserossijskoe soveščanie Sovetov Rabočich i Soldatskich Deputatov. Stenografičeskij otčet, Moskva: Gosudarstvennoe izdatel'stvo.

Th. [Fedor] Dan (1926): Die Sozialdemokratie Rußlands nach dem Jahre 1908, in: Martow [Martov], Julius, Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Mit einem Nachtrag von Th. Dan. Autorisierte Übersetzung von Alexander Stein, Berlin, rpt. Erlangen (1973): J. H.W. Dietz Nachf., S. 223–329.

A. Dodin (1917), O vojne, in: Volja Truda. Organ Sojuza S.-R.-Maksimalistov. Izdanie Petrogradskoj i Šlissel'burgskoj Organizacij No. 1, 1.9.1917, S. 6–7.

Osip Arkad'evič Ermanskij (1927), Iz perežitogo (1887–1921 gg.), Moskva, Leningrad: Gosudarstvennoe izdatel'stvo.

Ziva Galili, A. Nenarokov, L. Chejmson (Hg.) (1994), Men'sheviki v 1917 godu, t. 1: Ot janvarja do ijul'skich sobytij, Moskva: ROSSPĖN.

Manfred Hellmann (Hg.) (1977), Die russische Revolution 1917: Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, München: dtv.

N. I. [Nikolaj Ivanovič Rivkin (?)] (1917), O patriotizme i Social'noj revoljucii, in: Trudovaja Respublika. Izdanie Petrogradskoj i Kronštadtskoj iniciativnych grupp S.-R. Maksimalistov No. 3, 2.7.1917.

Razumnik Vasil'evič Ivanov-Razumnik (1917a), Socializm i revoljucija, in: Naš Put' (1917), No. 1, S. 25–30.

Razumnik Vasil'evič Ivanov-Razumnik (1917b), Za čto idet vojna. Za čto vojuet Rossija?, in: Izvestija Gel'singforsskago Soveta Deputatov Armii, Flota i Rabočich, No. 52, 18.5.1917, S. 3.

Boris Davidovič Kamkov (1917), Dva puti, in: Naš Put' (1917) 1, S. 37–40.

Boris Davidovič Kamkov (1918a), Dve taktiki, Moskva: Revoljucionnyj socializm.

Boris Davidovič Kamkov (1918b), V plenu u kontr-revoljucii, in: Naš Put' (1918) 2, S. 214–223.

W[ladimir]. I. Lenin: Werke. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausgabe. Bd. 1–40, Ergänzungsbände 1 u. 2. Berlin (Ost) 1955–1965, 1969 u. 1971: Dietz.

Jaroslav Viktorovič Leont'ev (Hg.) (2000), Partija levych socialistov-revoljucionerov: Dokumenty i materialy, t. 1: Ijul' 1917 g. – maj 1918 g., Moskva: ROSSPĖN.

I. Leont'ev-Nečaev (1918), Očerok vznikovenija partii levych socialistov-revoljucionerov, in: Rezoljucii i postanovlenija I i II vserossijskich s-ezdov partii levych social.-revoljucionerov (internacionalistov). S priloženiem proekta programmy i organizacionnago ustava, Moskva: Revoljucionnyj socializm.

Veniamin Michajlovič Levin (1918), Ėvoljucija sovetskich organizacij, in: Naš Put' (1918) 2, S. 224–232.

Karl Liebknecht (1966), Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 8: August 1914 bis April 1916, Berlin (Ost): Dietz.

Sergej Dmitrievič Mstislavskij (1917), "Spasenie Revoljucii", in: Naš Put' (1917) 1, S. 12–25.

Sergej Dmitrievič Mstislavskij [Maslovskij] (1918a), Brestskie peregovory. (Iz dnevnika). S priloženiem protokolov 1-j Brestskoj konferencii i drugih dokumentov, 2-oe izd. Sankt-Peterburg [sic]: Skify.

Sergej Dmitrievič Mstislavskij (1918b), Ispytanie vlast'ju, in: Naš Put' (1918) 2, S. 187–213.

Sergej Dmitrievič Mstislavskij (1918c), Ne vojna, no vozstanie, 3-e izd. O. O. [Moskau]: Revoljucionnyj Socializm.

E. Naumova (1918), Počemu naša partija ne ratificirovala mirnyj dogovor, in: Revoljucionnaja Rabotnica. Dvuchnedel'nyj žurnal, izdavaemyj iniciativnoj gruppoj rabotnic partii levych Socialistov-Revoljucionerov-Internationalistov, No. 3 (Aprel' 1918), S. 1–3.

Ne to, in: Trudovaja Respublika. Izdanie Petrogradskoj i Kronštadtskoj iniciativnych grupp S.-R. Maksimalistov, No. 6, 30.7.1917.

V. N. Rachmetov (Hg.) (1930), Pervyj Vserossijskij s'ezd Sovetov R. i S. D. S predislovijem Ja. A. Jakovleva, Moskva, Leningrad: Gosudarstvennoe izdatel'stvo.

Valentin Valentinovič Šelochaev (Hg.) (2002), *Sojuz ešerov-maksimalistov. Dokumenty, publicistika 1906–1924 gg.*, Moskva: ROSSPĖN.

Matvei Ivanovich Skobelev (2013), in: *The Fall of Tsarism: Untold Stories of the February 1917*. Edited by Semion Lyandres, Oxford: Oxford University Press, S. 166–218.

Aleksandr Gavrilovič Šljapnikov (1992), *Kanun semnadcatogo goda. Semnadcatyj god. V 2-ch tt., t. 2*, Moskva: Respublika.

Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land? Texte der Menschewiki zur Russischen Revolution und zum Sowjetstaat aus den Jahren 1903–1940, Hamburg: Junius, 1981.

Vitalij Ivanovič Starcev, Jurij Sergejevič Tokarev (Hg.) (1993), *Petrogradskij Sovet Rabočich i Soldatskich Deputatov v 1917 godu: Protokoly, stenogrammy i očetny, rezoljucii i postanovlenija obščich sobranij, sobranij sekcij, zasedanij Ispolnitel'nogo komiteta, Bjuro Ispolnitel'nogo komiteta i frakcij 27 fevralja – 25 oktjabrja 1917 goda. V pjati tt., t. 1: 27 fevralja – 31 marta 1917 goda, 2-oe izd.* Moskva, Sankt Peterburg: ROSSPĖN.

Isaak Zacharovič Štejnberg (1920), *Ot fevralja po oktjabr' 1917 g.*, Berlin, Mailand: Skify.

Isaak Zacharovič Štejnberg (1917), *Počemu u nas novoe pravitel'stvo?*, in: *Zemlja i Volja (Ufa)*, No. 18, 17.5.1917, S. 2.

Stenografičeskij očet 4-go črezvyšajnago s"ezda Sovetov Raboč., Soldatsk., Krest'jansk. i Kazač'ich Deputatov, Moskva 1920: Gosudarstvennoe izdatel'stvo.

Nikolaj Nikolaevič Suchanov, *Zapiski o revoljucii. V 3-ch tomach*, Moskva 1991, 1992: Izd. političeskoj literatury; t. 3: Izd. Respublika.

Vasilij Vasil'evič Suchomlin (1918), *Bor'ba za mir i stokgol'mskaja konferencija*, in: *Partijnyja Izvestija. Dvuchnedel'nyj žurnal. Izdanie Central'nago Komiteta Partii Socialistov-Revoljucionerov No. 6, 21.3.1918*, S. 1–10.

Tretij s"ezd Partii Socialistov-Revoljucionerov, Petrograd: Izd. Central'nago Komiteta, 1917.

Lev Davidovič Trockij (1926), *Sočinenija, serija 5: Na puti k socializmu, t. 17: Sovetskaja republika i kapitalističeskij mir, č. 1-ja: Pervonačal'nyj period i organizacii sil*, Moskva: Gosudarstvennoe izdatel'stvo.

Vladimir Evgen'evič Trutovskij (1917), *Buržui v okopy!* in: *Zemlja i Volja. Ežednevnaia narodnaia gazeta. Izdanie Petrogradskago Oblastnago Komiteta Parii Socialistov-revoljucionerov, No. 72, 20.6.1917*, S. 1.

Aleksej Michajlovič Ustinov (1917), *Internacional i vojna. (Lekcija, čitannaja 21 sentjabrja 1917 goda na kursach Severnago Komiteta P. S.-R.)*, Petrograd: *Revoljucionnyj Socializm*.

Učreditel'nyj S"ezd R. S.-D. R. Partii (Internacionalistov) (byvšich organizacij "ob"edinnen. internac.) 14–20 Janvarja 1918 goda, in: *Golos Social-Demokrata. Organ Central'nago Komiteta Ross. Social-Demokrat. Rab. Partii (Internacionalistov) (Petrograd)*, No. 5–6, 11.2.1918, S. 7–40.

Mark Venjaminovič Višnjak (1954), *Dan' prošlomu, N'ju-Jork*: Izd. Imeni Čechova.

Max Weber (2005), *Politik als Beruf*, in: Ders.: *Politik und Gesellschaft*, Frankfurt/M.: Zweitausendeins, S. 565–610.

Zadači momenta, in: *Volja Truda* No. 2, 12.9.1917, S. 1–3.

Literatur

Abraham Ascher (1976), *The Mensheviks in the Russian Revolution*, London: Thames & Hudson.

Vladimir N. Brovkin (1983), *The Mensheviks' Political Comeback: The Election of the Provincial City Soviets in Spring 1918*, in: *Russian Review* 42, 1, S. 1–50.

Jurij Georgievič Fel'štinskij (1992), *Krušenje mirovoj revolucii. Brestskij mir. Oktjabr' 1917 – nojabr' 1918*, Moskva: Knigovek.

Ziva Galili (2007), *Ot gruppy kružkov do zenita političeskogo vlijanja. Dokumenty menševistskoj partii pervych šesti mesjacev revoljucionnogo 1917-go*, in: *RSDRP (o) v 1917 godu. Istoriko-dokumental'nye očerki*, Moskva: Novyj chronograf, S. 71–111.

Israel Getzler (1983), *Kronstadt 1917–1921, The fate of a Soviet democracy*, Cambridge: Cambridge University Press.

Lutz Häfner (1994), *Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der Russischen Revolution 1917/18*, Köln, Weimar, Wien: Böhlau.

Lutz Häfner (2013), *Von "Sturmvögeln" und "Don Quixoten": Vier Publikationen zu den Parteien des neonarodničestvo in Revolution und Bürgerkrieg*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 61, 1, S. 119–125.

Aleksandr Ivanovič Jur'ev (2011), *Ėsery na istoričeskom perelome (1917–1918)*, Moskva: Kučkovo pole.

David Kirby (1982), *International Socialism and the Question of Peace. The Stockholm Conference of 1917*, in: *Historical Journal* 25, 3, S. 709–716.

Dmitrij Aleksandrovič Kovalenko (Hg.) (1967), *Sovety v pervyj god proletarskoj diktatury, oktjabr' 1917 – nojabr' 1918*, t. 2, Moskva: Nauka.

David Mandel (1985), *The Petrograd Workers and the Fall of the Old Regime: From the February Revolution to the July Days, 1917*, London: Macmillan.

Evan Mawdsley (1978), *The Russian Revolution and the Baltic Fleet: War and Politics, February 1917 – April 1918*, London, Basingstoke: Macmillan.

Alexander Rabinowitch (2007), *The Bolsheviks in Power: The First Year of Soviet Rule in Petrograd*, Bloomington, IN: Indiana University Press.

Christopher Read (2013), *War and Revolution in Russia, 1914–1922: The Collapse of Tsarism and the Establishment of Soviet Power*, Basingstoke: Palgrave, Macmillan.

Robert Service (1992), *The Bolsheviks on Political Campaign in 1917: A Case Study of the War Question*, in: *Revolution in Russia: Reassessments of 1917*. Edited by Jonathan Frankel, Edith G. Frankel and Baruch Knei-Paz, Cambridge: Cambridge University Press, S. 304–325.

Robert Service (1997), *The Bolshevik Party*, in: *Critical Companion to the Revolution 1914–1921*. Edited by Edward Acton, Vladimir Iu. Cherniaev, William G. Rosenberg, London, Sydney, Auckland: Indiana University Press, S. 231–244.

Scott B. Smith (2011), *Captives of revolution, the socialist revolutionaries and the Bolshevik dictatorship, 1918–1923*, Pittsburgh: Pittsburgh University Press.

Alla Viktorovna Sypčenko (2005), *Trudovaja narodno-socialističeskaja partija v 1917–1922 godach*, in: *Političeskie partii v rossijskich revoljucijach v načale XX veka*. Pod redakciej Grigorija Nikolaeviča Sevost'janova, Moskva: ROSSPĖN, S. 488–504.

Rex Arvin Wade (1969), *The Russian Search for Peace, February-October 1917*, Stanford, CA: Stanford University Press.

Allan K. Wildman (1980), *The End of the Russian Imperial Army: vol. 1: The Old Army and the Soldiers' Revolt (March-April 1917)*, Princeton, NJ: Princeton University Press.

Allan K. Wildman (1987), *The End of the Russian Imperial Army: vol. 2: The Road to Soviet Power and Peace*, Princeton, NJ: Princeton University Press.

DIE BEZIEHUNGEN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE ZU RUSSLAND BZW. DER UDSSR WÄHREND DER WEIMARER REPUBLIK¹

Jürgen Zarusky

Die Entstehung Sowjetrusslands bzw. der Sowjetunion stellte die deutsche Sozialdemokratie der Weimarer Republik gleich vor mehrere große Herausforderungen. Die erste betraf ihr Selbstverständnis. Bis zum Ersten Weltkrieg war die deutsche Sozialdemokratie die organisatorische und intellektuelle Vormacht der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen. Der weit über die deutschen Grenzen hinaus einflussreiche Karl Kautsky hatte mit seiner evolutionär-gemäßigten Interpretation des Marxismus den intellektuellen Rahmen für eine parlamentarisch-reformistische Praxis bereitgestellt, die die Zukunftshoffnung auf eine sozialistische Gesellschaft indes nicht aufgab. Die Bolschewiki, die die Rolle der Siegelbewahrer des authentischen Marxismus für sich beanspruchten, hatten hingegen handstreichartig eine sogenannte Diktatur des Proletariats etabliert, und das in einem Land, in dem das Proletariat eine vergleichsweise kleine Minderheit bildete. Ihre Entschiedenheit und die klare Ablehnung einer Fortführung des Ersten Weltkriegs machten sie indes auf einen Schlag in weiten Kreisen der europäischen Arbeiterschaft populär.

Nicht wenige sahen nun in der russischen Revolution ein Modell für die sozialistische Arbeiterbewegung. Daraus erwuchs die zweite Herausforderung für die Sozialdemokratie – die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung.

¹ Der Beitrag beruht auf: Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen. München 1992. In russischer Sprache ist erschienen: Ot Carisma k Bol ševizmu. Nemeckaja Social-Demokratija i 'asiatičeskij despotizm', in: Germanija i Russkaja Revolucija 1917–1924. Izdanie Gerda Kenena i L'va Kopeleva. Pod redakciej Jakova Drabkina, Moskva 2004, S. 100–123.

Schließlich bildete Russland bzw. die Sowjetunion auch eine außenpolitische Herausforderung für die Sozialdemokratie, die in der Weimarer Republik die internationale Politik Deutschlands erstmals maßgeblich beeinflusste. Und auch auf diesem Feld zeigten sich von Anfang an deutliche Gegensätze.

Im Folgenden werden diese Herausforderungen und die Reaktionen der Sozialdemokratie anhand einiger zentraler Aspekte konkretisiert.

Die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung

Die Hoffnung Lenins und Trotzki's, die in Russland begonnene Revolution würde auf die industrialisierten Länder Europas, und zu allererst auf Deutschland übergreifen, sich zur Weltrevolution entwickeln und so das Paradox der sozialistischen Revolution in einem sozioökonomisch rückständigen Land auflösen, wurde enttäuscht. Die deutsche Revolution nahm bekanntlich einen anderen Verlauf. Der linksradikale Teil der deutschen Arbeiterbewegung war davon nicht weniger enttäuscht. Vor diesem Hintergrund wuchs die Bewunderung für die siegreichen Bolschewiki. Mit der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an der Jahreswende 1918/19 war bereits eine Partei geschaffen worden, die sich mehr oder weniger am sowjetischen Modell orientierte, die jedoch zunächst relativ mitgliederschwach blieb. Die eigentliche Revolutionspartei in Deutschland war die im April 1917 als Sammelbecken sozialdemokratischer Kriegsgegner gegründete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Im November 1918 hatte sie 100.000 Mitglieder. Unter dem Einfluss der revolutionären Ereignisse strömten ihr zahlreiche, oft frisch politisierte Anhänger zu, so dass ihr Mitgliederstand bis Herbst 1920 auf weit über 800.000 gestiegen war. Die Sympathien für das revolutionäre Russland waren in der Partei zugleich so stark angewachsen, dass Kritik am Bolschewismus kaum noch eine Chance auf Gehör hatte. Dabei waren die Gründungszüge sozialdemokratischer Bolschewismuskritik vor allem im Schoß der USPD entstanden.

Schon Ende 1917 hatte Karl Kautsky in der Leipziger Volkszeitung den Voluntarismus der Bolschewiki kritisiert, die den Sozialismus in einem Land verwirklichen wollten, in dem die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür fehlten. Und Alexander Stein, ein aus Riga stammender Menschewik, der nach der Revolution von 1905/6 nach Deutschland emigriert war, hatte Nachrichten der russischen Genossen über die rigide Diktaturpraxis der Bolschewiki und deren Pläne übermittelt, die verfassungsgebende Versammlung aufzulösen, sollten die Wahlergebnisse nicht ihren Vorstellungen entsprechen. Der Widerspruch zwischen so-

zialistischem Anspruch und sozioökonomischer Realität und die Kritik an der brutalen Unterdrückung demokratischer Freiheiten waren die Kernelemente sozialdemokratischer Bolschewismuskritik, die auch dem Selbstverständnis der Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) entsprach, in der USPD 1919/20 aber weitgehend tabuisiert war. Das Tabu wurde erst gebrochen, als die Unabhängigen (USPD) im Sommer und Herbst 1920 vor der Entscheidung über einen Beitritt zur Kommunistischen Internationale (Komintern) standen. Eine vierköpfige USPD-Delegation nahm an deren zweiten Kongress in Moskau Ende Juli/Anfang August 1920 teil. Nicht nur Lenins rigide 21 Bedingungen für die Aufnahme, sondern auch das, was die beiden Delegierten des rechten Flügels der USPD, Artur Crispian und insbesondere Wilhelm Dittmann, über die Realität Sowjetrusslands berichteten, bestimmte im Weiteren die Diskussion. Dittmann hatte in der USPD-Presse über die Enttäuschung deutscher Russlandauswanderer berichtet, die das Land ihrer Träume so schnell wie möglich wieder verlassen wollten, und damit eine heftige Kontroverse ausgelöst. Auf ein ebenso gespaltenes Echo stieß ein zweiter Bericht, der den Sowjetsozialismus als die brutale Diktatur einer kleinen Führerelite protrotierte. Welch hohen Stellenwert die Haltung zu Sowjetrußland für die Orientierungsdebatte der USPD hatte, zeigt auch die Tatsache, dass die Befürworter und Gegner des Kominternbeitritts auf dem entscheidenden Parteitag in Halle im Oktober 1920 jeweils prominente russische Politiker für sich sprechen ließen, nämlich den Kominternvorsitzenden Grigorij Sinowjew bzw. den soeben ins deutsche Exil abgeschobenen Führer der Menschewiki, Julij Martow. Dieser trug eine scharfe Anklage gegen die Verfolgung nichtkommunistischer Sozialisten in Sowjetrußland vor. Der Ausgang war allerdings schon durch ein Mitgliedervotum vorherbestimmt, in dem die Kominternbefürworter etwas mehr als 50 Prozent erhielten. Die USPD-Mehrheit schloss sich folgerichtig der KPD an, deren Mitgliederbestand sich damit mehr als verfünffachte und auf rund 450.000 stieg. Die restliche USPD schloss sich 1922 wieder mit der MSPD zusammen. Die Debatte um die 21 Bedingungen, die mit ihrem rigiden Moskau-Zentralismus von vielen als "Diktatur über die Arbeiterklasse" empfunden worden waren, und die Auseinandersetzung über die politische Realität in Rußland war immer klarer zu einer Debatte über Demokratie oder Diktatur geworden – und an dieser Frage schieden sich die Geister von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Dass mit Julius Martow ein Menschewik als Gewährsmann und Kronzeuge gegen die bolschewistische Diktatur aufgetreten war, war paradigmatisch. Nachdem 1922 ein erheblicher Teil der menschewistischen Führung nach Deutschland abgeschoben worden war, entwickelte sich eine ganze Reihe dieser Emigranten zu Rußlandexperten der SPD. Sie

versorgten deren Presse mit kenntnisreichen und kritischen Berichten über die Sowjetunion. Kommunisten ließen sich davon indes selten beeindruckt, sondern reagierten mit Diskreditierungsversuchen und Realitätsverweigerung.

Immer wieder riefen die politischen Verfolgungen in der Sowjetunion bei der deutschen Sozialdemokratie Empörung hervor, vor allem im Zusammenhang mit den großen Schauprozessen der 1920er und frühen 1930er Jahre. Großes Aufsehen erregte der Prozess gegen die Führung der Partei der Sozialrevolutionäre 1922, an dem mit Theodor Liebknecht und Kurt Rosenfeld zwei USPD-Mitglieder als Verteidiger teilnahmen. Sie mussten allerdings schon bald die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens erkennen und nach Deutschland zurückkehren. Der Kindermann-Wolscht-Prozess von 1925, in dem einige deutsche Studenten unter der absurden Anklage standen, Attentate auf Stalin und Trotzki geplant zu haben, der Schachty-Prozess von 1928, unter dessen Angeklagten auch fünf deutsche Ingenieure figurierten, oder der sogenannte Menschewiki-Prozess 1931, der nicht zuletzt der Diskreditierung der Sozialdemokratie dienen sollte, wurden nirgends in der deutschen Presse schärfer und intensiver kritisiert als im sozialdemokratischen "Vorwärts". Die grundsätzliche Kritik an einem Regime, bei dem sozialistischer Anspruch und freiheitsfeindliche Hand in Hand gingen, hatte stets auch eine Stoßrichtung gegen die parteipolitischen Konkurrenten von der KPD.

Die deutsche Außenpolitik und die Positionierung der Sozialdemokratie

Auch in außenpolitischer Hinsicht war die Sozialdemokratie der Weimarer Republik diejenige Kraft, die der Sowjetunion am kritischsten gegenüberstand. Schon der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland durch die Regierung Max von Badens am 5. November 1918 wurde von sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern mit initiiert. Mit diesem Schritt sollte die Unterstützung der radikalen Linken durch die sowjetische Botschaft unterbunden werden, er war aber auch ein Signal in Richtung der westlichen Siegermächte. Die Aushandlung günstiger Friedensbedingungen bzw. nach Versailles die Milderung der harten Auflagen durch Erfüllungs- und Verständigungspolitik war ein Kernelement sozialdemokratischer Außenpolitik in der Weimarer Republik. Längerfristig sollte ein demokratisierter Völkerbund als zentrales Instrument eines friedlichen und schiedlichen Konfliktausgleichs dienen.

Trotz ihrer grundlegenden Bolschewismuskritik war die Weimarer SPD keineswegs prinzipiell antirussisch, sondern strebte nach der Konsolidierung der demokratischen Revolution in Deutschland eine Verbesserung des Verhältnisses an. Russland war in den sozialdemokratischen Vorstellungen über die Gestaltung der internationalen Ordnung stets inbegriffen, die praktische Priorität kam aber den Beziehungen zu den Westmächten zu. Dass dort demokratische Verhältnisse herrschten und sozialdemokratische Parteien als Ansprechpartner bereitstanden, verstärkte diese Orientierung naturgemäß noch. Sowjetrußland lehnte hingegen das Versailler System grundsätzlich als imperialistisch ab und fand mit dieser Haltung eher Anknüpfungspunkte bei Vertretern der nationalen Rechten, etwa den Diplomaten in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, die in intensivierten Beziehungen zu Russland einen Ansatzpunkt für eine "aktive Außenpolitik" sahen, oder bei der Reichswehr, die seit 1920 eine geheime rüstungstechnische Zusammenarbeit mit der Roten Armee betrieb.

Der Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922, mit dem am Rande der Konferenz von Genua in einem spektakulären Akt die Parias des internationalen Systems, Deutschland und Russland, ihre internationalen Beziehungen wieder aufnahmen, stieß bei den deutschen Sozialdemokraten auf ein geteiltes Echo. Die Wiederherstellung der Beziehungen begrüßten sie grundsätzlich, aber den Affront gegen die Westmächte, auf den der Überraschungscoup hinauslief, missbilligten sie. Dem Vertrag stimmten sie letztendlich ebenso zu wie dem Berliner Vertrag von 1926, vor allem aber halfen sie allen, von der UdSSR ungern gesehenen Vereinbarungen mit den Westmächten über die parlamentarischen Hürden, insbesondere dem Locarno-Pakt 1925.

Dass die sozialdemokratische Presse im Dezember 1926 mit sensationellen Enthüllungsberichten die geheime Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee skandalisierte, brachte ihr gleichermaßen heftige Angriffe von rechts wie von den Kommunisten ein, führte allerdings nicht zu einer Beendigung dieser Praxis, die auch unter dem von 1928 bis 1930 amtierenden sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller weiterging. Dass sich die Sowjetunion zusammen mit anderen osteuropäischen Staaten am 9. Februar 1929 im sogenannten Litvinov-Protokoll dem Briand-Kellogg-Pakt über die Ächtung des Krieges anschloss, nannte der "Vorwärts" ein "Gesellenstück sozialdemokratischer Außenpolitik".

Doch Moskau und die KPD verfolgten gleichzeitig einen verschärften antisozialdemokratischen Kurs im Zeichen der sogenannten Sozialfaschismus-Theorie, und das auch noch dann, als Hitler und der Nationalsozialismus immer bedrohlicher wurden. Ende 1931 bemühten

sich die SPD-Vorstandsmitglieder Breitscheid und Stampfer angesichts dessen, wenigstens zu einem Modus vivendi mit der KPD zu kommen. Stampfer, der Chefredakteur des "Vorwärts" schraubte die notorische Kritik an der Sowjetunion in seinem Blatt etwas zurück. Ende 1932 nahm er sogar Sondierungen mit der sowjetischen Botschaft auf, allerdings ergebnislos. Im Februar 1933 erklärte Stampfers Kontaktmann, Botschaftssekretär Vinogradov, weitere Unterhaltungen hätten wenig Sinn, da man in Moskau überzeugt sei, die Machtübernahme Hitlers sei ein notwendiges Durchgangsstadium zum Sieg des Kommunismus in Deutschland.

Die Verteidigung der deutschen Demokratie spielte in diesem Kalkül keine Rolle. Sie war für den Kreml nicht von Wert, eher im Gegenteil. So zeigte sich auch angesichts einer Gefahr, die sich bald auch für die Sowjetunion als eine tödliche erweisen sollte, noch einmal der unüberbrückbare Grundkonflikt zwischen der deutschen Sozialdemokratie der Weimarer Zeit und der Sowjetunion, nämlich der zwischen Demokratie und Diktatur.

DER EINFLUSS DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE AUF DEN AUFBAU DER SOZIALDEMOKRATIE IN RUSSLAND ENDE DES 19./ ANFANG DES 20. JAHRHUNDERTS

Boris Orłow

Die Debatten und die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie haben großen Einfluss auf den Aufbau der Sozialdemokratie in Russland ausgeübt. In der deutschen Partei wurden die theoretischen Grundlagen für die russische Sozialdemokratie und deren Parteistrukturen geschaffen. Die Migranten aus Russland haben während ihres Auslandsaufenthalts diese Prozesse beobachtet und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen.

Bereits 1863 erfolgt die Gründung einer deutschen Arbeiterpartei – 8 Jahre vor der Vereinigung Deutschlands. Russland durchläuft zu dieser Zeit eine andere Phase. Mit seinem Manifest verkündet Alexander II 1861 in Russland die Aufhebung der Leibeigenschaft der Bauern – da beginnt erst der Aufbau der Arbeiterklasse.

20 Jahre später, am 1. März 1881, töten Mitglieder der Untergrundorganisation Narodnaja Wolja (“Volkswille”), nach einer Reihe von Attentaten, den Befreier-Zar. Rückblickend lässt sich sagen, dass die Regierungszeit Alexanders II die erfolgreichste Periode in der jahrhundertelangen Geschichte Russlands war: es gab gezielte Reformen in unterschiedlichen Lebensbereichen – vom gerichtlichen System bis zum Landrecht. Dies schuf die objektiven Voraussetzungen für den Aufbau der Zivilgesellschaft.

Der Adlige Georgij Walentinowitsch Plechanow beobachtete aus dem Exil mit welcher Begeisterung in seiner Umgebung die Nachricht über die Ermordung des Kaisers aufgenommen wurde. “Was kommt danach?” – das war die Frage, die er den begeisterten Kollegen im Exil stellte. Eine vernehmliche Antwort bekam er wohl nicht.

Übrigens trat schon damals die alte Krankheit der russischen Politiker in Erscheinung – die Bereitschaft, die Frage “Was tun?” zu stellen, und

die Unfähigkeit vorauszusehen, was weiter nach einer Tat gemacht werden sollte.

Nach der Ermordung des Vaters bestieg sein Sohn Alexander III den russischen Thron. Damit begann die lange Periode des "Einfrierens" Russlands, die im Endeffekt zur revolutionären Explosion 1905 und den nachfolgenden Revolutionen geführt hat.

Die Migranten im Exil, Gegner des Zarenregimes, waren mit der Fortsetzung der terroristischen Tätigkeit nicht einverstanden – nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch wegen der historischen Aussichtslosigkeit dieses Weges. Mittlerweile wurde in den Arbeiten von Marx und Engels eine wissenschaftliche Begründung der Logik des historischen Prozesses gegeben, der den Zusammenhang zwischen der produktiven Arbeitskraft und den Produktionsverhältnissen erläutert und das Ziel des Klassenkampfes der Arbeiter erklärt: die Gründung der gerechten Gesellschaft.

Mit den Grundsätzen der marxistischen Theorie konnte auch die Entwicklung in Russland erklärt werden, das damals die Periode des frühen Kapitalismus betrat. Es entstanden die Voraussetzungen für die Gründung der Arbeiterklasse.

Diese Gedanken haben Georgij Plechanow angespornt, die Aufklärungsgruppe "Befreiung der Arbeit" mit einigen wenigen Gleichgesinnten zu gründen. Durch die Arbeit dieser Gruppe fängt Plechanow an, der russischen Gesellschaft die marxistischen Ideen näherzubringen, indem er sein eigenes Buch "Zur *Frage* der Entwicklung der *monistischen* Geschichtsauffassung" vorstellt. Nur die wissenschaftlich verkomplizierte Formulierung ermöglichte eine offizielle Veröffentlichung des Buches in Russland. Danach folgten andere Werke, die es dem russischen Leser erlaubten, den historischen Prozess in seiner Gesamtheit zu reflektieren, sowie sich einen Überblick über die Bewegungskräfte der Geschichte zu verschaffen.

Der christliche Denker Nell-Breuning wird später sagen, dass alle, die die Logik des historischen Prozesses begreifen wollten, "auf den Schultern von Karl Marx standen". Dies gilt vor allem auch für die russischen Migranten im Exil, die aufmerksam die Marx' Werke gelesen haben und verstehen wollten, wie marxistische Ideen in der Tätigkeit der jungen deutschen Sozialdemokratie verwirklicht werden.

Dabei stellte sich heraus, dass es in der deutschen Sozialdemokratie unter den Befürwortern des Marxismus und den Unterstützern von Lassalle ernsthafte Widersprüche gab. Sie kamen 1875 während des Gothaer Vereinigungsparteitags ans Licht.

Karl Marx schickte dem Parteitag seine Randglossen zum Programmentwurf zu. Aber Wilhelm Liebknecht, der Vorsitzende des Parteitags,

beschloss nach dem Einblick in diese Randglossen, sie den Delegierten nicht vorzulesen. Der Text geriet in Vergessenheit, bis Engels 15 Jahre später darauf bestand, ihn in der Zeitschrift "Neue Zeit" zu veröffentlichen. Halbwegs eine Krimigeschichte. Interessant ist dabei, dass die Partei 1891 auf dem Erfurter Parteitag ein neues Programm verabschiedet. Karl Kautsky nimmt einen Auszug aus dem 24. Kapitel des "Kapital" in den theoretischen Teil des Programms auf, berücksichtigt dabei aber die Marx Randglossen zum Gothaer Programm nicht. In diesen Randglossen gibt Marx eine detaillierte Erläuterung dafür, wie konkret in der ersten und in der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft gehandelt werden muss. In den nachfolgenden Programmdiskussionen haben die deutschen Sozialdemokraten diese Gedanken von Marx genauso nicht berücksichtigt. Mehr als das, die Frage über die kommunistische Gesellschaft und über die Wege zur Gründung solcher im Marx'schen Sinne wird in den Programmen der westlichen kommunistischen Parteien nicht gestellt.

Warum erzähle ich so ausführlich über dieses Dokument von Marx? Es ist bekannt, dass Lenin im Januar 1917 noch keine Möglichkeit für revolutionäre Umbrüche in Russland in der nahen Zukunft sah. Aber einen Monat später, Ende Februar, ist die Revolution da. Lenin fährt durch das im Krieg gegen Russland stehende Deutschland und kommt am 3. April im revolutionären Petersburg an. Dort verkündet er gleich, dass die bürgerlich-demokratische Revolution in die sozialistische Revolution hinüberwachsen müsse.

Was bedeutet es aber konkret? Welche konkreten Schritte müssen getan werden, wenn man von Parolen zur konkreten Praxis übergehen will? Keiner wusste es. Plechanow, der einige Tage früher in Petersburg angekommen war, nannte Lenins Aufruf "Unsinn" in der Annahme, Russland sei für die sozialistischen Umwandlungen nicht bereit. Dann finden am 3.-4. Juni bewaffnete Konflikte in Petersburg statt, die auf den Sturz der Interimsregierung gerichtet sind. Den Bolschewiki wird eine Putschvorbereitung vorgeworfen, Lenin droht eine Verhaftung.

Lenin versteckt sich in der Nähe von Rasliw und skizziert in der berühmten Laubhütte die Strategie der konkreten Schritte für den Fall, dass Bolschewiki an die Macht kommen. Schon ein kurzer Blick in diesen Text (der später den Namen "Staat und Revolution" bekommt) genügt, um zu verstehen, dass er fast komplett von Marx Randglossen zum Gothaer Programmentwurf abgeschrieben ist.

Wenn es sich aber nur um einen Fall der literarischen Entlehnung handeln würde! Nach der Machtergreifung im Oktober 1917 versuchen die Bolschewiki, dieses Programm tatsächlich unter dem Namen "Politik des Kriegskommunismus" zu realisieren. Diese Politik würde letztendlich zu einer Katastrophe führen, deswegen war Lenin gezwungen, sich an den

Erfahrungen der Marktwirtschaft zu orientieren – diese neue Strategie bekam den Namen “Neue Ökonomische Politik”.

Aufgrund dieses Werks von Marx, das den Namen “Kritik des Gothaer Programms” bekommen hat, wurden die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus und seine Ableitungen – dialektischer Materialismus und historischer Materialismus – formuliert.

Aber kehren wir zurück nach Erfurt, in das Jahr 1891. Bemerkenswert ist, dass sich die Partei auf dem Parteitag in Gotha (1975) als sozialistische bezeichnet, in Erfurt (1891) aber ihren ursprünglichen Namen “sozialdemokratische Partei” wieder annahm.

Bemerkenswert ist auch, dass im zweiten Teil des Erfurter Programms Anforderungen an die Realisierung der Randglossen von Marx in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft enthalten sind. Dieser zweite Teil des Programms wurde unter Leitung von Eduard Bernstein zusammengestellt.

Von demselben Eduard Bernstein, dessen Buch “Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie” zu Empörung und Aufruhr nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch unter den russischen Sozialdemokraten im Exil führte. Besonders scharf war die öffentliche Kritik von Grigorij Plechanow. Man stempelte Bernstein als “Revisionisten” ab, der die theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie in Zweifel stellte.

In der Sowjetunion galt die Bezeichnung “Revisionist” als genauso schändlich wie die Bezeichnung “Trotzkist”. Obwohl man eigentlich Karl Marx als ersten Revisionisten bezeichnen könnte, denn er beantwortete die Frage nach seinem leitenden Lebensprinzip im Fragebogen seiner Töchter mit dem Satz “Alles unter Zweifel stellen”.

1977, als ich Materialien zu meiner Dissertation über die Programm-tätigkeit der SPD sammelte, durfte ich die “Parteibaracke” der SPD in Bonn besuchen. Dort ist es mir gelungen, mit einigen Theoretikern dieser Partei zu sprechen. Als Abschiedsgeschenk überreichte mir der Leiter der Internationalen Abteilung ein dünnes Büchlein im roten Einband mit dem scherzhaften Kommentar: “die Mao-Bibel”.

Das war eine Sammlung aller Parteiprogramme der deutschen Sozialdemokratie mit einer Einleitung von Willi Brandt. In dieser Einleitung stieß ich auf einen Satz, der mich zu vielen Überlegungen auch in nachkommenden Jahren anregte. Brandt schrieb: “All diese Jahre hat die Partei nach Kautsky theorisiert und nach Bernstein gehandelt”.

Es ist wohl bekannt, dass die SPD mit der Zeit auf die marxistische Sichtweise des Sozialismus verzichtete und sich auf die Verwirklichung der Hauptwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – mit demokratischen Methoden und unter demokratischen Bedingungen konzen-

trierte. In den letzten Jahren ist das Thema Sozialismus von den Seiten der theoretischen Werke ganz verschwunden. Man spricht eher von der Gesellschaft der Sozialdemokratie, von einer "guten Gesellschaft" und sogar von einem "guten Kapitalismus", dem "Sozialkapitalismus".

Wie soll man das verstehen?

Mehrmals habe ich die Aussage "Kompromiss ist die Seele der Sozialdemokratie" gehört. Und das stimmt in der Tat. Aber das stimmt nur im Rahmen der Werte, die den Sinn der Sozialdemokratie ausmachen – in erster Linie ist es das Streben nach der sozialen Gerechtigkeit. Das Problem der Aufbewahrung von inspirierenden Orientierungspunkten steht nach wie vor auf der Tagesordnung.

Mitglieder der SPD-Jugendorganisation bezeichnen sich auch heute lieber als "Junge Sozialisten der SPD". Durch ihren Charakter und ihr Temperament sind die Jugendlichen von der Idee der "Verbesserung des Kapitalismus" nicht wirklich begeistert. Wenn das Ziel nicht der Sozialismus ist, wonach sollen dann die Sozialdemokraten streben? 1983 schrieb der bekannte liberale Denker Ralf Dahrendorf, dass die Sozialdemokratie ihre Aufgabe erfüllt hat, indem sie das 20. Jahrhundert geprägt hatte, und sich zur Ruhe begeben kann. Das ist mitnichten so.

Die globalen Entwicklungsprozesse seither wie die Zunahme des vermögensmäßigen Ungleichgewichts, der wachsende Einfluss des Weltfinanzkapitals sowie der Zerfall einiger Länder aus dem Zivilisierungsprozess stellen die Menschheit vor die Notwendigkeit, diese neuen Erscheinungen zu überdenken und eine optimale Lösung zu finden. Die Sozialdemokratie mit ihrer Vision und ihren praktischen Prinzipien taugt am besten, diese Aufgaben zu lösen!

* * *

Anmerkungen Boris Orlovs zur Diskussion auf der Konferenz:

Sozialdemokratie und Bolschewismus – die Antipoden

Nachdem ich mir die interessanten Vorträge heute früh angehört hatte, fiel mir der folgende Aphorismus ein: genauso wie man nicht ein bisschen schwanger sein kann, kann man auch nicht ein bisschen Sozialdemokrat sein. Entweder hält man sich 100-prozentig an die Regeln der Repräsentativdemokratie oder man versucht mit allen möglichen Mitteln an der Macht zu bleiben, indem man "Filter" unterschiedlicher Art ausdenkt.

Ich bezweifle die These über eine stufenweise Sozialdemokratisierung der KPdSU. Ich bin sogar strikt gegen die Aussage, dass der Bolschewismus der linke Flügel der russischen Sozialdemokratie war.

Sozialdemokraten und Bolschewiki sind Antipoden, das sind zwei prinzipiell unterschiedliche politische Kulturen. Genauso wie man nicht ein bisschen schwanger sein kann, kann man auch nicht ein bisschen Sozialdemokrat sein.

Man darf aber Bolschewiki auch nicht mit Kommunisten gleichsetzen. Sie sind eine besondere Erscheinung im russischen Politikleben. Der russische Dichter Nikolai Tichonow schrieb seinerzeit über die Bolschewiki: "Hätte man Nägel aus diesen Menschen gemacht, so gäbe es keine festeren Nägel".

Zahlreiche Bücher sind dem Bolschewismus gewidmet. Den objektivsten Blick von Außen bietet, meiner Meinung nach, die Broschüre von Bertrand Russell.

Die Bolschewiki rechneten Schritt für Schritt mit Sozialdemokraten in Russland ab. Im Laufe von Jahrzehnten prägte man den Menschen ein, dass Sozialdemokraten Verräter der Arbeiterklasseinteressen, Nachtreter des Kapitals und sogar Sozialfaschisten sind.

Die russische Sozialdemokratie heute

Als 1990 die Möglichkeit aufkam, die Sozialdemokratie im Lande wieder aufzubauen, gab es nichts, worauf sie sich stützen konnten. Alles fing von Null an.

Natürlich hatten die jungen Sozialdemokraten keine Ahnung, wie man den Aufbau des Kapitalismus in Russland beeinflussen kann. Davon war ja in keinen Lehrbüchern die Rede.

Es gibt ein russisches Volksmärchen über Iwan Dummerjan, der in den Kessel mit kochendem Wasser geworfen wurde und aus dem Kessel als aufgefrischter, schöner und energischer junger Mann rauskam.

Etwas Ähnliches ist auch Russland passiert. Über 70 Jahre versuchte man einen Menschen zu formen, der nicht aus egoistischen Gründen handelte, sondern sich um das Allgemeinwohl kümmert.

Die Menschen mit Unternehmergeist wurden entweder aus Russland ausgewiesen oder gar erschossen. Das Wort "Privatunternehmer" wurde als Schimpfwort wahrgenommen.

Diese völlig unvorbereitete Gesellschaft wurde also in den Kessel mit brandenden Wellen der Marktwirtschaft geworfen. So erschienen die ersten Marktfahrer, die sich mit großen Taschen in die Türkei begaben, um billige Klamotten zu holen. Die Schlägertypen zogen rote Anzüge an und behängten sich mit Goldketten.

Später kamen Immobilienmakler, Oligarchen und sonstige Erscheinungen des wilden Kapitalismus dazu.

Als aktives Mitglied der sozialdemokratischen Tätigkeit der ersten Welle (nach 1990) und der zweiten Welle (nach 2000) kann ich bestätigen, dass wir einen eigenartigen Aufbau des Kapitalismus im Lande beobachtet haben, das 70 Jahre lang im staatsbürokratischen Sozialismus lebte. Die russische Gesellschaft pudelt nach wie vor in brandenden Wellen der Marktwirtschaft, und die staatliche Bürokratie gewinnt an Bedeutung.

Wie steuert man aus dieser Situation heraus?

Inzwischen kommen Demonstranten auf die Straßen – sie tragen Plakate, auf denen “Wegnehmen und aufteilen!” geschrieben steht. Andererseits gibt es geschlossene Siedlungen, in denen wohlhabende Menschen ihr privilegiertes Leben führen.

Im Endeffekt haben wir es mit einer Spaltung in der Gesellschaft zu tun – nicht nur was Vermögen angeht, sondern auch einer mentalen Spaltung, die zur Herausbildung von zwei unterschiedlichen Kulturen führt.

Auf diese Widersprüche muss die Sozialdemokratie ihre eigene Antwort finden.

Aus meiner persönlichen Erfahrung heraus schlage ich den folgenden Weg vor: Effizienzsteigerung in der Wirtschaft (Arbeitsplätze, hohe Löhne, Steuerrückstellungen) vereint mit einer aktiven Sozialpolitik, die auf die Entwicklung eines gebildeten, hochqualifizierten und verantwortungsvollen Bürgers gerichtet ist.

Bei solcher Fragestellung ist der Kampf gegen Oligarchen nicht ausreichend. Man muss den Dialog mit Unternehmern starten und sich in die Richtung fortbewegen, die einst Michail Chodorkowski skizziert hatte und die sehr kurz und bündig im deutschen Grundgesetz formuliert ist: “Das Eigentum verpflichtet”.

Wer im Rahmen der Sozialdemokratie in Richtung Sozialismus gehen will, passt nicht für diese Herausforderung. Der Sinn der modernen Sozialdemokratie besteht darin, im Rahmen der Marktwirtschaft zu handeln und gleichzeitig Schritt für Schritt humanistische Inhalte in die gesellschaftlichen Beziehungen einzubringen. Man muss für Kompromisse bereit sein, sich dabei aber fest an die Regeln und Grundwerte der Demokratie halten.

Die Frage, ob es in Russland Politiker für solch ein Entwicklungsmodell gibt, steht offen.

Mir scheint es, dass diese Umstände bei jedem Versuch, die Sozialdemokratie erneut auf die politische Arena in Russland zu bringen und der Gesellschaft ein realistisches Projekt der Erneuerung bestehenden Systems vorzuschlagen, berücksichtigt werden müssen.

LEHREN AUS DER GESCHICHTE DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE IM 20. UND 21. JAHRHUNDERT

Boris Gusseletow

Die Strukturierung der Sozialdemokratie im neuen Russland erinnert in vielem an den Werdegang der russischen Sozialdemokratie Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts, mitunter jedoch spiegelverkehrt. Unter den Sozialdemokraten gibt es wieder Radikale und Gemäßigte. Es wird wieder gestritten über die Einstellung zur Regierung: Die Einen sind für Kooperation und die Anderen dagegen. Es gibt wieder eine ideologische Auseinandersetzung um Revolution und Evolution: Die Radikalen sind für revolutionäre Mittel (wie die Bolschewiki Ende des 19. Jahrhunderts) und die Gemäßigten für eine Evolution. Aber die Ergebnisse der Entwicklung der Sozialdemokratie im heutigen Russland weichen völlig von der Lage zu Beginn des 20. Jahrhunderts ab: 1917 eroberten die Bolschewiki die Macht; im modernen Russland sind die "bolschewistischen" Sozialdemokraten in der politischen Arena praktisch nicht mehr auffindbar. Und umgekehrt: Die gemäßigten Menschewiki hörten bald nach der Oktoberrevolution auf zu existieren, während die "gemäßigten" Sozialdemokraten heute einen Aufwärtstrend verspüren. 2007 zogen sie ins russische Parlament ein und verfügten 2011 schon über die drittgrößte Fraktion in der Staatsduma.

Hauptetappen der Entwicklung der Sozialdemokratie

Der Werdegang der sozialdemokratischen Bewegung in Russland von 1991 bis heute lässt sich in vier Hauptetappen gliedern.

Phase I: 1991 bis 1993 – Die Entstehung der ersten sozialdemokratischen Parteien: Zwei Wege und zwei Strategien

Im Zeitraum 1991 bis 1993 wurden in Russland zwei Aufbauszenarien für eine neue russische Sozialdemokratie umgesetzt: Einerseits die

Transformation eines Teils der ehemaligen KPdSU in eine postsowjetische sozialdemokratische Partei, die 'Volkspartei Freies Russland' (NPSR); und andererseits die Bildung einer alternativen nichtkommunistischen 'Sozialdemokratischen Partei Russlands' (SDPR). Beide Versuche scheiterten, denn sie führten nicht zur Entstehung einer handlungsfähigen sozialdemokratischen Partei, die im russischen Parlament vertreten und von der internationalen sozialistischen Bewegung anerkannt worden wäre.

Im Einzelnen:

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Abgang der KPdSU von der politischen Bühne gründete ein bedeutender Teil der Anhänger der 'Demokratischen Plattform' im Jahre 1991 die 'Demokratische Partei der Kommunisten Russlands'. Diese Gründungsmitglieder blieben Mitglieder der KPdSU und riefen Anfang der 90er Jahre die Bewegung 'Kommunisten für Demokratie' ins Leben, die von dem Vizepräsidenten Russlands Alexander Ruzkoj und dem Abgeordneten der ersten Staatsduma (1993 bis 1995) Wassilij Lipizkij angeführt wurde. Später wurde die 'Demokratische Partei der Kommunisten Russlands' in eine neue sozialdemokratisch geprägte Partei mit dem Namen 'Freies Russland' (NPSR) umgewandelt (Медведев 1993; Хроника.1991; Альтернатива 1992).

Zwischen 1991 und 1993 wies diese NPSR eine große Mitgliederzahl auf und war populär. Sie setzte sich für die Umsetzung von sozialdemokratisch geprägten wirtschaftlichen und politischen Reformen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit ein und wandte sich aktiv gegen die Schocktherapie-Politik von Jelzin und Gajdar. Nach den Ereignissen von 1993 aber, die das Land in zwei antagonistische Lager von Anhängern und Gegnern des ersten russischen Präsidenten Jelzin spaltete, wurde der NPSR-Vorsitzende Alexander Ruzkoj zu einem der Anführer des Anti-Jelzin-Lagers. Nach den Tumulten im Herbst 1993 (Zerschlagung des Obersten Sowjets und Verhaftung Ruzkojs) wurde die NPSR praktisch geächtet, ihr Einfluss schrumpfte jäh.

Im Mai 1994 fand der 2. NPSR-Parteitag statt, die Partei wurde in 'Russische Sozialdemokratische Volkspartei' (RSDNP) umbenannt, die nun die "ur-nationalistische" Strömung in der russischen Sozialdemokratie vertrat. Das Besondere an der RSDNP bestand darin, dass sie versuchte, die sozialdemokratischen und nationalpatriotischen Werte miteinander zu verknüpfen. Der organisatorische Zusammenhalt währte nur kurz. Der Teil der RSDNP mit Wassilij Lipizkij an der Spitze, der sich an den sozialdemokratischen Werten orientierte, gründete 1994 die 'Russische Sozialdemokratische Union' (RSDS). Der andere, nationalpatriotisch geprägte Teil mit Ruzkoj an der Spitze transformierte sich 1995 in die sozial-patriotische Bewegung "Derschawa", die zunächst rechtskonser-

vative Positionen vertrat, aber bald gänzlich von der politischen Bühne Russlands verschwand.

Einen anderen Weg bestritt die nicht-kommunistische 'Sozialdemokratische Partei Russlands' (SDPR), die sich nicht auf Überbleibsel der KPdSU stützte, sondern sich auf eine vollständig neue, eigenständige Grundlage stellen wollte. Sie rekrutierte sich vorwiegend aus Vertretern der Intellektuellenkreise. Zur Führungsspitze der SDPR gehörte der Abgeordnete des Obersten Sowjets der RSFSR, Oleg Rumjanzew, und die bekannten Forscher Boris Orlow und Pawel Kudjukin. Sie unterstützten die Politik Boris Jelzins und vertraten einen eindeutig antikommunistischen Standpunkt. Oleg Rumjanzew bekleidete den Posten des verantwortlichen Sekretärs der Verfassungskommission der Russischen Föderation während Pawel Kudjukin stellvertretender Minister für Arbeit und Beschäftigung (1991 bis 1993) war.

Zwischen der NPSR und der SDPR wurde kein Dialog gepflegt, im Gegenteil: Die meisten SDPR-Mitglieder hatten eine negative Grundhaltung zur NPSR und betrachteten sie als einen ideologischen Splitter der KPdSU. Die Konfrontation zwischen den beiden Teilen der russischen Sozialdemokratie verstärkte sich nach den Auseinandersetzungen im September 1993, die deren Führer in gegnerische Lager brachten.

Es war deshalb nur konsequent, dass die Dumawahl 1993 weder der NPSR noch der SDPR Erfolg bescherte. Einige Mitglieder der beiden Lager konnten als Direktkandidaten (wie beispielsweise Lipizkij) oder auf Listen anderer Parteien (A. Golow und O. Beklemischewa aus der SDPR ließen sich in die Jabloko-Liste aufnehmen) in die Duma einziehen, als Parteien waren aber beide institutionell im russischen Parlament nicht vertreten, ihr Gesamtergebnis lag unter 3 Prozent. Das war ein tristes, aber politisch konsequentes Ergebnis der ersten Entwicklungsetappe der Sozialdemokratie im postsowjetischen Russland, deren Besonderheiten man so umschreiben könnte: ideologisch-politische Verschwommenheit, organisatorische Schwächen, Konflikte in den Führungsspitzen und Fehlen einer stabilen Wählerbasis.

In den ersten Jahren des neuen Russlands fand weder die postkommunistische, noch die antikommunistische Version der Sozialdemokratie ideellen Anklang in der Gesellschaft. Die Unpopularität der Sozialdemokratie war einerseits darauf zurückzuführen, dass in den Jahren der Sowjetmacht der Begriff Sozialdemokratie immer mit der ideologischen Etikette der Renegaten und Opportunisten versehen wurde, weshalb man mehrere Jahre brauchte, um die Idee der Sozialdemokratie zu rehabilitieren und diesen Begriff in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs zurückzubringen. Zum anderen verknüpfte die russische öffentliche Meinung

die Erfolge Europas beim Aufbau des Wohlfahrtsstaates nicht mit den Aktivitäten der Sozialdemokraten, im Gegenteil: Die rechtsliberale Elite blendete diese Tatsache immer bewusst aus. Die rechten Liberalen um Boris Jelzin, die in den Strukturen der Exekutive die Schlüsselposten besetzten, setzten auf Polarisierung. Für sie war es von Vorteil, mit der 'Kommunistischen Partei der Russischen Föderation' (KPRF) unter Gennadij Sjuanow eine in ihrer Form recht radikale, zugleich aber leicht vorhersagbare und lenkbare linke Partei als Hauptopponentin zu haben. Die öffentliche Meinung assoziierte die KPRF mit der UdSSR und der KPdSU, die von der Bevölkerungsmehrheit negativ wahrgenommen wurden.

Es ist deshalb nur verständlich, dass die Sozialdemokraten mit ihrem Eintreten für Toleranz und Sozialpartnerschaft unter den Verhältnissen einer ideologisch-politischen Polarisierung keinen Anklang fanden. Die Vereinigungsversuche der Parteichefs Alexander Ruzkoj (NPSR) und Oleg Rumjanzew (SDPR) wurden von der Mehrheit ihrer Parteien nicht unterstützt, so war der Misserfolg der beiden Parteien vorprogrammiert. Zahlreiche Anhänger des sozialdemokratischen Gedankenguts leben aber nach wie vor in Russland. Nach der Auflösung der NPSR (1994) und der Spaltung der SDPR (1994) wurden neue Versuche unternommen, nicht-kommunistische linksorientierte Parteien zu gründen. Diese Versuche lassen sich als zweite Etappe des Werdegangs der Sozialdemokratie im postsowjetischen Russland einordnen.

Phase II: 1993 bis 2000 – Zersplitterung des linken Flügels vor dem Hintergrund großer Parteienvielfalt

Charakteristisch für diese Periode sind die starke Fragmentierung des politischen Raums Russlands und die Entstehung zahlreicher neuer politischer Parteien, darunter auch mit sozialdemokratischer und sozialistischer Orientierung.

Der Fragmentierungsgrad der Politischen Parteien nahm durch Abspaltungen und Neugründungen ständig zu: politische Parteien und Bewegungen waren oft klein und klubartig. Diese Besonderheit war in jener Zeit nicht nur den Sozialdemokraten, sondern auch Vertretern anderer politischer Strömungen eigen, bei den Sozialdemokraten aber trat sie besonders stark zutage. Dessen Ursachen waren folgende:

- Das Fehlen einer breiten sozialen Basis in der Mittelschicht in der Sozialdemokratie, die in den meisten europäischen Ländern zur führenden politischen Kraft wurde.

- Das negative politische Image der Sozialdemokratie, das in den Jahren der Sowjetmacht konsequent in das Massenbewusstsein eingestreut wurde.

- Die Schwäche der politischen Parteien und Vertretungsorgane als politische Institutionen.

- Die liberalen Parteien- und Wahlgesetze mit minimalen Auflagen für die Parteigründung hatten zur Folge, dass sich praktisch jeder reiche Unternehmer eine eigene "Partei" zulegen konnte.

- Die Hindernisse der ideologischen Selbstidentifikation. In den 90er-Jahren wurden die Programme der Parteien und Verbände absichtlich entideologisiert und ausschließlich auf das Marketing ausgerichtet.

- Die unreifen Strukturen der Zivilgesellschaft (Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Jugend-, Frauen- und andere Öffentlichkeitsverbände).

- Das niedrige Niveau der politischen Kultur, der Konsens- und Kompromisskultur in der Gesellschaft und der politischen Elite, sowie die schwachen Oppositionstraditionen.

- Das Wiedererstarken der Großmachtstimmungen, während die Sozialdemokratie, darunter auch die russische, ihrem Wesen nach bekanntlich internationalistisch ist.

Somit haben die meisten Experten um die Jahrtausendwende die Perspektiven der russischen Sozialdemokratie pessimistisch gesehen. Die kleinen und einflusschwachen sozialdemokratischen Parteien und Verbände, die weder über eine ernst zu nehmende soziale Basis, noch über tragfähige Organisationsstrukturen, noch über markante Führungspersönlichkeiten im Zentrum und vor Ort verfügten, konnten weder der KPRF noch den Regierungsparteien, die sich ständig wandelten und ideologisch anpassten, ohne die unmittelbare Nähe zur Exekutivgewalt aufzugeben ('Demokratische Wahl Russlands', 'Unser Haus Russland', 'Einheit'), eine reale Konkurrenz machen.

Phase III: 2000 bis 2006 – Versuche einer Vereinigung der sozialistischen und sozialdemokratischen Kräfte.

Diese Etappe ist hauptsächlich mit den Versuchen verbunden, die zahlreichen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Russland zu vereinen, die schließlich in die Entstehung eines neuen Spielers am linken Flügel, nämlich der Partei 'GERECHTES RUSSLAND / Heimat, Rentner, Leben', gipfelten.

Anfang 2000 wandten sich die führenden Vertreter mehrerer sozialdemokratischer Parteien und Verbände an den ehemaligen Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow, mit dem Aufruf, die sozialdemokratische

Bewegung in Russland zu vereinigen und sich an deren Spitze zu stellen. Dieser Zeitpunkt war nicht von ungefähr gewählt: Die tiefe Krise der russischen Sozialdemokratie war offensichtlich, und nach dem Ausscheiden Jelzins schien ein Comeback Gorbatschows durchaus möglich zu sein.

Auf dem Gründungsparteitag der neuen ‘Sozialdemokratischen Partei Russlands’ (SDPR) am 24. November 2001 wurden Michail Gorbatschow und Konstantin Titow zu deren Co-Vorsitzenden gewählt. Der Parteitag verabschiedete das Programm ‘Sozialdemokratische Alternative für Russland’. Darin wurde als Hauptziel definiert: “Die Bewegung hin zu einer offenen, gerechten und demokratischen Gesellschaft, in der es zu einer Integration der allgemeinmenschlichen, sozialdemokratischen und liberalen Werte kommt, der Markt sich an den Interessen des Menschen orientiert und die gleichen Möglichkeiten für alle sich mit dem Schutz der Schwachen verbinden” (Программа СДПР 2003). Im Herbst 2001 wurde die SDPR auf dem 22. Kongress der Sozialistischen Internationale in Sao Paulo (Brasilien) als erste russische Partei als assoziiertes Mitglied aufgenommen. Schon Ende 2003 kam es in der SDPR jedoch zu einer inneren Krise im Zusammenhang mit Meinungsverschiedenheiten über die Wahlkampfstrategie für die Dumawahl. Im Frühjahr 2004 trat Gorbatschow vom Posten des Co-Parteivorsitzenden zurück, im Herbst folgte Titow. Der ehemalige UdSSR-Präsident war gescheitert, die SDPR arbeitete ohne ihn weiter.¹

Im Vorfeld der neuen Parlamentswahl 2005/2006 entstanden neue Projekte zum Zusammenschluss linksorientierter Parteien. Nach einer Serie von Gesprächen wurde 2005 eine vorläufige Vereinbarung über die Vereinigung der SDPR, der ‘Volkspartei’ des Duma-Abgeordneten Gennadij Gudkow und der ‘Russischen Konstitutionell-Demokratischen Partei’ von Wjatscheslaw Wolkow erzielt. Aber auch dieser Versuch wurde nach langen Verhandlungen wieder begraben. Im November 2006 ein erneuter Anlauf: die führenden Vertreter von vier Parteien – der SDPR (W. Kischenin), der ‘Volkspartei’ (G. Gudkow), der ‘Partei der Sozialen Gerechtigkeit’ (A. Podberjoskin) (s. Homepage партия социальной справедливости) und der ‘Partei der Wiedergeburt

¹ 2001 verabschiedete die Staatsduma das Föderale Gesetz über die politischen Parteien, in welchem die Anforderungen an die Eintragung und die Aktivitäten der politischen Parteien in der Russischen Föderation drastisch verschärft wurden. Als Folge dieses Gesetzes ging die Zahl der Parteien in Russland im Zeitraum 2003 bis 2007 stark zurück. Anfang 2007 fasste die Föderale Registrationsbehörde den Beschluss, die Sozialdemokratische Partei Russlands aufzulösen, weil sie die Anforderungen, die gemäß dem genannten Gesetz an die politischen Parteien gestellt werden, nicht erfüllte. So ruhmlos endete die politische Existenz der SDPR. Auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale in Athen im Sommer 2008 wurde sie aus dieser Organisation ausgeschlossen.

Russlands‘ (G. Selesnjow) – unterschrieben eine Koalitionsvereinbarung, die darauf hinauslief, im Vorfeld der Dumawahl 2007 eine einheitliche Partei des linken Zentrums zu schaffen. Anschließen sollte sich auch die ‘Partei Patrioten Russlands‘, angeführt vom Duma-Abgeordneten Gennadij Semigin (s. Homepage Патриоты России). Wegen übermäßiger Ambitionen der einzelnen Parteiführer blieb aber auch dieses Projekt auf dem Papier.

Noch einen missglückten Versuch, vor der Parlamentswahl 2007 die linksorientierten und patriotischen Kräfte zusammenzubringen, unternahm der Vorsitzende der Partei ‘Patrioten Russlands‘ und ehemalige Duma-Abgeordnete Gennadij Semigin. Ihm schloss sich jedoch nur der ehemalige Sprecher der zweiten und dritten Staatsduma Gennadij Selesnjow mit den spärlichen Resten seiner ‘Partei der Wiedergeburt Russlands‘ an. Die ‘Patrioten Russlands‘ erhielten trotz der bedeutenden Organisations- und Finanzressourcen, die Semigin in dieses Projekt investierte, bei der Dumawahl 2007 nur 0,89 % der Stimmen.¹

Ein neues Parteiprojekt: ‘Gerechtes Russland‘

Im Sommer 2006 erlebte der Fusionsprozess von sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Russlands eine unerwartete Wende: Die Vorsitzenden von drei Parteien – Sergej Mironow (‘Russische Partei des Lebens‘), Alexander Babakow (‘Rodina/Heimat-Partei‘) und Igor Sotow (‘Rentnerpartei‘) – erklärten, dass sich ihre Parteien zu einer neuen linksorientierten Partei vereinigten. Mit einer politischen Plattform, in der ihre sozialdemokratische Position klar umrissen war, beteiligte sich die neue Partei ‘GERECHTES RUSSLAND / Heimat, Rentner, Leben‘ 2007 an der Dumawahl. Erstmals in der postsowjetischen Geschichte Russlands erklärte eine Partei, die reale Chancen hatte, in die Unterammer des russischen Parlaments einzuziehen, offen, sie vertrete sozialdemokratische Werte.

Schon Anfang 2007 schlossen sich die NPRF Gennadij Gudkows, die ‘Sozialistische Einheitspartei Russlands‘ des Duma-Abgeordneten Wassilij Schestakow, die ‘Partei für Unternehmertumsentwicklung‘ Iwan Gratschows und die ‘Russische Konstitutionell-Demokratische Partei‘ Wjatscheslaw Wolkows der Partei ‘GERECHTES RUSSLAND / Heimat, Rentner, Leben‘ an. Später kamen die ‘Partei der Sozialen

¹ Alexej Podberjoskins ‘Partei der Sozialen Gerechtigkeit’, die sich keinem Vereinigungsprojekt hatte anschließen können, erzielte magere 0,22 % Stimmen.

Gerechtigkeit‘ Alexej Podberjoskins und die ‘Partei der Grünen‘ Anatolij Panfilows hinzu. Somit beteiligten sich insgesamt neun politische Organisationen am Vereinigungsprozess.

Dieser Fusionsprozess war in bedeutendem Maße mit der Änderung der Parteiengesetze verbunden, die die Auflagen bei der Eintragung und Neuregistrierung der Parteien erschwerten. Dies zwang kleinere Parteien dazu, Verbündete zu suchen und sich größeren Verbänden anzuschließen, um an den Wahlen teilnehmen zu dürfen. Einige Parteien, wie beispielsweise die ‘Landwirtschaftliche Partei Russlands‘, schlossen sich mit der Partei ‘Einiges Russland‘ zusammen, andere verschwanden ganz von der politischen Bühne. Die Partei ‘GERECHTES RUSSLAND‘ konnte innerhalb von drei Jahren die politischen und organisatorischen Ressourcen von neun politischen Organisationen integrieren, was in der modernen russischen Gesellschaft ein einmaliges Beispiel der Konsenserreichung darstellt.

Die Regionalwahlen 2007 erlaubten der neuen Partei aber, auf der politischen Bühne Fuß zu fassen und erfahrenen Akteuren wie der KPRF und der Regierungspartei ‘Einiges Russland‘ ernsthafte Konkurrenz zu machen. In der Region Stawropol blieb ‘GERECHTES RUSSLAND‘ sogar vor ‘Einiges Russland‘ (37,62 % zu 23,93 %). Die Zusammenlegung der Wahlressourcen führte aber nicht automatisch zu einer Addition der Wählerstimmen. Während das summarische Wahlergebnis der drei Gründer-Parteien ‘Rodina‘/Heimat, ‘Rentnerpartei‘ und ‘Partei des Lebens‘ bei den Regionalwahlen im Herbst 2006 rund 21 Prozent ausmachte, erzielte das neugegründete ‘GERECHTES RUSSLAND‘ bei den Wahlen zu den regionalen Vertretungsorganen im Frühjahr 2007, als sie zum ersten Mal als selbständige Partei zur Wahl antrat, lediglich 11,7 Prozent.

Dieser Erfolg im Vorfeld der Dumawahl im Dezember 2007 bestätigte die guten Perspektiven des neuen Parteiprojektes:

- Die Partei stärkte sich mit markanten Persönlichkeiten, die aus anderen Parteien hinstießen; Swetlana Gorjatschewa, Elena Drapeko, Alexander Kuwajew und Ilja Ponomarjow aus der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation; Galina Chowanskaja, Elena Misulina und Michail Jemeljanow aus der ‘Jabloko-Partei‘; Anatolij Grischnewikow aus der Partei ‘Volkswille‘; Valerij Subow aus der ‘Republikanischen Partei Russlands‘; Alexej Mitrofanow aus der Liberaldemokratischen Partei Russlands; und andere (s. Homepage СПРАВЕДЛИВАЯ РОССИЯ – Фракция);

- Einige regionale Abteilungen der KPRF, die die Position ihrer Führung missbilligten, traten kollektiv zu ‘GERECHTES RUSSLAND‘ über.

Phase IV: 2007 bis 2011 – Verankerung der Sozialdemokratie im politischen Raum Russlands und ihre Institutionalisierung als Parlamentsopposition.

Nach der Dumawahl am 2. Dezember 2007 zog die Partei ‘GERECHTES RUSSLAND / Heimat, Rentner, Leben‘ mit 7,74 % Stimmen (KPRF: 11,57 %) ins russische Parlament ein und bildete eine Fraktion aus 38 Abgeordneten. Zum ersten Mal in der Geschichte des postsowjetischen Russland gelangte eine Partei, die sich offen zur Sozialdemokratie bekannte, ins russische Parlament.

Nach 2007 spitzten sich die Gegensätze zwischen der Regierungspartei und dem oppositionellen ‘GERECHTEN RUSSLAND‘ immer mehr zu, was zu heftigen politischen Auseinandersetzungen in einigen Regionen führte. Trotz der Hindernisse, die die Behörden der neuen Partei in den Weg legten, konnte sie imposante Wahlergebnisse vorweisen: im Gebiet Saratow (14 % im Dezember 2007), in der Republik Udmurtien (13 % im Dezember 2007), in der Republik Jakutien (15 % im Frühjahr 2008), im Gebiet Tula (14 % im Herbst 2009), im Gebiet Archangelsk (16 % im Frühjahr 2009). Vertreter von ‘GERECHTES RUSSLAND‘ wurden zu Bürgermeistern von Samara, Kowrow, Wolschski, Ust-Ilimsk, Sewerouralsk und Lesnoje gewählt.

Die parlamentarischen Aktivitäten der Fraktion ‘GERECHTES RUSSLAND‘ fügen sich durchaus in die Logik der von ihr proklamierten sozialdemokratischen Orientierung ein. Das Abstimmen gegen die Staatshaushalte und das Antikrisenprogramm der Regierung, die Erarbeitung von Gesetzentwürfen im Bereich des Schutzes der sozialen und Arbeitsrechte der Bürger, die gegen die Korruption gerichteten Vorschläge und das Programm zur Neuordnung der kommunalen Selbstverwaltung, bewiesen überzeugend die Bereitschaft der Partei, die Umsetzung ihrer Wahlprogramme und –lösungen anzustreben.

Dies führte dazu, dass die Partei ‘GERECHTES RUSSLAND‘ bei der Parlamentswahl am 4. Dezember 2011 noch besser abschnitt und mit 13,24 % den dritten Rang nach ‘Einiges Russland‘ und KPRF belegte. Im Parlament konnte sie bereits eine 64-köpfige Fraktion bilden (siehe Tabellen). Im Rahmen der Wahlkampagne kritisierte ‘GERECHTES RUSSLAND‘ recht harsch die Regierungspartei ‘Einiges Russland‘ und deren politischen Kurs und forderte eine Demokratisierung des politischen Systems und eine Verstärkung der Sozialpolitik.

Internationale Aktivitäten

Die Erfolge der neuen russischen linksorientierten Partei entgingen nicht der Aufmerksamkeit der Führung der Sozialistischen Internationale

(SI): Am 5. Mai 2007 besuchte deren Generalsekretär Luis Ayala, Moskau. Hier traf er sich mit dem Vorsitzenden der Partei 'GERECHTES RUSSLAND', Sergej Mironow (s. Homepage СПРАВЕДЛИВАЯ РОССИЯ – Визит) und lud diesen ein, in der nächsten Sitzung des Rates der Sozialistischen Internationale am 29./30. Juni 2007 in Genf zu sprechen, sowie der SI-Kommission für nachhaltige Entwicklung der Weltgemeinschaft beizutreten. Ab diesem Zeitpunkt begann eine enge Zusammenarbeit zwischen der SI und der Partei 'GERECHTES RUSSLAND', die dieser Partei Anerkennung auf internationaler Ebene sicherte.

Es wäre sinnvoll, die internationalen Aktivitäten von 'GERECHTES RUSSLAND' hervorzuheben. Es wurden drei internationale sozialistische Foren durchgeführt, an denen Aktivisten der russischen Linksbewegung aus verschiedenen Parteien, sowie bekannte russische Politiker und Vertreter ausländischer sozialdemokratischer Parteien teilnahmen (Шевченко В. Н. (Hrsg.) 2008). Diese Foren wurden zu einer repräsentativen Plattform für die Erörterung wichtiger Fragen der sozialdemokratischen Bewegung, sowohl in den Ländern des postsowjetischen Raums, als auch in der ganzen Welt.

Die Fraktion von 'GERECHTES RUSSLAND' mit ihrem Leiter Nikolaj Lewitschew an der Spitze knüpfte Kontakte mit der Gruppe der Sozialisten im Europäischen Parlament. Als Ergebnis dieser Kontakte wurde zum ersten Mal ein Memorandum über die gegenseitige Verständigung zwischen der Sozialistengruppe im Europarlament und der 'GERECHTES RUSSLAND'-Fraktion in der Staatsduma unterzeichnet (Левичев 2008). Somit wurde erstmals die Zusammenarbeit auf Fraktionsebene institutionalisiert.

Auf dem 23. Kongress der Sozialistischen Internationale (SI), der im Juli 2008 stattfand und an dem Vertreter von mehr als 150 sozialdemokratischen Parteien und Verbänden aus 120 Ländern der Welt teilnahmen, wurde der Beschluss gefasst, 'GERECHTES RUSSLAND' in die SI aufzunehmen (Гуселегов 2009).

Vertreter der Partei arbeiteten aktiv in den SI-Kommissionen für die nachhaltige Entwicklung der Weltgemeinschaft und für globale Finanzen mit und nahmen an der Tätigkeit der ständigen Sozintern-Ausschüsse für Abrüstung, Wirtschaftspolitik, sozialen Zusammenhalt, Länder der GUS und Lateinamerikas teil. Mit Berücksichtigung der Tatsache, dass viele Parteien, die der Sozialistischen Internationale angehören, in ihren Ländern regieren, sollte man die Möglichkeit auf dieser Plattform die Position Russlands zu artikulieren und zu vertreten, sehr positiv einschätzen.

Im Februar 2010 wurde auf Initiative von 'GERECHTES RUSSLAND' die erste Sitzung des Forums der sozialistischen Parteien der GUS-Länder durchgeführt, an der Vertreter von 14 sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien aus 8 Ländern (Aserbajdschan, Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland und Ukraine) teilnahmen. Einige dieser Parteien verfügten über Fraktionen in den jeweiligen Parlamenten und waren in den politischen Systemen ihrer Länder verankert. Neben dem 'GERECHTEN RUSSLAND' handelt es sich um die 'Partei Dashnakcutyun' aus Armenien, die schon seit einigen Legislaturperioden eine Fraktion im Parlament hat und zur Regierungskoalition gehört, um die 'Demokratische Partei Moldawiens', die gegenwärtig der Regierungskoalition angehört und um die 'Sozialdemokratische Partei Kirgisistans', die ebenfalls über eine Parlamentsfraktion verfügt. Die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien im postsowjetischen Raum macht deutlich, dass die Sozialdemokraten und Sozialisten der GUS-Länder allmählich zu einer realen politischen Kraft werden und zum Unterschied von den Konservativen, Liberalen und Kommunisten zeigen, dass sie zur Kooperation bereit sind, um die Interessen ihrer Wähler besser schützen und die politische und zivilgesellschaftliche Integration im GUS-Rahmen stärken zu können.

Fazit

Gegenwärtig sieht sich die Partei 'GERECHTES RUSSLAND' vielen ersten Aufgaben gegenüber, insbesondere:

- Die Überwindung der weit verbreiteten Meinung, sie sei eine "Ersatzpartei der Regierung";
- Die Überwindung der eigenen Unentschlossenheit im politischen Handeln;
- Die Erhöhung des Rankings und der Popularität der Partei;
- Der Aufbau einer wirksamen Partnerschaft mit verschiedenen gesellschaftlichen Verbänden wie Frauen-, Jugend-, Veteranenorganisationen, Gewerkschaften u.a.m.;
- Der Ausbau der Vertretung in Organen der Legislative und Exekutive auf verschiedenen Ebenen, besonders in den Kommunen, die traditionell die Basis der Sozialdemokratie darstellen.

Russland steht vor der Aufgabe, allmählich einen Parteienwettbewerb herauszubilden, dessen ideologisch-politisches Spektrum drei Hauptzentren aufweisen muss: ein rechtes (liberales), eine politische Mitte (konservatives) und ein linkes (sozialistisches). Dies ist die wichtigste Grundlage für ein nachhaltiges politisches System des modernen sozialen

Staates und ein effektiver Mechanismus der Interessenvertretung. Ein realer Beleg für die Wirksamkeit eines demokratisch-pluralen Systems wäre die Übergabe der Macht durch die Regierungspartei an die Opposition als Ergebnis einer demokratischen Wahl. Gerade der Machtwechsel im Zuge demokratischer Wahlen zwischen diesen Zentren, die von einer oder mehreren Parteien vertreten werden, und die Möglichkeit einer legalen Machtergreifung durch die Opposition würden erlauben, von dem Abschluss der demokratischen Umgestaltung Russlands und der Installierung eines stabilen politischen Systems zu sprechen, das von innen heraus entwicklungs- und modernisierungsfähig wäre und das Land endgültig in die demokratische Weltgemeinschaft integrieren würde.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Partei 'GERECHTES RUSSLAND' vor dem Hintergrund der globalen Tendenz zur Abschwächung der Rolle der Parteien im politischen Prozess ihre Nische im politischen Spektrum hat einnehmen können. Als Ergebnis der langwierigen Evolution der russischen Sozialdemokratie entstand in Russland eine reale sozialdemokratische Kraft, die Partei 'GERECHTES RUSSLAND', die über 430.000 Mitglieder zählte, in den beiden Kammern des russischen Parlaments vertreten war und in 67 gesetzgebenden Versammlungen von russischen Föderationssubjekten über 300 Abgeordnete hatte. Diese Partei ist von der weltweiten sozialistischen Bewegung anerkannt worden und ist seit August 2012 vollberechtigtes Mitglied der Sozialistischen Internationale, sie pflegt freundschaftliche Kontakte mit sozialdemokratischen, sozialistischen und anderen linken Parteien in Europa, Nord- und Südamerika, China, Japan und anderen Ländern. Die Partei hat eine gute Wahlperspektive, sie verfügt über reale Möglichkeiten, ihre programmatischen Ziele und Aufgaben zum Schutz der Interessen der meisten Bürger Russlands praktisch umzusetzen.

Zugleich steht die Partei immer noch vor der Aufgabe, die noch recht weit verbreitete Meinung, sie sei eine "Ersatzpartei der Regierung" sowie der eigenen Unentschlossenheit im politischen Handeln zu überwinden, ihr Ranking und ihre Popularität zu erhöhen, eine wirksame Partnerschaft mit verschiedenen gesellschaftlichen Verbänden wie Frauen-, Jugend-, Veteranenorganisationen, Gewerkschaften u.a.m. aufzubauen und ihre Vertretung in Organen der Legislative und Exekutive auf verschiedenen Ebenen, besonders in den Kommunen, die traditionell die Basis der Sozialdemokratie stellen, weil sie unmittelbar für die Menschen arbeiten, auszubauen.

Es sei betont, dass allein schon die Tatsache, dass in Russland eine sozialdemokratische Partei entstanden ist und die Ideen der modernen Sozialdemokratie in den gesellschaftlichen Diskurs eingeführt wurden, eine sehr positive Rolle bei der Entwicklung des parteipolitischen Systems Russlands spielt. In den letzten 20 Jahren legte Russland den

Weg von einer unübersichtlichen Multiparteilichkeit zu einem gemäßigten Mehrparteiensystem mit einer begrenzten Anzahl von Parteien zurück – sowohl im Hinblick auf die Anzahl der eingetragenen Parteien als auch in Bezug auf die Anzahl der Parlamentsparteien. Wir gehen davon aus, dass die kürzlich in Kraft gesetzte Milderung des Gesetzes über die Eintragung der politischen Parteien nicht zu einer wesentlichen Mehrung der Anzahl der Spieler auf dem politischen Feld führen wird. Wir dürften eher eine gewisse Erweiterung des politischen Spektrums erwarten – vor allem am rechten Flügel.

Anhang

Tabelle 1: Wählerunterstützung der linken Parteien bei den Parlamentswahlen (Stimmen in Prozent)

	1993	1995	1999	2003	2007	2011
kommunistische Parteien	20,39	31,53	27,12	16,25	11,57	19,19
linkszentristische (sozialistische und sozialdemokratische) Parteien	9,02	9,44	4,86	14,65	11,15	13,24
INSGESAMT	29,41	40,97	31,98	30,90	22,72	32,43

Источники: Официальный сайт ЦИК. Данные о результатах выборов по федеральному избирательному округу за 1999, 2003, 2007 гг [Quelle: Offizielle Webseite der Zentralen Wahlkommission. Wahlergebnisse im Zentralen föderalen Bezirk 1999, 2003, 2007]. [Электронный ресурс]. URL: http://www.cikrf.ru/vib_arhiv/gosduma

Tabelle 2: Ergebnis der Wahl 2011 zur Staatsduma der RF (6. Legislaturperiode)

Partei	Stimmen	%	Sitze	Differenz zur Wahl 2007 (in %)
Einiges Russland	32.379.135	49,32	238	– 14,98
KPRF	12.599.507	19,19	92	+ 7,62
GERECHTES RUSSLAND	8.695.522	13,24	64	+ 5,50
LDPR	7.664.570	11,67	56	+ 3,53
Jabloko	2.252.403	3,43	0	+ 1,84
Patrioten Russlands	639.119	0,97	0	+ 0,08
Rechte Sache	392 806	0,60	0	– 1,54
Ungültige Wahlzettel	1.033.464	1,57	–	+ 0,52
Insgesamt	65.656.526	100 %	450	–

Literatur

Медведев Р. А. (1993) Генерал Руцкой и его партия [R. A. Medwedew, General Ruzkoj und seine Partei] In: Левая газета, № 6 (12), 4–5.

Хроника.(1991) О деятельности лидера Демократической партии коммунистов России (ДПКР) и НПСР; Мы – за единую Россию [Über die Tätigkeit des Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Kommunisten Russlands (DPKR) und der NPSR] In: Хроника №.72, 2.

Альтернатива (1992) Интервью с лидером Народной партии Свободная Россия А. Руцким о деятельности партии; НПСР [Interview mit dem Vorsitzenden der Volkspartei Freies Russland A. Ruzkoj über die Aktivitäten der Partei] In: Альтернатива № 1 (15), 4.

Программа СДПР (2003) [Programm der SDPR], Moskau.

Сайт партии социальной справедливости [Offizielle Webseite der politischen Partei der Sozialen Gerechtigkeit]. [Электронный ресурс]. URL: <http://www.pp-pss.ru/>

Сайт Патриоты России [Offizielle Webseite der politischen Partei Patrioten Russlands]. [Электронный ресурс]. URL: <http://www.patriot-rus.ru>

Сайт СПРАВЕДЛИВАЯ РОССИЯ. – Фракция. Состав фракции СПРАВЕДЛИВАЯ РОССИЯ. [Zusammensetzung der Fraktion GERECHTES RUSSLAND. Webseite GERECHTES RUSSLAND]. [Электронный ресурс]. URL: http://www.spravedlivo.ru/duma/section_77.

Сайт СПРАВЕДЛИВАЯ РОССИЯ – Визит. К итогам визита Генерального секретаря Социтерна Луиса Айялы в Москву, 7 июня 2007 года. [Über die Ergebnisse des Besuches des Generalsekretärs der Sozialistischen Internationale Luis Ayala in Moskau. Offizielle Webseite der politischen Partei GERECHTES RUSSLAND]. [Электронный ресурс]. URL: <http://www.spravedlivo.ru/news/1529.smx>.

Шевченко В. Н. (Hrsg.) (2008) Материалы I. Международного социалистического форума «Решение социальных проблем XXI века – социалистическая перспектива, [Schewtschenko W. N. (Hrsg.) (2008) Dokumente des 1. Internationalen sozialistischen Forums “Bewältigung der sozialen Probleme des 21. Jahrhunderts – sozialistische Perspektive. Moskau].

Левичев Н. В. (2008) Визит в Брюссель станет очередным шагом на пути вступления «Справедливой России» в Социтерн. Официальный сайт партии СПРАВЕДЛИВАЯ РОССИЯ. 9 апреля 2008 года [N. W. Lewitschew. Besuch in Brüssel als neuer Schritt zum Beitritt von Einiges Russland in die Sozialistische Internationale. Offizielle Webseite der Partei EINIGES RUSSLAND]. [Электронный ресурс]. URL: <http://www.spravedlivo.ru/news/5945.smx>.

Гуселетов В. (ред.) (2009) Материалы XXIII Конгресса Социалистического Интернационала [Dokumente des 23. Kongresses der Sozialistischen Internationale (hrsg. B. Gusseletow)]. – Moskau.

DIE PARTEI ‚GERECHTES RUSSLAND‘

W. P. Sharkow

I. Die Parteienlandschaft des modernen Russland

Das politische System Russlands kann formell als Mehrparteiensystem bezeichnet werden. Im April 2012 trat eine Änderung des Gesetzes über politische Parteien in Kraft, die die Regeln der Registrierung vereinfachte. Hatte das Justizministerium zuvor acht politische Parteien zugelassen, waren es bis zum Jahresende 2013 schon 74. Unter den neu zugelassenen Parteien finden sich nicht nur Neugründungen, sondern auch solche, die in früheren Jahren verboten wurden. Hierzu zählt die dem liberalen Spektrum zugerechnete ‚Republikanische Partei Russlands – Partei der Volksfreiheit‘ (PRP–PARNAS) mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Russlands Michail Kassjanov, dem ehemaligen ersten Vize-Ministerpräsidenten der Russischen Föderation Boris Nemzov und dem früheren Duma-Abgeordneten Wladimir Ryschkov¹ an der Spitze. Ihre Wiederzulassung wurde Anfang 2012 vor dem europäischen Gerichtshof durchgesetzt. Unter den neuen Parteiprojekten findet sich auch die der liberalen Richtung zugerechnete ‚Bürgerplattform‘ des Großunternehmers Michail Prochorov, während die ‚Volksallianz‘ unter Führung von Alexej Navalny, einem der populärsten Oppositionellen,² zunächst nicht zugelassen wurde und nun die Registrierung unter der neuen Bezeichnung ‚Fortschrittspartei‘ beantragt hat.

Angesichts der hohen Anzahl an Parteien ist es wenig überraschend, dass die Masse der Wähler die Mehrheit dieser neuen Parteien nicht kennt. Weder sind sie aus einer Reformbewegung hervorgegangen, noch haben sie in der Öffentlichkeit ein bekanntes programmatisches Profil. Einzig Navalny hat mit seinen Anti-Korruptionskampagnen eine öffent-

¹ Ryschkov hat die Partei am 8. Februar 2014 verlassen.

² Bei den Bürgermeisterwahlen in Moskau im Herbst 2013 belegte Alexej Navalny mit 27 Prozent der Stimmen den zweiten Platz hinter Amtsinhaber Sergej Sobjanin.

liche Präsenz und mit seinem Wirken verbinden manche die Hoffnung, dass sich eine neue, starke Oppositionspartei herausbilden kann.

Wirklich bedeutend sind in Russland momentan nur vier Parteien, die auch in der Staatsduma, dem Unterhaus der Föderationsversammlung, vertreten sind: ‚Einiges Russland‘ (238 Sitze), die ‚Kommunistische Partei der Russischen Föderation‘ (KPRF; 91 Sitze), ‚Gerechtes Russland‘ (64 Sitze) und die ‚Liberal-Demokratische Partei Russlands‘ (LDPR; 56 Sitze). Diese vier Parteien sind auch in den meisten regionalen Parlamenten vertreten. Die schon vor der Liberalisierung des Parteiengesetzes registrierten Parteien ‚Rechte Sache‘ und ‚Jabloko‘ erleben seit Jahren einen Niedergang und haben praktisch keine parlamentarische Präsenz mehr – weder auf föderaler, noch auf regionaler Ebene. Die ‚Patrioten Russlands‘ verbinden moderate Linkspositionen und nationalistische Rhetorik und sind in einzelnen regionalen Parlamenten repräsentiert.

Mit der absoluten Mehrheit sowohl in der Staatsduma als auch im Föderalen Rat, der die Subjekte der Föderation repräsentiert, nimmt ‚Einiges Russland‘ eine dominante Stellung ein. Ihr Vorsitzender ist der russische Regierungschef Dmitrij Medvedev. Neben der parlamentarischen Parteienarbeit hat sich in den letzten Jahren die ‚Allrussische Volksfront‘ entwickelt, die vom Präsidenten der Russischen Föderation Vladimir Putin angeführt wird. Ihr gehört als Mitglied auch ‚Einiges Russland‘ an. Die Front ist eine überparteiliche politische Organisation, die etatistische und populistische Ideen verbindet. Sie vereint Parteien, öffentliche Organisationen, Gewerkschaften, berufliche Allianzen, Arbeitskollektive und Privatpersonen, die Loyalität gegenüber dem derzeitigen Regime und Putin als dessen Spitze demonstrieren. Zur Volksfront gehören von den „alten Parteien“ außerdem noch die ‚Patrioten Russlands‘. Die ‚KPRF‘, die ‚LDPR‘ und ‚Gerechtes Russland‘ verweigern bislang die Beteiligung an der Volksfront. Die Parteivorsitzenden von ‚Gerechtes Russland‘, Sergej Mironov und Nikolaj Levitshev, erklärten ihre Ablehnung des Beitritts zur Volksfront öffentlich mit der Begründung, dass ihre Partei in Opposition zur heutigen Regierung stehe.

II. Die Entstehung der Partei ‚Gerechtes Russland‘

Eine eigene Chronik beginnt für ‚Gerechtes Russland‘ am 29. August 2006 im Pressezentrum der Zeitung „Argumenty i Fakty“, als die Vorsitzenden dreier Parteien – Sergej Mironov (‚Partei des Lebens‘), Alexander Babakov (‚Rodina‘ [Heimat]) und Igor Sotov (‚Russische Partei der Pensionäre‘) die Vereinbarung „Über die wichtigsten Grundsätze der Vereinigung auf gleichberechtigter Grundlage“ unter-

zeichneten. Darin wird festgehalten, dass sich die Führung der neuen Partei aus den Führungen der drei Parteien bilden wird, wobei die ‚Partei des Lebens‘ und damit Sergej Mironov die führende Rolle der Allianz übernehmen soll.

Am 28. Oktober 2006 fand der Gründungskongress von ‚Gerechtes Russland‘ statt. ‚Rodina‘, die ‚Partei des Lebens‘ und die ‚Russische Partei der Pensionäre‘ lösten sich auf. Absprachegemäß wurde Mironov zum Vorsitzenden gewählt. Mironov war zu dieser Zeit Vorsitzender des Föderationsrats – dem Oberhaus der Föderationsversammlung – und bekleidete in dieser Funktion das dritthöchste Amt im Staat. Er galt als jemand, der die persönliche Unterstützung des russischen Präsidenten Putin hatte.

Der Vorgang der Parteienverschmelzung erschütterte zweifellos die Aktiven von ‚Rodina‘, die in der Mehrheit – einschließlich des informellen Vorsitzenden Dmitrij Rogozin – extrem nationalistische Ansichten vertraten. Die Umwandlung des Parteitages von ‚Rodina‘ in den Gründungskongress von ‚Gerechtes Russland‘ konnte als Realisierung eines Planes der Präsidialverwaltung interpretiert werden, die gefährlich populär gewordene ‚Rodina‘ als nationalistisch-sozialistische politische Kraft zu liquidieren. Die Umstände der Verschmelzung und die mangelnde Abstimmung mit den Parteiorganen und Mitgliedern führten alsbald zu Spannungen und schließlich zum Austritt und zur Wiedergründung. Heute ist die Partei ‚Rodina‘ als national-konservative Partei wiederbelebt und ihr informeller Vorsitzender Rogozin bekleidet seit 2011 den Posten des Vizepremiers in der Regierung der Russischen Föderation. Genauso erklärte die ‚Partei der Pensionäre‘ ihre Rückkehr und wurde 2012 erneut registriert.

Bei der Betrachtung der Gründung von ‚Gerechtes Russland‘ darf ein Ereignis nicht übersehen werden. In März 2006, also einige Monate vor dem Vereinigungskongress fand ein geschlossenes Treffen zwischen Vladislav Surkov, dem stellvertretenden Leiter der Präsidialverwaltung der Russischen Föderation, der für die Innenpolitik verantwortlich war, und den führenden Politikern der ‚Partei des Lebens‘ statt. Das Protokoll des Treffens wurde im August 2006 auf die Website der ‚Partei des Lebens‘ gestellt, als eine öffentliche Debatte über die Allianz der drei Parteien einsetzte. Im Protokoll wird Surkov mit folgenden Sätzen zitiert: „Das Problem besteht darin, dass es keine Alternativpartei gibt, kein ‚zweites Bein‘ in der Gesellschaft, auf welches man treten könnte, wenn das erste Bein eingeschlafen ist. Das macht das System instabil. Das verstehen wir alle, und die Aufgabe für die bevorstehende politische Periode ist es, eine solche politische Macht zu etablieren, die in einer bestimmten

Perspektive die heute dominierende Partei ablöst”.¹ Er stellte fest, dass sich im Staat de facto eine Konfrontationsstellung entwickelt hat, in dem ‚Einiges Russland‘ dem gesamten Konglomerat der Vertreter linker und nationalistischer Ideen gegenübersteht. Dieses System erfordere seiner Meinung nach eine Verbesserung durch die Gründung einer mächtigen Kraft, die die moderaten linkspatriotischen Flügel vereint. Die angestrebte Zukunft stellte sich der stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung derart vor: „Vielleicht entwickelt sich daraus irgendwie – irgendwann nach der Transformation dieses moderat linken bzw. moderat patriotischen Spektrums, nach seiner Modernisierung, seiner Verjüngung und dem Einzug normaler Traditionen – eine Sozialdemokratie und gesunder Patriotismus”.² Als positives Beispiel erwähnte Surkov Nachkriegsdeutschland, wo es im Moment der Entwicklung des politischen Systems im Anschluss an die Herrschaft von ‚CDU\CSU‘ zu einer Großen Koalition unter Beteiligung der Sozialdemokraten kam.

Abgesehen davon, dass sich Surkov als unbeteiligter „Kritiker und untätiger Beobachter” positionierte, wird seine Anwesenheit und seine Rede von vielen politischen Analysten als unwiderlegbarer Beweis dafür gesehen, dass das neue Projekt einer linken Front vom Kreml initiiert wurde. Die angesehenere russische Zeitung „*Kommersant*” bewertete den Aufbau der linken Front als Bestreben der präsidentiellen Polittechnologien, „ein Zweiparteiensystem in Russland zu schaffen, wobei sich die Macht je nach Bedarf auf die eine oder andere Partei stützen könne”.³ Aleksei Tchesnakov, stellvertretender Leiter der Abteilung Innenpolitik unter Surkov, bestätigte im Nachhinein, dass die Präsidialverwaltung Mironov Hilfe leistete. Dessen ‚Partei des Lebens‘ war bei den Wahlen 2003 erfolglos geblieben und marginalisierte sich Anfang 2006 in hohem Tempo.

Die Vereinigung mit den zwei relativ großen Parteien und der Wechsel zu einem die Wähler ansprechenden Namen erlaubten mehrere Dinge:

- der Vorsitzende des Oberhauses Mironov wurde politisch gestärkt und mit ihm gewann man einen lenkbaren Spieler auf dem linkspatriotischen Flügel;

¹ Protokoll des Treffens in russischer Sprache verfügbar auf: <http://web.archive.org/web/20070707165914/http://rpvita.ru/activity/opinion/5009.html> (letzter Zugriff: 16.01.2014).

² Ebd.

³ Barahova, A.(2006). Stenogramma-minimum (das Stenogramm, kurze Variante). In: *Kommersant* (der Händler). 16.08.2006. URL: <http://www.kommersant.ru/doc/697936/> (letzter Zugriff: 16.01.2014).

- ‚Rodina‘ erhielt ihren (vorläufigen) Todesstoß, charakteristisch dafür auch die Umstände, unter denen Rogozin im März 2006 sein Parteiamt auf dringende Bitte des Kremls niederlegte;

- die KPRF konnte geschwächt werden, da von ihr einige bekannte Politiker zu ‚Gerechtes Russland‘ wechselten.

Währenddessen galt ‚Gerechtes Russland‘ von Anfang an als “Systempartei”. Im Verständnis des Kreml bedeutete dies, dass sie an den traditionellen Beratungen und Tagungen im Kreml teilnahm und alle zwei Wochen auch zahlreiche Fragen mitdiskutierte, die mit der politischen Planung verbunden waren. Genau wie auch ‚Einiges Russland‘ – nur zu anderen Terminen. Mironov und sein Umfeld begründeten die privilegierte Stellung unentwegt mit den besonderen Beziehungen zu Präsident Putin aufgrund der Zugehörigkeit zur sogenannten “Petersburger Mannschaft” und der hohen Stellung des Parteivorsitzenden in der Staatshierarchie, welche mit der Position des Vorsitzes des Föderationsrates einherging.

III. Mitgliederzahl und Organisationsstruktur

Die Partei ‚Gerechtes Russland‘ hat eine unitarische und zentrale Struktur. Regionale Abteilungen werden vom Präsidium des Zentralrates der Partei gegründet und kontrolliert, das als ständiges höchstes Exekutivorgan fungiert. Die Regionalabteilungen wählen ferner die Repräsentanten für den Parteitag, der das formell höchste Organ der Partei ist. Praktisch wird die Tagesordnung des Parteitages sowie die gesamte Politik vom Präsidium bestimmt, welches aus den Sekretären besteht. Früher existierte außerdem ein Büro des Präsidiums des Zentralrates, dieses wurde jedoch auf dem siebten Parteitag im Oktober 2013 mit dem Ziel der “Debürokratisierung” der Partei aufgelöst. Allerdings war die Struktur von ‚Gerechtes Russland‘ auch danach eine Kopie der traditionellen Organisationsstruktur der ‚KPdSU‘ aus sowjetischen Zeiten. Die meisten russischen Parteien sind analog organisiert.

Ein besonderes administratives Organ mit beratender Funktion stellt die “Kammer der Abgeordneten der Partei” mit ihrem Vorsitzenden Nikolai Levitschev dar. Er ist die zweitwichtigste Person in der Parteihierarchie nach Mironov. Die “Kammer der Abgeordneten” vereinigt die Fraktionsmitglieder von ‚Gerechtes Russland‘ in den föderalen, regionalen und kommunalen Legislativorganen und schließt in ihrer Zusammensetzung das Präsidium des Zentralrats mit ein. Dieses Organ wurde im Jahre 2011 gegründet, nachdem Mironov seinen Posten als Vorsitzender verlassen hatte, um sich so den Status des informellen Vorsitzenden zu bewahren. In der Parteistruktur existiert außerdem ein

zentraler Apparat, der die Handlungsfähigkeit ihrer Führungsorgane gewährleistet.

Laut Angaben des Justizministeriums von 2012¹ sind 83 Regionalabteilungen von ‚Gerechtes Russland‘ registriert. Ihre Mitgliederzahl beträgt 367258 und schwankt in den Regionen zwischen einigen Hundert bis einige Tausend. Lokale Unterabteilungen gibt es für die Rajons [Kreise] und Gemeinden. Die größte regionale Abteilung befindet sich in der Region Tscheljabinsk (15832 Mitglieder). Andere große Abteilungen finden sich im Süden Russlands (Gebiet Rostow: 15147 Mitglieder; Republik Kabardino-Balkarien: 15090; Region Stawropol: 13305; Wolgograder Gebiet: 11365; Region Krasnodar: 10262), im Moskauer Gebiet (14694 Mitglieder) und in einzelnen schwachentwickelten Regionen (Republik Burjatien: 14372; Region Pskov: 12370). In Moskau sind lediglich 4048 Mitglieder registriert und in der Heimatstadt des Parteivorsitzenden Mironov St. Petersburg sind es 1947 Mitglieder.

IV. Die Teilnahme an Wahlen

Wahlen 2007:

‚Gerechtes Russland‘ beteiligte sich zwei Mal (2007 und 2011) an den Duma-Wahlen. Bei der Dumawahl im Dezember 2007 erhielt ‚Gerechtes Russland‘ mit 7,74 %² der Stimmen das niedrigste Ergebnis der Parteien, die die Sieben-Prozent-Hürde überwandern (‚Einiges Russland‘: 64,3 %; ‚KPRF‘ 11,57 %; ‚LDPR‘ 8,14 %) und zog mit eigener Fraktion von 38 Abgeordneten in die Staatsduma ein. Angesichts der gestellten Aufgabe – zweite Systempartei zu werden und die moderaten Linken und Patrioten zu vereinigen – kann man das Resultat keinesfalls als erfolgreich bezeichnen. Im Laufe der Wahlkampagne und nach deren Bilanz sah sich ‚Gerechtes Russland‘ einer vernichtenden Kritik von Seiten ‚Einiges Russland‘ ausgesetzt. Auf die Reputation der Partei wirkte sich der Ausschluss aus dem chancenreichen ersten Drittel der Wahlliste des jungen Schriftstellers und Oppositionspolitikers Sergej Schargunov negativ aus, der früher mit der radikal linken Gruppierung ‚National-Bolschewistische Partei‘ von Eduard Limonov liiert war. Der Ausschluss erfolgte zu Beginn der Wahlkampagne praktisch unverkennbar durch eine Kreml-Verordnung.

¹ Offizielle Website des Justizministeriums <http://minjust.ru/ru/node/2268>

² Stimmanteile nach Daten der Zentralen Wahlkommission der russischen Föderation.

Unterdessen lag das Ergebnis von 7,74 Prozent der Stimmen um ein mehrfaches höher als die 1,88 %, die die Vorgängerin ‚Partei des Lebens‘ im Jahre 2003 bekommen hatte, und auch um vieles über den 0,75 % der Stimmen, die deren Vorsitzender Mironov bei den Präsidentschaftswahlen 2004 erreichte. Bei den Präsidentschaftswahlen im März 2008 verzichtete Mironow auf eine Kandidatur und unterstützte erwartungsgemäß den Kandidaten des Kremls Dmitrij Medvedev.

Bei den Wahlen zu den regionalen Volksvertretungen von 2008 bis 2011 schnitt die Partei schlechter ab. Im Oktober 2009 kam es zu einem politischen Skandal, als die Fraktionen der ‚KPRF‘, ‚LDPR‘ und von ‚Gerechtes Russland‘ gegen die offiziellen Ergebnisse der Kommunalwahlen protestierten und als Zeichen des Protestes einige Tage demonstrativ die Sitzungen der Staatsduma boykottierten. Unter anderem erzielte ‚Gerechtes Russland‘ bei der Wahl zur Moskauer Stadtduma über die Parteiliste nur 5,33 % und verfehlte somit die Sieben-Prozent-Hürde und damit den Einzug ins Parlament.

Wahlen 2011

Bei den föderalen Parlamentswahlen am 4. Dezember 2011 erreichte ‚Gerechtes Russland‘ entgegen der Prognosen einen starken Stimmenzuwachs und verdoppelte mit 13,24 % beinahe das Ergebnis von 2007. Hinter ‚Einiges Russland‘ (49,32 %) und der ‚KPRF‘ (19,19 %) belegte sie Rang drei und ließ die ‚LDPR‘ (11,67 %) hinter sich. Dieser Erfolg war mit einer Radikalisierung der oppositionell-populistischen Rhetorik und der scharfen Kritik an ‚Einiges Russland‘ verbunden und kann heute als größter Erfolg der Parteigeschichte von ‚Gerechtes Russland‘ bezeichnet werden.

Der Erfolg in der „Protestwahl“ von 2011 war aber schnell vorüber. Im März 2012 erzielte Parteiführer Mironow bei den Präsidentschaftswahlen nur 3,85 %, zwar deutlich besser als 2003 (0,75 %), landete aber dennoch auf dem letzten Platz. Dabei unterlag er nicht nur Vladimir Putin (63,6 %) und den „alteingesessenen“ russischen Politikern, wie Gennadij Suganov von der KPRF (17,18 %) und Vladimir Schirinovskij (6,22 %), sondern auch dem Neuling in der russischen Politik – dem Milliardär Michail Prochorov (7,98 %).

Noch schlimmer erging es dem zweiten Mann der Partei Nikolaj Lewitshev, der mit nur 2,79 % der Stimmen auf dem letzten Platz bei der Oberbürgermeisterwahl in Moskau im September 2013 landete. Demgegenüber ‚ehrenhaft‘ mit 20,25 % der Stimmen schnitt Alexander Burkow für ‚Gerechtes Russland‘ bei der Bürgermeisterwahl in Jekaterinburg ab, die der oppositionelle Ewgenij Rojzman gewann. In einer

von acht Regionen konnte sogar ein Kandidat von ‚Gerechtes Russland‘, Konstantin Ilkovsky, die Gouverneurswahlen der Region Transbaikalien im September 2013 mit 71,63 % gewinnen. Insgesamt waren die regionalen Wahlerfolge aber bescheiden und ‚Gerechtes Russland‘ erhielt nur vier Mandate, während ‚Einiges Russland‘ auf 36 Mandate kam.

Im Ganzen betrachtet, müssen die letzten Regionalwahlen für ‚Gerechtes Russland‘ entweder als durchschnittlich oder schlecht bewertet werden: In sechs von 16 Wahlbezirken kandidierte die Partei nicht einmal oder erhielt nicht die notwendigen Stimmen für ein Mandat. Das Ergebnis bei den letzten Regionalwahlen war somit schlechter, als bei den vorherigen Wahlen.

V. Abstimmungsverhalten in der Staatsduma

Die Fraktion von ‚Gerechtes Russland‘ ist wohl die Partei in der Staatsduma, die sich am häufigsten uneins in ihrer politischen Positionierung zeigte. Interessant zu ihrer Einschätzung ist ihr Verhalten nach ihrem erstaunlichen Stimmenzugewinn 2011 und den in der Folge beschlossenen Gesetzen, die auf eine breite öffentliche Resonanz trafen und Proteste demokratisch gestimmter Gruppen im In- und Ausland auslösten.

- “Dima-Jakowlew-Gesetz”

Am 28. Dezember 2012 unterstützte der größte Teil der Fraktion – 48 Abgeordnete inklusive Mironov – das Gesetz “Über Maßnahmen der Einwirkung auf Personen, die an Verletzungen von grundlegenden Rechten und Freiheiten des Menschen und Rechten und Freiheiten der Bürger der Russischen Föderation beteiligt waren”, das US-Bürgern die Adoption von Kindern aus Russland verbietet. Nur vier Abgeordnete stimmten dagegen, darunter Dmitrij Gudkov und Ilja Ponomarjov, die später aus der Partei ausgeschlossen wurden. Weitere zwölf Personen, darunter Oksana Dmitrieva und Galina Chovanskaja, enthielten sich.¹ Valerij Subov enthielt sich ebenso, verurteilte das Gesetz jedoch öffentlich.

- Gesetz über religiöse Freiheiten

Das föderale Gesetz vom 29. Juni 2013 Nr. 136 “Über Einfügungen von Änderungen des Artikels 148 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation und bestimmte Gesetze der Russischen Föderation mit dem

¹ Daten hier und im Folgenden aus der Untersuchung “Politik der Parteien: Clusteranalyse der Abstimmungen der Abgeordneten” in RIA Novosti vom 08.07.2013. Verfügbar auf: <http://ria.ru/infografika/20130708/947873766.html> (Letzter Zugriff: 19.01.2014).

Ziel der Bekämpfung von Kränkungen der religiösen Überzeugungen und Gefühle der Bürger“ regelt, dass öffentliche Handlungen, die als eine Beleidigung der Gefühle der Gläubigen qualifiziert werden können, eine strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung von bis zu drei Jahren nach sich ziehen können. Das Gesetz wurde nach der Performance der Mitglieder der Punk-Band Pussy Riot eingebracht, die noch vor seiner Verabschiedung zu zwei Jahren verurteilt wurden. Es wurde von 11 Mitgliedern der Fraktion von ‚Gerechtes Russland‘ unterstützt, darunter Elena Mizulina. Dagegen stimmte nur eine Person – der damals noch nicht aus der Partei ausgeschlossene Dmitrij Gudkov. Die restlichen Fraktionsmitglieder – darunter Mironov – stimmten nicht ab.

- Gesetz über ausländische Agenten

Das Gesetz sieht vor, dass sich russische Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), die finanzielle Mittel aus dem Ausland erhalten und politisch tätig sind, als „ausländische Agenten“ registrieren lassen müssen. Das Gesetz gilt als Versuch, politisch unliebsame NROs mundtot zu machen. Die Mehrheit der Abgeordneten von ‚Gerechtes Russland‘ stimmte gegen das „ausländische Agentengesetz“,¹ dafür stimmten elf Mitglieder der Fraktion, darunter der für seine militaristischen Ansichten bekannte Ex-LDPRer Alexej Mitrofanov, sowie der Links-Oppositionelle Ilja Ponomarjov.

- Gesetz über Kundgebungen

Fast geschlossen verhielt sich die Fraktion in Bezug auf das „Gesetz über Kundgebungen“² vom 5. Juni 2012, welches die Strafen für Rechtsverletzungen bei öffentlichen Versammlungen stark verschärft. Es wurde nach Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei am 6. Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau initiiert. Fast alle Mitglieder enthielten sich in der Abstimmung, drei Abgeordnete stimmten dafür (darunter Alexej Mitrofanov), dagegen keiner. Im Dezember 2013 schloss sich Mironov der Forderung an, die „Bolotnaja-Gefangenen“ freizulassen und Putin eine Amnestie für sie vorzuschlagen.

- Gesetz über Schwulenpropaganda

Das föderale Gesetz vom 29. Juni 2013 Nr. 135 ‚Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung Schaden zufügen‘ verbietet bei Anwesenheit von Minderjährigen

¹ Offizielle Bezeichnung des Gesetzes „Über die Einbringung von Änderungen in die Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation, die die Tätigkeit von nichtkommerziellen Organisationen, welche die Funktion von ausländischen Agenten ausführen, regulieren“

² Offizielle Bezeichnung des Gesetzes „Über die Einbringung von Änderungen in der Kodex der Russischen Föderation über Rechtsverletzungen und das föderale Gesetz ‚Über Kundgebungen, Versammlungen, Demonstrationen, Umzüge und Mahnwachen“

“Handlungen auszuführen, die auf die Popularisierung von Homosexualität zielen”. Die Strafen bei Missachtung reichen bis zu einer Millionen Rubel [ca. 20.000 Euro]. Die Formulierungen des Gesetzes sind ziemlich vage und schon Informationen über nichttraditionelle sexuelle Einstellungen können als Propagierung von Homosexualität eingestuft werden.

Dem Gesetzentwurf stimmten fast alle Abgeordneten zu bis auf Dmitrij Gudkov und drei weitere Abgeordnete, die nicht an der Abstimmung teilnahmen. Gegen das Gesetz stimmte niemand.¹

VI. Auf dem Weg in die Opposition?

„Gerechtes Russland“ wurde nicht als Oppositionspartei entworfen, sondern als „ein zweites Bein“ der Regierung, das die moderat linkspatriotisch gestimmten Teile der russischen Gesellschaft vereinigen sollte. Zudem sollte das Projekt das politische Gewicht Mironovs im formell drittichtigsten Staatsamt erhöhen, in dem jede der Parlamentskammern durch einen der Parteichefs, der beiden führenden politischen Kräfte, im Land geleitet werden sollte.

Kurz nach der Vereinigung der drei Parteien (2007–2008) zeigte das neue Gebilde zunächst Wachstumschancen und wurde zum „Staubsauger“ für kleine politische Parteien (links und nationalistisch orientierte) und für Politiker, die mit ihrer Karriere in „alten“ Parteien wie der ‚KPRF‘, der ‚LDPR‘ oder ‚Jabloko‘ nicht zufrieden waren. Dies betraf die pro-Putin-orientierte ‚Volkspartei‘ von Gennadij Gudkov, die Kommunistinnen Svetlana Gorbatschova und Elena Drapeko, den Führer der jungen ‚Linken Front‘ Ilja Ponomarjov, die Sozialistin Oksana Dmitrieva, den Nationalisten aus der LDPR Alexei Mitrofanov, sowie Elena Mizulina und Galina Chovanskaja aus der Partei ‚Jabloko‘. Zusammen mit den Zugängen von Rogozins ‚Rodina‘ und der ‚Partei der Pensionäre‘ ergab dieses Konglomerat ein recht buntes Bild.

Die föderalen und regionalen Wahlen in den Jahren 2007 bis 2009 zeigten, dass ‚Gerechtes Russland‘ – ungeachtet der Gunst des Kremls – nicht in der Lage war, beim Wähler die Position als zweitgrößte Partei zu beanspruchen. Die Haltung der Partei war zu regierungsnah. ‚Gerechtes

¹ Einen Medienskandal rief der Kommentar von Elena Mizulina, ‚Gerechtes Russland‘, hervor, die in einem Interview des Fernsehkanal REN-TV auf die Frage, was mit der Bibel zu tun sei, da dort einige Stellen als Propagandierung von Homosexualität interpretiert werden könnten, erklärte: „Falls jemand derartige Fakten in dem Buch sieht, kann er sich an die Aufsichtsbehörden wenden, und Beamte werden entscheiden, die Bibel zu verbieten oder nicht zu verbieten“

Russland‘ unterstützte Putin und dessen Nachfolger, Präsident Medvedev, und die Partei setzten darauf, dass Putin und Medwedew überparteiliche Positionen beziehen, sozialen Forderungen mehr Gehör schenken werden und entsprechend ihren Kurs korrigieren. Innerhalb von ‚Vereintes Russland‘ bildete sich eine einflussreiche „sozial-konservative Plattform“ mit Andrey Isaev an der Spitze heraus, die im Grunde dieselbe linkspatriotische Rhetorik gebrauchte, wie Anhänger von ‚Gerechtes Russland‘ in der Opposition. Dadurch wurden die eigenen Positionen nicht unterscheidbar von denen der KPRF und denen von ‚Einiges Russland‘. Angesichts mangelnder inhaltlicher Abgrenzung und ausbleibender Wahlerfolge begann das Projekt Parteibildung für Mironov sich gegen diesen zu wenden. Im Parlament kam die Frage auf, warum an der Spitze des Föderationsrates der Vertreter einer Partei steht, die kein bedeutendes Gewicht hat und warum ‚Einiges Russland‘ in der Volksvertretung in St. Petersburg einen Vertreter von ‚Gerechtes Russland‘ in den Föderationsrat schicken soll.¹

In dieser Situation begann die Führung von ‚Gerechtes Russland‘ ihre Kritik an ‚Einiges Russland‘ zu radikalisieren

Eine erste Distanzierung nahm Mironov im Februar 2010 bei der Übertragung der Fernsehsendung „Pozner“ auf dem Pervij Kanal [Erster Kanal] vor, als er sich wie folgt äußerte: „Davon zu sprechen, dass wir – vor allem ich persönlich – Putin in allen Dingen unterstützen, das ist eine veraltete Information“. In der Tat hatte sich ‚Gerechtes Russland‘ kurz zuvor gegen Putins Budget-Entwurf gestellt. ‚Einiges Russland‘ reagierte auf diese Feststellung mit der Forderung, Mironov vom Posten als Vorsitzender des Föderationsrates zu entlassen. Die neue Konfliktsituation wurde zunächst wieder entschärft, als beide Parteien eine Vereinbarung unterzeichneten: ‚Gerechtes Russland‘ erklärte erneut die Loyalität zu Putin und Medvedev, und ‚Einiges Russland‘ unterstützte auf dieser Grundlage Mironov und weitere seiner Parteimitglieder bei der Nominierung für regionale und föderale Regierungsämter. Etwa einen Monat später äußerte sich Mironow erneut dahingehend, auch künftig nicht auf Kritik an Putin und dessen ökonomischer Politik zu verzichten. Die Vereinbarung mit ‚Einiges Russland‘ war gebrochen.

Während sich Mironov im Frühling 2010 noch auf seine besondere Beziehungen zu Putin berufen konnte, verlor er in der Folge die frühere Wohlgesonnenheit seines Förderers. Am 26. Mai 2010 sagte Mironov zum ersten Mal in einem Interview (*„Rossiskaja Gazeta“*), dass – anders als 2008 – ‚Gerechtes Russland‘ den Kandidaten von ‚Einiges

¹ Sergej Mironow wurde als Vertreter der Petersburger Legislative in den Föderationsrat gewählt, wobei ‚Einiges Russland‘ dort die Sitzmehrheit hatte.

Russland‘ bei den nächsten Präsidentschaftswahlen nicht unterstützen werde und bekräftigte dies im März 2011 erneut. Mit dieser letzten Erklärung besiegelte er seine Entbindung vom Amt des Vorsitzenden des Föderationsrats (Mai 2011). Auf dem 5. Parteitag am 16. April 2011 gab Mironov vorzeitig seinen Parteivorsitz ab, sicherte sich aber die informelle Führerschaft mit dem Fraktionsvorsitz. Am 22. August 2011 nahm die Fraktionsversammlung ein Manifest an, in dem sich ‚Gerechtes Russland‘ zu einer auf sozial-demokratischer Positionen stehenden „konstruktiven Oppositionskraft“ erklärte.

Während der Wahlkampagne zur Staatsdumawahl kam es im Sommer und Herbst 2011 ständig zu gegenseitigen Provokationen und Konflikten zwischen den Parteien ‚Einiges Russland‘ und ‚Gerechtes Russland‘, die mitunter – wie zum Beispiel in Woronesh – in offene Auseinandersetzungen zwischen den Aktivisten beider Parteien mündeten. Eine Propagandaschlacht gegen ‚Einiges Russland‘ führte Mironov in seiner Heimatstadt St. Petersburg. Die Fraktionsmitglieder von ‚Gerechtes Russland‘ begannen sogar, das Rednerpult der Staatsduma für Anklagen gegen die parlamentarischen Mehrheit und die politische Exekutive zu nutzen.

Zum Wahlergebnis zeigte ‚Gerechtes Russland‘ zwei Reaktionen: einerseits verurteilte der Parteivorsitzende das harte Durchgreifen der Polizei gegen Teilnehmer an den Straßenprotesten gegen die Wahlfälschungen, andererseits erkannte die Parteileitung die Wahlergebnisse umgehend an und beeilte sich, ihre Abgeordnetenmandate zu bekommen.

Die Novemberwahl 2011 und die in ihrem Kontext erfolgte Neupositionierung führten an verschiedenen Stellen in der Partei zu Spannungen. Bereits im September nutzte Rogozin die neue Lage, indem er Mironov eine feindliche Übernahme seiner ‚Rodina‘ vorwarf und als Nachfolgeorganisation die ‚Rodina – Kongress der Russischen Gemeinschaften‘ aufbaute. Im Dezember 2011 löste sich die ‚Russische Ökologische Partei der Grünen‘ von ‚Gerechtes Russland‘, da sie für die Unterstützung Putins bei den Präsidentschaftswahlen eintrat. Gleiches geschah im Februar 2012 mit der ‚Russische Partei der Pensionäre‘ unter Vorsitz von Igor Sotov. Zudem traten ganze Regionalabteilungen von ‚Gerechtes Russland‘ aus und vereinigten sich mit der ‚KPRF‘. Weitere Vertreter wie Alexander Babakov (er wechselte in Putins ‚Volksfront‘) und Elena Worotygina (sie wechselte zu ‚Einiges Russland‘) verabschiedeten sich.

Dennoch: der Wahlerfolg konnte als öffentliche Zustimmung zur neuen Richtung der Partei gewertet werden. Angesichts der massiven Protestbewegung gegen die Wahlfälschung stand ‚Gerechtes Russland‘ nun vor der Alternative, einen noch stärkeren Schwenk zu versuchen und sich zur außerparlamentarischen Opposition zu öffnen – eine Richtung,

die sie unweigerlich in offenen Konflikt mit Putin führen musste. Oder die außerparlamentarische Protestbewegung zu ignorieren, sich mit einer innerparlamentarischen Rolle zu begnügen, dabei aber bei den heftigen politischen Auseinandersetzungen ohne Profil zu bleiben. Ihr Abstimmungsverhalten zur Verschärfung des Kundgebungsrechts zeigte ihre Verunsicherung. Mit einer taktischen Enthaltung wollte sie sich beide Optionen offenhalten.

In der zweiten Jahreshälfte 2012 zeigte sich, dass die Protestbewegung ermüdete und mit ihr kein neues politisches Momentum in Russland entstehen würde. Damit gewannen die Kräfte in der Partei die Oberhand, die sich wieder auf die frühere Rolle zurückziehen wollte. Die Abgrenzung zu den Anführern der Straßenproteste vollzog sich aber erst nach Verabschiedung des „Dima-Jakowlew-Gesetzes“ und dem „Marsch gegen die Schurken“ Anfang 2013, als Teilnehmer des Oppositionszugs Bilder der Deputierten trugen, die für das Gesetz gestimmt hatten, darunter auch die Fraktionsmitglieder von ‚Gerechtes Russland‘.

Gennadij und Dmitrij Gudkov und Ponomarjov wurden vor ein Ultimatum gestellt, entweder den Koordinationsrat der Opposition¹ oder die Partei zu verlassen. Am 13. Mai 2013 wurden Gennadij und Dmitri Gudkov aufgrund parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ‚Gerechtes Russland‘ ausgeschlossen. Gennadiy Gudkov wurde sein Abgeordnetenmandat noch im September 2012 entzogen (was Protest der Parlamentarischen Versammlung des Europarates hervorrief). Ponomarjov setzte seine Parteimitgliedschaft als Zeichen des Protestes gegen den Parteiausschluss der Gudkovs aus und verließ im Oktober 2013 ‚Gerechtes Russland‘ endgültig. Mit der Entfernung der radikalen Oppositionellen aus der Partei kehrten Aleksej Mitrofanov und andere kremloyale Vertreter in die Partei zurück. Fraktionsvorsitzende wurde neben Mironov die für ihre konservativen Provokationen bekannte Elena Mizulina – die im Übrigen auf dem letzten Parteitag nicht mehr in den Zentralrat der Partei gewählt wurde.

VII. ‚Gerechtes Russland‘ – Regierungs- oder Nichtregierungspartei?

‚Gerechtes Russland‘ hat die Chance, sich im Kontext der Strassenprotest-Bewegung 2011/2012 zu einer vollwertigen Oppositionspartei

¹ Der Rat wurde 2012 zur Koordination der Protestaktivitäten der außersystemischen Oppositionellen auf Initiative von Ilja Ponomarjov gegründet.

zu entwickeln, nicht genutzt. In letzter Zeit demonstriert Mironov wieder seine Loyalität zum Regime, wie sich im Abstimmungsverhalten der Fraktion in der Staatsduma und im allgemeinen politischen Verhalten seiner Partei zeigte. Am Vortag des letzten Parteitages erhielt Mironow – als erster unter den russischen Parteivorsitzenden – eine Audienz bei Präsident Putin. Damit versicherte er den eigenen Delegierten die Unterstützung des Präsidenten. ‚Gerechtes Russland‘ ist wieder in die Rolle eines lenkbaren Partners der Macht zurückgekehrt, der eine Position der moderaten Ablehnung der Autorität in nebensächlichen Aspekten mit einer Loyalität in zentralen Punkten verknüpft.

Im Grunde genommen befindet sich die Partei Mironovs aktuell im selben Zustand wie zum Zeitpunkt der Vereinigung im Jahre 2006, allerdings mit bedeutend weniger administrativen Ressourcen.

Internationale Verbindungen der Partei

Im August 2012 avancierte ‚Gerechtes Russland‘ von einem Beobachterstatus zum vollberechtigten Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI). Dieser Zugewinn an Status wird von der Parteiführung in der Öffentlichkeit immer wieder hochgehalten. Seit die SI in einer Organisationskrise steckt, kann aus dieser Mitgliedschaft politisch wenig gewonnen werden. Der Ukraine-Konflikt führte zu Beginn 2014 dazu, dass Mironov auf einer westlichen Sanktionsliste auftauchte. Die sozialdemokratischen Politiker in westlichen Ländern konnten oder wollten seinen Namen auf der Sanktionsliste nicht verhindern

VERZEICHNIS DER AUTOREN

Faulenbach Bernd: Professor für Geschichte, Ruhr-Universität Bochum

Filimonova Tatjana: Leiter des Plechanow Museums in St. Petersburg

Gusseletow Boris: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Europäischen JUSTO–Institut, Moskau

Häfner Lutz: Universität Göttingen, Leiter des Projektes der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu “Consumption and political communication in Late Imperial Russia”

Moser Josef: Professor für Geschichte, Universität Basel

Orlow Boris: Professor, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am INION–Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN)

Pleis Jakob A.: Professor, Leiter des Lehrstuhls Allgemeine Politikwissenschaft an der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation

Schelochajew V. V.: Hauptfachkraft im Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI), Mitglied der Russischen Akademie für Wissenschaften (RAN)

Sharkow W. P.: Leiter des Programms ‚Internationale Politik‘, Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Traub-Merz Rudolf: Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau

Zarusky Jürgen: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München

Die wissenschaftliche Ausgabe

**Sozialreformismus und radikale gesellschaftliche
Transformation – Historische Debatten
in der Sozialdemokratie in Deutschland und Russland**

Ведущий редактор *Н. А. Волынчик*
Художественный редактор *А. К. Сорокин*
Художественное оформление *А.Ю. Никулин*
Технический редактор *М. М. Ветрова*
Компьютерная верстка *Т. Т. Богданова*

Л. Р. № 066009 от 22.07.1998. Подписано в печать 16.03.2015.

Формат 60x90/16. Печать офсетная. Усл.-печ. л. 9,5.

Тираж 150 экз. Заказ №

Издательство «Политическая энциклопедия»
127018, Москва, 3-й проезд Марьиной Рощи, д. 40, стр. 1
Тел.: 8(499) 685-15-75 (общий, факс), 8(499)709-72-95 (отдел реализации)